

LUXEMBURG 2

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011

RÜCKKEHR DER KÄMPFE? ERIK O. WRIGHT | ÉLISABETH WEISSMAN STEFFI RICHTER | FIROZE MANJI | AU LOONG YU | KARL HEINZ ROTH IRENE DÖLLING | FRIGGA HAUG | ALEX DEMIROVIĆ | OSKAR NEGT UELI MÄDER | GISELA NOTZ | SEAN SWEENEY | CHRISTINE LOHR U.A.

INHALT

EDITORIAL 4

KÄMPFE

MARIO CANDEIAS Handlungsfähigkeit und Transformation 6
KARL HEINZ ROTH Weltproletariat im Werden 14
AU LOONG YU Neue Arbeiterklasse in China 22
ERIK OLIN WRIGHT UND JOÃO ALEXANDRE PESCHANSKI Wisconsin 25
COMMITTEE FOR A WORKERS' INTERNATIONAL, ANASTASIA BALEZDROVA
»Wir zahlen nicht!« Bewegungen in Griechenland 36
FIROZE MANJI Aufstände, Revolution und Demokratie in Afrika 40
STEFFI RICHTER Dreifache Katastrophe in Japan 44

BLOCKADEN

RICHARD DETJE, WOLFGANG MENZ, SARAH NIES, DIETER SAUER
Ohnmacht und Wut. Wahrnehmung von Krisen im Betrieb 52
DANIEL BEHRUZI »Wir hätten kämpfen können«.
Gespräche mit Belegschaftsangehörigen 62
UELI MÄDER Wie Reiche denken 70
NILS BARATELLA Freefight – Kämpfe ohne Regeln 78
JAN NIGGEMANN So wie du bist, bleibst du nicht!
Alltägliche Kämpfe um eine zeitgemäße Lebensweise 84
OLIVER BUKOWSKI Der Heiler 90







Ägypten, Al Jazeera English



EINSTIEGE

OSKAR NEGT Handlungsräume eröffnen **96**
ÉLISABETH WEISSMAN Ethischer Widerstand:
Gegen Privatisierung der Post in Frankreich **101**
CORNELIA HILDEBRANDT Die Linke: ungenutzte Potenziale **104**
SEAN SWEENEY Gewerkschaftspolitik und Klimaschutz **108**

IRENE DÖLLING Fragen an ein kapitalismuskritisches
feministisches Projekt **114**
FRIGGA HAUG Vier-in-einem-Perspektive.
Kompass für die politische Praxis **122**




CLASS & CARE

GISELA NOTZ Nach dem Zivildienst **128**
CHRISTINE LOHR Produktion und Reproduktion **134**

KLAUS WEBER Rosa Luxemburg, Büffelhaut,
Hosenhaut und Elfriede Jelinek **138**

VIELFACHKRISE

PAULINE BADER, FLORIAN BECKER, ULRICH BRAND, MARIO CANDEIAS,
ALEX DEMIROVIĆ, JULIA DÜCK, THOMAS SABLOWSKI
»Vielfachkrise«. Eine Debatte **142**

VERFASSERINNEN UND VERFASSER **154**



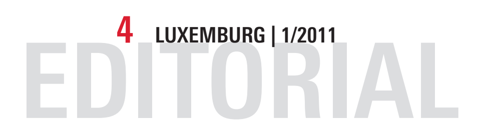
EDITORIAL

RÜCKKEHR DER KÄMPFE?

Die Bearbeitung der Krise führt in bleierne Zeiten: globale Kürzungen zu Lasten der Beschäftigten und Armen, des Öffentlichen, der Wohlfahrtsstaaten, zu Gunsten der Unternehmen und der Reichen. »Austerität« ist der Deckbegriff der Stunde. Was schlicht Spar-, besser: Kürzungspolitik bedeutet (»austerity-politics«), wird demokratischer Entscheidung entzogen. Die politischen Programme erscheinen als Sachzwang oder werden kurzer Hand oktroyiert (»Treuhand für Griechenland«, Jean-Claude Juncker). Die deutsche Regierung erzwingt in Europa und global die Durchsetzung dieser Politik, nicht zuletzt im Interesse der deutschen Banken, die an den Schuldendiensten verdienen. Generalstreiks und Massendemonstrationen wie in Griechenland erlangen keinen Einfluss auf die Kürzungsdiktate. Stigmatisierungen und Rassismen nach außen und innen sind Schmiermittel für ein Auseinandertreiben der Europäischen Union: Das Ziel, vergleichbare Lebensbedingungen zu schaffen, wird offen aufgegeben.

Die Bearbeitung der Krise führt in Zeiten von Kämpfen und Aufständen. Die Bevölkerungen von Tunesien und Ägypten jagen die Despoten mit Massendemonstrationen und Besetzung öffentlicher Plätze aus den Ämtern. In vielen arabischen und afrikanischen Staaten entzünden sich Proteste. In den USA wird das Landesparlament von Wisconsin über zwei Wochen besetzt gehalten, um den Kürzungshaushalt und die Entmachtung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu verhindern. Die spanischen Plätze hallen wider von tausendfachen, fast vergessenen Rufen, »El pueblo unido jamas será vencido«. Wer hätte das gedacht?

In Madison, London und Spanien halten die Protestierenden Schilder mit »Tahrir-Platz«. Symbolik und Semantik sind ähnlich, inspirieren sich gegenseitig:





Bilder von blauen Planen, Masken, die der Comicfigur eines Freiheitskämpfers entlehnt und ursprünglich von Internetaktivisten unter dem Label »Anonymous« genutzt wurden. Die Forderung »Wirkliche Demokratie«, also nach Beteiligung an den relevanten Entscheidungen und nach der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, zieht sich durch alle Proteste. Und: »Wir sind nicht sicher in den Händen von Politikern und Banken« – »Ihr repräsentiert uns nicht«. Welche Linke ist vorbereitet auf eine globale Bewegung gegen die Bearbeitung der Krisen?

Bleierne Zeiten scheinen in Deutschland zu Hause. Das deutsche Exportmodell beruht auf Lohnverzicht, Prekarisierung und Druck auf die Erwerbslosen. Auch die Kosten der Krise werden exportiert. Das Schreckbild der Verarmung wirkt als Mittel der Integration und De-Mobilisierung. Die Bewegungen gegen Atomkraft sind in ihrer hegemonialen Wahrnehmung von sozialen Fragen losgelöst. Die »Vielfachkrise« wird in unverbundene Aspekte zerrissen. Auch den Gegenkräften gelingt es nicht, sie zusammenzubringen und sich selbst soweit zu verändern, dass ein neues Mosaik sichtbar würde. Die neoliberalen Anforderungen und Zumutungen an die Subjekte scheinen weiter zu wirken: Klassenkämpfe werden zu individuellen Kämpfen in der Klassengesellschaft, offene Ausgrenzungsforderungen gedeihen auf diesem Boden der Konkurrenz. Und doch haben viele das Gefühl, dass es »so nicht weitergehen kann«. Wie können Alltagserfahrungen mit Perspektiven auf Transformation verbunden werden, wie ist eine auf Emanzipation gerichtete Politik denkbar, die aus der Perspektive der Subjekte, nicht über sie spricht?

Die Krisen verlaufen in unterschiedlichen politischen Zeiten. Peripherien und Zentren sind unterschiedlich betroffen, Krisenfolgen, Proteste und ihre politische Thematisierung klaffen auseinander. In den Zitaten der arabischen Aufstände zeigen sich Hoffnungen auf ein gemeinsames Projekt, in dem Verbindungen geknüpft werden können, ohne die Eigenheiten der lokalen Kämpfe einzuebnen. Nur so sind Ohnmacht und Starre auf der einen, Isoliertheit der Kämpfe auf der anderen Seite zu überwinden – neue Zeiten also.



HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND TRANSFORMATION

MARIO CANDEIAS

Das Alte stirbt, während das Neue nicht zur Welt kommen kann. Die Krise markiert den Beginn einer neuen kapitalistischen Transformation. Die Zersetzung des transnationalen geschichtlichen Blocks des Neoliberalismus hat begonnen. Und doch scheint sich kein wirksamer Widerstand und in Deutschland kaum Protest gegen das Krisenmanagement zu formieren. Den »objektiven« Verhältnissen folgt kein »subjektiver« Faktor. Dies verweist auf einen wenig behandelten Zusammenhang: keine kapitalismuskritische Krisentheorie ohne subjektorientierte Gesellschaftstheorie. Es kann ausgeschlossen werden, »dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden« bereiten (Gramsci, *Gef.* 7, 1563). Welchen Gruppen, Protestformen und gesellschaftlichen Dynamiken die Krise einen »günstigen Boden« bereitet, ist nicht beliebig, aber geschichtlich offen.

Der Blick auf die Krise greift zu kurz, wenn er mit der Hoffnung auf unmittelbaren,





sichtbaren und hörbaren Widerstand der Massen verbunden wird. Wer umgekehrt in der Krise ein ungebrochenes *business as usual* im Kapitalismus ausmacht, verliert den Blick für die feinen Risse und möglichen Verschiebungen (Candeias 2010b). Immer wieder kommt es zu eruptiven Revolten, erratischen Bewegungen, Organisierung – auch und gerade von jenen, von denen man es am wenigsten erwartet.

EREIGNISSE UND RESONANZEN

Die Krisen treffen auf ganz unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen und eröffnen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten für Protest. Meist setzen sie an konkreten und akuten Problemen des Lebens an und beziehen sich nur in Ausnahmefällen auf »die Krise« im Allgemeinen.

Unterschiedliche Ereignisse können als *trigger* für Proteste wirken. In Frankreich war es der Versuch, das Rentenalter anzuheben, in Griechenland die Reaktionen auf den rigiden Sparkurs der Regierung und die Anhebung von Steuern und Gebühren für die Nutzung öffentlicher Güter. In Tunesien war es die Selbstverbrennung eines jungen akademisch gebildeten Arbeitslosen – vor dem Hintergrund steigender Lebensmittelpreise. Solche Proteste können *Resonanzen* auch in völlig anders gearteten Verhältnissen auslösen, Widerstand inspirieren. Tunesien war unmittelbar Vorbild für die Besetzung des Tahrir-Platzes in Ägypten. Und es war eine Inspiration für die ganz anders gearteten Proteste in Wisconsin (USA). Gegen Sparpolitik und den Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte wurde das örtliche Parlament besetzt (vgl. Wright in diesem Heft). Immer wieder bezogen sich die Protestierenden auf die Organisierung in Ägypten. In Großbritannien gab es heftige Auseinandersetzungen, als die Regierung eine drastische Anhebung der Studiengebühren ankündigte – ein Bruch des Wahlversprechens der mitregierenden Liberalen. Nach dem erfolgreichen Sturz von Mubarak kam es in London zu breiten Protesten gegen die Sparpolitik der Regierung: mit einer Besetzung des Trafalgar Square.

Die Wahrnehmung, die Proteste kämen aus dem Nichts, ist falsch. Sie verdankt sich einem ungenauen Blick, oft von den Medien gestützt, dem vorausgegangene Mobilisierungen und Organisierungen verborgen bleiben. Wie alte und neue Mobilisierungsformen ineinandergreifen, umgruppiert werden und spontan neu zusammenfinden, ist zum Verständnis der Proteste zentral.

Der »Sturm auf das Winterpalais« ist eher in Nordafrika möglich, da die Regime kaum über Einbindungspotenziale der breiten Massen verfügen, sich nicht auf eine entwickelte Zivilgesellschaft stützen können und in der gegenwärtigen Konstellation mit dem relativen Desinteresse des sie lange stützenden transnationalen Blocks konfrontiert sind. Im Moment zivilgesellschaftlicher Erhebung (vgl. Mastnak 2011) blieb den Regimen nur der Repressionsapparat. Das Militär, in Ägypten und Tunesien mit den Machthabern verflochten, musste jedoch befürchten, mit ihnen in die Tiefe gerissen zu werden, sollten die Revolten Erfolg haben. Die Risse im Machtblock führten zum Bruch; das Militär sicherte seinen Einfluss, indem die alten Potentaten geopfert und der Machtblock neu zusammengesetzt wurde – damit die Revolution passiv bleibt und







Protest in Madrid,
© flickr/TzazuZuri

radikalere Veränderungen verhindert werden. In Libyen verlaufen die Risse mitten durch die Armee, während die Milizen zum Machthaber halten. In Syrien mangelt es (noch) an Organisationen der Subalternen, und der Machtblock weist bislang kaum Risse auf. Indes ist für die Entwicklungen in Ägypten und Tunesien begünstigend, dass von Seiten des transnationalen neoliberalen Blocks eine Aussicht auf formale Demokratisierung befürwortet wird. Man konnte mit den Diktatoren gut leben, doch mit »freien und demokratischen« Marktwirtschaften lassen sich bessere Geschäfte machen.

Semi-periphere Länder wie Griechenland werden angesichts schwindender Einbindungspotenziale zerrissen, aber ein staatlich und europäisch institutionalisierter neoliberaler »Konstitutionalismus« sichert die Herrschaft durch Kontingenz, demobilisiert und spaltet den zivilgesellschaftlichen Unmut.[1] Die lange Tradition gewerkschaftlicher und anarchistischer – auch militanter – Kämpfe gegen den Staat begünstigte in Griechenland anfänglich die Krisenproteste (vgl. Kritidis 2010). Erste Generalstreiks gegen Sparpolitiken der Regierung blieben erfolglos, bereiteten aber das Klima für die kommenden Wahlen und die historische Wahlniederlage der konservativen Regierung und für den Sieg der sozialdemokratischen PASOK. Die Verschuldungskrise unterstellt die Politik dem Diktat der führenden europäischen Kernländer und des IWF (Candeias 2011). Die Wirkung ist ähnlich wie in Spanien oder Portugal: Linksbürgerliche Kräfte, einschließlich der Gewerkschaften, bleiben passiv, es fällt ihnen schwer, zu Protesten gegen die ›eigene‹ Regierung zu mobilisieren. Die Serie der verhaltenen Generalstreiks blieb folgenlos – bislang.

In den USA ist der Neoliberalismus im Staat fest verankert und durch die Abhängigkeit der Wirtschaft zementiert. Aber ebenfalls schwindende Einbindungspotenziale und eine gespaltene und scharf polarisierte Zivilgesellschaft bilden den Boden für einen offenen Kampf um Hegemonie. Die große Zahl der Hausräumungen führt seit Anfang der Krise immer wieder zu (vereinzelten) Protesten. Während das Krisenmanagement nur leidlich Wirkung zeigt und durch die Schuldenkrise massiv eingeschränkt wird, greifen die Ultrarechten in verschiedenen Staaten die Gewerkschaften an und versuchen, Organisierungsrechte im öffentlichen Dienst (weiter) einzuschränken. In Wisconsin kulminiert die Auseinandersetzung. Während die Gewerkschaftsführung







Protest in Madrid,
© Christian Luna

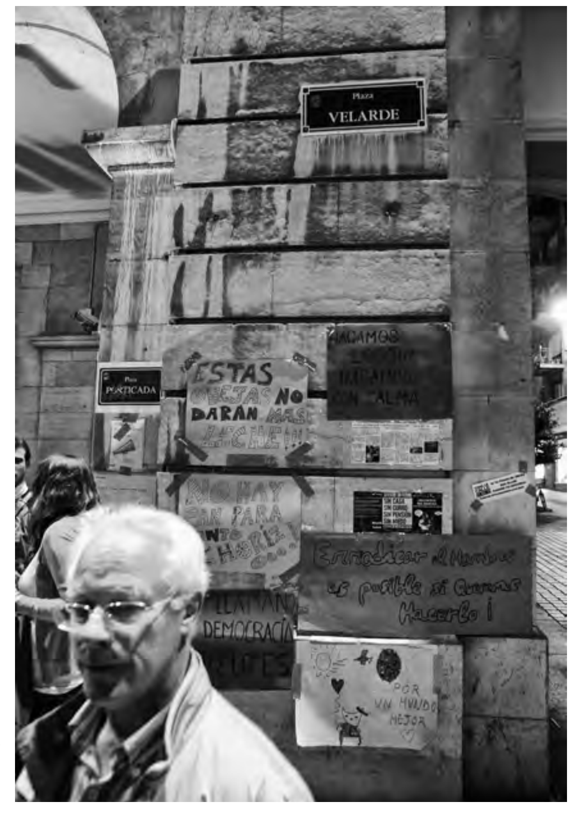
den Sparzwang noch akzeptiert und in erster Linie grundlegende Gewerkschaftsrechte verteidigen will, sieht das breitere Bündnis der Protestierenden die Sparpolitik ihrer neutralen Maske beraubt: Der Klassenkampfcharakter der Maßnahmen tritt deutlich hervor (vgl. Wright in diesem Heft).

UND DEUTSCHLAND?

Krisenkorporatismus und -management sind hier vergleichsweise erfolgreich (vgl. Candeias 2010a, 6f). Die Herrschenden erwiesen sich »als Meister der passiven Revolution. Die drei Zauberformeln hießen Bankenrettung, Kurzarbeitergeld und Abwrackprämie« (Haug 2011, 170). Krise und Angst vor Arbeitslosigkeit wirken disziplinierend. Der Betrieb bewährt sich für die Kernbelegschaften »als Garant sozialer Stabilität«, der in einer zunehmend ungerechten gesellschaftlichen Realität des globalisierten Finanzkapitalismus »gleichsam von außen angegriffen wird«. Dies stellt den innerbetrieblichen Konflikt still, befördert die Unterordnung unter autoritäre Strukturen und verstärkt das betriebliche Disziplinarregime (Dörre u.a. 2009, 564ff). Widersprüchliche Erfahrungen und Wünsche existieren nebeneinander: Viele sind angesichts der Krise offen für kapitalismuskritische, gar sozialistische Positionen. Zugleich betrachten sie diese als unrealistisch, weil mit ihnen keine Machtperspektive oder auch nur eine Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit verbunden ist. Mangelnde Alternativen,







Protest in Madrid
© Javier Rodríguez Alonso, www.javir.es

fehlende Erfahrungen oder erfolglose Kämpfe und geübte Anpassungspraxen halten den passiven Konsens.

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, vor allem in der gefährdeten Mittelklasse, hat immer weniger das Gefühl, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können (Heitmeyer 2010, 27), was bei vielen zu einem Rückzug ins Private führt. Das Vertrauen in Politiker sinkt dramatisch und die Wut über die Folgen der Krise hat sich verstärkt (vgl. Klein/Heitmeyer 2010, 174; Eurobarometer 26.8.2010). Proteste entzünden sich aber kaum an der ungleichen Verteilung der Krisenlasten. Es gibt keinen allgemeinen Aufschrei über die lächerliche Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um fünf Euro. Bei den Betroffenen dominiert »Statusfatalismus« (*FAZ*, 16.12.10, 15):[2] schon lange arbeitslos und dem Disziplinarregime der Job Center unterworfen – Krise ist Alltag. Proteste entzünden sich an der Arroganz der Macht gegen breite bürgerliche Mehrheiten, Großprojekte wie Stuttgart 21 oder die Verlängerung der Atomlaufzeiten. Sie setzen an Rissen im herrschenden Block an.

Die Erleichterung über den Aufschwung geht einher mit der realitätsgetränkten Befürchtung, dass dies nicht so bleiben wird. Angesichts der betrieblichen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse schien der Verzicht auf militantere Aktionen evident. Der Spatz in der Hand mag sicherer sein als die Taube auf dem Dach, auch wenn der Spatz bedeutet, sich weiter zu bescheiden, auf Verbesserungen zu verzichten. Das Risiko ist schwer kalkulierbar, die Angst, später schlechter da zu stehen als vorher, die Hoffnung, die Gefahr gehe vielleicht an ›mir‹ vorbei, auch wenn sie unweigerlich andere treffe, subjektiv begründet. Konzentration auf die eigene Absicherung und das Machbare – Holzkamp fasst dies als restriktive Handlungsfähigkeit –, die langfristigen Folgen werden ausgeblendet. Das Unbehagen bleibt.

WIDERSPRUCHSKONSTELLATIONEN ALS »TRANSFORMATIONSMOTOREN«

Erweiterung von Handlungsfähigkeit ist keine individuelle Möglichkeit, vielmehr die Entwicklung der »Fähigkeit, im Zusammenschluss mit anderen Verfügung über meine jeweiligen individuell relevanten Lebensbedingungen zu erlangen« (Holzkamp 1987, 14). Grundlage kann die gemeinsame Erfahrung der Beschränkung von Handlungsfähigkeit sein, wenn es gelingt, Erfahrung, Reflexion und Gefühl kohärent zu







Protest in Madrid
© Christian Luna

verarbeiten und auf gemeinsames Handeln zu orientieren. Dabei kann an Widersprüchen des Alltags und Alltagsverstands angeknüpft werden. Wenn der Zwang hinter dem Konsens offen zutage tritt, kann Empörung greifen. Anders als in bürgerlichen Vorstellungen, die Emotionalität und Handlungen voneinander abkoppeln, Erkenntnis und Emotionalität gegeneinander stellen, sind Emotionen »Voraussetzung [...] für eine adäquate kognitive Abbildung der Welt« – und sie sind handlungsleitend (Holzkamp 1987, 16; vgl. Kaindl 2008). Die marginalisierten Gruppen »müssen sich vom Gefühl der Verletztheit und Scham zu Wut und Empörung« arbeiten (Fox Piven, *The Nation* 7.1.2011). Eine Form kann sein, wenn »wir hier unten«, »das Volk« gegen die Oberen gestellt wird. In Nordafrika und Wisconsin war das erfolgreich. Problematisch ist freilich, dass auch die Rechte versucht, dies mit ethnischen und ausgrenzenden Bedeutungen des »Volkes« zu unterlegen.

Ein Ziel kann nur motiviert verfolgt werden, »wenn ich vorwegnehmen kann, dass in der Realisierung des Ziels ich selber ein Stück Erweiterung meiner Lebensmöglichkeiten, also Verbesserung meiner Lebensqualität erreiche« (Holzkamp 1987, 14). Auch von links wird z.B. Prekären oft mangelnde Motivation zugeschrieben und dies als wesentliches Hindernis betrachtet, die eigene Lage selbstverantwortlich zu verbessern bzw. den strukturellen Zwängen organisierten Widerstand entgegen zu bringen. Doch stellen die alten Formen politischer





Repräsentation und Interessenvertretung, die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Parteien, die Teilnahme an Wahlen etc. für viele gar keinen Weg zu verbesserter Lebensqualität mehr dar (vgl. Klein/Heitmeyer 2010, 174, Dörre u.a. 2009, 571). Insofern überrascht die Zunahme der »hoffnungslos und illusionslos Unzufriedenen« nicht (Schmid/Bös 2010, 116), ebenso wenig wie das »Passiv-Bleiben« (Dörre u.a. 2009, 565) der Beschäftigten, angesichts der Erfahrungen betrieblicher Kämpfe in den letzten Jahren. Wir bewegen uns in einem Widerspruch »zwischen der Erweiterung der Lebensmöglichkeiten und der Vorwegnahme des Risikos des Verlusts der Handlungsfähigkeit durch die Herrschenden« (Holzkamp 1987, 16f) – durch Arbeits- und Sozialverwaltungen, Schulbehörden, alltägliche Kontrolle und polizeiliche Überwachung sowie die ›kleinen Unteroffiziere› des Kapitals in Person von Abteilungsleitern und Vorarbeitern mit ihren kruden Management- und Gängelmethoden im Niedriglohn- oder im informellen Sektor. Es liegt nahe, »quasi eine Art von Arrangement mit den jeweils Herrschenden in einer Weise zu treffen, dass man deren Bedrohung so weit neutralisiert, dass man in diesem Rahmen noch einen bestimmten Bereich an freiem Raum« hat (17). Der Verzicht auf die Erweiterung von Verfügungsmöglichkeiten geschieht vor dem Hintergrund subjektiver Einschätzung von Kräfteverhältnissen und eigenen Handlungsmöglichkeiten bzw. -behinderungen »subjektiv *funktional*« (Markard 2009, 187). Des Arrangements mit den Herrschenden kann man sich nie sicher sein. Angst ist eine »permanente Hintergrundqualität restriktiver Emotionalität« (Holzkamp 1983, 406). Sie befördert Gefühle von Individualisierung, Verdrängung und Mystifizierung (Holzkamp 1979, 166; Markard 2009, 194 ff), die ggf. projiziert werden auf »Bänker«, »Asylanten« und »Arbeitslose«.

Organische Krisen bedrohen auch zuvor handlungsfähige Individuen und Gruppen mit dem Verlust von Orientierung und Handlungsfähigkeit. Wird restriktive Handlungsfähigkeit durch gesellschaftliche Brüche oder durch die Herrschenden in Frage gestellt, kann Bewegung entstehen. Das kann in anomische Zustände führen, Verdrängung und psychische und physische Krankheiten hervorrufen; aber auch zur Aktivierung und kollektiven Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten führen. Protest kann zum Ventil werden: Die Angst weicht, der Gewalt der prozessierenden Krise raubt die Sicherheiten. Durch Störung unhinterfragter gesellschaftlicher Abläufe und massenhafte Verunsicherung individueller Denk- und Handlungsformen besteht die *Möglichkeit*, die gesamtgesellschaftliche Vermitteltheit der eigenen Existenz *begreifen* zu können: »Verzicht konnte die Krise nicht verhindern, nun wird noch mehr Verzicht gefordert«. Das Verlassen von erworbenen Positionen, Verlernen von Eingeübtem sind nun gefragt – ein Vorgang, der im engen Sinne *persönliche* Krisen der gesellschaftlichen Individuen einschließt.

Perspektivverschiebungen und die Perspektivverschränkungen stärken potenziell die Fähigkeit zur Zurückstellung von unmittelbaren Interessen und Ängsten, um sich für eine mittel- bis längerfristige Perspektive der Verbesserung der eigenen und gemeinsam erlebten Situation einzusetzen. Bedrohliche Reaktionen werden eher in Kauf genommen bzw. über solidarische Praxen abgefedert. Solidarität



und Protest sind dann nicht mehr moralisch, sondern im wohlverstandenen Eigeninteresse, subjektiv funktional: weil mit der Verfügungserweiterung auch die Möglichkeit verbunden ist, die Existenzbedrohung abzuwehren. Das ist die Erfahrung von Protesten in allen genannten Ländern, auch wenn sie nicht zum Erfolg führten.

Vielfach gespalten mangelt es den Subalternen bislang an einer gemeinsamen Sprache, einem Verständnis gemeinsamer Interessen. Um Handlungsfähigkeit zu gewinnen, ist es notwendig, aus Widerspruchskonstellationen eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert (ausführlich Candeias 2010a). Für eine transformative Organisierung wäre es wesentlich, die marginalisierten subalternen Gruppen für die Führung zu befähigen. Und Protestierende »brauchen Ziele und Gegner, am besten lokale und erreichbare« wie in Wisconsin (Fox Piven, *The Nation* 7.1.2011). Die Orientierung auf Handlungsfähigkeit bedeutet zugleich ein anderes Verständnis von Politik. Kollektive Organisierung wird von den Subjekten nur motiviert betrieben und mit Leidenschaft verfolgt, wenn nicht nur stellvertretend ihre Interessen vertreten werden, ihr Wohlstand verbessert wird, sondern echte Partizipation und Teilhabe an den wesentlichen Entscheidungen zugleich die Erweiterung individueller Handlungsmöglichkeiten bietet. Eine solche kulturelle Revolution der Organisierung, eine Kultur der Beteiligung ist die Grundlage für eine demokratische Transformation.

Wenn wir uns nicht selbst befreien,
bleibt es für uns ohne Folgen.
(Peter Weiss)

LITERATUR

Candeias, Mario, 2011: Griechenland in Limbo, in: mehring1-blog, http://ifg.rosalux.de/2011/04/19/grienchenland-in-limbo/

ders., 2010a: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *Luxemburg* 1, 2. Jg., 6–17

ders., 2010b: Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise, in: A. Demirović u.a. (Hg.), Vielfach-Krise, Hamburg, 45–62

Dörre, Klaus, u.a., 2009: Krise ohne Krisenbewusstsein?, in: *Prokla* 157, 39. Jg., 559–79

Gramsci, Antonio, 1991ff: Gefängnishefte, Berlin-Hamburg

Haug, Wolfgang Fritz, 2011: Krisen-Tsunami und kategorischer Imperativ. Editorial, in: *Das Argument* 291, 53. Jg., 169–77

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2010: Deutsche Zustände 8, Frankfurt/M

Klein, Anna, und Wilhelm Heitmeyer, 2010: Wenn die Wut kein politisches Ventil findet, in: Deutsche Zustände 8, hgg. v. W. Heitmeyer, Frankfurt/M, 164–89

Holzkamp, Klaus, 1987: Grundkonzepte der Kritischen Psychologie, in: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hg.), Wi(e)der die Anpassung, Soltau, 13–19; www.kritische-psychologie.de

ders., 1983: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/M

Kaindl, Christina, 2008: Emotionale Mobilmachung: Man muss lange üben, bis man für Geld was fühlt, in: Lorenz Huck, Christina Kaindl u.a. (Hg.): »Abstrakt negiert ist halb kapiert« – Beiträge zur marxistischen Subjektwissenschaft. Morus Markard zum 60. Geburtstag. Marburg, 65–86

Kritidis, Gregor, 2010: »Irgendwann nehmen die Tränen Rache.« Zur Renaissance des Anarchismus in Griechenland, in: *Das Argument* 289, 52. Jg., 826–38

Markard, Morus, 2009: Einführung in die Kritische Psychologie, Berlin-Hamburg

Mastnak, Toma, 2011: Die Rückkehr des Volkes, in: *Das Argument* 291, 53. Jg., 179–85

1 China als aufsteigendes neues kapitalistisches Zentrum, noch mit vielfältigen semi-peripheren Charakteristika einer strukturellen Heterogenität, aber schon mit einer Veränderung Richtung selbsttragender Wirtschaft und Hightech-Kapitalismus, bietet Protesten trotz repressiver Herrschaftsstruktur wachsende Spielräume (vgl. Roth in diesem Heft).

2 »Nur 14 Prozent der Unterschichten erwarten, dass es ihnen in zehn Jahren besser gehen wird. Auch die Aussichten der eigenen Kinder werden überwiegend skeptisch gesehen.« (Renate Köcher, *FAZ* 16.12.2009, 15)



DAS WELTPROLETARIAT IM WERDEN

KARL HEINZ ROTH

In den 1970er Jahren hat sich eine gravierende globale Agrarkrise entwickelt, die als strukturelle Krise zur massiven Freisetzung von Kleinbauern im Süden des Weltsystems geführt hat. Millionen von Menschen waren davon betroffen. Sie waren betroffen von strukturellen Anpassungsprogrammen der Weltbank, von der Liberalisierung des Weltagrarhandels, von der Aufhebung der Landreformen in vielen Teilen der Welt, die zu einer Wiederherstellung des Großgrundbesitzes im Sinne des *industrial farming* geführt haben. Und sie waren betroffen durch den gigantischen Landraub im Prozess der Urbanisierung, der Durchsetzung riesiger Infrastrukturprogramme, Stauseeprojekte usw. Und sie waren und sind betroffen durch den Boom der Plantagenwirtschaft zur Produktion von Biotreibstoffen. Hunderte von Millionen kleinbäuerlicher Familien wurden vom Land vertrieben. Die Statistiken gehen sehr weit auseinander. In den 1960er Jahren, zur Zeit der »Grünen Revolution«, waren es noch 3,2 bis 3,4 Milliarden, inzwischen sollen es noch 2,6 bis 2,8 Milliarden Menschen sein.

Die Folgen dieses Prozesses waren dramatisch, denn nur ein Teil dieser Enteigneten und vom Land Vertriebenen ist auf dem Land geblieben, als Landarbeiter, als Agrarproletarier, bspw. auf den neuen Biotreibstoffplantagen in Brasilien. Die damit einhergehende relative Verknappung der Agrarflächen, in Relation zum globalen Bevölkerungswachstum, hat zu zyklischen Ernährungskrisen geführt. Der größte Teil der vom Land Vertriebenen ist in die Städte abgewandert. Die meisten von ihnen sind in so genannten *slum cities* gelandet. Es sind inzwischen über eine Milliarde Menschen, die dort unter extremen Bedingungen überleben, teilweise buchstäblich »in der Scheiße« überleben.







Seit den 1970/80er Jahren haben Massenmigrationen gigantischen Ausmaßes stattgefunden: Von Zentral- und Südasien in Richtung Golfstaaten, vom Süden in den Norden in Zentralamerika, vom Süden in den Norden aus Afrika nach Europa und vom Osten nach Westen ebenfalls in Richtung Mittel- und Westeuropa. Auch hier sind Hunderte von Millionen Menschen kontinental oder transkontinental auf der Wanderschaft. Im Gegensatz zu diesen Massenmigrationen, die es in der Weltgeschichte immer gegeben hat, gibt es ein weiteres, neues Phänomen der globalen Proletarisierungsprozesse: die wirkliche Herstellung globaler Arbeitsmärkte. In der Forschung ist man sich relativ einig, dass der erste globale Arbeitsmarkt im Bereich des Care-Work, also der Pflegearbeit im weitesten Sinn, und der *domestic services*, also der häuslichen Dienstleistung, entstanden ist. Er ist heute ein globales Phänomen. Ein eben solches Phänomen ist die Internationalisierung der Transportarbeit seit der technologischen Verbindung der verschiedenen Teile des Produktionssystems zu Produktionsketten, keineswegs nur im maritimen Sektor. Das spektakulärste Phänomen der Entstehung neuer globaler Arbeitsmärkte erleben wir im Bereich der Informationstechnologie, wo ein neues Segment hochqualifizierter Kommunikationsarbeit überwiegend selbstständig Tätiger sich auf globalen Weltmärkten bewegt und den globalen Proletarisierungsprozess entscheidend beeinflusst.

Ein weiterer Aspekt war in den vergangenen Jahrzehnten im Fokus der Forschung: die neue internationale Arbeitsteilung. Ich brauche also nur auf die Tatsache hinzuweisen, dass das Kapital aufgrund der Verbilligung und Rationalisierung der Transportketten in der Lage gewesen ist, dorthin zu wandern, wo die Arbeitskraft am billigsten ist. Heute sind die Blaupausen und Entwicklungszentren in den Zentren des Weltsystems, die Massenproduktion, die Montageproduktion in die Werkbänke der Peripherie verlagert. Die relative Deindustrialisierung der transatlantischen Sphäre unterfüttert die globale Proletarisierungstendenz. Sie war begleitet von heftigen Arbeiterkämpfen und heftigen Arbeiterniederlagen, einschließlich der Niederlage ihrer Repräsentation: Erinnert sei an die strategische Niederlage der Fiat-Arbeiter 1980, die Zerstörung der britischen Bergarbeiterbewegung als erste Großtat Margaret Thatchers und an den, in seiner Bedeutung lang unterschätzten, verlorenen Docker-Streik in den Vereinigten Staaten an der Ost- und Westküste im Jahr 1991. Relative Deindustrialisierung bedeutet, dass in anderen Sektoren der Welt, im geschleiften Osteuropa, in Südosteuropa und vor allem in Ostasien neue Schwerpunkte der industriellen Produktion entstanden sind. Entscheidend ist, dass diese gewaltigen Verschiebungen mit einer globalen Homogenisierung bzw. Standardisierung der Technologie und der Arbeitsorganisation in den zentralen Sektoren Automobilindustrie, Elektronikindustrie, Stahlindustrie, Rohstoffkonzerne usw. einhergegangen sind, so dass sich die bisherige Trennung der Welt, auch aus



der Perspektive des industriellen Proletariats, in Peripherie, Semiperipherie und Zentrum auflöst und teilweise umkehrt. Das sind die wesentlichen Aspekte, die verdeutlichen, dass in der Tat ein Prozess der Konstitution eines Weltproletariats stattfindet. Es werden immer mehr Menschen auf der Welt, Hunderte von Millionen Menschen, ihrer Produktionsmittel und ihrer Subsistenzmittel beraubt. Es werden immer mehr Menschen gezwungen, da sie über keine Produktions- und Subsistenzmittel mehr verfügen, ihr Arbeitsvermögen zu entäußern: bezahlt, unbezahlt, als Freie, als Unfreie, als Kontraktarbeiter, als Lohnarbeiter, wie auch immer. Der wesentliche Aspekt dieses Proletarisierungsprozesses besteht darin, dass er eine Umkehrung der Entwicklungstendenzen der 1960er Jahre zumindest im industrialisierten Westen mit sich bringt: Die neuen Proletarierinnen und Proletarier sind nicht mehr in der Lage, durch die Entäußerung ihres Arbeitsvermögens die Existenzrisiken ihres individuellen oder familiären Daseins, Krankheit, Individualität und Alter, abzudecken. Dieser Prozess ist nicht dominiert durch das absolute oder relative Aufsteigen einer neuen industriellen Arbeiterklasse von doppelt freien Lohnarbeitern mit einem zunehmend abgesicherten sozialen Status. Prekäre Arbeitsverhältnisse dominieren. Es dominieren flüchtige Prozesse der Ausbeutung. Es dominieren Prozesse der Kontraktarbeit, der Tagelöhnerarbeit, der zeitlich befristeten Ausbeutung. Natürlich auch der festangestellten Lohnarbeit, aber nur als eine Komponente unter vielen und ohne die Tendenz, sich gegenüber den anderen durchzusetzen. In Lateinamerika hat sich die Zahl der ungesicherten Beschäftigten von 52 im Jahr 1980 auf 58 Prozent im Jahr 2007 erhöht; in Südostasien in derselben Zeit von 51 auf 72 Prozent, im subsaharischen Afrika auf über 80 Prozent; in Nordafrika und der arabischen Welt auf durchschnittlich 47 Prozent – und die Tendenz ist steigend. Dabei handelt es sich wohlgemerkt um Arbeitsverhältnisse im nichtagrarischen Sektor. Wenn wir den agrarischen Sektor hinzuzählen, kommen wir auf Durchschnittswerte von 70 bis 80 Prozent und in einigen, nicht nur den Entwicklungsländern, auf 90 Prozent. Gleichzeitig erleben wir die gegenläufige Tendenz: Die prekären Arbeitsverhältnisse kehren in die bisherigen Zentren des Weltsystems zurück. In ihrer sichtbaren Form genauso wie in der Peripherie: Straßenhändler, Straßenmusikanten, Bettler usw., vor allem aber in ihrer unsichtbaren Form als Leiharbeit, als zeitlich befristete Beschäftigung, als niedrig entlohnte Beschäftigung usw. Nun stellt sich die Frage, wie die Weltwirtschaftskrise diese Prozesse beeinflusst hat.

AUSWIRKUNGEN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

In der Krise sind, nach Statistiken der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Erwerbslosenzahlen seit 2007 weltweit um 60 Millionen Menschen angestie-







Protest in Madrid,
© Christian Luna

gen (auf 300 Millionen). Sie sind inzwischen wieder etwas rückläufig. Im Verlauf der Krise haben sich die Tendenzen zur Massenverarmung aufgrund der zyklischen Ernährungskrise von 2008 und erneut 2010 massiv verstärkt. 1,7 Milliarden Menschen sind absolut arm, d.h. sie beziehen weniger als 1,45 Dollar pro Tag. Über eine Milliarde Menschen leben wieder im Zustand des chronischen Hungers. Im Rahmen gigantischer Sanierungsprogramme zur Refinanzierung der massiven Kredite an den Finanzsektor verschärft sich auch die Prekarisierung in Europa, den USA und Japan. Hier ist ein enormer Beschleunigungsprozess zu beobachten. Auch in den Zentren erlangen nur noch knapp die Hälfte aller Jugendlichen, die ihren Schulabschluss oder Hochschulabschluss hinter sich haben, eine Berufsperspektive. Sie sind jahrelang erwerbslos und landen überwiegend in prekären Beschäftigungsverhältnissen. In Deutschland sind über 50 Prozent der Neuanstellungen nur noch befristete Arbeitsverhältnisse.

Nun gibt es aber auch gegenläufige Prozesse, die die Homogenisierung blockieren. Die Weltwirtschaft erholt sich ungleichgewichtig. Das hat zur Folge, dass die Massenmigration erneut zunimmt – derzeit sichtbar an den Schengen-Grenzen – und Solidarisierungsprozesse blockiert. Ähnliche Tendenzen sehen





wir in der ungleichen Entwicklung innerhalb Europas. Der Verarmungsprozess der europäischen Peripherie (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) koppelt sich vom Zentrum ab. Auch das führt zu erheblichen Verwerfungen. Im Ergebnis der Krisenverschärfung vergrößern sich die »sensiblen Zonen der französischen Statistik«, d.h. die städtischen Agglomerationen, in denen die marginalisierten Proletarierinnen und Proletarier leben und sich verstärkt abschließen – ein Ghettoisierungsprozess, der etwa in Frankreich fünf bis sechs Millionen Menschen erfasst hat. Es gibt also Homogenisierungstendenzen, aber auch ganz eindeutige Fragmentierungsprozesse, und es stellt sich die Frage, wie die neuen Proletarierinnen und Proletarier mit dieser Konstellation umgehen.

NEUE AUFBRÜCHE

Historisch gesehen war es zum Ende von Krisen üblich, wenn akute Krisenprozesse in die Stagnation oder die Erholungsphase übergingen, dass sich Proletarier wieder zu Wort melden. Und zwar geschah das immer ziemlich überraschend, bspw. kam die massive Fabrikbesetzungswelle vom Juni 1936 in Frankreich, die zur Volksfront führte, völlig unerwartet; ebenso die Flint-Streiks in den USA um die Jahreswende 1936/37, die den New Deal überhaupt erst von unten stabilisiert haben. Auch in der aktuellen Situation gab es Überraschungen, einiges hatten wir erwartet. Ich möchte drei Beispiele herausgreifen.

CHINA

Zur Zeit des Höhepunkts der Krise 2008 wurden in China 25 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter in ihre Dörfer zurückgeschickt. Sie revoltierten mit Massenstreiks gegen ihre Entlassung, vor allem weil sie zu einem erheblichen Teil nicht entlohnt wurden. 2009 sind sie wieder weitgehend zurückgekehrt und inzwischen ist eine zweite Generation von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern, 200 Millionen Menschen, beschäftigt. Diese zweite Generation will nicht mehr aufs Land zurück, sie will ein städtisches Leben. Sie braucht also höhere Einkommen, weil sie sich von der Subsistenzökonomie abkoppelt, und sie ist bereit, dafür höhere Risiken in Kauf zu nehmen. Die Sommerstreiks des Jahres 2010, vor allem in der Automobilindustrie, der Chemie- und der Elektronikindustrie wurden mit harten Repressalien gegen die Streikführer und mit der Kriminalisierung aller überbetrieblichen Kontakte beantwortet, gleichzeitig aber auch mit lohnpolitischen Konzessionen. Weniger bekannt ist, dass lokale Revolten von größerer Bedeutung sind, d.h. große Massenaktionen gegen Rathäuser, Parteihäuser, gegen öffentliche Einrichtungen sich auf über 180 000 verdoppelt haben. Der letzte Volkskongress hat im März 2011 in seinem zwölften





Fünf-Jahres-Plan mit einer Reforminitiative darauf geantwortet. Er verspricht jährliche Lohnerhöhungen von 13 Prozent, 45 Millionen neue Arbeitsplätze in den städtischen Agglomerationen, 36 Millionen neue Sozialwohnungen und die Einführung der Sozialversicherung auf dem Land. Die Sozialrevolte hat in der für unsere Analyse vielleicht wichtigsten Weltregion zu einem Reformimpuls geführt. Aber die Situation ist offen, denn die Risikobereitschaft, nicht nur der WanderarbeiterInnen, sondern auch des städtischen Prekariats, ist enorm gestiegen und die ländliche Subsistenzwirtschaft befindet sich inzwischen in Auflösung.

GRIECHENLAND

Die griechische Krisenpolitik ist ein Beispiel für einen aggressiven Restriktionskurs. Im Dezember 2008 war der Aufschrei der Jugend zu vernehmen, eine militante Sozialrevolte, auf die die internationalen Finanzmärkte mit der Spekulation auf die griechischen Staatsanleihen antworteten. Die »neue« griechische Pasok-Regierung hat unter dem Druck des IMF und der europäischen Kommission, vor allem Deutschlands, ein rigoroses Sparprogramm begonnen, das zu massiven Einkommensverlusten der öffentlich Beschäftigten bis zu 25 Prozent, massiven Rentenkürzungen usw. führen wird. Diese Situation ist besonders: Sie läuft in einem Peripherieland der EU ab und ist durch die EU verschuldet. Seit der Integration Griechenlands in die Eurozone waren massive Deregulierungsprogramme gelaufen. Das jetzige Sparprogramm bedeutet eine Radikalisierung, die alle bisherigen Erfahrungshorizonte sprengt. Es hat seither immer wieder Generalstreiks gegeben, etwa den großen vom Mai 2010. Die regierungsnahen Gewerkschaftsverbände haben die Kontrolle über die Massenbewegung verloren. Die zwei linken Parteien mit ihren Gewerkschaften und eine neue aufkommende anarchistische Strömung dominieren den Prozess des Widerstands, und sie haben gelernt, aufeinander zuzugehen. Dabei haben vor allem die in den anarchistischen Gruppen aktiven, überwiegend höher qualifizierten Jugendlichen mit IT-Fähigkeiten eine außerordentliche Rolle gespielt. Sie haben eine Gegenöffentlichkeit über die Informationstechnologie hergestellt, und sie haben die direkte Aktion, die Besetzungsaktion öffentlicher Einrichtungen, wieder hoffähig gemacht. Die Situation ist explosiv und offen – wie die Entwicklung in China.

ÄGYPTEN

Auch in Ägypten sind seit den 1990er Jahren strukturelle Anpassungsprogramme durchgeführt worden, die zu einer weitgehenden Deregulierung des öffentlichen Sektors führten. 1991 vom Mubarak-Regime in Gang gesetzt, wurden 1997 die Landreformen zurückgenommen und 1999 die Beschäftigungsgarantien für





alle Hochschulabsolventen aufgehoben. Im Verlauf der Krise verschärfte sich der Sparkurs. Es kam zur Privatisierung der größten Teile des öffentlichen Sektors, bspw. in der Textilindustrie, in der 800 Fabriken stillgelegt wurden. Die Belegschaften dieser Fabriken haben zunächst in militanten Streiks ihre Betriebe besetzt. Als die Betriebe geschlossen wurden, sind sie nicht verschwunden, sondern nach Kairo gezogen. Sie haben sich vor das Parlament begeben, und sie haben wochenlang auf dem Tahrir-Platz demonstriert und campiert. Dabei wurden sie von den Massen jugendlicher Arbeitsloser aktiv unterstützt. Es kam zu weiteren Streikbewegungen und unmittelbar vor dem Aufstand zu einer Streikwelle, die auch die selbstständigen Arbeiter, 70 000 LKW-Fahrer und Kleinunternehmer des informellen Sektors erfasste. Der Aufstand, der nach dem Impuls aus Tunesien in Gang gekommen ist, war ein Aufstand aller Segmente des neuen Proletariats, ausgenommen der *slum cities*, die sich nur am Rande und verspätet beteiligt haben.

Weltweit wird also massiv auf den verschärften Krisenprozess geantwortet. Dabei haben sich drei Varianten entwickelt: a) eine Variante des Reformdrucks (in China), b) eine Variante der offenen und massiven Konfrontation zwischen den Sanierungsregimes, die inzwischen in Griechenland ihre politische Basis verloren haben und deren Auswirkungen auf die übrigen Sanierungsregimes an der europäischen Peripherie absehbar sind, wie die neuesten Massenstreiks, die ohne jede Unterstützung durch Gewerkschaften und Parteien in Portugal stattgefunden haben, zeigen. Und wir haben c) die Konstellation des politischen Bruchs, der natürlich in seiner Perspektive völlig offen ist, weil im Schatten des libyschen Bürgerkriegs die nahöstliche Konterrevolution aufmarschiert ist.

NEUE PERSPEKTIVEN

Wie können wir uns auf diese Entwicklungen beziehen? Wie können wir die sich dort entwickelnden, basisdemokratischen, antipatriarchalen und egalitären Tendenzen unterstützen? Wie können wir, polemisch gesagt, den Zustand beenden, hinter dem sich konstituierenden politischen proletarischen Subjekt, dem kollektiven Subjekt, herzulaufen? Dies berührt unsere bisherige politische Identität.

1 | Wir sollten bereit sein, diesen globalen Proletarisierungsprozess zu sehen und ihn nicht vorschnell mit unseren früheren theoretischen Festlegungen überlagern. Ich meine damit eine Öffnung unseres Arbeitsbegriffs, den Verzicht auf die Illusion, dass die doppelt freie Lohnarbeit in einer zunehmend sozialen Absicherung befindlich, sozusagen einen evolutionären Prozess der Industrialisierung des Weltsystems darstellt. Dieser Prozess findet nicht statt, und er ist – hier beginnt die Diskussion – auch nicht erstrebenswert. Denn die Menschen, die sich





immer mehr und immer stärker in flüchtigen und prekären Arbeitsverhältnissen befinden, sind dorthin nicht nur aufgrund der diabolischen Raffinessen des Kapitals geraten, sondern weil sich darin auch ein Stück ihrer eigenen Fremdheit gegenüber der Arbeit ausdrückt.

2 | Wir sollten Abschied nehmen vom methodischen Nationalismus, der sich seit 1914 tief in die Arbeiterbewegung eingegraben hat. Wir sollten auch vom Euro- und Atlantozentrismus Abschied nehmen, der sich in den 1950er und 60er Jahren hier durchgesetzt hat und der sozusagen als Relikt des Kalten Kriegs weiter fortwirkt. Denn wir sind mit einem neuen Weltproletariat konfrontiert, in dem es hochqualifizierte, mehrsprachige, global kommunikationsfähige Segmente gibt, etwa den IT-Sektor und die Transportarbeiter. Das Weltproletariat ist in seiner multiethnischen, vielsprachigen Struktur Realität.

3 | Wenn diese Hypothesen zutreffen, sollten wir den Abschied von der (Lohn-) Arbeit organisieren. Die Proletarierinnen und Proletarier lieben die Arbeit nicht. Sie arbeiten, weil sie keine Alternativen haben. Sie kämpfen gegen die Arbeit, wenn sich die Gelegenheit ergibt, und sie fliehen vor ihr, wenn sie Möglichkeiten sehen. Es gibt ein elementares Massenbedürfnis nach selbstbestimmter gesellschaftlicher Tätigkeit. In unseren Utopien haben wir die selbstbestimmte gesellschaftliche Tätigkeit der frei assoziierten Individuen immer als ein strategisches Ziel definiert. Es ist aber ein Sofortprogramm. Es ist immer ein Sofortprogramm gewesen, wie die »Niederlage« der Russischen Revolution von 1917/18, die Niederlage der Volksfrontregierung in Frankreich von 1938 und auch die Niederlage der Spanischen Revolution zeigen. Die Arbeiterzeitungen des spanischen Anarchismus haben im Frühjahr 1937 Proklamationen zur Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin, der Arbeitsmoral, der Abschaffung der Tanzveranstaltungen usw. veröffentlicht, die sich wie direkte Zitate Lenins vom Januar/Februar 1918 lesen. Alle Strömungen der Arbeiterlinken, die ihre Legitimationsansprüche aus dem Proletariat abgeleitet haben, waren damit konfrontiert, dass die realen Proletarierinnen und Proletarier in dem Augenblick, indem sie endlich die Despoten und die Unternehmen weggejagt hatten, nicht mehr gearbeitet haben. In revolutionären Umbruchprozessen sinkt die Arbeitsproduktivität dramatisch. Nationale oder regionale Umstürze lassen sich kaum verteidigen, weil sie sich, im Prozess der Verteidigung gegen ihre Umwelt, von ihrer eigenen sozialen Basis entfernen. Umstürze können nur noch auf globaler Ebene diskutiert werden. Es ist notwendig, lokale Assoziationsprozesse in Gang zu bringen, die diesen globalen Prozess möglich machen. Nur dann werden die Entwicklungen in China, Griechenland, Ägypten und anderswo eine Perspektive haben, die eine Perspektive zur Umwälzung des Weltsystems ist.





DIE ENTSTEHUNG EINER NEUEN ARBEITERKLASSE IN CHINA

AU LOONG YU

Von Mai bis Juli 2010 gab es in China mehrere Streikwellen, besonders im Automobilsektor. Hintergrund ist die seit 15 Jahren andauernde relative Abnahme der Löhne im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt. In den vergangenen zehn Jahren hat es vor allem in Südchina eine ganze Reihe spontaner Streiks gegeben. Nur selten wird über sie berichtet, so dass sie nicht in den Statistiken auftauchen. Im Jahr 2000 wurden in China 2 Millionen Autos hergestellt, 2009 waren es bereits 14 Millionen: eine gewaltige Expansion. Doch die Löhne steigen nur sehr langsam, die Arbeiter verdienen kaum ein Zehntel dessen, was amerikanische Arbeiter verdienen. In den frühen 1990er Jahren lag ihr Anteil zwischen 53 und 55 Prozent, heute liegt er bei 40 Prozent des BIP. Die Löhne reichen kaum für die Reproduktion der Arbeitskraft. Und die Lohnniveaus weichen beträchtlich voneinander ab. Häufig wird länger als 50 Stunden gearbeitet, mitunter 70 oder 100 Stunden pro Woche – was gegen die gängigen Arbeitsgesetze verstößt.





Im Mai 2010 gab es einen 17 Tage dauernden Streik bei Honda in Guangzhou. Vom ersten Tag an waren die Arbeiter radikal, am zweiten forderten sie eine Neuwahl der gewerkschaftlichen Arbeitervertretung. So etwas hatte es zuvor noch nicht gegeben, und die Regierung zog die Neuwahl tatsächlich in Erwägung. Die Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften war schon in früheren Auseinandersetzungen gestellt worden, aber zum ersten Mal erkannte die Regierung die Legitimität dieser Forderung an. Allerdings handelte sich nur um eine Neuwahl auf der Produktionsebene. Mit dem Streik konnten die Arbeiter eine Lohnerhöhung um 34 Prozent erreichen, für Auszubildende sogar um 70 Prozent. Während des Streiks waren sie in der Lage, die Produktion in vier weiteren angeschlossenen Honda-Fabriken zum Erliegen zu bringen. Nach Berichten in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen – allerdings gibt es unterschiedliche Statistiken darüber – haben von Mai bis Juli wenigstens acht Streiks in der chinesischen Automobilindustrie stattgefunden. In der gesamten Industrie der Provinz Guangdong fanden in 100 Fabriken Streiks statt. Von früher stattgefundenen Streiks in Montagefabriken liegen leider keine Berichte vor, so dass wir wenig über die Situation wissen. Die Streikwellen von Mai bis Juni 2010 waren erfolgreich, auch wenn sie nicht lange anhielten, weil die Regierung schnell Zugeständnisse machte.

Wieso war die Streikwelle angesichts der Größe Chinas so klein? Chinesische Arbeiter stellen ein Viertel der Industriearbeiter weltweit, im Dienstleistungssektor ist es ein Fünftel. Die Streikwelle war also nicht groß genug, um den Staat ernsthaft herauszufordern. Ihre Bedeutung liegt darin, dass sie eine Perspektive eröffnet. Vor allem zwei Elemente sind – in aller Kürze – wichtig: Einerseits bildet sich eine neue Arbeiterklasse aus Wanderarbeitern vom Land. Sie sind jung, zwischen 15 und 20 Jahren alt, sie sind besser gebildet, obwohl sie aus ländlichen Gebieten kommen, und im Gegensatz zu ihren Vätern und Onkeln haben sie nie das Land bestellt. Sie fühlen sich also von Anfang an mit dem Stadtleben verbunden und haben deutlich andere Erwartungen als die ältere Generation der Wanderarbeiter, die in den 1970er Jahren geboren wurden und nach 20 Jahren Wanderarbeit in ihre Dörfer zurückkehren und kleine Geschäfte oder ähnliches betreiben wollen. Die in den 1980er oder 1990er Jahren geborenen Arbeiter dagegen wollen in den Städten bleiben. Viele Forscher haben auf diesen großen Unterschied hingewiesen. Allerdings haben sie einen Punkt übersehen: den Grund, weshalb diese Arbeiter die Forderung nach Neuwahl ihrer gewerkschaftlichen Vertretung stellen. In den Staatsunternehmen sind seit den 1990er Jahren 14 Millionen Arbeiter entlassen worden, aber nur selten wagen sie, Neuwahl ihrer Repräsentanten zu fordern, weil die Niederschlagung der demokratischen Bewegung 1989 eine fürchterlich demoralisierende Wirkung auf sie hatte. Dieses Erbe ist immer noch präsent, auch wenn die Nachwirkungen langsam schwinden. Doch diese jüngere Generation, diese zwanzigjährigen Arbeiter haben von 1989 noch nicht mal gehört. Sie sind nicht mit dieser Art Demoralisierung belastet. Die Forderung erscheint ihnen legitim, daher stellen sie sie.

Das zweite Element ist der größere politische Kontext. Weil über die vergangenen







Winsconsin,
© Erik Olin Wright

20 Jahre die Arbeiterbewegung unterdrückt und die Löhne niedrig gehalten wurden, gibt es eine gewaltige Unzufriedenheit in den Arbeiterklassen. Wenn es heute Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten gibt, sympathisieren die Reporter und die Presse ganz selbstverständlich mit den Arbeitern statt mit dem Management oder gar der Lokalregierung. In gewisser Hinsicht kehrt sich also die Furcht vor der Regierung langsam um. Die Arbeitskämpfe erhalten zunehmend größere Legitimität. Diese Art von Veränderung können wir auf der Ebene der Lokalregierungen beobachten: Zunächst griffen sie die Arbeiter an, indem die offizielle örtliche Gewerkschaft 200 Arbeiter vorbeischickte, damit sie 60 Arbeiter verprügeln. Doch sie erreichten eher das Gegenteil: Sofort startete *Globalization Monitor* eine Kampagne, und in der internationalen Presse wurde weithin über den Kampf berichtet. Die lokale Regierung wurde dann von der Regionalregierung unter Druck gesetzt, solche Angriffe zu unterlassen. Dann fingen sie an, Zugeständnisse zu machen. Auch dieser Teil der Geschichte ist von Bedeutung. Es ist zu erwarten, dass, wenn auch sehr langsam, eine Arbeiterbewegung entstehen wird, insbesondere in der Automobilindustrie. Der Parteistaat ist noch zu mächtig und stark für sie. Es wird Zeit brauchen, aber die Bewegung wird weiter wachsen.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner



DIE PROTESTE IN WISCONSIN

ERIK OLIN WRIGHT UND

JOÃO ALEXANDRE PESCHANSKI

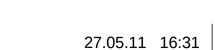


Im Februar und März 2011 erlebte der US-Bundesstaat Wisconsin die größten und nachhaltigsten politischen Proteste seiner Geschichte. Während dieser Proteste wurde der Regierungssitz in Madison von tausenden Menschen für eine Dauer von 17 Tagen besetzt, und an den Kundgebungen außerhalb des Gebäudes nahmen zeitweise mehr als 100 000 Menschen teil. Die Proteste in Wisconsin erhielten enorme Beachtung seitens der Medien, und sie rüttelten die Arbeiter in Ohio, Michigan, Indiana und Maine auf. Hier kommt die Geschichte dieser Ereignisse.

DIE HINTERGRÜNDE

Wisconsin liegt am Michigansee nordwestlich von Chicago. Im 19. Jahrhundert ließen sich hier Immigranten aus Deutschland, Skandinavien und Polen nieder. Es leben fünfeinhalb Millionen Menschen in Wisconsin, und das Pro-Kopf-Einkommen liegt unter dem US-Durchschnitt. Obwohl in Wisconsin immer noch mehr produziert wird als in vielen







anderen ehemaligen Industrieregionen und die Arbeitslosenquote gegenwärtig unter dem nationalen Durchschnitt liegt (7,5 gegenüber 8,8 Prozent), ist der Bundesstaat ökonomisch gesehen Teil des deindustrialisierten »Rostgürtels«. In politischer Hinsicht handelt es sich um einen »*swing state*«, in dem sich die konservativen Republikaner und die progressiveren Demokraten die Wage halten. In den 1940er und frühen 1950er Jahren wurde hier Joseph McCarthy zum Senator gewählt, der scharf rechtsgerichtete Antikommunist, dessen Name Symbol politischer Repression während des Kalten Krieges war. Allerdings wurden hier auch einige der progressivsten Politiker der amerikanischen Geschichte gewählt.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2008 wurde Obama in Wisconsin mit einer Mehrheit von 56 gegenüber 42 Prozent gewählt, und die Demokraten zogen in beide Kammern des Parlaments ein (bereits 2006 wurde ein Demokrat zum Gouverneur gewählt). Bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus im November 2010 gewannen die Republikaner die Mehrheit in beiden Kammern und stellten den Gouverneur. Scott Walker – der von der rechtsgerichteten Tea-Party-Bewegung unterstützte Kandidat der Republikaner – konnte auf eine breite konservative Strömung zurückgreifen. Aber sein Erfolg ist weniger zurückzuführen auf die Beliebtheit seines politischen Programms als auf die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage in Wisconsin. Die Wahlbeteiligung sank von 60 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen 2008 auf 49 Prozent, was v.a. auf die Nichtbeteiligung der ehemals demokratischen Wählerschaft zurückzuführen ist. Die Wahlen wurden eher durch Apathie und Enttäuschung entschieden als durch einen eindeutigen Wechsel der politischen Einstellungen.

DIE AUSSCHLAGGEBENDEN EREIGNISSE

Als Walker im Januar 2011 sein Amt antrat, brachte er als eine der ersten Maßnahmen ein Paket unternehmerfreundlicher Steuersenkungen ins nun von Republikanern dominierte Parlament ein – er rechtfertigte sie mit Investitionserleichterungen und dem Zuwachs von Arbeitsplätzen. Die Steuergeschenke beliefen sich auf 140 Millionen Dollar, von denen 121,4 Mio im Etat des laufenden Haushaltsjahrs veranschlagt waren. Oder wie es auf einem Plakat in Walkers Büro hieß: »Wisconsin is now open for business!« (»Wisconsin ist bereit für Geschäfte!«). Die Steuersenkungen verursachten umgehend eine »Krise« in der Haushaltspolitik. Da die US-Bundesstaaten verpflichtet sind, einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen, legte Walker ein »Gesetz zur Haushaltssanierung« vor. Es sah eine Reihe sofortiger Haushaltskürzungen vor, entscheidender waren aber die Maßnahmen, die nicht unmittelbar etwas mit dem Haushalt zu tun hatten. Insbesondere beinhaltete das Gesetz Festlegungen, die dazu bestimmt waren, Gewerkschaften im öffentlichen Sektor des Bundesstaates zu zerstören. Walker rechtfertigte die »Eindämmung« der Gewerkschaftsrechte mit der notwendigen Flexibilität, mit der lokale und Bundesbehörden auf fiskalische Probleme zu reagieren hätten. Das eigentliche Ziel war die Zerschlagung sämtlicher Gewerkschaften.

Das Arbeitsrecht in den Vereinigten Staaten ist eine komplexe Verquickung nationaler und föderaler Rechtsbestimmungen.





Insbesondere Rechte, die Gewerkschaften für Angestellte im öffentlichen Sektor betreffen, fallen hauptsächlich in den Bereich der Bundesstaaten. Wisconsin gehörte 1959 zu den ersten Staaten, die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst rechtlich anerkannten, und hatte seitdem – für amerikanische Verhältnisse – immer starke Gewerkschaften in diesem Bereich. Zwar sind ihnen Streiks untersagt, aber sie verfügen über umfassende Rechte in den Schiedsverfahren bei Tarifstreitigkeiten. In Wisconsin ist ungefähr ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Mitglied einer Gewerkschaft. Aufgrund des massiven Niedergangs der Gewerkschaften in der Privatwirtschaft (mit momentan weniger als zehn Prozent Organisierungsgrad) während der letzten zehn Jahre sind die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zum Herz der amerikanischen Arbeiterbewegung geworden. Die Konservativen waren gegenüber Gewerkschaften immer äußerst feindselig eingestellt, sowohl weil Gewerkschaftsmacht offensichtlich Klasseninteressen berührt, als auch aufgrund der politischen Bedeutung der Gewerkschaften als Unterstützer der Demokratischen Partei. Die republikanische Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments und das Amt des Gouverneurs sahen Walker und seine Anhänger als einzigartige Chance, die letzten Bastionen der Gewerkschaftsmacht anzugreifen. (Drei Gewerkschaften blieben von den rechtlichen Beschränkungen verschont – die der Polizei, der Staatspolizei und der Feuerwehr. Sie alle hatten Walker im Wahlkampf unterstützt...) Die Maßnahmen des Gesetzes sahen vor, dass die Gewerkschaften sich jedes Jahr aufs Neue durch ihre Mitglieder als zuständige Interessenvertretung bestätigen lassen. Gewerkschaftsbeiträge dürften nicht automatisch vom Gehalt abgezogen werden – die Mitglieder sollten sie jeden Monat gesondert bezahlen. Gewerkschaften würde es nicht erlaubt sein, an formalen Beschwerdeverfahren teilzunehmen, und es würde ihnen verboten, über andere als Lohnfragen zu verhandeln – und selbst Lohnforderungen dürften die Inflationsrate nicht übersteigen. Unter diesen Bedingungen wären die Gewerkschaften im staatlichen Sektor schnell verkümmert.

Am 14. Februar, am Valentinstag, wurde das Gesetz offiziell vorgelegt. An diesem Tag begannen die Proteste in spielerischer Art und Weise. Die *Teaching Assistants' Association* (TAA) der University of Wisconsin, die älteste Gewerkschaft von Angestellten in universitärer Forschung und Lehre des Landes, verteilte Valentinskarten, die an den Gouverneur adressiert waren und bekundeten: »We ♥ UW: Don't Break My ♥« (»Wir ♥ die Universität von Wisconsin: Brich mir nicht das ♥«). Am nächsten Tag veranstaltete das Abgeordnetenhaus eine öffentliche Anhörung, in der die Menschen ihre Meinung zum Gesetz äußern konnten. Eine eigentlich rein formale Angelegenheit wurde die Anhörung für Gewerkschaftsmitglieder und Studierende zu einem Forum des Austauschs über die eigene Lebenssituation und ihre Meinung zur Regierungspolitik. Jede Wortmeldung dauerte zwei Minuten, und zusammengenommen ergaben sie eine kollektive Erzählung über die Situation von amerikanischen Arbeiterinnen und Arbeitern unter Bedingungen der ökonomischen Krise und über die Bedeutung der Gewerkschaften bei der Verteidigung von ArbeiterInnen-







rechten. Auf einem Stück Papier berechnete eine Krankenschwester eilig, was Walkers Vorschläge für sie bedeuten würden; sie lebe schon jetzt mit weniger als 1500 Dollar pro Monat. Ein Student rezitierte die Internationale. Ein Lehrer macht sich den Abgeordneten gegenüber Luft: »Sie kennen mich noch nicht, aber Sie sollten mich lieben. Ich bin großartig. Ich unterrichte Ihre Kinder. Ich arbeite mehr als 40 Stunden in der Woche, die Hälfte davon unbezahlt. Ich bringe dieses Opfer, weil ich meine Arbeit liebe. Dieses Gesetz zeigt, dass Sie nicht verstehen, was eine gesunde Gesellschaft ist, und dass Sie undankbar sind.«

Die öffentliche Anhörung dauerte siebzehn Stunden, und schlussendlich wurde sie von den Abgeordneten der Republikaner beendet. Anschließend versammelten sich die Mitglieder der TAA am Eingang des Saals und forderten »Hört uns an!« Viele der Menschen, die sich gemeldet hatten, um etwas vorzubringen, standen die ganze Nacht in der Schlange innerhalb des Parlamentsgebäudes. Die Wortmeldungen wurden am 16. Februar fortgesetzt. Am gleichen Tag organisierten die LehrerInnen der *Madison school* einen *Sick-out* (kollektives Krankmelden), um an den Protesten gegen das Gesetz teilnehmen zu können. Viele Schüler kamen mit ihnen, und am Nachmittag waren mehr als 15 000 Menschen am Parlamentsgebäude versammelt. Die Anhörung dauerte abermals die ganze Nacht, und ebenso lange blieb das Gebäude für die Öffentlichkeit zugänglich.



Beide Fotos: Winsconsin, ©Erik Olin Wright





Trotz der Mobilisierung kündigte der Gouverneur an, das Gesetz werde dem Senat am nächsten Tag, dem 17. Februar, zur Abstimmung vorgelegt. Da die Republikaner die Mehrheit stellten und geschlossen hinter dem Gesetzentwurf standen, schien der Erlass so gut wie sicher. Aber dann geschah etwas Überraschendes. Die Verfassung des Staates Wisconsin legt fest, dass bei der Verabschiedung von Haushaltsgesetzen ein Quorum von 60 Prozent gilt. Das heißt, mindestens 20 Senatoren müssen an der Abstimmung teilnehmen. Bei 19 republikanischen und 14 demokratischen Senatoren hätte also wenigstens ein Abgeordneter der Demokraten bei der Abstimmung in der Kammer anwesend sein müssen. Um zu verhindern, dass die Wahl stattfindet, verließen alle 14 Abgeordeneten der Demokraten Wisconsin und begaben sich gemeinsam für mehr als zwei Wochen ins benachbarte Illinois. Der Gouverneur schickte ihnen die Staatspolizei nach Hause, aber da sie sich außerhalb des Rechtsbereichs des Bundesstaates befanden, hatte er keine Handhabe gegen sie.

Der Rückzug der Senatoren bedeutete, dass über das Gesetz nicht abgestimmt werden konnte. Er sorgte auch dafür, dass die Proteste enormen Zulauf erhielten. Tausende Menschen strömten ins Parlamentsgebäude, veranstalteten im Sitzungssaal eine Dauerkundgebung, die die Proteste, Kundgebungen und Protestmärsche außerhalb des Gebäudes ergänzte. Weil die Anhörung der Kammer täglich 24 Stunden dauerte, blieb das Gebäude geöffnet, und immer mehr Menschen kamen am Abend und übernachteten dort. Innerhalb weniger Tage entwickelte sich daraus eine massenhafte Besetzung des Parlamentsgebäudes.

In den nächsten zwei Wochen blieb das *State Capitol* permanent besetzt, bis am 3. März der Gouverneur die Polizei anwies, das Gebäude zu räumen. Während dieser zwei Wochen erreichten die Proteste die nationalen und dann die internationalen Nachrichten. Täglich kam es zu Kundgebungen außerhalb des Parlamentsgebäudes, an denen sich zehntausende Menschen beteiligten und die an Wochenenden auf bis zu 50 000 Teilnehmer anwuchsen. Die größte Kundgebung am Ende der Protestwelle versammelte wohl mehr als 100 000 Menschen. Ausmaß und Dauer der Proteste waren beispiellos in der Geschichte Wisconsins. Die Besetzung des *State Capitol* durch tausende Menschen war die am längsten dauernde Menschenblockade eines Regierungsgebäudes durch eine politische Protestbewegung, die in der amerikanischen Geschichte je stattgefunden hat. Niemand erwartete diese heftige Reaktion auf die Maßnahmen des Gouverneurs.

LEBEN IM PLENARSAAL

Der zentrale Ort innerhalb des *Capitols* ist eine große Rotunde, die sich nach oben ins Innere der Gebäudekuppel erstreckt. Über dem Parkett der Rotunde befinden sich zwei Etagen mit Balkonen. Jeden Tag war dieser Raum voll mit Menschen, die Sprechchöre riefen, Reden hielten und gelegentlich sangen. Das alte amerikanische Arbeiterlied *Solidarity Forever* wurde vermutlich das erste Mal innerhalb des Parlamentsgebäudes gesungen.

Die »Freigabe« des *Capitols* für die Öffentlichkeit bedeutete, dass, wer immer wollte, ins Gebäude kommen und übernachten konnte. Studierende, Obdachlose, Lehrer, Feuerwehrmänner, Umweltaktivisten und andere teilten





sich den Platz, schufen ein einzigartiges Gemeinschaftsgefühl. Die Besetzer bildeten eine Gruppe (die »Marschalls«), die für Sicherheit sorgte, indem sie um das Gebäude patrouillierte und sicherstellte, dass die Protestierenden unbesorgt schlafen konnten; die Marschalls wussten, wo Hilfe zu organisieren war, verhandelten aber auch mit der Polizei – viele der diensthabenden Polizisten schienen dem Protest mit Sympathie zu begegnen.

Das Erdgeschoss und alle Balkone waren mit Bannern und Plakaten bedeckt. Einer der Sprechchöre auf den Demonstrationen bezeichnete das *Capitol* als »The People's House« (»Haus für Alle«), daher trafen die BesetzerInnen Vorkehrungen, um Schäden an der Einrichtung zu verhindern und den Ort sauber zu halten.

Sehr schnell, nachdem die Menschen anfingen, im Gebäude zu übernachten, wurde kostenfrei Essen angeliefert. Um zwei Uhr in der ersten Nacht der Besetzung packte *Ian's Pizza*, ein kleines Restaurant in der Nähe des *Capitols*, alle unverkauften Pizzas zusammen und brachte sie zu den Besetzern. Am nächsten Tag machten die Medien daraus eine menschelnde Geschichte, so dass *Ian's Pizza* bald Bestellungen für die Besetzer von überall aus den USA und letztlich auch aus verschiedenen Ländern der ganzen Welt bekam. Im *Capitol* wurde ein Versorgungspunkt eingerichtet, wo die Lieferungen ortsansässiger und überregionaler Unterstützer entgegengenommen wurden. Die meiste Zeit während der Besetzung des Gebäudes gab es mehr als genug Verpflegung für alle.

Während der Proteste fand täglich spät am Nachmittag eine Kundgebung außerhalb des Gebäudes statt, auf der bekannte Redner auftraten: Abgeordnete der Demokraten; Prominente aus der Arbeiterbewegung, unter ihnen der Bundesvorsitzende der AFL-CIO (*American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations*, amerikanischer Gewerkschaftsverband), Vertreter aus der Lokalpolitik, Berühmtheiten wie der Filmemacher Michael Moore – und viele ganz normale Leute. Wenige Tage nach dem Beginn der Proteste entschuldigten sich die Vorsitzenden der Gewerkschaften der Feuerwehrmänner und der Polizei förmlich bei den Bürgern von Wisconsin, dass sie den Gouverneur im Wahlkampf unterstützt hatten. Nachdrücklich verurteilten sie den Versuch des Gouverneurs, die Arbeiterbewegung zu spalten, indem er ihre Gewerkschaften vor den Maßnahmen des Gesetzes verschonte. Von diesem Zeitpunkt an waren auf jeder Demonstration Feuerwehrleute und Polizisten zu sehen, die gerade keinen Dienst hatten. Während der Kundgebungen am Nachmittag versammelten sich die voll ausgerüsteten Feuerwehrmänner in einer Seitenstraße des *Capitols* und begannen unterstützt von Dudelsäcken einen Marsch um das Gebäude und durch den Plenarsaal, um am Ort der Kundgebung zu enden. Sie wurden von der Menge mit enthusiastischen Beifallsrufen empfangen. Auch Feuerwehrmänner und Polizisten, die nicht im Dienst waren, übernachteten im Gebäude.

Bemerkenswert war, dass die Proteste generationsübergreifend waren. Anders als Antikriegsdemonstrationen, die v. a. von Universitätsstudierenden besucht werden, kamen hier Alte und Pensionäre, Menschen, die mitten im Berufsleben stehen, Familien,



Schüler, Kinder. Auch wenn die Demonstrationen fast ausschließlich weiß waren (der Anteil von Nicht-Weißen an der Bevölkerung von Wisconsin ist relativ klein und konzentriert sich in Milwaukee, 120 Kilometer von Madison entfernt), kam auf ihnen doch eine Mischung aus Arbeitern, Handwerkern und Angestellten aus dem privaten und öffentlichen Sektor sowie Angestellten zusammen.

Insbesondere die *Teaching Assistants' Association* spielte für die Logistik der Besetzung eine ungeheuer wichtige Rolle. Kurz nachdem die Besetzung begann, stellte einer der demokratischen Abgeordneten einen großen Konferenzraum für die Zentrale der TAA im *Capitol* zur Verfügung. Die TAA organisierte die Verpflegung, medizinische Betreuung, einen Informationsdienst und eine Kinderbetreuung. Ebenso organisierte sie Trainings im gewaltfreien Widerstand – was wesentlich dazu beitrug, die Provokationen einiger Tea-Party-Anhänger abzuwenden – und mobilisierte die Leute immer wieder, an den Anhörungen teilzunehmen, um so die Dauer der Besetzung zu verlängern.

DER POLITISCHE GEHALT DER PROTESTE

Von Anfang an betonten die Besetzer, dass es ihnen nicht primär um die vorgesehenen Einschnitte im Staatshaushalt ging. Obwohl viele der Plakate die Haushaltskürzungen anprangerten, v. a. jene im Bildungsbereich, war das zentrale Anliegen der Proteste die Verteidigung der Rechte von Arbeitern und der Demokratie. Die Gewerkschaftsführung erklärte öffentlich das Einverständnis der Staatsbeamten mit den finanziellen Bestimmungen des Gesetzes zur Haushaltssanierung – insbesondere den höheren Krankenversicherungsbeiträgen und einer stärkeren Selbstbeteiligung an der Altersvorsorge. Die Gewerkschaften akzeptierten großteils die Floskeln, dass »wir alle« angesichts der finanziellen Umstände »Opfer bringen« müssten. Was sie nicht mittragen wollten, war die Beschränkung gewerkschaftlicher Rechte.

Einige der Protestierenden fügten sich den Vorgaben der Gewerkschaften. Der größte Teil der Parolen und Sprechchöre richtete sich aber gegen das gesamte Gesetz und beklagte den Sparkurs der Regierung als Augenwischerei. Viele Plakate forderten höhere Steuern für die Wohlhabenden und verpönten die Finanzkrise als eine mutwillig herbeigeführte Krise. Für die Protestlandschaft der USA war besonders auffällig, dass sich in der Sprache der Proteste durchgängig Begriffe wie Klasse und sogar Klassenkampf fanden. Ein typisches Plakat auf einer Demonstration lautete: »Welcome to Walker's Wisconsin: open for business. Come exploit our labor and our natural resources.« (»Willkommen in Walkers Wisconsin: bereit für Geschäfte. Kommen Sie, um unsere Arbeit und Bodenschätze auszubeuten!«) Typischerweise wird in den USA so über Klassen gesprochen: »Unterstützt die Gewerkschaften! Unterstützt die Mittelklasse!« Aber zumeist wird doch ein Bild polarer Klassengegensätze gezeichnet: Als Unterstützer Walkers gelten Kapitalisten, Reiche, große Unternehmen; als Betroffene die Arbeiterklasse, die Arbeiterschaft, die Arbeit, das Volk.

Mit dem Voranschreiten der Proteste wurde das Thema Demokratie prominenter. Das ging zum Teil auf die Bemühungen zurück, die symbolische Anziehungskraft der Proteste über Gewerkschaftsmitglieder hinaus auszudeh-





nen – schließlich liegt auch in Wisconsin der Organisierungsgrad bei weniger als 15 Prozent der Beschäftigten. Es zeugte auch von der Einsicht, dass es in der Auseinandersetzung nicht nur um die Rechte der Arbeiter geht, sondern um die Grundsätze demokratischer Verfahren. Einer der häufigsten Sprechchöre auf den Demonstrationen waren Ruf und Echo »Tell me what democracy looks like: This is what democracy looks like!« (»Wie sieht Demokratie aus? Genau so sieht Demokratie aus!«) In vielen Redebeiträgen betonten die Redner, dass der Angriff auf die Gewerkschaften ein Angriff auf demokratische Rechte sei. Insbesondere unter den politischen Bedingungen in den USA, wo Unternehmen das Recht haben, unbegrenzt Geld in politische Kampagnen zu stecken, würde mit der Zerstörung der Gewerkschaften die einzige große nicht-gewerbliche Quelle zur Finanzierung politischer Parteien ausgetrocknet.

Hauptziel der Proteste war, das politische Klima so zu verändern, dass das Gesetz nicht durchgeht, zumindest nicht mit seinen gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen: »Kill The Bill!« Da die 14 Senatoren den Bundesstaat verlassen hatten, wurde die Abstimmung verzögert. Man hoffte auf verstärkten Druck auf die republikanischen Abgeordneten. Doch nur ein republikanischer Senator äußerte überhaupt Zweifel an den Bestimmungen gegen die Rechte der Gewerkschaften.

Das politische Ziel verschob sich dahin, die Abberufung des Gouverneurs und einiger Senatoren durch die Wähler voranzutreiben. In Wisconsin können gewählte Repräsentanten frühestens nach einem Jahr Amtszeit abgesetzt werden. Innerhalb von 60 Tagen muss eine Anzahl Unterschriften gesammelt werden, die 25 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der letzten Wahl entspricht. Innerhalb weniger Tage wurden Unterschriftenaktionen für die Absetzung von acht Senatoren der Republikaner gestartet. Im Falle des Gouverneurs, der sein Amt gerade erst angetreten hatte und bei dem eine Abwahl daher nicht vor Januar 2012 in Frage kommt, zielte die Abwahlkampagne auf das vorsorgliche Versprechen der Wähler, im November 2011 der Abwahl zuzustimmen. Bis zum April 2011 waren zwei Unterschriftenaktionen erfolgreich, so dass sich im Sommer zwei Republikaner erneut zur Wahl stellen müssen.

DAS ENDE DER PROTESTE

Am 3. März leitete Gouverneur Walker die Räumung des *Capitols* in die Wege. Zum Vorwand diente die Besorgnis um den Zustand des Gebäudes. Die Polizisten, die großteils nicht aus Madison kamen, hinderten so gut wie jeden am Betreten des Gebäudes. Die TAA musste den Konferenzraum verlassen, den die Studierenden als Hauptsitz nutzten. Besetzern, die sich weigerten zu gehen, wurde Haft angedroht, wenngleich es letztlich keine Festnahmen gab. Die Kundgebungen außerhalb des Gebäudes wurden auch die kommenden Tage fortgesetzt, die Leute skandierten »Lasst uns rein!« – aber nur kleine Gruppen wurden in Begleitung von einem gewählten Mitglied des Parlaments ins Gebäude gelassen und sie durften nicht über Nacht bleiben.

Am 9. März trafen sich die Senatoren der Republikaner, gliederten die gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen des Gesetzesentwurfes aus und machten daraus ein selbständiges Gesetzesvorhaben. Da es somit formal nicht





mehr Teil des Haushaltssanierungsgesetzes war, war auch das Quorum von 60 Prozent hinfällig, und es konnte allein mit den Stimmen der Republikaner verabschiedet werden, die sich denn auch mit 18 zu einer Stimme für die Annahme entschieden. Einige Protestierende gelangten ins Gebäude und machten solchen Lärm, dass die Republikaner ihre Sitzung nur schreiend abhalten konnten. Die Polizei entfernte Demonstranten, die vor dem Plenarsaal ein *Sit-in* veranstalteten. In den sozialen Netzwerken verbreitete sich die Nachricht von der Abstimmung schnell und einige Tausend Menschen fanden sich am frühen Abend am *Capitol* ein. Unter dem Stillschweigen der Polizei zogen die Menschen für eine letzte Nacht ins Gebäude. Für kurze Zeit lebte die Intensität der vergangen Wochen wieder auf. Am Morgen wurden die verbliebenen Protestierenden abermals geräumt. Das Gesetz wurde am 10. März in aller Eile verabschiedet und vom Gouverneur als rechtskräftig unterzeichnet.

Eine letzte zentrale Kundgebung mit mehr als 100 000 Teilnehmern fand am 12. März statt. Sie begann am Morgen mit einer Traktorparade der Kleinbauern aus der Umgebung, die sich mit den Arbeitern solidarisierten, und dauerte bis zum Nachmittag an. Die 14 Senatoren, die den Bundesstaat zwischenzeitlich verlassen hatten, kehrten zurück und sprachen auf der Kundgebung. Es war lebhaft und energisch, markierte aber auch das Ende dieser Phase des Kampfes in Wisconsin.

Bis Mitte April kamen die Gesetzesbestimmungen nicht zur Anwendung. Ein ortsansässiger Richter hatte eine einstweilige Verfügung gegen die »Veröffentlichung« des Gesetzes – der letzte Schritt, bevor es in Kraft tritt – erlassen, weil das Abstimmungsverfahren die Versammlungsfreiheit im Bundesstaat verletze, die anordnet, dass eine Gesetzesabstimmung 24 Stunden zuvor angekündigt werden muss und die Öffentlichkeit der Abstimmung beiwohnen darf. Es ist nicht vollständig geklärt, wie das Prozedere weitergeht, zumal zwei Senatoren sich der Wiederwahl stellen müssen und es daher möglich ist, dass bei einer Neuabstimmung drei Republikaner gegen das Gesetz stimmen. Es wird jedoch erwartet, dass das Anti-Gewerkschaftsgesetz letztlich in Kraft tritt und erst nach einer Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zurückgenommen werden kann.

EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Auf dem Hochpunkt der Finanzkrise 2008/09 war die Hoffnung groß, dass die ökonomische Misere den Raum für eine progressive staatliche Politik in den USA öffnen würde. Obamas Wahl stand im Zeichen der Notwendigkeit eines Wandels (*change*), und die Ziele, die er vertrat, waren mit einer aktiven und bürgernahen staatlichen Politik vereinbar. Diese Hoffnungen wurden durch die zaudernde Art, mit der Obama die Schritte zur Bewältigung der Krise ging und in der er seine politischen Projekte in der Gesundheitsvorsorge und anderen Bereichen anging, zunichte gemacht. Innerhalb weniger Monate begannen die Rechten mit gezielten Kampagnen gegen seine relativ moderate Politik, und bis zum Herbst 2009 hatten sie es tatsächlich geschafft, die politische Agenda umzuwerfen. Bei den Kongresswahlen 2010 stachen das Haushaltsdefizit und die »Sachzwänge« zur Kürzung der Staatsausgaben alle anderen Themen aus.





Schwerpunkt der politischen Debatte war die Frage, *wie stark* der Staat in seiner Rolle zurückgedrängt werden solle, *wie stark* die Ausgaben und Steuern gesenkt werden sollen, aber nicht ob sie *überhaupt* gekürzt werden sollen. Die amerikanische Kapitalistenklasse machte sich in keinem Moment Gedanken über die langfristigen Folgen der steuerfeindlichen und antistaatlichen Politik für die Wirtschaft der USA. Außer ein paar Politikern am linken Rand der Demokraten vertrat bei den Wahlen 2010 kein prominenter Politiker die Notwendigkeit einer aktiven staatlichen Politik, um durch die höhere Besteuerung von Vermögenden stabiles ökonomisches Wachstum zu schaffen.

In diesem politischen Klima brachen Mitte Februar die Massenproteste in Wisconsin aus. Im Laufe der Ereignisse kam es zu einer dramatischen Verschiebung im öffentlichen Diskurs. Der Protest erhielt starke Unterstützung seitens der Öffentlichkeit: In Umfragen gaben mehr als 70 Prozent der Erwachsenen an, steigende Steuern zu befürworten, wenn so die im Gesetz zur Haushaltssanierung vorgesehenen Kürzungen zu verhindern seien, und eine große Mehrheit sprach sich gegen die gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen aus. Mit der Dauer der Proteste nahm die geäußerte Unterstützung noch zu.

Die Ereignisse in Wisconsin haben bedeutende Auswirkungen: Vergleichbare Angriffe auf die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst wurden auch in anderen Staaten – Michigan, Indiana, Ohio, Florida und andere – gestartet, gepriesen als sparpolitische Maßnahmen zur Abschaffung von Kollektivverhandlungen »à la Wisconsin«. Die Proteste stehen für die Möglichkeit aktiven Widerstands gegen diese Angriffe wie auch gegen die Tea-Party-Bewegung und die rechte Stimmungsmache gegen Steuern. Die umgehenden und verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Sparpolitik für viele Familien, die Gefährdung der Schulen, in die sie die Hoffnungen für ihre Kinder setzen, und der Abbau sozialer Hilfen schaffen ein Gefühl der Empörung sowohl über die undemokratischen Seiten der Haushaltsplanung als auch die ideologischen Rechtfertigungen der Kürzung öffentlicher Mittel. Vor den Protesten in Wisconsin war die Reaktion von Resignation und Apathie geprägt. Die Proteste zeigten das Potenzial für Widerstand und eine Änderung des politischen Klimas. In den Protesten wurde für viele die Berufung auf Demokratie, Anstand und Diskussionskultur vorrangig. Für kurze Zeit entstand das Gefühl, dass einfache Menschen es mit der politischen und ideologischen Offensive des korporatistisch organisierten Kapitalismus aufnehmen können.

Auswirkungen auf die örtliche Parteipolitik, das Auftreten der Gewerkschaften, die juristischen Prozesse, die Bürgermobilisierung und die Auffassungen der amerikanischen Demokratie in Wisconsin und anderswo sind spürbar. Es bleibt abzuwarten, wie nachhaltig der politische Meinungsumschwung ist. Und natürlich bleibt ebenso abzuwarten, ob die Demokraten, die immer abhängiger werden von der Finanzierung durch Unternehmen, diese neuen Impulse aufnehmen, um die politische Rechte, die den Staat momentan kontrolliert, effektiver und progressiver herausfordern zu können als bisher.

Aus dem Amerikanischen von Peter Bescherer



»WIR ZAHLEN NICHT!«

KAMPAGNE GEGEN STRASSENMAUT UND FÜR KOSTENLOSEN NAHVERKEHR IN GRIECHENLAND[1]

COMMITTEE FOR A WORKERS' INTERNATIONAL

ANASTASIA BALEZDROVA

Die beiden folgenden Texte diskutieren Kampagnen und Praxen der Gebührenverweigerung in Griechenland – mit etwas unterschiedlichen Einschätzungen.
Sie wurden leicht bearbeitet und gekürzt.

COMMITTEE FOR A WORKERS' INTERNATIONAL

Über die Weihnachtszeit fuhren in Griechenland Hunderttausende aus den großen Städten heraus. Auf dem Rückweg hatten viele trotz der ungewöhnlichen Kälte ein Lächeln auf dem Gesicht. Aus gutem Grund:

Die Autobahnen oder Bundesstraßen – eher den Landstraßen im europäischen Kernland vergleichbar – sind mautpflichtig. Zwischen Athen und Thessaloniki etwa gibt es zehn Mautstellen, die Maut pro Strecke beträgt 23 Euro. Zusätzlich gibt es eine Straßensteuer, die bei 150 Euro pro Jahr für die kleinsten Autos anfängt. Die griechischen Straßen sind die wohl teuersten und gewiss die schlechtesten in Europa. Eine Arbeiterfamilie mit mittlerem Einkom-





men kann die etwa 200 Euro Fahrtkosten für den Weihnachtsbesuch bei ihrer 500 Kilometer entfernten Familie – Benzin kostet mittlerweile 1,60 Euro pro Liter – kaum aufbringen. Die Ärmeren können davon nicht einmal träumen.

Immer mehr Menschen haben im Laufe des letzten Jahres die Zahlungen verweigert. Das hat in kleinen Städten und Gemeinden begonnen, deren Einwohner nahezu täglich die nahegelegene Bundesstraße überqueren mussten, etwa um zur Arbeit zu kommen und dafür vier oder fünf Euro Maut bezahlen sollten. Die meisten von ihnen waren Bauern.

Sie bildeten Ausschüsse, oft mit Unterstützung oder sogar Beteiligung von Bürgermeistern und Kommunalpolitikern. Sie baten die (privaten) Mautfirmen, ihnen die Gebühr zu erlassen. Die Firmen versprachen, ihr Anliegen zu prüfen, taten aber nichts. Auf Betreiben der Ausschüsse haben die Anwohner die Mautschranken schließlich selbst hochgehoben und fuhren durch.

LKW-FAHRER BETEILIGEN SICH

Die Proteste erhielten eine neue Dynamik, als Lastwagen-Fahrer hinzukamen. Sie sind meist Angestellte in kleinen Betrieben oder Besitzer ihres LKW – oftmals hochverschuldet aufgrund der Kredite, die sie für den LKW aufnehmen mussten – und wurden von der Sparpolitik seit September 2010 hart getroffen. Die geplante Deregulierung führt u.a. dazu, dass die großen europäischen Transportunternehmen die kleinen griechischen Firmen übernehmen und damit viele Existenzen zerstören werden.

Die LKW-Fahrer protestierten nicht gegen die Deregulierung ihres Gewerbes als solche. Sie forderten lediglich genügend Zeit, um ihre Kredite zurückzahlen zu können; viele von ihnen sind über 50 oder 60 Jahre alt. Eine Woche lang demonstrierten sie auf dem Syntagma-Platz vor dem Parlament in Athen. Ohne Erfolg.

Nachdem die Deregulierung im Parlament verabschiedet wurde, verließen sie den Platz – niedergeschlagen und verzweifelt, auch verbittert und voller Hass auf die Herrschenden. Ihr nächster Schritt war, die Mautgebühren zu verweigern. Für einen LKW werden an jeder Mautstelle durchschnittlich sieben Euro fällig, einmal Athen-Thessaloniki und zurück kostet etwa 140 Euro. Die LKW-Fahrer können die Mautschranken einfacher aus dem Weg räumen als die Autofahrer – sie müssen nicht einmal aussteigen, sondern schieben sie langsam fahrend beiseite.

Über Weihnachten passierten mehr als eine Million Fahrzeuge eine Mautschranke, ohne zu bezahlen, das sind 15 bis 20 Prozent aller Fahrzeuge. Fahrer hielten an, schoben die Schranken weg und ließen fünf oder zehn Autos durch. Durchfahrende machten das Victory-Zeichen und hupten, während der Schranken-Alarm losging. Um Neujahr war klar, dass hier eine neue Bewegung entsteht.

Theoretisch können die (privaten) Betreiberfirmen der Mautstellen ein Bußgeld verhängen – das Zwanzigfache der Mautgebühr – und die Fahrer rechtlich belangen, falls dies nicht gezahlt wird. Die Betreiberfirmen gingen bereits »hart« vor und verschickten die ersten Bußgeldbescheide: an 20 Leute. Diese 20 zahlten nicht und werden nun gerichtlich verfolgt. Die Gerichte haben die ersten Verhandlungen für Ende 2011 anberaumt. Bei diesem Tempo würde es Jahrzehnte dauern, bis allen Mautverweigerern der Prozess gemacht wäre.





In der dritten Januarwoche war fast die gesamte griechische Linke in die Kampagne eingebunden, trotz des anfänglichen Zögerns der Führungen von KKE (Kommunistische Partei) und SYRIZA (Koalition der Radikalen Linken). Die Kampagne wurde – ausgeweitet auf Nahverkehrs-Fahrscheine – auch von kämpferischen Gewerkschaftern im öffentlichen Verkehrssektor in Athen aufgegriffen. In Thessaloniki treffen sich seit Januar samstags jeweils über 100 Aktivisten im Stadtzentrum, um in Gruppen von acht bis zehn in Bussen die Fahrgäste aufzufordern, keinen Fahrschein zu lösen. Sonntags sammeln sich Aktivisten an den Mautstellen außerhalb der Stadt und schieben die Schranken beiseite.

Leicht verzögert kommt die Kampagne auch in Athen in Schwung. Ein stadtweiter Koordinierungsausschuss wurde gebildet, und ständig kommen lokale Ausschüsse hinzu. Die öffentliche Resonanz auf die Aufforderung, ohne Fahrschein zu fahren, war positiv. Die große Mehrheit der Fahrgäste zahlt nicht, und viele fragen, wie sie darüber hinaus mitmachen können. Am 1. Februar wurden die Fahrpreise um 40 Prozent erhöht. An diesem Tag gab es in allen großen Städten Massenaktionen – Busfahrgäste wurden aufgefordert, kein Geld in die Kassenautomaten zu werfen, und am Eingang der U-Bahn-Stationen wurden die Fahrscheinautomaten blockiert.

Als die Bewegung entstand, war bereits ein Jahr lang gegen den Angriff durch EU, Regierung und IWF auf den Lebensstandard gekämpft worden. 2010 fanden sieben Generalstreiks statt, dazu kamen weitere Streiks im öffentlichen Dienst. Es reichte nicht, um die Sparpolitik zu stoppen. Die Gewerkschaftsführung plante keine Ausweitung der Streiks. Diese Situation frustrierte viele Arbeiter und richtete ihre Wut nicht nur auf die Regierung, sondern auch auf die Gewerkschaftsführer. Die Umsonst-Bewegung erscheint vielen als Licht am Ende eines langen Tunnels. Sie hoffen, dass dies eine geeignete Form ist, weiter zu kämpfen. Die Notwendigkeit einer Massenstreik-Bewegung ist damit nicht hinfällig; ihr Aufbau kann aber so unterstützt werden.

Die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr können nicht offen an der Bewegung teilnehmen, wenn sie nicht riskieren wollen, wegen betriebsschädigenden Verhaltens entlassen zu werden. In den lokalen Ausschüssen sind sie vertreten. Langsam entwickelt sich die Einsicht, dass die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr und dessen tägliche Benutzer – d.h. die übrige Arbeiterklasse, Rentner usw. – gemeinsame Interessen haben und für eine gemeinsame Sache kämpfen können, die weit über den Widerstand gegen hohe Fahrpreise hinausgeht.

WAS SIND DIE NÄCHSTEN SCHRITTE?

Die Umsonst-Bewegung steht noch am Anfang, aber sie hat gewaltiges Potenzial. Wenn sie im ganzen Land verbreitet werden kann, könnte das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse wieder gestärkt werden, das durch das Scheitern der Massenstreik-Bewegung geschwächt wurde.

Spontaneität und Entschlossenheit der Bewegung ist nachahmenswert. Wir fordern alle auf, die Initiative zu ergreifen, sich in Gruppen zusammenzuschließen, Ausschüsse zu bilden, den Fahrpreis im öffentlichen Nahverkehr nicht zu zahlen und andere dazu aufzufordern. Die





Regierung sagt, dies sei illegal. Gewiss ist es das. Aber hätten die Arbeiter stets die Gesetze befolgt, würden wir immer noch unter den Bedingungen des 19. Jahrhunderts arbeiten.

ANASTASIA BALEZDROVA[2]

Die »Ich zahl' nicht«-Bewegung hat eine beträchtliche Größe erreicht und wird zunehmend in den Medien kommentiert. Der Protest gegen eine Maut für Straßen, die schlecht oder noch nicht gebaut sind, wurde anfangs von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet; seit er sich zu einer Bewegung für U-Bahnfahren ohne Fahrschein ausweitete, stehen ihm Politiker und auch gewöhnliche Bürger missgünstig gegenüber.

Die »Ich zahl' nicht«-Bewegung wurde von Politikern und Medien scharf angegriffen, nachdem Jugendliche einige Fahrschein-Entwerter zerstört haben. Augenzeugen berichteten, dass sie die gleichen Slogans wie die Bewegung in ihren Kampagnen riefen. Abgeordnete des linken Wahlbündnisses SYRIZA mitsamt dessen Vorsitzendem Alexis Tsipras waren bei den jüngsten ›Öffnungen‹ von Mautschranken im ganzen Land dabei, so dass Kritiker die Bewegung mit einer bestimmten Partei in Verbindung bringen.

Georgios Karatzaferis, der Vorsitzende der weit rechts stehenden Partei LAOS, verkündete, die Bewegung sei eine Gefahr für die griechische Gesellschaft, da sie zur Anarchie führe. Die Resonanz der Fahrgäste auf das Umsonstfahren im öffentlichen Nahverkehr war nicht sehr groß. Auch in der Bewegung halten einige das Umsonstfahren für eine möglicherweise überbewertete Protestform.

Ein Gesetzentwurf des Verkehrsministeriums sieht ein Bußgeld von 200 Euro für das Nicht-Bezahlen der Mautgebühr vor und erlaubt den Entzug von Führerschein, Fahrzeugpapieren und -kennzeichen für 20 Tage. Die Verweigerung der Mautzahlung soll dann als Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung gelten und das Umsonstfahren im öffentlichen Nahverkehr als Straftat.
Die »Ich zahl' nicht«-Bewegung will ihre Kampagnen nach Verabschiedung des Gesetzes weiterführen. Sie glaubt, dass die neuen Maßnahmen der Rechtsgrundlage entbehren.

Die Bewegung ist entschlossen, sich nicht durch Personen stören zu lassen, die Probleme machen könnten. Joseph Papadopoulos, Sprecher der Bewegung, stellte klar, dass auf den Treffen der Bewegung ausdrücklich betont werde, dass keine Schäden verursacht werden sollen. Unklar sei aber, »wie wir uns verhalten würden, falls sich die Lage in Zukunft verändert und im ganzen Land Gewalt angewandt werden würde. Auf jeden Fall ist es sehr schwer, die Menschen zurückzuhalten.« Es gebe »stürmischere Menschen, die Fehler machen und das könnte andere aus der Bewegung vertreiben. Wenn die so Vertriebenen dann wieder auf ihren Sofas sitzen, werden sie aus Enttäuschung nicht mehr aufstehen.«

Aus dem Englischen von Oliver Walkenhorst

1 Artikel vom 6.2.2011, Website des Committee for a Workers' International (CWI): www.socialistworld.net/doc/4828. Er besteht aus redaktionell bearbeiteten Auszügen von Beiträgen von Xekinima, der griechischen Sektion des CWI.
2 Artikel vom 11.2.2011, Website GR Reporter: www.grreporter.info/en/fine_200_euros_nonpayment_tolls_movement_will_continue_not_pay/4052.





AUFSTÄNDE, REVOLUTION UND DEMOKRATIE IN AFRIKA

FIROZE MANJI

Wo liegen die Wurzeln der Aufstände?[1]
Hinter den allgemeinen Slogans stehen die Erfahrungen der letzten 30 Jahre, in denen die Errungenschaften der antikolonialen Kämpfe zurückgenommen worden sind: Gesundheitsversorgung, Bildung, Sozialversicherungen, Unterstützung der Kleinbauern. Stattdessen wurden die Ökonomien geöffnet für die Ausbeutung durch die Oligarchien und großen Unternehmen. Die internationale Hilfe hat öffentliche Gelder genutzt, um Privatisierungen zu subventionieren. Indem Gesundheitsversorgung und andere soziale Einrichtungen an Wohltätigkeitsorganisationen verkauft wurden, sind ihre Dienste keine sozialen Rechte mehr, wir müssen darum bitten. Das ist eine allgemeine, geteilte Erfahrung: Hier findet eine Akkumulation durch Enteignung in ungeheurem Ausmaß statt. Auch die Löhne und Einkommen sind stark gesunken. Und es ist eine politische Enteignung: Wir können unser Leben nicht selbst bestimmen, denn unsere Regierungen sind den transnationalen Unterneh-





men, den globalen Finanzinstitutionen, den Wallstreets der Welt und den imperialistischen Kräften des Nordens hörig. Dieses grundlegende Gefühl mangelnder Selbstbestimmung war die mobilisierende Kraft.

Die Entwicklungshilfeindustrie und multinationale Unternehmen haben den Staat unterminiert, welche Reaktionen erwarten Sie auf die Aufstände und Revolutionen?

Die Staaten sind nicht unterminiert worden, sie sind stärker als vor 30 Jahren. Sie verfügen über Waffen, Qualifizierung und Ressourcen, um die Bevölkerungen zu unterdrücken. Unsere Staaten sind internationalen Interessen gegenüber fügsam, aber sie sind nicht schwach. Das meine ich mit dem Verlust der Selbstbestimmung. Auch in Zeiten der Sklaverei gab es Kräfte, die bereit waren, uns zu verkaufen. Die Kolonialherren konnten Afrika mit relativ geringer Truppenstärke kontrollieren, mittels »dezentralem Despotismus«. Heute ist der Kontinent genau dadurch gezeichnet.

Der Bereich der »Sicherheitssektorreform« wird als Einziger mit enormen Mitteln ausgestattet. Es wird nahegelegt, den afrikanischen Polizeieinheiten Menschenrechtstrainings zukommen zu lassen, tatsächlich scheint es um die Aufrüstung der Polizeistaaten zu gehen?

Der Kern der US-amerikanischen Außenpolitik ist die »Versicherheitlichung« *(securitizing)* aller Lebensbereiche. Auch Gesundheitsversorgung u.a. wird unter diesem Gesichtspunkt betrachtet: als Gegengewicht gegen den so genannten Terrorismus. Sie wird nur bereitgestellt, um potenzielle Revolutionen zurückzudrängen. Institutionen wie AFRICOM[2] sind unmittelbar beteiligt. Die imperialen Staaten setzen »Demokratie« mit kapitalistischer Demokratie und repräsentativen Wahlen gleich und stellen sicher, dass die Ergebnisse mit ihrer Politik im Einklang sind. Dagegen stehen die Versuche, die Gesellschaft umfassend zu demokratisieren: was wollen wir produzieren, wie, für wen, was machen wir mit den Produkten, wem werden sie zu Gute kommen?

Das Ausmaß an Kreativität und Visionen in den Protesten war beeindruckend. Es ist selten, dass Menschen spüren, dass sie sich für etwas einsetzen, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

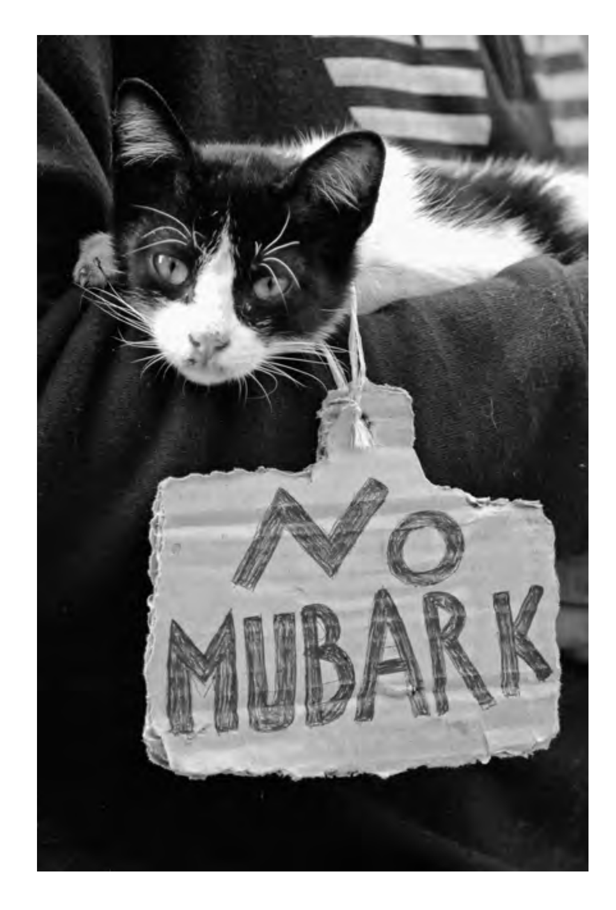
Revolutionen schaffen auch eine Veränderung der Einzelnen, eine Transformation des Lebens. Mit Hoffnungslosigkeit kann man lange leben. Aber der Moment, in dem Menschen erfahren, dass tatsächlich etwas anders sein könnte, verändert auch sie selbst. In Ägypten und Tunesien sind Menschen, die bisher nicht politisch aktiv waren, Träger der Bewegung geworden. Neue Formen der *Governance* werden erschaffen – ich mag dieses Wort nicht, aber es trifft: Sie bestimmen die notwendigen Dienstleistungen und Institutionen und gehen daran, sie zu schaffen und zu demokratisieren. In die Erschaffung einer neuen Welt, einer neuen Lebensweise müssen alle einbezogen sein. Das erfordert viel Kommunikation – und Zeit.

Wie unterscheiden sich die Revolutionen in Tunesien und Ägypten von den Entwicklungen in Libyen?

Mubarakismus ist die Mubarak-Familie, die ägyptische herrschende Klasse, die Bourgeoisie *und* das Militär. Dem Militär gehört die Hälfte der Ökonomie. Die Muslim Brotherhood war Teil dieses Regimes, die einzige Kraft, der erlaubt wurde, sich zu organisieren. Alle anderen waren unterdrückt. Anders als Mubarak und Ben Ali wird Gaddafi bisweilen







noch als Revolutionär wahrgenommen. Er hat die Afrikanische Union finanziert, früher den ANC. Er hat die Monarchie besiegt, in diesem Sinne war er in seiner Zeit durchaus revolutionär. Aber seit mindestens zehn Jahren war Gaddafi Mittel fürs amerikanische Kapital, um Zugang zum Öl aus Libyen zu erlangen. Ein Blick auf die Unternehmen – US-amerikanische, französische, britische –, deren Aktivitäten in Libyen von Gaddafi abgesichert wurden, verdeutlicht, welches Interesse an der Intervention besteht: ein Gaddafismus ohne Gaddafi. Meines Erachtens sind Gaddafis Tage gezählt. Die Frage wird sein, ob er von einer popularen Bewegung abgelöst wird oder ob die UN unter der Führung der USA einen *regime change* durchsetzt, wie in Haiti, Irak und in Afghanistan.

Die Verbündeten der USA, Europa, zunehmend auch China, setzen auf militärische Intervention, um Marktöffnungen für Unternehmen und im Interesse geopolitischer Strategien durchzusetzen. Wie wird sich das auf die gegenwärtige Krise des Kapitalismus auswirken?

Auf der einen Seite sehen wir einen großen Anstieg der Anwendung von bewaffneter Gewalt, oftmals ideologisch abgesichert: Arundhati Roy hat vor einigen Jahren geschrieben: McDonalds wäre nichts ohne die Waffenindustrie von McDonnell Douglas im Hintergrund. Kapitalismus kann – der Rhetorik der freien Märkte zum Trotz – ohne die Drohung der militärischen Unterdrückung im Hintergrund nicht bestehen. Die USA sind seit dem Zweiten Weltkrieg ununterbrochen im Krieg gewesen. So haben sie sich als führende kapitalistische Nation installiert – unter Nutzung von brutaler Gewalt, Putsch, Desinformation usw. Die Krise dauert bereits an, seit sich die Profitraten in den 1970er Jahren nicht erholt haben. Auf der Suche nach neuen Profitmöglichkeiten wurde eine Ausweitung der Akkumulation durch Enteignung realisiert.

Gleichzeitig gibt es Grund zur Hoffnung, dass dies auch die Zeit erheblicher Gegenbewegungen sein wird. Wir erleben einen Anstieg der popularen Proteste: Ägypten, Tunesien, Libyen, Dschibuti, Gabun, Bahrain und so weiter – Swasiland ist vor kurzem zu einem kompletten Stillstand gekommen. Das sind keine vereinzelten Ereignisse. Meines Erachtens erleben wir nach 30 Jahren Verarmung ein Erwachen in Afrika. In den 1950er Jahren war es auch so: Es gab kein Land auf dem Kontinent,







Beide Fotos: Protest in Ägypten Tahrir-Platz, flickr/rouelshimi

in dem es nicht zu Massenaufständen gekommen wäre. Es ist, als würde ein Virus umgehen.

Ist das eine zyklische Entwicklung?

Ich glaube nicht, dass sich das mit der zyklischen Entwicklung des Kapitals vergleichen lässt. Bereits 100 Jahre zuvor, 1870, gab es eine Krise, die ebenfalls in eine Periode der Akkumulation durch Enteignung mündete: u.a. in die Kolonisierung des afrikanischen Kontinentes. Doch es war gleichzeitig die Periode der Revolutionen – der sowjetischen, chinesischen und vietnamesischen. Wieder leben wir in einer Zeit von Kriegen und Revolutionen. In Ägypten sind die Menschen nicht auf die Straße gegangen, weil es so ein schöner Tag war – tatsächlich war es bitterkalt –, hinter der scheinbaren Spontaneität steht ein großer Aufwand an Organisierung und Mobilisierung. Wir dürfen diesen subjektiven Faktor nicht aus den Augen verlieren. Der Kapitalismus hat den Planeten zerstört, wir leben auf einer tickenden Bombe. Was uns bevorsteht, ist entweder eine Zeit der Revolutionen oder der Barbarei.

Aus dem Englischen von Christina Kaindl

1 Firoze Manji ist Chefredakteur von *Pambazuka* – das bedeutet »Erwachen«. Seit zehn Jahren schreiben hier Intellektuelle, Aktivisten, Künstler und Blogger. Das Gespräch führten Samar al-Balushi und Wuyi Jacobs am 9. April 2011 für Afrobeat Radio, http://afrobeatradio.net.

2 Regionalkommando der US-Streitkräfte.



DREIFACHE KATASTROPHE IN JAPAN

STEFFI RICHTER

Am 11. März 2011, 14.46 Uhr japanischer Zeit (6.46 MEZ) ereignete sich etwa 80 Kilometer vor der japanischen Pazifikküste der Tôhoku-Region in zehn Kilometer Tiefe ein Erdbeben, dessen Stärke mit 9.0 angegeben wurde. Das ist die vielfache Stärke der Erdbebenkatastrophe (des »Kôbe-Erdbebens«) von 1995. Diese Wucht soll die Hauptinsel Honshû um mehr als zwei Meter gen Osten sowie die Erdachse um 16 cm verschoben haben. Seither werden ständig Nachbeben in dieser wie auch in der Kantô-Region (Tokio und die sechs umliegenden Präfekturen) verzeichnet.

Das Beben verursachte die zweite Katastrophe: den *Tsunami*. Zwar wurde vor diesen Flutwellen gewarnt, doch haben sie aufgrund ihrer Höhen von stellenweise über zehn Metern (Kyodo-News berichtet von bis zu 38 Metern[1]) zu verheerenden Zerstörungen geführt.

Staatliche Institutionen wie die National Policy Agency (NPA) oder das Bildungsministerium MEXT aktualisieren seither ständig die zu beklagenden Opfer. Am 25. April 2011 wurden sie folgendermaßen beziffert: 14 358 Tote, 11 889 Vermisste und 5 314 Verwundete. Der materielle Schaden beläuft sich auf über 90 000 völlig oder teilweise zerstörte Gebäude (darunter fast 7 200 Schulen, 1 940 soziale und Kultureinrichtungen, 18 Forschungseinrichtungen), über 400 Kulturgüter (darunter vier Nationalschätze, 130 wichtige nationale Kulturgüter), über 3 700 zerstörte Straßen, 71 Brücken. Mit Matsushima ist eine der »drei schönsten Landschaften« Japans unweit von Sendai weitgehend zerstört. Noch immer sind laut NPA über 130 904 Menschen, die fast alles verloren haben, in 2 518 Notunterkünften untergebracht.





Beide Katastrophen gehören zu den schlimmsten der Geschichte dieses Landes und der pazifischen Region, und sie sind wohl auch am detailliertesten und am meisten in Bildern festgehalten und wieder und wieder in die Welt hinausgesandt worden. Das macht uns beinahe zu hilflosen Voyeuren. Dazu Tawada Yôko, die in Berlin lebt: »Foto- und Videoaufnahmen aus Katastrophengebieten bringen uns in eine unmittelbare Nähe zum Opfer. Gleichzeitig bleibt eine unüberwindbare Distanz zum Geschehen. Die Betrachter können dem Opfer nicht einmal ein Glas Wasser geben. Dadurch können die Bilder bei den Menschen, die eigentlich helfen wollen, das Gefühl der Hilflosigkeit verstärken. Was kann man machen, um sich der lähmenden Wirkung der Bilder zu entziehen?« (*Christ & Welt*, 24. März 2011)

Noch am gleichen Tag nahm die dritte Katastrophe ihren Lauf. Zwar erklärte der japanische Premierminister Kan Naoto am 11. März, die Lage in den AKW sei normal, die Anlagen seien automatisch heruntergefahren worden. Doch schon kurze Zeit später wurden schwere Störfälle vor allem in den Reaktoren des AKW Fukushima 1 gemeldet. Die schwerste Atomkatastrophe in Japan seit Hiroshima und Nagasaki ist längst in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung gerückt und absorbiert enorme Kräfte und Mittel, die so dringend für die Hilfe für die genannten Opfer nötig wären. Diese Katastrophe wird zu weiteren Opfern führen – keiner weiß, wie viele. Daher ist auch weniger von einer »Naturkatastrophe« (*tensai*) als vielmehr von einer menschengemachten, einer sozialen Katastrophe (*jinsai*) zu sprechen; präziser noch – von einer Katastrophe, die der unheiligen Allianz dreier Faktoren geschuldet ist: der Profitgier von Unternehmen wie Tokyo Electrical Power Company (Tepco, einem der weltweit größten Energiekonzerne), einer konfusen politischen Führung und einer mit diesen beiden Akteuren verfilzten Bürokratie wie der japanischen Atomsicherheitsagentur (Nuclear and Industrial Safety Agency NISA; *Genshiryoku anzen hoan-in*). »Die Regierung müsse führen, Tepco handeln, die Nisa kontrollieren«, kritisiert nun ausgerechnet Kônô Tarô, der stellvertretende Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei (LDP) – also jener Partei, die in Japan in ihrer fast 50jährigen Alleinherrschaft dieses System mit geschaffen und getragen hat« (*Zeit Online* vom 31. März 2011).

Politik- und sozialwissenschaftlich geschulte Japanologen merken hier vermutlich auf. Die geschilderte Trinität kann als Ausdruck dessen gesehen werden, was in der Nachkriegsgeschichte Japans als »Eisernes Dreieck« bezeichnet wird: die schier unlösbare Verflochtenheit von großen Unternehmen, Politik und Staat/Bürokratie als Ursache für eine ganze Reihe von Korruptionsskandalen. Vielleicht haben diese in Japan eine spezifische Ausprägung, sind aber nichts spezifisch Japanisches. Doch sind die Folgen dieses Geflechts jetzt besonders dramatisch und tiefgreifend. Es kann von einer Zäsur nicht nur für Japan, sondern für die ganze





Welt gesprochen werden, was – in Anlehnung an den 11. September 2001 – sprachlich bereits seinen Ausdruck in der Formel »3/11« gefunden hat. Im Folgenden möchte ich aus einer eher kulturwissenschaftlichen Perspektive einige Gedanken formulieren, die mich – angesichts der *medialen* Repräsentation der Dreifachkatastrophe im deutschen wie im japanischen Kontext – bewegen.

JAPAN-BILDER

Betrachtet man verschiedene Printmedien, die »Japan« in den letzten Wochen Schwerpunkte widmeten, wird klar, dass Schwarz-Weiß-Malereien zu kurz greifen. Einerseits ruft der *Stern* (Nr. 13 vom 24. März 2011) bereits auf seiner Titelseite wohl alle Klischees und Stereotype in Sachen »Japan-Bilder« oder »Japan/er-Theorien« (nihon/jin-ron) auf, die zumindest in den ersten Wochen nach dem 11. März immer wieder bemüht wurden – und die andererseits von Japanspezialisten in *Die Zeit*, *Frankfurter Rundschau* oder *FAZ* zumindest in Frage gestellt wurden. Der Künstler Christoph Niemann entwarf ein Cover für den *New Yorker* (28. März 2011), »Dark Spring«, auf dem die symbolträchtige Kirschblüte in einer Weise stilisiert wurde, die einen schmunzeln und zugleich das Blut in den Adern gefrieren lässt: Die drei rosafarbenen Blätter jeder der insgesamt elf Blüten (auf schwarzem Grund) erinnern an Radioaktivitätszeichen.

Das *Stern*-Cover dagegen ist eine Collage aus dem Kopf einer Geisha, Hokusais berühmter »Welle«, einem Samurai in prächtigem Gewand (und gezücktem Kurzschwert) und einem Rettungsteam der Tokioter Feuerwehr – das Ganze untertitelt mit dem Text »Stolz, diszipliniert, leidensfähig, selbstlos. Das unglaubliche Volk. Wie Kultur und Katastrophen die Mentalität der Japaner prägen«. Geisha und Hokusai stehen wohl für Schönheit und Harmonie mit der Natur; und wenn letztere sich wild und grausam gebärdet, nehmen es »die Japaner« eben hin: *shikata ga nai*, da kann man nichts machen! Was ist daran spezifisch »japanisch«? Der japanische Philosoph Mishima Kenichi hat in der *FR Online* vom 21. März gefragt, ob die vor einigen Jahren vom Hochwasser betroffenen Bürger Sachsens nicht ebenso diszipliniert und hilfsbereit gewesen seien. »Teutonische Organisation« oder »germanisches Durchhaltevermögen« habe er für ebenso töricht gehalten wie allgemein die »Langlebigkeit der aus dem schrecklichen 19. Jahrhundert stammenden Selbst- und Fremdzuschreibungen«. Was bezwecken die ethnischen Zuschreibungen? Auch in Japan stößt die Leidensfähigkeit an Grenzen, wie das Beispiel eines Gemüsebauers aus der Präfektur Fukushima zeigt. Er hat sich am 24. März das Leben genommen, nachdem die Regierung eine Einschränkung der Belieferung von vermutlich verstrahlten Produkten etwa an Schulen verordnet hatte, was den 64-Jährigen existenziell traf (*Asahi shinbun* am 29. März).





Beispiel zwei handelt von jenen Arbeitern, die – zumeist am Ende der AKW-Hierarchien stehend – in die Fukushima 1 Atomhölle geschickt werden. Alsbald tauchte in verschiedenen Medien das Kamikaze-Gleichnis auf, auch der *Stern* bezieht sich auf diese angeblichen Helden: Unter dem Titel »Ein Volk mit Haltung« wird eine Geschichte erzählt, die von den »göttlichen Winden« (*kamikaze* bzw. *shinpû*) im 13. Jahrhundert über die Kamikaze-Flieger im Zweiten Weltkrieg bis zu den Feuerwehr-Leuten als »Rettern der Nation« reicht (44–54). Gegen diese Imaginationen regt sich zwar Unmut unter manchen Japankennern, doch treffen sie dann einen realen Kern, wenn der in vielen Erinnerungen, pop-kulturellen und geschichtsrevisionistischen Erzählungen reproduzierte Kamikaze-Mythos entzaubert und die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft zur Kenntnis genommen werden. Diese Männer sind in den allermeisten Fällen *keine Freiwilligen* gewesen, sondern in einer vom Kriegsverlauf her gesehen aussichtslosen Situation in den Tod geschickt worden. Strukturell (!) gibt es manche Ähnlichkeit zu den AKW-Arbeitern. Einer von ihnen sagte: »Wenn ich den Einsatz ablehne, würde ich in eine schlechte Lage geraten«; ganz abgesehen von den Drohungen seitens des Wirtschafts- und Industrieministers Kaieda Banri gegenüber Feuerwehrleuten: Wer den Anweisungen nicht Folge leiste, würde bestraft.[2]

WEGWERF-ARBEITER

Ein solcher Vergleich stößt jedoch an Grenzen – ein havariertes AKW kann nicht einfach aufgegeben werden, Spezialisten müssen versuchen, der Lage Herr zu werden, auch unter Einsatz ihres Lebens. Doch außer den Tepco-Spezialisten selbst oder den Feuerwehrleuten sind es eben auch Männer, die seit Jahrzehnten über Sub- oder Sub-Subunternehmen von Tepco und anderen AKW-Betreibern angeheuert und ohne genügend Ausbildung und Wissen Strahlungen ausgesetzt werden, die gesundheitsgefährdend, langfristig tödlich sind. »Wegwerf-Arbeiter« (*tsukaisute rôdôsha*) oder auch »*AKW-Gipsy*« werden sie genannt. Diese diskriminierende Bezeichnung wurde von Horie Kunio aufgegriffen, der bereits 1979 in seiner gleichnamigen Publikation *Genpatsu jipushî* über Saison-Arbeiter berichtete, die für Reinigungs- und andere zyklisch anfallende Wartungsarbeiten in Kernreaktoren angeheuert werden. Dass diese Praxis weltweit – auch hierzulande – üblich ist, vermittelt das Interview mit Sebastian Pflugbeil, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz: »[F]ür strahlenmäßig besonders belastende Einsätze, zum Beispiel Reinigungsarbeiten und solche Dinge, [holt] man sich da Arbeiter von Fremdfirmen, um die eigene Statistik nicht zu versauen und um die Leute locker wieder loswerden zu können, wenn sie genug Strahlung abgekriegt haben. Das ist ein weltweit praktiziertes Verfahren. Wenn man das nicht machen würde, dann müsste man die



eigene Mannschaft, die relativ hoch bezahlte eigene Mannschaft, für diese Einsätze verwenden, und die kämen dann relativ bald an die Strahlenschutzgrenzwerte und wären nicht mehr richtig zu verwenden. Also das ist eine sehr unerfreuliche und wenig diskutierte Geschichte.« (DRadio Kultur vom 23. März 2011).

Auch in Tschernobyl waren 1986 vermutlich ca. 200 000 so genannte Liquidatoren eingesetzt worden, um die Radioaktivität einzudämmen (zu »liquidieren«) – die meisten von ihnen Soldaten und zwangsverpflichtete Arbeiter aus der ganzen UdSSR, viele aber auch freiwillig: »Wir hatten Angst, aber in erster Linie sind wir dorthin gegangen, um unsere Kinder und unser Land vor dieser Katastrophe zu schützen. Das wird den japanischen Spezialisten jetzt auch nicht anders gehen« (*NTV Online* vom 18. März 2011).

Das Thema »AKW-Gipsy«, das erst im Zusammenhang mit dem Fukushima-Ereignis sichtbar geworden ist, steht in enger Verbindung mit der Armuts-, Obdachlosen- und Tagelöhner-Problematik im Japan der Nachkriegszeit. Die Energie- und Atomindustrie hat ähnlich wie die Bauindustrie Japans Aufstieg zur zweitstärksten kapitalistischen Wirtschaftsmacht seit den 1960er Jahren mitgetragen; staatliche Mittel wurden schon Mitte der 1950er bewilligt, das erste AKW ging 1966 ans Netz. Diejenigen, die mit ihrer Hände Arbeit zum japanischen »Wirtschaftswunder« beigetragen haben, verblieben im Schatten dieser Entwicklung: sozial schwache und politisch kaum organisierte Schichten. Erst im Zusammenhang mit den Krisen seit den 1990ern, vor allem den zunehmend prekären Verhältnissen besonders unter jüngeren Generationen 2000 ff, wird Armut (wieder) zu einem Thema. Die noch nicht absehbaren Folgen der Nuklearkatastrophe werden diese Entwicklungen beschleunigen.

Fast anklagend wird bisweilen gefragt, warum es gerade in Japan – mit den Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki! – so wenig Protest gegen die Kernkraftnutzung gebe. Skeptiker und Gegner der so genannten friedlichen Nutzung der Kernkraft haben auch in Japan schon seit geraumer Zeit Studien erstellt und veröffentlicht. Sie sind allerdings in den Mainstream-Medien kaum zu finden. Ähnliches gilt für Berichte, die von Betroffenen – verstrahlten regulären wie auch Leih-Arbeitern – aufgeschrieben wurden.

Das Internet ist für diese Berichte ein wichtiger Ort der Verbreitung geworden. So erzählt im Blog der Obdachlosen- und Arbeitslosen-Bewegung des Tokioter Tagelöhnerviertels Sanya Herr Matsumoto, wie er vor Jahren einen Bekannten, mit dem er am Bahnhof Tokio-Ueno für die Arbeit in einem AKW angeheuert worden war, kurz darauf zu Grabe getragen hat – vermutlich verstrahlt. Kawamura Takeshi berichtet im Dezember 2010 im Blog »Japan Alternative News for Justices and New Cultures« (JanJan-Blog) unter dem Titel »AKW-Gipsy« über seine eigenen Erfah-





rungen im AKW Hanaoka, in dem er von 2003 bis 2009 gearbeitet hat und sich z.B. hoher Strahlung aussetzen musste, um einen teuren Inspektionsroboter im Kanalschacht eines Reaktorkerns zu fixieren. Watanabe Mikiko, Mitarbeiterin der Nuclear Safety Research Group der Kyôto-Universität, erstellte 2009 eine Grafik[3], die den Anteil von festangestellten und Saisonarbeitern in japanischen AKW erfasst, die radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren. Danach wächst im Zeitraum von 2000 bis 2007 die Anzahl der zyklisch angeheuerten Arbeiter deutlich. Berichtet wird auch über Arbeiter, die sich gerichtlich gegen ihr Schicksal zur Wehr setzten, so etwa Iwasa Kazuyuki. Er wurde 1971 bei Reparaturarbeiten verstrahlt, erkrankte bald darauf, wurde arbeitsunfähig und versuchte, gegen den AKW-Betreiber Japan Atomic Power Co. in Tsuruga/Fukui (*Nihon genshiryoku*) die Anerkennung seiner Krankheit und Entschädigung zu erwirken. 17 Jahre zog der Prozess sich hin, bevor die Klage 1991 vom Obersten Gericht Japans endgültig abgewiesen wurde[4].

UNGEHÖRTE PROTESTE

Das führt ins Zentrum der politischen und intellektuellen Kultur Japans seit den 1970er Jahren: Protestbewegungen gegen die zerstörerischen, nicht beherrschbaren Techniken zur Gewinnung von Energie. Es gab und gibt sie: Am 31. März meldet u.a. die Zeitung *Tôkyô shinbun*, dass am Vortag eine Gruppe von ca. 100 Menschen gegen die Atomkraft demonstriert habe. Vom Hibiya-Park aus (traditionell ein Ort politischer Proteste) sei sie vorbei an der Japanischen Atomaufsichtsbehörde (NISA) hin zum Hauptquartier von Tepco gezogen, wo drei Personen von der Sicherheitspolizei festgenommen wurden: wegen Behinderung des Verkehrs, also Verletzung der Straßenverkehrsordnung (!). Die Verhafteten – zugleich die Organisatoren der Demo – seien dem Kern des *Zengakuren* zuzurechnen – dem 1948 gegründeten, mittlerweile in verschiedene Fraktionen gespaltenen, linken Alljapanischen Studentischen Dachverband. Was bedeutet diese Härte der Staatsmacht gegen solche Formen von Protest? Weshalb sind in den großen, landesweiten Zeitungen kaum Beiträge zu lesen, die über den Filz von Bürokratie, Unternehmen, Regierungspolitik aufklären? Weshalb hat sich aus den mächtigen politischen Protestwellen der 1950er und 1960er Jahre (die auch gegen Atombombenversuche gerichtet waren) keine sozial verwurzelte landesweite ökologische Bewegung formieren können, die nun den Ausstieg fordert? »For a Change, Proud to Be Japanese« betitelt Azuma Hiroki seinen Artikel vom 16. März in der *New York Times*, und Murakami Ryû konstatiert dort einen Tag später: »But for all we've lost, hope is in fact one thing *we Japanese* have regained. The great earthquake and tsunami have robbed us of many lives and resources. But we who were so intoxicated with our own prosperity have once again planted the seed of hope.«





Aber braucht es Hoffnung für »We Japanese«? Aktivisten aus dem Umkreis der 2005 entstandenen Gruppe »Aufstand der Laien« (*Shirôto no ran*) riefen zu einer ersten großen Anti-AKW-Demonstration im Tokioter Stadtteil Kôenji auf. Mehr als 15 000 Teilnehmende kamen dort unter dem Motto *Genpatsu yamero!!!* – »Stoppt die Atomkraft!!!« – am 10. April zusammen. Besonders auf Homepages werden Anti-AKW-Demonstrationen dokumentiert – nicht nur in Japan[5], sondern weltweit[6].

Die Gruppe *Shirôto no ran* sollte im Fokus der Aufmerksamkeit bleiben. Sie agiert lokal im schon erwähnten Stadtteil Kôenji, wo Second-Hand-, Recycle- u.a. Läden zugleich als Treffpunkt für vor allem junge Leute dienen, die sich dem kapitalistischen Kreislauf »Arbeit-Konsum-Arbeit« entziehen und alternative Lebensformen ausprobieren wollen. Zugleich verstehen sie sich als Teil einer globalen Bewegung, z.B. wenn gerade jetzt in einem dieser Läden die »Untergrunduniversität« (*chika daigaku*) wieder belebt wird – eine Universität, in der »nichtreguläre Lehrende« (also akademisches Prekariat) mit nichtregulären Arbeitern zusammenkommen, über die eigene prekäre Lage in Japan diskutieren und sich unter dem Titel *Chika no chûtô* (»Underground Middle East«) mit den Ereignissen in Nordafrika auseinandersetzen. Hirai Gen, Intellektueller und einer der Organisatoren dieser Veranstaltungsreihe, erlebte den 11. März als Leiharbeiter einer Firma in Tokio. Knapp zwei Wochen später notierte er Impressionen in sein Tagebuch, die den glokalen Charakter dieser Akeure eindrucksvoll hervortreten lassen:

ZWEI WELLEN LEBEN

Ein grandioser Anblick in der »Untergrund-Universität« (die sich am Ende einer Gasse mit anzüglichen Fûzoku-*Geschäften befindet): Aufruhr im Mittleren Osten und ein voluminöses philologisches Magnus Opus neben einer Schüssel Reis mit Rindfleisch für 280 Yen.*

Und doch gibt es für diese andauernde, sich von Maghrib nach Mashrik erstreckende Bewegung keinen Namen. Blättert man z.B. im »Sonderheft zu den Arabischen Revolutionen« der Zeitschrift »Gendai shisô«, so ist die Rede vom »Wunder vom Tahrir-Platz«, von »Neuen Zivil-Revolutionen«, von »Saura«, von einer »Arabischen Renaissance«, vom »1848 der Araber« usw.; alle in- und ausländischen 39 Diskutanten beschreiben die Situation mit unterschiedlichen Worten. Es wird ersichtlich, wie sich die Akademiker wieder und wieder an den der westlichen Geschichte entstammenden Worten abarbeiten. Nur Itagaki Yûzô verweist darauf, dass der Ursprung solcher Begriffe wie »Platz«, »Wunder«, »Bürger«, »Renaissance« nicht im Westen liegt. Ihre Wiege stünde eben östlich des Mittelmeers, wo Arabien, der Islam, Afrika sich kreuzten, so urteilt er voller Überzeugung. Angefüllt mit reichem Inhalt, kehrten sie nun zurück. In Martin Bernals »Schwarzer Athene«, die er emphatisch vorstellt, sieht er ein Ergebnis, das ihre von vielen Windungen geprägte Geschichte korrigierend nachzeichnet.





Das arabische Wort »Saura«, meist mit »Aufruhr« übersetzt – welche Art von »Revolution« impliziert es eigentlich? Das ist noch unklar. Dass aber etwas Gigantisches geschieht, daran gibt es keinen Zweifel. In dieser Welle gibt es [...] viele Menschen, die zynisch geworden sind. »Ist das nicht eine Facebook-Bewegung made in Amerika?«, steht ihnen im Gesicht geschrieben. Mitten in den Vorbereitungen, diese Schlaffheit zerschlagen zu wollen, brach am 11. März das Beben aus.

»Na, die Kantô-Ebene zittert mal wieder... dauert aber ganz schön lange«, denken wir fünf Leiharbeiter (einer in den Gassen von Tôkyô-Iidabashi gelegenen Firma) uns noch, arbeiten aber weiter. Die Lampen schwingen, Akten fallen herunter, und Angestellte der Firma, die ins Netz schauen, erheben ihre Stimme. Ein Lautsprecher gebietet uns, sofort auf den nahe gelegenen Sportplatz zu flüchten, der Achtgeschosser, von dem Kacheln herunterfallen, werde geschlossen. Während wir die Treppen hinunterlaufen, wird die uns Freeter [Neologismus, der aus »free« und »Arbeiter« gebildet wurde, S.R.] von den Festangestellten trennende Membran dünner. Die Handys funktionieren nicht. Hunderte von Leuten werden ausgespuckt, Männer und Frauen mit herabbaumelnden Namensschildern versammeln sich fröstelnd auf ebener Erde. Hier hat einmal eine Artilleriewaffenfabrik gestanden. Gebannt blicke ich auf das Profil der diffus errötenden Gesichter der Office-Ladies. Würden die Gebäude um uns herum jetzt einstürzen, sollte ich dann nicht das Kommando über diese halbtrunkenen Truppen übernehmen? Sonst bringen die mich um. (Lachen.) Gerade versuche ich, von der Angst, nichts über die Situation ihrer Familien zu wissen, mit diesem schlechten Witz abzulenken, da ertönt die Stimme eines Angestellten: »Schluss für heute!«

Als ich entlang der Sotobori von Yotsuya in die Shinjuku-Straße einbiege, werde ich von einer Menschenmenge aufgesogen, die in Richtung Shinjuku-Bahnhof zieht. Es sind nicht nur Firmenarbeiter. Leute mit Kinderwagen, bis hin zu Rollstuhlfahrern – Tausende, Zehntausende? Allen ist übel von diesem verfluchten Picknick. Saura und Erdbeben – wie soll man diese beiden Wellen leben? Diese Frage steigt aus meinem zitternden Körper empor.

Hirai Gen, 27. März 2011[7]

1 http://english.kyodonews.jp/news/2011/04/82888.html.
2 Siehe http://sankei.jp.msn.com/politics/news/110322/stt11032222490022-n1.htm.
3 www.rri.kyoto-u.ac.jp/NSRG/seminar/No106/watanabe090306.pdf
4 Iwasa verstarb 2007 im Alter von 77 Jahren; siehe http://higuti.ti-da.net/e1896084.html.
5 Siehe die ebenfalls 2005 gegründete Website *Magajin 9-jô* (»Magazin Artikel 9«), auf der sich ein breites Spektrum von Verteidigern des Antikriegs-Artikels 9 der japanischen Verfassung artikuliert, www.magazine9.jp/list/demo/.
6 Siehe http://410nonuke.tumblr.com.
7 Die Übersetzung des gesamten Textes sowie weitere Übersetzungen bzw. Links auf kritische Beiträge: siehe: wwwdup.uni-leipzig.de/~japan/cms/index.php?id=107.



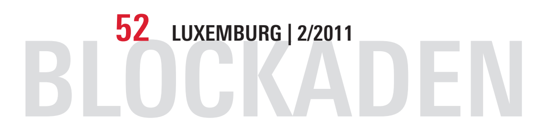
OHNMACHT UND WUT

WAHRNEHMUNG VON KRISEN IM BETRIEB

RICHARD DETJE, WOLFGANG MENZ, SARAH NIES, DIETER SAUER

Seit dem Ausbruch der Krise 2008 ff begleitet die Meinungsumfrageforschung die Veränderungen im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung. Ihre Befunde signalisieren eine tiefe Legitimationskrise der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. »Das Vertrauen fehlt in der Breite – gegenüber Banken und Finanzdienstleistern, gegenüber Unternehmern und Managern, den Politikern und dem politischen System insgesamt, den klassischen Medien und sogar gegenüber der Art und Weise, wie die Soziale Marktwirtschaft aktuell umgesetzt wird – dem zentralen Identitätsanker unseres Gesellschaftsmodells.« (Bertelsmann 2010 a, 11 f)

Der Befund einer Legitimationskrise sagt allerdings noch wenig über konkrete Handlungsorientierungen während und im Ausgang einer schweren Weltwirtschaftskrise aus. Weder die Verletzung normativer Orientierungen (wie die der sozialen Gerechtigkeit) noch die konkrete Sorge um die eigene soziale Lage und Zukunft waren Anstöße für größere







soziale Proteste und Konflikte. »Krise ohne Konflikt« lautet eine dem entsprechende Zeitdiagnose (Offe 2010a). Die dafür angeführten Gründe sind vielfältig: Prägten »fatalistische Dumpfheit und Desorientierung« das Krisenbewusstsein der unteren sozialen Schichten (vgl. Köcher 2009; Heitmeyer 2010a), sei für die besser gestellten sozialen Schichten ein wettbewerbsorientierter Individualismus charakteristisch. »So wirkt die Krise für beide Seiten konfliktbetäubend« (Offe 2010, 289). In neueren Umfragen (Heitmeyer 2010b) wird ein Entsolidarisierungsprozess zwischen den beiden sozialen Schichten diagnostiziert: Im Krisenverlauf verweigern die »Besserverdienenden« schwachen Gruppen ihre Unterstützung, reklamieren »Etabliertenvorrechte«.

KRISENWAHRNEHMUNG IM BETRIEB

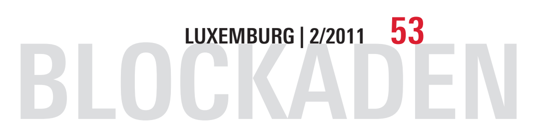
In solchen Zeitdiagnosen fehlen vor allem die Einsichten jener, die als abhängig Beschäftigte die Krise gleichsam in den betrieblichen Zentren erlebt haben. Faktisch spielt sich das Gesellschaftsbewusstsein außerhalb der Arbeitswelt ab. Im Betrieb scheint sich politisch nichts mehr bewegen zu lassen, der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital – soweit er überhaupt noch als wichtig angesehen wird – wird auch in den Augen vieler Sozialwissenschaftler außerhalb des Betriebs auf mehr oder minder verschlungenen Pfaden ausgetragen.

Der Betrieb ist aber zentraler Erfahrungsraum von Krisenfolgen (vgl. Dörre u.a. 2010). Anders als in einem abstrakten medialen Diskurs wird Krise hier konkret erlebt. Die Vorstellungen und Deutungen hinsichtlich der Wirtschaftskrise entstehen nicht einfach durch die Rezeption eines allgemeinen – massenmedial vermittelten – Krisendiskurses, sondern durch die Auseinandersetzungen mit praktischen, alltäglichen Erfahrungen im Betrieb. Zwar lassen sich die komplexen Strukturen eines Arbeit und Leben umfassenden Alltagsbewusstseins nicht in einen Punkt auflösen, aber im Unterschied zu manchen anderen politischen Orten bieten Betriebe die Möglichkeit, (Krisen-)Erfahrungen auszutauschen, (teil-)kollektiv zu verarbeiten und gemeinsame Schlüsse daraus zu ziehen. Selbst wenn kollektive Erfahrungs- und Verarbeitungsprozesse durch differenzierende und fragmentierende Arbeits- und Leistungsbedingungen erschwert sind, bleibt die Arbeit im Betrieb sowohl zentraler Ort für Einsichten in soziale Prozesse als auch zentraler Ansatzpunkt für politische Handlungsperspektiven.

Wir haben versucht, in einer explorativen Studie einen Blick auf die Krisenerfahrungen der Menschen in den Betrieben zu werfen.[1] Wie wird die Krise der Jahre 2007–10 wahrgenommen? Welche Handlungsorientierungen entstehen angesichts betrieblicher Krisenerfahrungen? Welche Folgerungen werden daraus für die Chancen von Widerstand und Protest gezogen? Und was bedeutet dies für die Einschätzung und Bewertung der betrieblichen und gesellschaftlichen Akteure?

KRISE TRIFFT AUF KRISENERFAHRUNGEN

Wir haben unsere Erhebungen in jenen Industriebranchen durchgeführt, in denen Umsatz- und Produktionseinbrüche am größten waren. Die Krise wirkt nicht als großer Gleichmacher, der alle Verhältnisse in ein gleiches Licht taucht. Vielmehr sind wir auf deutlich differenzierte Krisenwahrnehmungen gestoßen.





Für relevante Teile der Beschäftigten wirkte die aktuelle Krise nicht als singuläres Ereignis, sondern trifft auf schon länger andauernde betriebliche Krisenerfahrungen. Anders als im strikt ökonomischen Sinn wird Krise oftmals als ein gleichsam »permanenter Prozess« wahrgenommen, der sich seit über einem Jahrzehnt durch beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb, Verlagerungen, Outsourcing, Kostensenkungsprogramme, fortwährende Intensivierung der Arbeit usw. auszeichnet. Als »krisenhaft« werden der fortwährende Druck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen, Status und Arbeitsbedingungen verstanden. In der Auseinandersetzung mit dieser Restrukturierung in Permanenz werden unter diesen Bedingungen »Krisenreaktionen« zu einer gewissen Routine. *»An dieses ständige Infragestellen vom Arbeitsplatz gewöhnt man sich eigentlich auch.«*

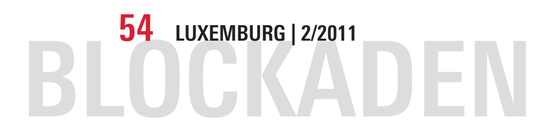
In der Wahrnehmung von »Krise als permanentem Prozess« stecken Defensiverfahrungen bis hin zu sozialen und politischen Niederlagen (z.B. massive Zugeständnisse im »Standortpoker«), aber auch die Erfahrung eigener Handlungsmacht, dort, wo es gelungen ist, betrieblichen Erpressungsversuchen mit erfogreichem Widerstand zu begegnen.

Nicht zuletzt diese längerwährenden Krisenerfahrungen sind dafür verantwortlich, dass ein direkter Rückschluss von »objektiver« Krisenbetroffenheit auf die subjektiven Krisenwahrnehmungen kaum möglich ist. So wird eine individuelle Krisenbetroffenheit, ein besonderes Leiden unter der Krise, nicht durchgängig von denjenigen am stärksten artikuliert, die hinsichtlich Arbeitsplatzsicherheit sowie im Hinblick auf die finanziellen Folgen eigentlich am ehesten zu den »Krisenopfern« zu zählen wären. Gerade unter ihnen finden sich viele, die aufgrund vergangener betrieblicher Erfahrungen oder vor dem Hintergrund einer durch Unsicherheit und Brüche geprägten Erwerbsbiografie eine generalisierte Kompetenz zum Umgang mit prekären Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen entwickelt haben. Andersherum kann gerade für jene die Krise ein *»herber Schlag«* sein, die bislang unter vergleichsweise gesicherten Bedingungen gearbeitet haben.

OHNMACHT, ANGST UND »ADRESSATENLOSE WUT«

Unser Befund: Die Formel »Krise ohne Konflikt« greift die Stimmung zu sehr auf der Oberfläche medialer Öffentlichkeit ab. Wir beobachten Wut, Angst und Ohnmacht. Hinter der Fassade einer nahezu geräuschlosen und alternativlosen Krisenbewältigung in den Betrieben scheinen tiefgehende Ohnmachtserfahrungen gegenüber einer entfernten, unbeherrschten Dynamik auf: *»[…] die Töne werden woanders erzeugt. Und wir haben bloß mit der Resonanz zu leben«.*

Zugleich wird erhebliches Protestpotenzial sichtbar. In unseren Interviews und Diskussionen kommt große Unzufriedenheit zum Ausdruck, die sich allerdings kaum mit Hoffnung auf baldige Veränderung verbindet. Dennoch lässt diese Hoffnungslosigkeit weder auf Apathie noch Fatalismus schließen: Apathie meint einen Zustand der Lähmung und Isolation, und fatalistisch sind Menschen, die sich bereits mit ihrem Schicksal abgefunden haben und nichts mehr erwarten. Wir sprechen dagegen von Ohnmacht, die auf einer





rationalen Prüfung und durchaus realistischen Einschätzung der ökonomischen Abhängigkeiten und der sozialen Macht- und Kräfteverhältnisse basiert. Die von uns erhobenen Aussagen signalisieren zudem eine tiefgehende Unzufriedenheit und den Wunsch, die Lage zu verändern, und zugleich die Ratlosigkeit darüber, wie das gehen könnte.

Die schon vor der Krise aufgestaute Wut hat meist keine konkreten Adressaten, und wenn, dann scheinen sie unerreichbar. Für die meisten der Befragten finden sich die »Schuldigen« – die Verursacher der Krise – nicht im Betrieb. Vor allem in abhängigen Zulieferbetrieben wird das lokale Management als machtlos erlebt, aber auch die »ökonomisch Mächtigen« gelten weniger als eigenständige Akteure, eher als Räder im System.

Daraus folgt aber keine Distanzlosigkeit zum Arbeitgeber und zu betrieblichen Herrschaftszusammenhängen. Der Interessengegensatz wird auch auf betrieblicher – und nicht nur gesellschaftlicher – Ebene wahrgenommen. Die Konzessionen an das Unternehmen erfolgen eher »zähneknirschend«, statt mit der Überzeugung, mit dem lokalen Management in einem Boot zu sitzen. Vor diesem Hintergrund ist »betrieblicher Krisenkorporatismus« allenfalls ein temporärer Deal auf schiefer Ebene. Darin mischt sich viel: Resignation, Erschöpfung, soziale Ängste, Wut und Protest. Er bedeutet nicht dauerhafte Rücknahme von Ansprüchen oder die Abwesenheit von Kritik.

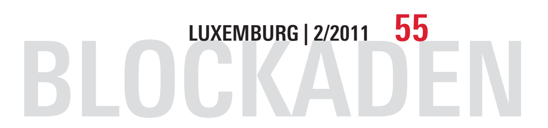
Das Ohnmachtserleben »adressatenloser Wut« wird vom Betrieb auf »Gesellschaft« und auf »Staat und Politik« verschoben. Diese Wut schafft sich relativ diffus Raum und führt zu ausgeprägten Widerstands- und Protestfantasien, häufig mit »französischen Verhältnissen« als Vorbild.

»Aber wenn das so weitergeht, dann werden sich die irgendwann mal alle organisieren und dann wird es wirklich mal krachen. Und ob das dann noch ruhig abgeht, das bezweifele ich. […] Das steigert sich so langsam hoch, und dann kracht es, aber dann kracht es gewaltig.«

»Ja, da müssten andere Aktionen stattfinden wie eine Maikundgebung oder so was, da müssten in Deutschland die Straßen zu sein. Zu. Eine Woche lang. Da müsste sich nichts bewegen, gar nichts. Aber der Deutsche ist sowieso geduldig. Der wartet ab. Und wenn es scheppert, dann scheppert es richtig.«

SYSTEMERFAHRUNGEN – ZWISCHEN EINSICHT UND ZWANG

Die teils vehement geäußerten Protest- und Widerstandsfantasien sind zwar nicht als konkrete, umsetzungsbezogene Handlungsorientierungen zu deuten. Gleichwohl sind sie mehr als Verbalradikalismus. Die Krise trifft nicht nur auf den Boden langer Erfahrungen einer Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, sondern auch auf weit reichende Prozesse einer Delegitimierung der ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse und deren Institutionen. Die aktuelle Krise wird als Bestätigung einer über Jahre gereiften Kritik wahrgenommen. Das Systemversprechen (der sozialen Marktwirtschaft), dass hohe Leistungsbereitschaft mit Anerkennung, Fortkommen und Sicherheit honoriert wird, ist bei größeren Teilen der abhängig Beschäftigten gesprengt. Wir haben es mit einem hohen Maß an Delegitimierung eines ökonomischen



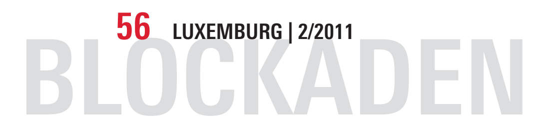


Systems zu tun, das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen nicht einlöst.

Auch hier sind es weniger die aktuelle Krise und die allgemeinen Erfahrungen sozialer Ungerechtigkeit, die die Legitimation des kapitalistischen Systems in Frage stellen, sondern die konkreten und dauerhaften Erfahrungen alltäglicher Übergriffe des Kapitals im Betrieb. Sie werden nicht mehr personalisiert, sondern systemisch gedeutet. Die marktzentrierte Reorganisation betrieblicher Prozesse in den letzten zwei Jahrzehnten hat von den Beschäftigten immer wieder Zugeständnisse und Opfer (bei Einkommen, flexibilisierten Arbeitszeiten, verschärften Leistungsbedingungen, Mitbestimmung u.a.) verlangt, die mit den vermeintlichen Sachzwängen des globalen Marktes und der Konkurrenz begründet wurden. In dieser »Defensivspirale« werden nicht nur die Zwänge der kapitalistischen Ökonmie unmittelbar und persönlich erfahrbar. Deutlich wird, dass das betriebliche Management sich hinter diesen Sachzwängen »versteckt« und sich selbst als Getriebene der (Finanz-)Märkte zu exkulpieren versucht. Das wird von den Beschäftigten zwar nicht immer geglaubt – es sind ja auch immer Drohkulissen –, aber dennoch wird die »Ohnmacht der Mächtigen« in diesen Auseinandersetzungen erkennbar.

Wir halten diese Einsichten in den systemischen Charakter betrieblicher Herrschaft für einen Fortschritt gegenüber der personalen Identifikation von Herrschaft. Denn darin wird erkennbar, dass die Herrschaft der Menschen über Menschen notwendig verbunden ist mit der Unbeherrschtheit des Herrschaftsverhältnisses selbst bzw. des gesellschaftlichen Gesamtprozesses, den auch die Herrschenden selber nicht beherrschen. Gleichzeitig kann diese Einsicht auch überfordernd und entmutigend wirken. Wenn Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschafter bei jeder Forderung zur Verbesserung der Arbeitsituation gleich die Systemfrage am Hals haben, erscheinen ihre Bemühungen von vornherein als aussichtslos. Es kommt darauf an, zu erkennen, dass auf diese Weise das System unter Legitimationsdruck gerät und nicht etwa die politischen Reformforderungen oder der Protest gegen das System. »Wenn es nicht mehr möglich ist, die Forderung nach Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit anzumelden, ohne sich entgegenhalten lassen zu müssen, dass man offenbar die Logik des Weltmarkts außer Kraft setzen wolle, dann spricht das nicht gegen die Forderungen der Arbeitnehmer, sondern gegen die Logik des Weltmarkts. Und wenn sich die Berufung auf den Weltmarkt trotzdem wie ein Totschlagsargument gegen die Beschäftigten und gegen die Gewerkschaften wendet und das ganz und gar Verrückte als unhinterfragbare Realität erscheint, hat das nichts mit Logik zu tun, sondern ausschließlich mit Macht« (Peters 2001, 179).

Systemerfahrungen führen allerdings nicht automatisch zu einem tiefergehenden Begreifen von betrieblichen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen. Dazu bedarf es individueller und kollektiver Reflexions- und Verständigungsprozesse und auch der Unterstützung gewerkschaftlicher und anderer politischer Organisationen. Betriebliche Systemerfahrungen sind aber ein nicht zu unterschätzender Ausgangspunkt für das eigensinnige Begreifen von Herrschaftszu-





sammenhängen, die auch politisch produktiv werden können. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn es bereits zu widerständigen Auseinandersetzungen mit Systemzwängen gekommen ist.

WIDERSTAND UND PROTEST – ERFAHRUNG EIGENER HANDLUNGSMACHT

Bei einigen der von uns befragten Kolleginnen und Kollegen äußern sich System- und Ohnmachtserfahrungen nicht nur in »adressatenloser Wut« und in Protestfantasien. Vor allem in Betrieben, die unter der ständigen Drohung einer Standortverlagerung stehen, haben Belegschaften und Interessenvertretungen angefangen, der ständigen Erpressung Widerstand entgegenzusetzen. Aus solchen Kämpfen ziehen die Beschäftigten die Erfahrung eigener Handlungsmacht:

»In dem Betrieb, wo ich beschäftigt bin, haben die Leute das Gefühl, dass wir nichts mehr mit uns machen lassen, wir nichts mehr abgeben wollen. Wir sagen, bis hierhin und nicht weiter. Es reicht! Es hat ja auch keinen Sinn mehr, was abzugeben. Weil wenn wir abgeben, geht das sowieso immer wieder in die Gewinne oder in die Renditen der Kapitalisten und Unternehmer, meinetwegen auch in die Taschen der Politiker. Also bei uns habe ich das Gefühl, dass da der Punkt gekommen ist: bis hierhin und nicht weiter.«

In einem konkreten Fall fand die erfolgreich geführte Auseinandersetzung um das Ausmaß von Kurzarbeit vor dem Hintergrund einer längeren Konfliktgeschichte im Betrieb statt. In wiederholten Runden der »Kostenkürzungen« und angesichts mehrfacher Verlagerungsdrohungen hatten Belegschaft und Interessenvertretung bereits Kampferfahrung sammeln können, die ihnen nun zugute kam. Die konfliktorische Orientierung entstand also zum einen vor dem Erfahrungshintergrund erfolgreicher Kämpfe in der Vergangenheit. Zum anderen hat sich in den erfolgreich geführten Auseinandersetzungen aber auch gezeigt, dass Schließungs- und Verlagerungsankündigungen Erpressungsversuche waren, die sich im Nachhinein als haltlos herausstellten.

Vor diesem Hintergrund wurde auch in der aktuellen Krise eine machtpolititische Inszenierung gesehen:

»Warum Kurzarbeit, wenn wir genug Arbeit haben? Da ist also die Meinung, der Arbeitgeber nutzt das Ganze aus, um sich gesundzustoßen dabei.«

Aber auch jene, die dies betonen, zweifeln kaum an einer prinzipiellen strukturellen Abhängigkeit etwa des Zulieferers vom Großkonzern, an der Geworfenheit in die spezifischen ökonomischen Bedingungen und die strukturelle Krisenhaftigkeit. Hieran ändern auch die partiellen Erfolge nichts. Es ist klar: Es sind Abwehrkämpfe, keine offensiven Auseinandersetzungen (etwa auf Basis von eigenen Forderungen der Beschäftigtenseite).

So wird auch im obigen Zitat nicht nur Geschlossenheit und Stärke demonstriert, sondern auch zum Ausdruck gebracht, dass es womöglich ein Kampf mit dem Rücken zur Wand ist: *»Wir haben nichts mehr zu geben«*. Dabei klingt auch an: Wir haben (früher) schon alles gegeben und wenn ihr den Betrieb zumacht, ändert das auch nicht mehr viel für uns. Möglicherweise handelt es sich nicht einfach um eine rationale Abwägung: Sind wir stark genug zu kämpfen? Können wir unsere





Ziele durchsetzen? Man könnte es auch so interpretieren: Ganz unabhängig von der tatsächlichen Substanz des Drohpotenzials des Unternehmens – wir haben nichts mehr zu verlieren. Also kämpfen wir!

KRISENWAHRNEHMUNG UND POLITISCHE LERNPROZESSE

Neben den Beispielen erfolgreichen Widerstands und erfahrener Handlungsmacht wird von den Befragten immer wieder auf die schwierigen Bedingungen verwiesen, die grundsätzlich politische Aktivitäten erschweren. Dazu gehören neben Existenzängsten und sich verschärfenden Arbeitsbedingungen die Spaltungstendenzen in den Belegschaften: zwischen Stamm- und Leiharbeitern, Produktionsarbeitern und Angestellten, verschiedenen Nationen und Kulturen u.a. Nicht zuletzt darin liegen auch Barrieren für kollektive Orientierungen und solidarische Handlungsmöglichkeiten.

Dazu kommt der Leistungsdruck, der gerade in der Fertigung *»sehr, sehr entsolidarisierend«* wirkt. Räume für Kommunikation, Austausch, Verständigung als grundlegende Voraussetzung für Widerstandsformen sind auf kleine Sequenzen geschrumpft. Dies trifft auch die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Mobilisierung und Interessendurchsetzung. Während der grundsätzliche interessenpolitische Stellenwert der Gewerkschaften weitgehend unbestritten ist, wird ihre Rolle im Krisengeschehen nicht nur positiv gesehen. Der Gewerkschaft wird zwar ein – gemessen an den eng begrenzten Handlungsspielräumen – erfolgreiches Krisenmanagement attestiert, aber ihre Aufgabe als aufklärende, deutende Institution hat sie in den aktuellen Krisenmonaten nicht erfüllt. Sie hat zu wenig über die Krise aufgeklärt – zu wenig mit den Vertrauensleuten und Betriebsräten über die Situation diskutiert, war zu wenig in den Betrieben präsent, so die Kritik der Befragten. Es fehlt an eigensinniger Krisendeutung, die ein Gegengewicht sein könnte zu einer die Arbeitswelt meist aussparenden medialen Öffentlichkeit. In Krisensituationen werden Grundlagen von Gewerkschaftsarbeit schlechthin aktualisiert: Die Herausarbeitung der eigenen Sicht auf Wirtschaft und Gesellschaft, der Begründung eigener, distinkter Interessenlagen und damit in der Tat ein Wissen über ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge, die im herrschenden Diskurs nicht geliefert werden.

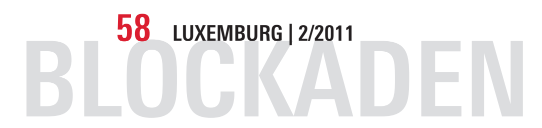
Neben mehr Aufklärung und Deutung sind »politischer werden und stärker mobilisieren« Anforderungen, die an die Adresse der Gewerkschaften formuliert werden:

»[...] die Gewerkschaft muss politischer werden. Auf jeden Fall politischer und radikaler. Damit wir wieder mehr Gewicht haben und solchen Leuten wie Westerwelle und Merkel auch mal die Stirn bieten können.«

Bei aller Kritik an den Gewerkschaften bleibt der Grundtenor solidarisch:

»Die Gewerkschaften sind das Einzigste, was wir hier eigentlich noch haben. Weil mit was anderem können wir ja hier in unserem Staat gar nicht mehr rechnen. Politisch gesehen, unternehmerherrschaftlich gesehen, wir haben eigentlich nur noch die Gewerkschaften.«

Staat und Politik kommen dagegen durchgängig schlecht weg. Auf sie verschiebt sich die »adressatenlose Wut«. Die Politiker sind korrupt und der Staat generell machtlos – so





das etwas verkürzte Fazit. Zwar wird dann doch wieder auf den Staat gesetzt, z.B. wenn es um die Regulierung der Finanzmärkte geht, aber die Grundeinschätzung bleibt skeptisch bis resignativ. Auch für die Zukunft sieht man vor allem negative Entwicklungen: weiterer Abbau des Sozialstaats, weitere Krisenfolgen, die vor allem vom »Fußvolk« zu tragen sind. Die Politiker hätten sich von der Erfahrungswelt der Beschäftigten weitgehend abgekoppelt.

»Die Politiker stellen sich nicht mit dem Gesicht zu den Leuten [...] Das ist alles so schon korrumpiert, das Geld hat schon so die Macht. [...] Und solange sie das Geld haben, ändert sich da nichts. Ich sehe keine Änderungen.«

Krisenbewusstsein und (politisches) Gesellschaftsbewusstsein liegen enger beieinander, als es vielleicht in früheren Zeiten der Fall war – aber in einer Weise, in der Politik nicht als möglicher Problemlöser erscheint, sondern vielmehr selbst als Teil des Problems. Das verstärkt Wut und Ohnmacht.

»[...] die Leute haben ja immer Erwartungen an die Politik, aber da ändert sich nichts. Da ändert sich gar nichts.«

Ob die vereinzelten Widerstandsaktionen, die Ohnmachts- und Systemerfahrungen, die artikulierte Wut und die Protestfantasien bereits als Anzeichen für einen neuen gesellschaftlichen Politisierungsschub zu deuten sind oder eher Ausdruck einer allgemeinen Hilf- und Orientierungslosigkeit sind, ist schwer zu entscheiden. Auf jeden Fall sind sie Anzeichen dafür, dass Wege in die Zukunft auch jenseits der pessimistischen Szenarien eines wachsenden Autoritarismus denkbar sind.

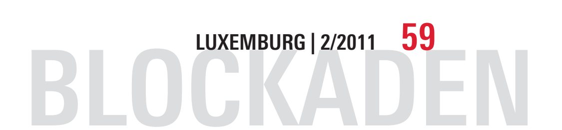
FAZIT: POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN

Welche Folgen wären aus unseren empirischen Befunden zu ziehen für politisches Handeln und für Gewerkschaften?

REPOLITISIERUNG VON ARBEIT UND BETRIEB

Wenn Arbeit und Betrieb die zentralen Orte der Entstehung von Krisen- und Ohnmachtserfahrungen sind, dann ist es nur folgerichtig, inhaltliche und interessenpolitische Auseinandersetzungen wie auch möglichen Widerstand und Protest wieder stärker auf diesen Ort zu fokussieren. Die »Leerstelle Betrieb« sowohl in der sozialwissenschaftlichen als auch in der politischen Diskussion ist zu schließen. Dies umfasst eine Auseinandersetzung mit den Folgen der »großen Krise« und mit den anhaltenden Prozessen und Konsequenzen »permanenter Krisenhaftigkeit« und anhaltender Reorganisation. Die bereits längerfristig angelegten Tendenzen zur Leistungsintensivierung, zur arbeitszeitlichen Ultra-Flexibilisierung sowie zur Prekarisierung der Beschäftigungsbedingungen haben durch die Krise einen neuen Schub erhalten (vgl. Menz u.a. 2011). Schließlich besteht das neue »Beschäftigungswunder« nach der Krise zu großen Teilen in einer Expansion von Leiharbeitsverhältnissen.

Die Krisenerfahrungen haben gezeigt, dass die Grenze der Belastungsfähigkeit der Belegschaften mittlerweile überschritten ist. Neue Chancen auf eine entsprechende interessenspolitische Mobilisierung könnten gerade jetzt, nach dem Höhepunkt der Krise, entstehen, nämlich dann, wenn die krisenbedingte Konzessionsbereitschaft der Beschäftigten wieder sinkt.





KRITISCHER REALISMUS

An die neue Unmittelbarkeit der »Systemerfahrung« ist anzuknüpfen. Es kann nicht Ziel sein, den Beschäftigten abstrakt »Mut zu machen«, wo real kein Grund für Hoffnungen auf Erfolge besteht. Aber die krisenbedingte Tendenz zum interessenpolitischen Stillhalten darf auch nicht über die Krise hinaus verlängert werden. Vielmehr geht es darum, die Spielräume für Kritik, Protest und Widerstand realistisch auszuloten. Nur wenn die Einsicht darüber wächst, was tatsächlich veränderbar ist und was an die Grenzen des neoliberalen Kapitalismus und der nachfordistischen Produktionsweise stößt, können auch kritisch-realistische Handlungsstrategien entwickelt werden, die schließlich doch die Grenzen dessen sprengen, was als das Machbare erscheint.

VERBINDUNG VON AUFKLÄRUNG UND SELBSTVERSTÄNDIGUNG

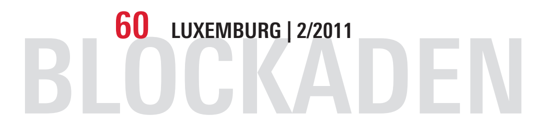
Unsere Befragung hat einen erheblichen Bedarf an Diskussion und Reflexion über Krisenursachen, über grundsätzliche ökonomische Zusammenhänge gezeigt. In den Worten eines Vertrauensmannes:

»Viele Leute, die in der Gewerkschaft sind, von denen ich das gar nicht wusste, die kamen dann auf einmal und sagten: ›Du bist doch unser Vertrauensmann, erzähl mal! Was ist passiert? Warum bauen wir jetzt so wenig Getriebe? Was hat das mit uns zu tun, wenn die in Amerika ihre Häuser nicht mehr verkauft bekommen?‹ […] Und den Leuten hat einfach der Zusammenhang gefehlt.«

Dieses Reflexionsinteresse kann nicht über eine »expertielle Aufklärung von oben« befriedigt werden, sondern muss die Wahrnehmungen und Deutungen der Beschäftigten selbst einbeziehen. Wie verbindet sich das eigene Erleben mit den großen Linien der kapitalistischen Entwicklung und Krisenhaftigkeit? Wie ist eigensinniges Handeln angesichts von verstärkten Systemzwängen möglich? Die Delegitimierung politischer Akteure und persönliche Ohnmachtserfahrungen machen die individuelle Auseinandersetzung mit Systemzwängen unausweichlich. Dies ist die Basis für die Entwicklung einer eigenen Interessensperspektive, die notwendigen Widerstand aus den eigenen Arbeits- und Reproduktionsinteressen begründet. Damit diese Auseinandersetzung produktiv wird, setzt sie die Verständigung mit anderen und kollektive Unterstützung voraus. Dies ist eine zentrale Herausforderung für die Gewerkschaften: die Unmittelbarkeit von Systemerfahrungen zu nutzen und mit der Aufklärung über Systemzusammenhänge zu verbinden.

ABKEHR VON DER ERFOLGSRHETORIK

So erfolgreich die Krisenbewältigung in Deutschland im europäischen Vergleich in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht war – letztlich betraf sie vor allem die Verteilung der Krisenfolgen und -lasten. Der Rückgang des Arbeitsvolumens konnte durch Kurzarbeit, vor allem aber durch betriebliche Arbeitszeitflexibilisierung breitflächig verteilt werden, sodass der Arbeitsplatzabbau in Grenzen gehalten wurde. An diesem erfolgreichen, aber grundsätzlich defensiven Charakter der Krisenbewältigung ändert auch die Aufwertung zentraler gewerkschaftlicher





Akteure in der Krise nichts – und dies ist den Beschäftigten durchaus bewusst. Die Strukturen, die in die Krise geführt haben, sind weitgehend geblieben. Die Gewerkschaften sollten überdenken, ob die eigene Politik als Aneinanderreihung von Erfolgen zu präsentieren ist. Dass die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen sich seit Jahren in Abwehrkämpfen gegen die immer neuen Zumutungen im Gefolge permanenter (wie auch akuter) Krisenhaftigkeit befinden, ist offensichtlich – und mindert keineswegs die Akzeptanz und Unterstützung der Gewerkschaften, wie die jüngsten Zahlen zur Mitgliederentwicklung deutlich machen.

VERBINDUNGEN HERSTELLEN

So wichtig es ist, Arbeit und Betrieb als Ort für Reflexion und Veränderung wiederzuentdecken, so wichtig ist es auch, zugleich die Verbindungslinien zu weiteren gesellschaftlichen Konfliktfeldern und Auseinandersetzungen wiederaufzunehmen bzw. überhaupt erst herzustellen. Die Forderungen der Basis nach einem stärkeren politischen Engagement der Gewerkschaften beinhalten den Wunsch nach Beteiligung und die Hoffnung auf Mobilisierung – wie wir ihn auch anderswo beobachten können. Ohnmachtserfahrungen sind nicht nur in den Betrieben prägend, sondern waren auch dort der Ausgangspunkt, wo wir ein deutliches Anschwellen der Protestbewegungen erleben, etwa in der Atompolitik oder im Fall von Stuttgart 21. Die Reflexion der Ohnmachtserfahrungen ist der erste Schritt, sich mit ihren Ursachen auseinanderzusetzen und politisch handlungsfähig zu werden.

LITERATUR

Bertelsmann Stiftung/Institut für Demoskopie Allensbach 2010 a: *Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010. Erkenntnisse aus repräsentativen Trendfortschreibungen*. Gütersloh

Bertelsmann, 2010 b: »Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis«, Gütersloh

Detje, Richard, Wolfgang Menz, Sarah Nies und Dieter Sauer, 2011: *Krise ohne Konflikt? Interessen und Handlungsorientierungen in der Krise – die Sicht von Betroffenen*, Hamburg

Dörre, Klaus, Anja Hähnel, Hajo Holst und Ingo Matuschek, 2010: *Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme*, Manuskript, Jena

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2010 a: *Deutsche Zustände. Folge 8*. Frankfurt/M

Ders., 2010 b: *Deutsche Zustände. Folge 9*. Frankfurt/M

Köcher, Renate, 2009: Der Statusfatalismus der Unterschicht, in: *FAZ* vom 16.12.

Menz, Wolfgang, u.a., 2011: Zeit- und Leistungspolitik in und nach der Wirtschaftskrise – die Perspektive der Betroffenen, in: Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Hg.), *Gute Arbeit. Folgen der Krise, Arbeitsintensivierung, Restrukturierung*, Köln, 99–113

Offe, Claus, 2010: »Keine Aussicht auf eine Repolitisierung in Zeiten der Krise«, Claus Offe im Gespräch mit Gunter Hofmann und Wilhelm Heitmeyer, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände, Folge 8*. Berlin, 283–95

Peters, Klaus, 2001: Statt eines Nachworts. In: Wilfried Glißmann und Klaus Peters, *Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen*. Hamburg, 143–185

1 Wir haben im Frühjahr 2010 qualitative Erhebungen in zwei gewerkschaftlichen Bildungsstätten durchgeführt, dabei fünf Gruppendiskussionen (mit insgesamt 32 TeilnehmerInnen) sowie 20 leitfadengestützte Einzelinterviews mit gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten aus insgesamt 16 unterschiedlichen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie geführt. Befragt haben wir die unterste Ebene der betrieblichen Interessenvertretung, die belegschafts- und basisnah ist und zwischen Beschäftigtenperspektive einerseits und Expertenperspektive andererseits vermittelt. Das Sample ist selbstverständlich nicht repräsentativ. Befragte aus typischen gewerkschaftlichen Kernsektoren (Betriebe mit hohem Organisationsgrad, in der Automobilindustrie Betriebe mit funktionierender Vertrauensleutearbeit) sind stärker vertreten, ebenso Männer sowie gewerblich Beschäftigte. Die nachfolgenden kursiv gesetzten Zitate stammen aus den Interviews und Gruppendiskussionen (vgl. Detje u.a. 2011). Die Studie wurde dankenswerterweise von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Wolfgang-Abendroth-Stiftungs-Gesellschaft gefördert.



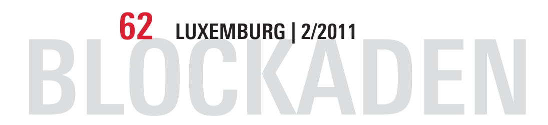


»WIR HÄTTEN KÄMPFEN KÖNNEN«

GESPRÄCHE ZU KRISE UND PROTEST IN BELEGSCHAFTEN

DANIEL BEHRUZI

Trotz der scheinbar schnellen Überwindung der großen Krise von 2008 ff stellt sich die Frage, wie sie sich auf Widerstandsfähigkeit und Kampfbereitschaft der Belegschaften und ihrer Interessenvertretungen ausgewirkt hat. Hier gibt es naturgemäß große Unterschiede. In den folgenden Interviews wird die Situation in vier Betrieben Südwestdeutschlands – der vom Abschwung am stärksten betroffenen Region – schlaglichtartig beleuchtet. Der Kraftwerksbauer Alstom in Mannheim ist ein Beispiel für standortübergreifenden Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung. Beim Autozulieferer Behr in Stuttgart-Feuerbach hingegen ist die IG-Metall-Parole »Keine Entlassungen in der Krise« nicht durchgehalten worden. Im Daimler-Werk Untertürkheim zeigt sich, wie die mit dem Aufschwung wieder gewachsene Produktionsmacht genutzt werden kann, um Festeinstellungen zu erzwingen. Und die Situation im Stuttgarter Klinikum dokumentiert, wie sich die Wirtschaftskrise zeitverzögert in staatliche Kürzungspolitik umsetzt – und dass





diese bei den Beschäftigten Debatten über Möglichkeiten der Gegenwehr auslöst.

»AUSEINANDERSETZUNG AUF EUROPÄISCHER EBENE GEBÜNDELT«

Wolfgang Alles ist IG-Metall-Betriebsrat beim Kraftwerks- und Turbinenhersteller Alstom in Mannheim

Wie hat sich die Krise auf die Lage beim Kraftwerksbauer Alstom ausgewirkt?

Die Zyklen im Kraftwerksbau (Investitionsgüter) verlaufen verschoben zu den Entwicklungen im Konsumgüterbereich. Nach dem letzten Boom in den Jahren 2006 bis 2009 war ein starker Rückgang bei den Bestellungen zu verzeichnen. Die Alstom-Konzernleitung versucht dies seit 2010 auszunutzen, um 4 000 Arbeitsplätze im Kraftwerksbereich zu vernichten – darunter fast 500 Stellen im Mannheimer Werk.

Wie haben Betriebsrat und IG Metall versucht, mit der Situation umzugehen?

Wir haben nicht nur entschiedenen Widerstand angekündigt, sondern mit 6 500 Kolleginnen und Kollegen am 2. November 2010 einen standortübergreifenden, bundesweiten Aktionstag durchgeführt. Das war ein starkes Zeichen, dass wir unser Motto »Résistance – unsere Chance!« ernst meinen. Mittlerweile hat es zusätzliche Proteste und Arbeitsniederlegungen im Verkehrsbereich von Alstom gegeben – in Salzgitter, aber auch in Barcelona und Colleferro.

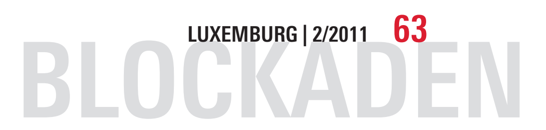
Der Europäische Betriebsrat und der Europäische Metallgewerkschaftsbund, dessen Mitglied die IG Metall ist, haben die Auseinandersetzung mit der Konzernleitung auf europäischer Ebene gebündelt. So konnte bisher weitgehend ein Herunterbrechen der Abbaupläne auf die jeweilige nationale und lokale Ebene verhindert werden. Zudem werden das Vorgehen und die »Begründungen« der Konzernleitung in Frage gestellt und Alternativen insbesondere zu betriebsbedingten Kündigungen gefordert.

Welche Auswirkungen hatte die Krise – und ihre scheinbar schnelle Überwindung – auf das Denken, auf Kampfbereitschaft und Kampffähigkeit der Belegschaft?

Trotz massiver Kurzarbeit im Mannheimer Werk hat die große örtliche Beteiligung von 2 000 Beschäftigten am Aktionstag gezeigt, dass unsere KollegInnen ihren über Jahre gestärkten Kampfgeist nicht verloren haben. Die letzte Betriebsversammlung am 4. April hat das erneut bestätigt.

Zur ökonomischen kommt die ökologische Krise, deren eklatantester Ausdruck die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima ist. Wie wird das unter den Beschäftigten diskutiert?

Fukushima und die Folgen sind derzeit ein Hauptthema. Von der Produktion bis in die Ingenieursbereiche sind KollegInnen erschüttert und empört. Das Mitgefühl mit den Opfern der Katastrophe in Japan ist groß. Das Misstrauen nicht nur gegenüber den offiziellen Informationen zum Super-Gau, sondern auch gegenüber der Atompolitik in Deutschland ist sehr ausgeprägt. Der Aufruf unseres Betriebsrats zur Unterstützung der Anti-Atomproteste nach dem 11. Februar und für einen sofortigen Atomausstieg ist auf positive Resonanz gestoßen. Zudem hat die Diskussion über den notwendigen Umbau der Energiewirtschaft entsprechend der gesellschaftlichen und ökologischen Bedürfnisse an Bedeutung gewonnen.

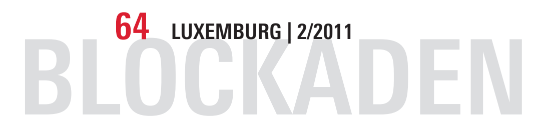




In der Atomindustrie stehen im Falle einer Abkehr von dieser Energiequelle Arbeitsplätze zur Disposition. In anderen Bereichen wie im konventionellen Kraftwerksbau könnte sich das hingegen positiv auswirken. Wie sollten die Gewerkschaften mit dieser Situation umgehen?
Die IG Metall tritt für einen grundlegenden Wandel der Energieerzeugung in Richtung regenerative Energien ein. Meines Erachtens muss diese richtige Perspektive ergänzt werden um die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle dieses bedeutenden Bereichs. Den KollegInnen in der Atomindustrie muss in Verbindung mit dem Ausstieg aus der Nuklearwirtschaft eine verbindliche Arbeitsplatzperspektive und eine soziale Absicherung garantiert werden.
Bei Alstom in Salzgitter, wo Schienenfahrzeuge hergestellt werden, sollen ebenfalls 700 Stellen gestrichen werden. Ist das eine Spätfolge der Krise oder hat das andere Ursachen?
Da die Branche laut Mitteilung des Verbandes der Bahnindustrie in Deutschland zum fünften Mal in Folge gewachsen ist und in 2010 einen Rekordumsatz erzielt hat, kann es nicht um Krisenfolgen gehen, sondern um die von der Konzernleitung geplante kurzfristige Erhöhung der Profite. Langfristig soll das Werk in Salzgitter offenbar zu einem nicht mehr überlebensfähigen Torso zurechtgestutzt werden.
Welche Möglichkeiten haben die Beschäftigten, sich in solch schwierigen Situationen zur Wehr zu setzen? Welche Rolle spielt die Gewerkschaft oder sollte sie spielen?
Sie müssen mit ihrem Betriebsrat und ihrem Vertrauenskörper den Widerstand auf allen Ebenen organisieren – vor allem im eigenen Betrieb und vor Ort. Zudem müssen glaubwürdige Alternativen zu solchen Kahlschlagplänen entwickelt werden, ohne Verzicht auf tarifliche Standards. Der Mannheimer Appell unseres Betriebsrats und unserer IGM-Vertrauenskörperleitung vom Juli 2005 hat meines Erachtens nach wie vor seine Berechtigung. Dort heißt es: »Wir rufen […] alle von Entlassungen oder Werksschließungen bedrohten Belegschaften und unsere Gewerkschaften auf: Koordiniert den Widerstand über alle Grenzen hinweg! Fordern wir gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein: ›Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist […] zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.‹ (Artikel 14 GG.) Kämpfen wir deshalb auch für ein Verbot von Entlassungen! Unterstützen wir aktiv den Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau – ob bei Alstom oder anderswo!«

»MACHTHEBEL EINSETZEN«

Michael Clauss ist IG-Metall-Betriebsrat und Mitherausgeber der Betriebszeitung »Alternative« im Daimler-Werk Untertürkheim
Die Autoindustrie war von der Wirtschaftskrise besonders betroffen. Welche Auswirkungen hatte das auf die Durchsetzungsfähigkeit der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften?
Wir haben die Extreme durchlebt: Erst ein Boom mit Rekordumsätzen, dann ein nie da gewesener Einbruch im ersten Halbjahr 2009, und jetzt läuft die Produktion wieder auf Hochtouren. Zwischenzeitlich hat Daimler 13 000 Arbeitsplätze abgebaut. Das bedeutet natürlich eine Schwächung und vor allem den Verlust einer Zukunftsperspektive für 13 000 Jugendliche in der Region.
Zugleich wird die prekäre Beschäftigung ausgebaut.





Protest auf dem Tahrir-Platz, flickr/rouelshimi



Ja, Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge sind auf dem Vormarsch. Leider hat die Daimler-Gesamtbetriebsratsspitze dem nichts entgegengesetzt, sondern der Ausweitung der Quote für Leiharbeiter zugestimmt: Bis Mai 2010 durften maximal vier Prozent einer Belegschaft Leiharbeiter sein, jetzt sind es acht. Die konzernweite Höchstquote von 2 500 Leiharbeitern wurde ganz aufgehoben, mit der Folge, dass schon mehr als 3 000 dieser Kollegen bei Daimler eingesetzt sind. Und es ist das erklärte Ziel der Firma, noch mehr Leiharbeiter reinzuholen.

Welche Folgen hat das für die Mobilisierungsfähigkeit?

Bislang sind die Daimler-Belegschaften durchsetzungsstark und protestbereit. Diese Kampfkraft muss man aber auch mal einsetzen. Wenn man immer bloß symbolische Aktionen macht und nie ernsthaft in die Auseinandersetzung mit dem Konzern geht, wird das schwächer. Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge – aber auch die Einkommensabsenkung für Neueingestellte im Rahmen der so genannten Zukunftssicherung, die im Jahr 2004 vereinbart wurde – schaffen neue Spaltungslinien innerhalb der Belegschaft. Wir müssen dem Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« wieder Geltung verschaffen. Die bei Daimler eingesetzten Leiharbeiter verdienen zwar deutlich besser als anderswo, von einer wirklichen Gleichstellung mit den Stammbeschäftigten sind sie aber weit entfernt. Deshalb gilt es, Leiharbeit zurückzudrängen und möglichst ganz zu beseitigen statt immer mehr davon zuzulassen.

Wie kann das erreicht werden?

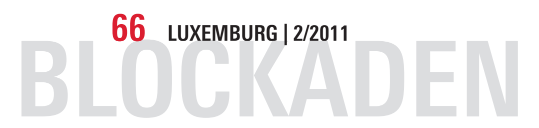
Die Situation ist günstig. Wir produzieren am Anschlag. Das Unternehmen will die Maschinen auch am Wochenende laufen lassen. Vor diesem Hintergrund haben Betriebsrat und Gewerkschaft enorme Machthebel. Würden wir diese einsetzen, könnten wir eine ganze Menge erreichen. Im Untertürkheimer Werk haben wir es vor Kurzem geschafft, das Unternehmen so unter Druck zu setzen, dass es der zusätzlichen Einstellung von 150 Produktionsarbeitern und zehn Ingenieuren, der unbefristeten Weiterbeschäftigung von 87 zuvor befristeten Jungfacharbeitern sowie der Erhöhung der Ausbildungszahlen zugestimmt hat. Das ist ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Aber Vorsicht: Es ist nur ein kleines Zeitfenster, das nicht ewig offen sein wird.

Warum? Der Aufschwung scheint doch weiter zu gehen.

Zum einen gibt es in der ökonomischen Entwicklung viele Unwägbarkeiten, von den Turbulenzen im Euro-Raum bis zur US-Wirtschaft. Vor allem aber machen die Konzerne jetzt ernst mit der Verlagerung »in die Märkte«. Daimler hat in China ein Gelände gekauft, das ist so groß wie das in Sindelfingen. Dort sollen perspektivisch bis zu 500 000 Einheiten produziert werden. Verlagert wird nicht nur die Endmontage, sondern auch ein Großteil der Komponentenfertigung. Für die deutschen Belegschaften wird das einen drastischen Personalabbau bedeuten.

Welche Konsequenz ziehen Sie daraus?

Dass es keinen Sinn macht, zu verzichten. Warum sollten wir dem Unternehmen weitere Zugeständnisse machen, wenn die Arbeitsplätze eh bald weg sind? Wir sollten jetzt so viel für die Belegschaft rausholen, wie es geht. Und wir sollten wieder in Richtung Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich gehen. Damit





würde die weniger werdende Arbeit wenigstens gerecht verteilt und die Zukunftsperspektive der Jugend bliebe erhalten.

»WIR HÄTTEN KÄMPFEN KÖNNEN«

Murat Özcan (Name von der Redaktion geändert) ist einer von 220 Behr-Arbeitern, die im Zuge der Schließung des »Werk 8« in Stuttgart-Feuerbach ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Das »Werk 8« des Autozulieferers Behr wurde im vergangenen Jahr geschlossen. War das eine unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise?

Nein. Die Krise wurde nur dazu benutzt, die von langer Hand vorbereitete Schließung des »Werks 8« umzusetzen. Sonst hätte die Firma davor ihre Investitionszusagen einlösen können, die die Belegschaft mit Verzicht und Fleiß selbst finanziert hatte.

»Keine Entlassungen in der Krise«, war die Parole der IG Metall. Die Gewerkschaft bilanziert ihre Politik während der Rezession als großen Erfolg. Wie sehen Sie das?

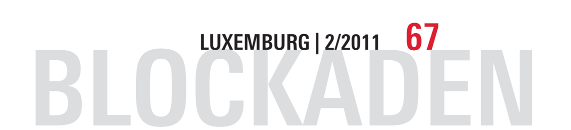
Speziell für unseren Fall können wir das Gegenteil sagen. Statt Widerstand gegen die Schließung dieses traditionsreichen Werks zu organisieren, haben Betriebsrat und IG Metall sich auf einen Sozialplan und die Einrichtung einer so genannten Transfergesellschaft eingelassen. Die Erfahrungen der Kollegen, die in die Transfergesellschaft »Mypegasus« gewechselt sind, sind total negativ. Wenn überhaupt, dann haben höchstens junge Kollegen und Facharbeiter eine Chance, darüber einen neuen Job zu finden. Für die meisten ist die Transfergesellschaft nur ein Transfer in Hartz IV.

Was wäre die Alternative zu Abfindungen und Transfergesellschaft gewesen?

Wir hätten um den Erhalt des Werks und unserer Arbeitsplätze konsequent kämpfen können. Die Bereitschaft der Belegschaft dazu war da. Das haben Aktionstage gezeigt, bei denen wir zwei Mal die Bundesstraße 10 besetzt haben. Leider hat unsere Gewerkschaft, die IG Metall, dieses Potenzial nicht genutzt. Sie hat den Deal mit dem Unternehmen abgeschlossen, ohne auch nur einen Tag Streik organisiert zu haben. Vielleicht hätte die Schließung von »Werk 8« dadurch nicht verhindert werden können. Wir hätten aber zumindest durchsetzen können, allen KollegInnen, die das wollen, einen Wechsel ins Behr-Werk in Mühlacker zu ermöglichen, wohin die Produktion von Stuttgart aus verlagert wurde. Schließlich haben sie in Mühlacker mehr als genug Arbeit. Dort sind seit über einem Jahr 140 Befristete im Einsatz, statt erstmal die Beschäftigten aus »Werk 8« zu übernehmen.

Warum hat die IG Metall nicht mehr gemacht?

Sie hat gesagt, die Werksschließung sei eine »unternehmerische Entscheidung« gewesen, gegen die man nichts tun könne. Wir sehen das anders. Vermutlich steckte dahinter die Hoffnung, mit dem Opfern des Produktionswerks die Restbelegschaft langfristig sichern zu können. Dass diese Haltung falsch ist, zeigen die neueren Entwicklungen bei Behr. Das Unternehmen ist gerade erst vom Kolbenhersteller Mahle übernommen worden und plant schon die Überführung von mehr als 200 IT-Angestellten in eine neue Gesellschaft, in der die Besitzstände nur für ein Jahr gesichert sein sollen. Auch in anderen Bereichen sollen weitere Arbeitsplätze durch Rationalisierung vernichtet werden.



Was bedeutet das Ende von »Werk 8« für die Kampffähigkeit der Stuttgarter IG Metall?
Wir waren eine kleine Belegschaft mit 220 Mitarbeitern. Aber wir waren bei gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen immer an vorderster Front. Immer wenn wir gebraucht wurden, haben wir uns mit anderen Belegschaften solidarisch gezeigt und sind für gemeinsame Ziele eingestanden. So haben wir uns in den 1980er Jahren an den Streiks zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und 1996 an den spontanen Arbeitsniederlegungen gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall beteiligt. Das haben wir aus Überzeugung getan. Die IG Metall hat uns bis zum Schluss als »Kampfbetrieb A« eingestuft. Natürlich ist die Schließung von »Werk 8« nicht das Ende der Kampffähigkeit der IG Metall. Es gibt immer noch die viel größeren Belegschaften von Bosch, Porsche, Daimler und anderen. Aber es ist eine Schwächung.

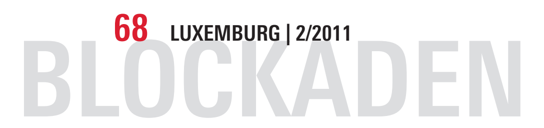
»IN KLINIKEN AN ORGANISATIONSMACHT GEWONNEN«

Volker Mörbe ist Sprecher der ver.di-Vertrauensleute im Klinikum Stuttgart.

In der Krise war vor allem die Situation in der Industrie Thema. Welche Folgen hatte der tiefe Wirtschaftseinbruch im öffentlichen Dienst, speziell in den Krankenhäusern?
Durch die Kampagne »Der Deckel muss weg« im Jahr 2008 – zu deren Höhepunkt 135 000 Krankenhausbeschäftigte in Berlin demonstrierten – konnte die Regierung gezwungen werden, mehr Geld für die Kliniken zur Verfügung zu stellen. Daher gab es zunächst keine Einbrüche, auch die Privatisierung wurde merklich abgebremst. Aber schon für dieses Jahr wurden diese Erfolge durch Schwarz-Gelb wieder kassiert. Sparmaßnahmen bewirken, dass trotz Beitragssatzsteigerungen 2011 die Finanzierung von bundesweit 50 000 Stellen gefährdet ist.

Wie wirkt sich diese Situation auf die Beschäftigten aus?
Es werden immer mehr Leistungen in der Patientenversorgung abverlangt, zugleich sind infolge der Unterfinanzierung etliche Stellen nicht besetzt. Das heißt für die einzelnen Beschäftigten immer mehr Überstunden, Einspringen an freien Tagen, Durcharbeiten ohne Pausen und Patienten nur noch unvollständig versorgen zu können. Viele Krankenpflegeschüler können sich schon während der Ausbildung nicht mehr vorstellen, nach dem Examen im erlernten Beruf zu arbeiten. Diese Situation geht zu Lasten der Gesundheit und des Privatlebens der Beschäftigten, aber auch zu Lasten der Patienten. Die Reaktionen darauf sind sehr unterschiedlich: Viele suchen ihr Heil in individuellen Lösungen, wie Teilzeit, Flucht aus dem Krankenhaus oder in eine Familienpause. Viele erwarten aber auch, dass sich die Situation ändert.

Allgemein gilt, dass die Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in wirtschaftlichen Krisenzeiten geschwächt ist. Gilt das auch für den öffentlichen Dienst, wo nicht direkt Entlassungen drohen?
Inzwischen gibt es auch im öffentlichen Dienst vereinzelt betriebsbedingte Kündigungen. Und da es mittlerweile einen hohen Anteil befristet Beschäftigter gibt, kann man deren Arbeitsverträge einfach auslaufen lassen. Die Hauptprobleme sind aber tatsächlich andere. Die öffentlichen Arbeitgeber wollen zu Gunsten der Privatwirtschaft bei ihren eigenen





Beschäftigten sparen. Dabei nutzen sie aus, dass es in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes lange dauert, größeren ökonomischen Druck aufzubauen. Das lässt Tarifkämpfe für so manche KollegInnen unattraktiv erscheinen. 2006 mussten die Landesbediensteten 14 Wochen streiken, bis wieder eine vollständige Tarifbindung erreicht werden konnte. In vielen Bereichen arbeiten Beamte. Und erst seit neuestem erlaubt die Rechtsprechung für bestimmte Beamtengruppen den Streik. Das muss erst noch entwickelt werden. Zwar war früher der gewerkschaftliche Organisationsgrad im öffentlichen Dienst auch nicht höher – aber die Arbeitgeber haben diese Schwächen nicht so schamlos ausgenutzt wie heute.

In den öffentlichen Haushalten macht sich der Abschwung erst mit Zeitverzögerung bemerkbar. Was bedeutet das für die nahe Zukunft?

Es ist eine politische Entscheidung, ob sich der Staat genug Geld verschafft, um seine Leistungen für den Bürger unter humanen Bedingungen abzusichern. Die Krankenhausbudgets müssen den steigenden Anforderungen und der krankenhausspezifischen Teuerungsrate angepasst werden. Die Investitionskosten, die nach dem Gesetz voll von den Ländern finanziert werden müssen, dürfen nicht wie jetzt meist nur zur Hälfte beglichen werden. So können allein in Baden-Württemberg ca. 5600 Krankenhausstellen nicht besetzt werden, weil die dafür vorgesehenen Mittel zur Mitfinanzierung der Investitionen missbraucht werden. Und die Haushaltskrise der Kommunen sorgt dafür, dass städtische Krankenhausträger die Unterfinanzierung durch Bund und Land nicht mehr ausgleichen können. Das lässt einen weiteren Privatisierungsschub befürchten – mit der Folge, dass dann auch noch Gewinn für Gesellschafter oder Aktionäre erwirtschaftet werden muss.

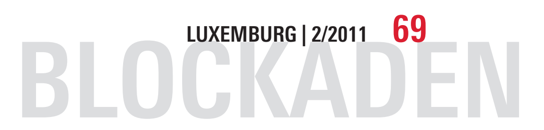
Wie steht es um die Organisationsmacht der Krankenhausbeschäftigten?

Sehr viele Kliniken wurden privatisiert, vor allem in der Zeit vor 2008. Deutschland hat inzwischen eine höhere Quote privater Krankenhäuser als die USA. Andere öffentliche Einrichtungen – zum Beispiel die Unikliniken in Baden-Württemberg – sind aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Deshalb haben sich für viele Krankenhausbeschäftigte die Auseinandersetzungen aus den Tarifrunden des öffentlichen Dienstes auf die Betriebs- oder Konzernebene verschoben. Während es in der Breite des öffentlichen Dienstes Probleme gibt, hat ver.di in den Kliniken teilweise deutlich an Organisationsmacht gewonnen.

Wie will die Gewerkschaft das nutzen?

Es muss schnell etwas passieren. Deshalb hat ver.di alle Krankenhausbeschäftigten – egal ob im öffentlichen Dienst, in privaten oder kirchlichen Häusern, und unabhängig von ihrem beruflichen Status – zu einer breiten Debatte aufgerufen. Fünf Regionalkonferenzen und eine Jugendkonferenz haben dazu bereits stattgefunden. Es geht darum, die Aufwertung der Tätigkeiten und Entlastung der Beschäftigten durchzusetzen. Lassen sich die KollegInnen davon überzeugen, dass sie die Situation nur selbst und gemeinsam verändern können, werden wir nach den Sommerferien in Tarifkonflikte insbesondere zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gehen – falls nötig inklusive Streik.

Alle Gespräche wurden Anfang April 2011 geführt.





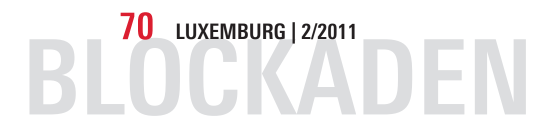
WIE REICHE DENKEN

UELI MÄDER

»Die Schweiz ist eine friedliche, prosperierende und stabile moderne Marktwirtschaft mit tiefer Arbeitslosigkeit, hoch qualifizierten Arbeitskräften und einem der größten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte weltweit.« So stellt das Online-Factbook des us-amerikanischen Geheimdienstes die Schweiz vor (CIA 2010). Und die Weltbank hält die Schweiz sogar für das reichste Land der Welt, wenn der hohe Bildungsstand und die relativ gut erhaltene Umwelt mit berücksichtigt werden. Doch der Reichtum ist einseitig verteilt. Die soziale Ungleichheit bei den privaten Vermögen und bei den verfügbaren Einkommen hat sich in den letzten Jahren verschärft. Wie reflektieren Reiche die Zunahme der sozialen Ungleichheit?[1]

FINANZPLATZ SCHWEIZ

Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügt heute in der Schweiz über mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent (Credit Suisse 2010).[2] Seit den 1980er





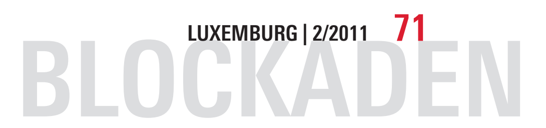
Jahren (und vor allem seit den letzten fünf Jahren) driftet die soziale Ungleichheit in der Schweiz stärker auseinander als in fast allen anderen Ländern der Welt. Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 470 Milliarden im Jahr 2009. (Bilanz, 3.12.2010)[3] Und das trotz Einbußen, die Reiche (nur kurz) durch die Finanzkrise verzeichneten.

In der Schweiz lebt fast jeder zehnte Milliardär oder Milliardärin der Welt. Das sind rund 120 Personen, wenn wir die Superreichen ohne Schweizer Pass ebenfalls berücksichtigen.[4] Die Schweiz hat eine der höchsten Millionärsdichten. Bei 220 000 Personen übersteigt das Reinvermögen eine Million Franken. Und die »Gehaltsmillionäre« haben von 1997 bis 2008 von 510 auf 2 824 Personen (Lampart/Gallusser 2011, 5) zugenommen. Heute (2011) erzielen rund 4 000 Personen ein höheres Jahreseinkommen als eine Million Franken.

Schweizer Banken verwalten über 2 000 Milliarden Franken an privaten Vermögen von Personen, die in der Schweiz wohnen. Hinzu kommt ein noch höherer Betrag von Reichen aus aller Welt. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent und einem verwalteten Vermögen von über 2 100 Milliarden Dollar ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist, einfach gesagt, eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral, zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu fördern. Die Schweizer Banken verfügen schätzungsweise über eine Billion Franken unversteuerte Privatvermögen aus dem Ausland. 200 Milliarden stammen aus Deutschland. Diese Gelder bringen der Branche jährlich Erträge von mindestens fünf Milliarden Franken. Zudem hilft die Börse den Wohlhabenden, ihre professionell verwalteten Vermögen auch dann zu vermehren, wenn andere Verluste erleiden und die Sparbücher der einfachen Leute stagnieren.

Die 300 Reichsten der Schweiz sind durch Erbschaften reich geworden. Zehn Prozent der Erben erhalten drei Viertel der Erbschaften. Und von den gut 40 Milliarden Franken, die im Jahr 2010 vererbt werden, gehen mehr als die Hälfte an (mehrfache) Millionärinnen und Millionäre. Viele von ihnen betrachten diese Geschenke als persönliches Verdienst. Aber da kommt mehr ein oligarchisches Verständnis zum Tragen, denn ein meritokratisches, das auf eigene Leistung baut. Hans Kissling (2008), der ehemalige Zürcher Kantonsstatistiker, kritisiert, wie der »Reichtum ohne Leistung« zu einer »Refeudalisierung der Schweiz« führt.

Mehrere Reiche baten in unserer Befragung, dass ich ihnen als Soziologe erklären möge, weshalb eine Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, auf eine Erbschaftssteuer zu verzichten, die dem Staat und den Gemeinwesen erhebliche Einkünfte bescheren könnte. Zudem gibt es auch Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine nationale Erbschaftssteuer befürworten, beispielsweise Dagobert Kuster, der ehemalige Direktor der Basler Volksbank. Er befürchtet, dass die hohen unversteuerten Erbschaften an mehrfache Millionärinnen und Millionäre die Jugendlichen in ihrer Leistungsbereitschaft demotiviert.



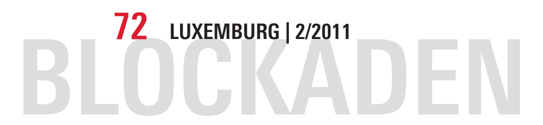
IM KONTEXT DER KRISE

»Ich wäre bisweilen richtig glücklich, wenn wir uns bei allem eidgenössischen Gejammer daran erinnerten, dass es uns richtig gut geht.« So äußerte sich Franz C. Widmer, der ehemalige Chefredakteur der Basellandschaftlichen Zeitung im Rahmen unserer Studie *Wie Reiche denken und lenken* (Mäder u.a. 2010, 387). Wir wollten von ihm wissen, was sich im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Schweiz verändert. Der ebenfalls interviewte Basler Anwalt Andreas C. Albrecht, Präsident des Bankrates, stellte »bei vielen Bankern fast eine neue Bescheidenheit« fest (ebd.). Die Wirtschaftskrise hat nach seiner Beobachtung in der Schweizer Wirtschaft dazu geführt, »dass die vielen Führungspersonen, die schon vorher eine mehr oder weniger ausgeprägte soziale Verantwortung wahrgenommen haben, sich in dieser Haltung bestärkt sehen und diese mit mehr Selbstbewusstsein vertreten«. Ob die Finanz- und Wirtschaftskrise die Sinnfrage und die Idee der sozialen Verträglichkeit des Eigentums in den Vordergrund rückt, bezweifeln viele befragte Reiche.

Zuversichtlich äußerte sich auch Roger de Weck (2009), der neue Radio- und Fernsehdirektor.[5] Die Finanzkrise zeige, wie wichtig neue Anstöße zu einer ökosozialen Ordnung seien. Der Kapitalismus benötige einen sozialen Rahmen, der das Diktat der kurzfristigen Kapitalverwertung durchbreche. Als konkrete Lehre aus der Finanzkrise schlug der in Deutschland lebende Milliardär Götz Werner vor, fortan alle Aktionäre und Verwaltungsräte mit ihrem eigenen Kapital haften zu lassen. Dann müssten sie die Sorgfaltspflicht und Kontrolle auch ernster nehmen. (Mäder u.a. 2010, 388) Die einflussreiche Wirtschaft benötige jedenfalls ein politisches Korrektiv, beteuerte der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf, der im Juni 2009 verstorben ist (ebd. 82;90). Ohne verbindliche Vereinbarungen kämen autoritäre Strömungen auf, die das wirtschaftliche Ungleichgewicht und die soziale Verunsicherung gefährlich ausnützen könnten. Wenn sich die soziale Schere weiter öffne, dann breche der gesellschaftliche Zusammenhalt auf.

Weitere Reiche begründeten ihre politisch liberale Haltung und ihr Eintreten für eine soziale Marktwirtschaft mit »humanitären und philosophischen Erwägungen«. Schließlich müssten wir alle einmal sterben, lautete eine »ganz persönliche Kritik an der Raffgesellschaft«. Das Bewusstsein der eigenen Endlichkeit relativiere nämlich die Bedeutung des Reichtums. »Denn nackt bin ich zur Welt gekommen und nackt gehe ich«, sagte der im Jahr 2010 verstorbene Zürcher Mäzen Branco Weiss immer wieder. Und Christine Cerletti-Sarasin, die auch den Bau des Basler Schauspielhauses finanzierte, erzählte: »Mir wurde am Totenbett von meinem Vater sehr klar: Am Schluss hat man nur noch den Körper, und auch den gibt man dann her. Das Geld nützt dann überhaupt nichts. Ich will nur sagen: Man sollte die Leute wieder zurück auf die Schiene des Wesentlichen bringen, damit sie wissen, was wirklich zählt im Leben.« (ebd., 266)

Ja, was ist eigentlich wichtig im Leben? Geht es primär darum, dass sich alles immer schneller dreht und wir permanent und Angst besetzt die Effizienz optimieren und private





Vermögen vermehren? Solche Fragen stellen sich gewiss etliche Reiche. Und sie tun dies durchaus im Bewusstsein, dass »das liebe Geld kein gutes Leben ersetzt«. Etliche wollen auch »der sozialen Marktwirtschaft zu einem Comeback verhelfen«. Das ist gewiss bemerkenswert. Aber wie tragfähig und wirkungsvoll ist die oft betonte politisch liberale Kritik am angelsächsischen Marktliberalismus?

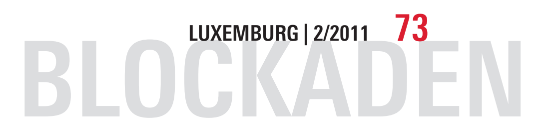
WOHLTÄTIGES IMPERIUM?

Bei den Finanzgeschäften ist die kleine Schweiz ein Imperium. Sie nimmt bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Schweizer Investoren spielen auch auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine zentrale Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz.

»Europa giert nach Schweizer Geld«, schreibt *Die Weltwoche* vom 8. Oktober 2010. 100 Milliarden Franken investiert die Schweizer Nationalbank beispielsweise in die Stabilität des Euro. Mit 690 Millionen Franken beteiligt sich der Bund auch am Rettungspaket des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Griechenland. 500 Millionen Franken gehen über das »Bundesgesetz Ost« für neues Rollmaterial nach Polen. Für die Entwicklungshilfe will die Schweiz aber keine 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zahlen. Die Schweiz liegt mit ihrem Anteil von 0,45 Prozent weit hinter dem zurück, was die Vereinten Nationen längst fordern. Die Finanzkommission des Nationalrates lehnte im Jahr 2010 sogar eine Erhöhung der Quote auf 0,5 Prozent ab. Soviel schlug die ständerätliche Schwesterkommission für die Periode bis 2015 vor.

Als Entwicklungshilfe gewährt die Schweiz gerne Mischkredite. Diese Kredite sind an die Auflage geknüpft, mit dem Schweizer Geld hauptsächlich Schweizer Maschinen und Schweizer Unternehmen zu berücksichtigen. So bleibt ein Teil des Geldes gleich von Anfang an in der Schweiz und ein weiterer Teil fließt über Umwege in die Schweiz zurück. Das ist auch bei jenen Krediten der Fall, die in Entwicklungsregionen nicht für produktive Anlagen, sondern für prestigeträchtige Luxusgüter verwendet werden oder als Fluchtgelder wieder zu den Schweizer Banken gelangen. Die Schweiz ist also weit vom UNO-Ziel entfernt, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe aufzubringen. Um den Rückstand aufzuholen, wird inländische Hilfe für Flüchtlinge als Entwicklungshilfe verbucht. Dazu zählen Aufwendungen, die in Abschiebegefängnissen anfallen.

Stolz ist die Schweiz auf ihre Wohltätigkeit im eigenen Land. In der Schweiz existieren 12 000 gemeinnützige Stiftungen. Diese verwalten rund 50 bis 80 Milliarden Franken. Das sind pro Kopf mehr Gelder als in der Stiftungshochburg USA. Private Spenden liegen im Trend. Reiche tun sich hier besonders hervor. Die private Wohltätigkeit folgt aber nicht nur dem Herzen. Sie dient auch dem Prestige. Das alte, verschwiegene Mäzenatentum weicht teilweise dem publikumswirksamen Geben. Wohltätigkeit sucht zunehmend das Scheinwerferlicht.





Private Spenden betonen den eigenen Status und verstärken den persönlichen Einfluss. Wichtiger als das individuelle Mäzenatentum ist allerdings der strukturelle soziale Ausgleich. Wenn die öffentliche Hand die Kapitalgewinne besteuert, hat sie mehr Mittel für die soziale Sicherheit. Die Stiftungen und Spenden können den Sozialstaat gewiss ergänzen, aber nicht ersetzen. Sie ermöglichen es Reichen teilweise auch, Geld am Fiskus vorbeizuführen und nach eigenem Belieben einzusetzen.

POLITISCHE STABILITÄT

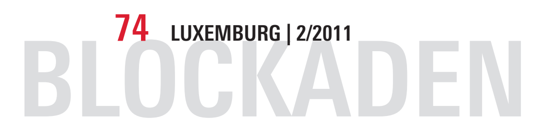
Historisch geht der Reichtum der Schweiz auch auf den geringen Zentralismus und auf einen Feudaladel zurück, der eher niedrige Abgaben verlangte. So floss Geld in die frühe Industrialisierung. Uhren- und Textilproduktion und das Bankenwesen wurden protegiert – mit der liberalen Handelspolitik, die sie heute von armen Ländern fordert, wäre sie kaum so reich geworden. Hohe Einkünfte erzielte die Schweiz jeweils auch, wenn andere Krieg führten und ihr Geld in Sicherheit bringen wollten. So machten sich die guten Dienste, die politische Stabilität und die Neutralität reichlich bezahlt. Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz auch breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Soziale Unterschiede nahmen ab. Der politische Liberalismus betrachtete Arbeit und Kapital als gleichwertig. Mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz setzte sich in den 1980er Jahren vermehrt der angelsächsische Neo-Liberalismus durch. Er zielt vor allem darauf ab, das Kapital zu vermehren und die Rationalisierung der Produktion zu forcieren. Da es mit der Verteilung hapert, nimmt seither in der Schweiz auch die Erwerbslosigkeit zu. Und die verfügbaren Einkommen sinken in den unteren Lohnkategorien. Das fordert das System der sozialen Sicherheit heraus, das sich jedoch einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert und neue Problemlagen ignoriert.

Nach offiziellen Angaben gibt es in der Schweiz derzeit weniger als 200 000 erwerbstätige Arme. Zu diesen *working poor* gehört, wer mindestens zu 90 Prozent erwerbstätig ist und weniger Lohn erhält, als das Existenzminimum ausmacht. Wenn Kinder und weitere Familienangehörige in Haushalten berücksichtigt werden, sind es mehr als doppelt so viele Betroffene. Nimmt man alleinerziehende Mütter hinzu, die wegen ihrer Betreuungspflichten weniger als 90 Prozent Lohnarbeit verrichten, machen die *working poor* fast eine halbe Million aus. Die Schweiz verharmlost diese Armut und definiert sie teilweise einfach weg.

RESIGNATION UND EMPÖRUNG

Das öffentliche Verschweigen von Armut kann Betroffene dazu verleiten, den Anschein zu erwecken, alles sei in bester Ordnung, auch wenn ein hoher Leidensdruck vorhanden ist (vgl. Mäder u.a. 1991). Eine allein erziehende Verkäuferin sagte mir, sie hätte halt in der Schule besser aufpassen müssen, dann würde sie auch mehr verdienen. Etliche Armutsbetroffene ziehen sich resigniert zurück, oder sie flüchten nach vorn und strengen sich enorm an, ohne dabei Erfolg zu haben.

Nach unseren Studien verändern sich allerdings die Bewältigungsstrategien im





Kontext der größeren Transparenz über die soziale Ungleichheit. Resignation verkehrt sich vermehrt in Empörung. Wenn Eltern erleben, dass ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere »absahnen«, reagieren sie empört. Die Wut kann sich allerdings unterschiedlich auswirken und beispielsweise die Bereitschaft fördern, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie kann aber auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnung anstreben.

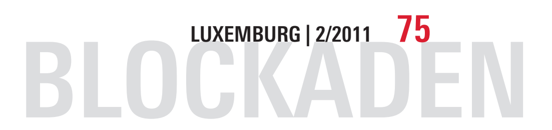
Ebenfalls empört sind in der Schweiz Teile der Mittelschicht. Sie halten sich am meisten an das Credo: Sei mobil und flexibel. Aus guten Gründen: Die meisten konnten beim Stellenwechsel ihr Haushaltsbudget verbessern. Seit mehreren Jahren häufen sich allerdings die Abstiege bei den beruflich Mobilen. Da erfahren teilweise auch gut qualifizierte Berufsleute, kaum mehr gefragt zu sein. Das bringt Enttäuschung mit sich und erhöht bei Betroffenen die widersinnige Bereitschaft, sich an Mächtigen zu orientieren und von populistischen Kräften vereinnahmen zu lassen, die soziale Verhältnisse simplifizieren und pauschalisieren, statt differenzieren. Damit verschärft sich die politische Brisanz.

MACHT ERHALTEN

Wie sich wirtschaftliche Macht in der politischen Schweiz manifestiert, symbolisiert der Wechsel im Schweizer Bundesrat vom November 2010. Der zurückgetretene Finanzminister vertrat vornehmlich die Geldinstitute in der Politik. Er wollte beispielsweise Hedgefonds mit einer Steuersenkung von 50 auf 18 Prozent in die Schweiz locken. Als ehemaliger Mitarbeiter einer Großbank holte er auch einen früheren Arbeitskollegen in die eidgenössische Finanzmarktaufsicht. Dieser setzte sich dafür ein, weitere Ehemalige der Großbank, die Misswirtschaft betrieben, vor dem Recht zu schützen. Neuer Bundesrat ist nun wiederum ein Mann der Wirtschaft. Er gehört zu den 300 Reichsten der Schweiz. Vor knapp 30 Jahren begann seine Karriere im Unternehmen der Familie seiner Frau. Ab 1999 engagierte er sich auch, inzwischen mit vielen Verwaltungsratssitzen ausgestattet, im Nationalrat. Inhaltlich setzte er sich unter anderem für einen staatlich verbürgten Garantiefonds für Industriekredite ein. Zudem präsidierte er den einflussreichen Industrieverband Swissmen. Für wirtschaftliche Interessen setzt sich im Parlament seit dem Frühjahr 2010 auch ein neuer Nationalrat ein. Er sitzt in 39 Verwaltungsräten und übertrifft damit einen freisinnigen Ständerat und einen freisinnigen Nationalrat, die beide je 18 Verwaltungsratsmandate vertreten.

Um die ideologische Hegemonie in der Gesellschaft kümmert sich unterdessen »Avenir Suisse«, die Denkfabrik von Schweizer Großunternehmen. Sie fördert gerade im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise die Kohäsion der Elite, die durch innere Widersprüche und die »Macht der Manager« etwas aufzubrechen scheint. Obwohl das Spitzenmanagement großer Konzerne eigentlich aus Angestellten besteht, fungieren diese oft als Besitzende. Sie verfügen über einen beträchtlichen Anteil an Aktien des Unternehmens oder kassieren hohe Boni und Dividenden.

So gehört das Management nicht selten zu den Superreichen. Gemeinsam schätzen





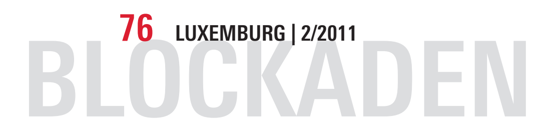
sie den gehobenen Lebensstil. Sie sitzen in den gleichen Verbänden, politischen Gremien und Klubs zusammen. Und sie haben oft die gleichen Bildungsstätten besucht. Gewiss hat die Dominanz von großen Firmen zu unpersönlichen Besitzverhältnissen geführt und einzelnen Managerinnen und vielen Managern einen Machtgewinn gewährt. Das dokumentieren auch häufige Auftritte in den Medien. Eine eigentliche Wachablösung der Vermögenden durch eine eigene Klasse der Manager lässt sich jedoch kaum nachweisen. Die berechtigte Kritik über hohe Boni vernachlässigt die Eigentümer. Denn diese verfügen nach wie vor über das große Geld, das zunehmend auch in Medien treibt, die für eine ausgewogene Meinungsbildung so wichtig wären. Dass sich mehr Macht beim Kapital als beim Management konzentriert, ist relevant.

PERSPEKTIVEN

Mit der Öffnung und Deregulierung der Märkte konzentrierte die Wirtschaft in den letzten 20 Jahren ihren Einfluss. Die Politik, die zumindest ein kritisches Korrektiv zur Wirtschaft sein sollte, ließ sich stark instrumentalisieren und verlor an Gewicht. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise versucht sie, wieder etwas eigenständiger zu agieren. In der Regel geschieht dies mit erheblichen Vorbehalten gegenüber sozialstaatlichen Regulativen und ohne die Systemfrage zu stellen. Damit besteht die Gefahr, Probleme mit ähnlichen Mitteln lösen zu wollen, die diese verursacht haben. Weiterführende Strategien wollen die soziale Ungleichheit konsequent angehen und egalitäre Prozesse strukturell festigen.

Die Gewerkschaft Unia hat im Januar 2011 eine politische Initiative lanciert, die einen garantierten Mindestlohn verlangt. »4 000 Franken im Monat sind kein Luxus, sondern ein Grundrecht und Voraussetzung für ein Leben in Würde«, heißt es im Begleittext. Weitere Vorschläge zielen darauf ab, die soziale Sicherheit über Ergänzungsleisten für alle Haushalte (oder zumindest für jene mit Kindern) auszuweiten. Dazu ist in der Schweiz genug Geld vorhanden. Trotzdem gibt die reiche Schweiz, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, seit dem Jahr 2005 weniger Geld für die soziale Sicherheit aus.

Im Jahr 2008 sind die Einnahmen der Sozialversicherungen mit 3,4 Prozent wiederum stärker gestiegen als die Ausgaben (2,7 Prozent) von insgesamt 124 Milliarden Franken (2008). Und die Sozialleistungsquote ist von 22,3 (2005) auf 20,5 Prozent (2008) gesunken. Das weist die Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010 (BSV 2010) deutlich aus. Fazit: Erstens finanziert sich die soziale Sicherheit selbst. Und zweitens sind die Anteile der Ausgaben am Bruttosozialprodukt rückläufig. Dieser Befund mag erstaunen; denn populistische Debatten erwecken immer wieder den trügerischen Anschein, die soziale Sicherheit ließe sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen ebenfalls, wie sich die Renten über Konsumausgaben rentieren und viel Arbeit schaffen. Aber die sozialen Leistungen wären auch sonst wichtig und finanzierbar, etwa über die privaten Vermögen der 300 Reichsten; sie haben in zwanzig Jahren um rund 600 Prozent zugenommen und entsprechen etwa drei Vierteln des gesamten Bruttoinlandsproduktes. Um solche Reformen





zu verwirklichen, sind deshalb vor allem politischer Wille und soziales Engagement gefragt. Zu mehr Mut regt ein Graffiti an einer Berner Mauer an: »Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.«

Die Jungsozialisten (JUSO) schlagen derzeit eine moderate, aber doch mutige Reform vor, die bürgerliche Parteien und Medien als »völlig utopisch« hinstellen. Sie wollen mit ihrer eingereichten Volksinitiative die oberen Löhne auf das Zwölffache der unteren begrenzen. Das ist gewiss ein Ansatz, zumal die Spitzensaläre viele entmutigen, die hart arbeiten und auf keinen grünen Zweig kommen. Das einseitig konzentrierte private Kapital garantiert auch den weitreichenden Einfluss von Wohlhabenden. Es unterläuft somit die Demokratie. Daher könnten auch liberale Reiche im Sinne einer maßvollen Selbstbegrenzung diesen pragmatisch reformerischen Ansatz unterstützen, der ein wenig Gegensteuer geben will und verlangt, dass mehr Geld dorthin fließt, wo es heute fehlt. Das würde auch dem sozialen Frieden dienen, den viele Reiche propagieren und mit wohltätigen Stiftungen auch deshalb unterstützen, um ihre eigene Macht zu legitimieren.

Ein wichtiges Mittel der Umverteilung ist eine progressive Besteuerung privater Vermögen – wir können uns diesen extrem ungleich angeeigneten Reichtum nicht mehr leisten. Der Reichtum sollte allen zu Gute kommen. Die soziale Kluft verursacht viel Leid und treibt die Gesellschaft auseinander. Die Reichen haben ihn nicht selbst erwirtschaftet. Andere haben viel dazu beigetragen. Diese einfache Einsicht ist wichtig, aber von beschränkter Reichweite. Weiterführend sind konkrete Umverteilungen und ein politisches Engagement, das vor den Pforten der Wirtschaft nicht Halt macht und die Prozesse demokratischer Teilhabe in allen Bereichen radikal ausweitet.

LITERATUR

Bundesamt für Sozialversicherungen der Schweiz, 2010: Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010, Bern

Credit Suisse, 2010: Global Wealth Databook, Zürich

De Weck, Roger, 2009: Nach der Krise. Gibt es einen anderen Kapitalismus? Zürich

Kissling, Hans, 2008: Reichtum ohne Leistung. Die Feudalisierung der Schweiz, Zürich

Kutzner, Stefan, Ueli Mäder und Carlo Knöpfel, 2004: Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe, Zürich

Kutzner, Stefan u.a., 2009: Sozialhilfe in der Schweiz, Zürich

Lampart, Daniel, und David Gallusser, 2011: SGB-Verteilungsbericht, Dossier Nr. 77, Bern: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Mäder, Ueli, Gangs J. Aratnam und Sarah Schilliger, 2010: Wie Reiche denken und lenken, Zürich

Mäder, Ueli, u.a., 1991: Armut in Basel-Stadt, Social Strategies, Basel

Paucker, Julie, und Peer Teuwsen, 2011: Wohin treibt die Schweiz? Zehn Ideen für eine bessere Zukunft, Zürich

1 Konkrete Hinweise gehen auf unsere Studie »Wie Reiche denken und lenken« (Mäder u.a. 2010) zurück. Wir wählten historische, statistische, ethnographische, medienzentrierte und biographische Zugänge und interviewten hundert reiche und einflussreiche Personen sowie Fachleute.

2 Ein Prozent der Bevölkerung besitzt 58,9 Prozent des Reichtums (Credit Suisse 2010, 120). 1997 besaßen 4,3 Prozent der Steuerpflichtigen die Hälfte aller Vermögen; 2007 waren es 2,2 Prozent (Lampart/Gallusser 2011, 25).

3 Ein Euro entspricht rund 1,3 Schweizer Franken.

4 Die Forbes-Liste vom 3. Oktober 2010 weist eine geringere Anzahl aus als das Wirtschaftsmagazin »Die Bilanz« vom 3. Dezember 2010, das auch die ausländischen Reichen (aus Deutschland u.a.) einbezieht, die in der Schweiz wohnen; so zum Beispiel Otto Beisheim. Eine neue Dynamik dürfte sich durch die starke Zunahme der Milliardäre und Milliardärinnen in China sowie durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben.

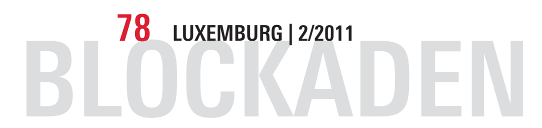
5 In einem gemeinsamen Podiumsgespräch vom 19. Januar 2010 im Basler Literaturhaus (Mäder u.a. 2010, 82; 90).



FREEFIGHT – KÄMPFE OHNE REGELN

NILS BARATELLA

Glaubt man den Boulevard-Medien, sind die Gladiatoren-Kämpfe in all ihrer Brutalität zurückgekehrt. In den Hallen werden Käfige aufgestellt, in denen muskulöse Sportler versuchen, ihre Gegner mit (nahezu) allen Mitteln körperlicher Gewalt in die Bewusstlosigkeit oder Bewegungsunfähigkeit zu befördern. Dabei scheint alles erlaubt zu sein, und je brutaler der Kampf, desto größer der Jubel im stetig wachsenden Publikum. Diverse Städte haben diese Kämpfe schon verboten und Eurosport hat sie mittlerweile aus dem Programm genommen. Die Rede ist vom Free-Fight, der neuesten (und zugleich vielleicht ältesten) Variante des Kampfsports, bei der es zugeht wie beim Wrestling, nur real, ohne große Showeffekte. Der größte Veranstalter dieser Kämpfe ist die US-amerikanische Organisation UFC (Ultimate Fighting Championship), die die Kämpfe weltweit vermarktet und ein eigenes Regelwerk hervorgebracht hat. Diese Sportveranstaltungen gelten als der Inbegriff der zunehmenden Brutalisierung der Sportwelt.



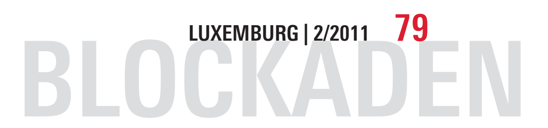


Meine These ist, dass Free-Fight eine Entsprechung in Gegenwartsphänomenen hat, die als Zeitgeist des Neoliberalismus bezeichnet werden können. Kampfsportarten sind besonders zeigekräftige, popular-kulturelle Phänomene, da Gesellschaften in ihnen ihr Verhältnis zu zwischenmenschlicher, körperlicher Gewalt verhandeln. In den Konflikten um Kampfsport wird sichtbar, wie die Grenzen öffentlich zugelassener, körperlicher Gewalt, in den reglementierten Formen des Sports, verhandelt werden. Popularität von Kampfsport und die Begründungen staatlicher Einschränkungen stehen sich hier häufig gegenüber – doch gerade in diesem Gegensatz zeigt eine Gesellschaft ihr ambivalentes Verhältnis zu Gewalt. Die spezifischen Ausprägungsformen können historisch und kulturell höchst unterschiedlich sein; gemeinsam ist ihnen, dass sie meist überdeckte Tiefenstrukturen in ihrer Widersprüchlichkeit auf sinnlich-körperliche Weise zur Aufführung zu bringen.

Sport stellt ein zentrales, allgegenwärtiges Kulturphänomen dar. In seiner vorgeblichen Einfachheit zeigt Sport wie unter einem Brennglas die Bezüge der Menschen in ihren jeweiligen Gesellschaften zu sich als körperlichem Wesen, zum Anderen als ebenso körperlichen Wesen und zu Werten, Normen und Mythen des Umgangs miteinander. Im Sport geht es immer um Grenzen: die Grenzen der eigenen Leistungskraft und der natürlichen Bedingungen, der Technik, die Grenzen des Erreichbaren, der begrenzte Spielraum und die Grenzen des Zulässigen bei der Durchsetzung einer Mannschaft oder eines Einzelnen. In ihm werden Grenzen erweitert, wie auch gesetzt. Sport hat gleichzeitig eine normierende, wie auch eine partiell befreiende (oder zumindest entlastende) Funktion. Der Sport bildet einen Sozialraum, dessen interindividueller Verkehr nicht von ökonomischen Interessen geregelt ist; wir probieren Sozialverhalten aus und studieren es ein. Sport bietet die Möglichkeit, ausschließlich mittels des Körpers Erfolge wie Enttäuschungen zu erleben. Kurz, Sport bildet und vermittelt einen eigenen Ethos, ein eigenes Werte- und Normen-Modell, das hier spielerisch erfahren und erlernt werden kann. Er darf somit nicht ausschließlich als Zugriffsort von Macht auf die Subjektivität der Individuen verstanden werden, sondern auch als ein Ort freiwilliger und spielerischer Vergesellschaftung.

Sport wird zum Raum, in »dem Leidenschaften, die im modernen Erwerbsleben keinen Platz haben, in sozial lizenzierter Form erzeugt, kanalisiert und ›ausgelebt‹ werden (dürfen). [...] Emotionen werden [auf Sportveranstaltungen] hervorgerufen, verstärkt und synchronisiert. Die Routinen und Konventionen des Alltags, Sitte und Anstand können hier zeitweilig außer Kraft gesetzt werden. Vorhandene Emotionsregeln werden umdefiniert [...] – der institutionell begrenzte Exzess als Intensivierung eines ›verflachten‹ Lebens.« (Alkemeyer 2003, 16)

Auch wenn das moderne Erwerbsleben davon geprägt ist, Leidenschaften und »sportlichen« Einsatz der Einzelnen zu fordern, bleiben sie dem Druck der Effektivität unterworfen. Sportliches Engagement ist »Selbstzweck« und erzeugt so ein Gefühl vermeintlicher Authentizität. Praktiken des Sports haben so über ihren Gegenstand hinausreichende Relevanz für Subjektivierung,







die sich in die Körper einschreibt und sich in Praktiken äußert. Ein Hinweis sind die Begriffe »*Kampf*«, »*Gerechtigkeit*« und »*Arbeit an sich selbst*«. Gerade in Zeiten der Propagierung von Teamarbeit und Durchsetzungsbereitschaft, von Kommunikationsfähigkeit und Flexibilität, wird ein in Sport und Spiel trainiertes Wissen und die Fähigkeit, Strategien am Handeln der Anderen anzupassen und zu verändern von Bedeutung – ebenso wie die Fähigkeit, Konflikte auf eine angemessene Art zu führen und Enttäuschungen zu ertragen. Der Umgang mit der eigenen Niederlage, alles geben und doch scheitern, Schmerzen und Demütigungen erleben und doch an den Regeln des Spiels festhalten, dies sind die utopischen Momente des Sports. Im Sport kann gleichzeitig für das Bestehen in einer als feindlich empfundenen Welt und Gesellschaft trainiert, wie sich von ihr erholt werden.

In Kampfsportarten ist die Thematisierung von Gewalt offenkundig. Immer wenn spektakuläre Gewalttaten Jugendlicher medial thematisiert werden, sind Sozialarbeiter nicht weit, die Kampfsportprojekte anbieten, in denen es darum gehen soll, Aggressionen auszuleben und gleichzeitig Fairness und Respekt vor dem Gegner zu lernen. Aber Kampfsport hat nicht nur die Funktion der Disziplinierung seiner Anhänger. Auch in seiner öffentlichen Wahrnehmung werden gesellschaftlich relevante Fragen der Gewalt und der mit ihr verbundenen Normen verhandelt. Clifford Geertz zeigte dies anhand der relativ friedfertigen balinesischen



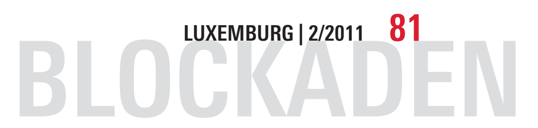




Beide Fotos: Mexico City, © Anne Steckner

Gesellschaft, in der regelmäßig Hahnenkämpfe aufgeführt werden: »Das Gemetzel im Hahnenkampfring ist kein Abbild dessen, wie sich die Menschen tatsächlich zueinander verhalten, sondern (was beinahe schlimmer ist) davon, wie sie ihr Verhalten unter einem gewissen Blickwinkel wahrnehmen.«[1] In den modernen westlichen Gesellschaften käme diese Rolle wohl eher den Kampfsportarten zu.

Im klassischen Boxen wird Gewalt in einer ästhetisierten Form zugelassen: durch Regeln, die von den Kontrahenten inkorporiert werden müssen und von einer dritten Instanz, dem Ringrichter, gewährleistet werden. Es ist kein Zufall, dass das Regelwerk des Boxens zeitgleich mit dem Anbeginn der Aufklärung erfunden wurde; es entsteht als Alternativ-Modell zu den meist tödlich verlaufenden Duellen mit Waffen. Die körperliche Unversehrtheit und die Gewährleistung gleicher Voraussetzungen im Wettstreit gewannen mit der Durchsetzung (der englischen Form) des Kapitalismus an Bedeutung. Boxen kann als spielerischer Versuch gelesen werden, den Wert der Gleichheit in den Kämpfen zwischen Menschen zu etablieren, bevor dieser Wert in Institutionen Eingang fand. In der Phase seiner höchsten Popularität (in den 1920er bis zu den 1990er Jahren) ist das Boxen (in all den Veränderungen, die es in dieser Zeit durchgemacht hat) geprägt von der Idee des Hocharbeitens (dies endet zwischenzeitlich mit der Karriere Mike Tysons, kehrt in den selbstunternehmerischen »Gentleman«-





Boxern wie Henry Maske oder den Klitschkos der 1990er Jahre wieder). Boxer trainieren die immergleichen Bewegungsabläufe, um sie irgendwann wie automatisch zu beherrschen und die dem Boxen eigene körperliche Ästhetik zu realisieren. Der Apparat der boxerischen Techniken ist nicht allzu umfangreich (es sind nur acht Schlagtechniken). Kurz, das Boxen entspricht einem fordistischen Prinzip: Füge Dich ein in die Maschinerie und halte Dich an die Regeln und Du kannst es durch genügend Einsatz schaffen!

Heute verliert das Boxen an Popularität. Zu undurchdringlich wirkt das Netz der verschiedenen Verbände. Sich hier durchzusetzen, scheint nicht mehr nur eine Frage der körperlichen Leistungskraft zu sein, sondern eine der Selbstvermarktungsstrategien. Das Boxen bietet so nicht mehr das, was es in der Vergangenheit attraktiv zu machen schien für die ›hungrigen, jungen Männer‹: wirtschaftlichen Erfolg durch (eigene) Anstrengung.

Dennoch scheint die Illusion nicht an ihr Ende gelangt zu sein. In den USA, dem Mutterland der kulturindustriellen Vermarktung großer Sportereignisse, aber auch in England, dem *home of sports*, sind die UFC- (Ultimate Fighting Championship) oder Free-Fight-Kampfsportarten dabei, dem traditionellen »klassischen« Boxen den Rang abzulaufen. Die Einschaltquoten von UFC-Kämpfen übertreffen die der Boxkämpfe mittlerweile bei weitem. UFC ist in den 1990er und 2000er Jahren relevant geworden – als die »neoliberale Utopie« auf dem Höhepunkt war. Pierre Bourdieu charakterisierte die Durchsetzung eines »reinen und vollkommenen Marktes« (Bourdieu 1998, 110), einer ökonomischen und gesellschaftlichen Situation also, die v.a. von der Auflösung kollektiver Strukturen gekennzeichnet war.[2] Konkurrenzkämpfe charakterisieren die Alltagserfahrungen der zunehmend Vereinzelten. Die Bedrohung durch Arbeits- und Prestige-Verlust ist allgegenwärtig, und es wächst der Zwang, alle Ressourcen der Selbstsorge am ökonomischen Selbstverkaufswert auszurichten. Die traditionellen Sportarten verändern sich: Im Fußball wird es für den Spieler wichtiger, sich in jeder Saison in eine neue Mannschaft einfinden zu können, und Sportler im Allgemeinen müssen zu »Unternehmern ihrer selbst« werden (inkl. Werbeverträgen und Marketingstrategien). Der Breitensport wird zum Trainingsport für die Steigerung des eigenen Marktwerts auf dem umkämpften Praktikums- und Bewerbungsmarkt. Die Körper werden zwar von physischer Arbeit entlastet, psychischer und sozialer Druck nehmen jedoch gewaltig zu. Der Körper wird zum sozialen Kampf-Feld, auf dem das neoliberale Gesellschaftsspiel des »Aussiebens« immer härter ausgetragen wird. Der »Kult des winner [... setzt] den Kampf eines jeden gegen jeden ins Recht [...] und den normativen Zynismus all seiner Praktiken« (ebd., 116).

Im Kampfsport halten die brutalen und zugleich hoch-technischen Stile der *Mixed Martial Arts* (MMA) Einzug. Die Wettkämpfe des MMA haben nur ein minimales Regelwerk, sie passen als Kampfsport-Aufführungen in den »neoliberalen Zeitgeist«. Die Kämpfe sind nicht völlig regellos (Schläge in die Genitalien, von oben auf den Kopf und weiteres ist verboten), aber es wird versucht, den Eingriff des Regelwerks in das Kampfgeschehen möglichst gering zu halten, um die Auseinandersetzung



einer Schlägerei so originalgetreu wie möglich nachempfinden zu können. Die Kämpfe beinhalten eine Vielzahl von Schlag-, Tritt-, Griff- und Wurftechniken, die traditionellen Kampfsportarten entliehen, variiert und mit ihnen verbunden werden. Die Athleten des MMA (momentan sind es noch überproportional viele Männer, doch auch hier drängen Frauen nach) sind flexibel: Sie müssen eine Vielzahl an verschiedenen Techniken beherrschen und schnell – und v.a. effektiv – einzusetzen wissen. Es genügt nicht, eine Sportart zu beherrschen, sondern aus einer Vielzahl von Kampfsportsystemen müssen die effektivsten Techniken destilliert werden. Es gibt kein eingeschränktes Bewegungsrepertoire: *Anything goes*, solange es zum Ziel führt.

Im Boxen wurde das *grappling* (die Techniken des Werfens und Würgens) abgeschafft. Die Sportler sollen sich aufrecht gegenüber stehen, und ihre Schläge dürfen nur auf eine begrenzte Fläche treffen. Damit mussten sie mit ihren Körpern erfinderisch werden, Bewegungs- und Schlagtechniken entwickeln, die zugleich effektiv und kreativ waren. So wurde es möglich, in der Interaktion zweier kämpfender Männer eine eigene Ästhetik entstehen zu lassen. In den Kämpfen der UFC wurden diese Techniken wieder eingeführt – die Kontrahenten schlagen und treten meist aufeinander ein, um sich dann gegenseitig zu Boden zu werfen und dann in Hebel- und Würgegriffen verschlungen so lange zu verharren, bis einer aufgibt. Darin ist vielleicht eine technische Leistung zu sehen, aber mit Sicherheit keine Ästhetik.

Die Reduktion des Regelwerks und der Ästhetik führt zu dem, was man den ethisch-moralischen Gehalt des MMAs oder seine Philosophie nennen könnte. Anders als im Boxen geht es nicht darum, den Gegner durch einen gelungenen Schlag zu treffen. Es geht nicht um eine spezifische Interaktion der Kämpfer, sondern allein um das Besiegen. Die Ethik des MMA ist keine der Interaktion, sondern eine der Aktion. Nur im möglichst effektiven Handeln, im Beherrschen möglichst vieler Techniken liegt die Chance auf den Sieg. Erst hier wird der sportliche Wettkampf zum *Survival oft the fittest* (Haug 1987). Free-Fight verspricht seinen Anhängern die Authentizität des Kampfes – und er ist authentisch, weil er in den Zeitgeist neoliberaler Konkurrenzkämpfe nahezu perfekt eingepasst ist. Als solche sind sie Gegenstand von linker Kulturkritik, die sich nicht die heile Welt vergangener Sportarten zurückwünschen kann.

LITERATUR

Alkemeyer, Thomas, 2003: Der Sport, die Sorge um den Körper und die Suche nach Erlebnissen, in: *Berliner Debatte Initial* 4–5/2010, Berlin, 16–30

Boltanski, Luc, und Ève Chiapello, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz

Bourdieu, Pierre, 1998: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion

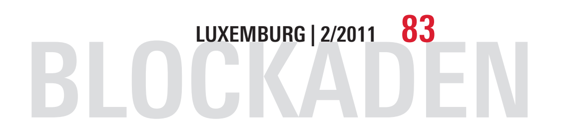
Caysa, Volker, 1997: Sportphilosophie, Leipzig

Gebauer, Gunter, 2002: Sport in der Gesellschaft des Spektakels, Sankt Augustin

Haug, Wolfgang Fritz, 1987: Entfremdete Handlungsfähigkeit. Fitneß und Selbstpsychiatrisierung im Spannungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise, in: ders., und Hans Pfefferer-Wolf (Hg.): Fremde Nähe. Festschrift für Erich Wulff, Berlin/Hamburg

1 Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Hier zitiert nach: Gebauer, Gunter (2002, 193).

2 Siehe dazu auch die umfassende Analyse der Auflösung kollektiver Strukturen in Boltanski/Chiapello (2003).







SO WIE DU BIST, BLEIBST DU NICHT!

ALLTÄGLICHE KÄMPFE UM EINE ZEITGEMÄSSE LEBENSWEISE

JAN NIGGEMANN

Als *Makeover-Shows* werden Sendeformate bezeichnet, in deren Zentrum die Veränderung von Menschen oder ihrem Umfeld steht. In unterschiedlichen Sendungen geht es dabei um Aussehen, Gewicht, Figur, Fitness, Ernährung, Gesundheit oder um Dinge wie Haus / Wohnung / Zimmer, Garten, Job, Hobby, Schulabschluss, Ausbildung usw. Es gibt für nahezu jeden Aspekt des alltäglichen Lebens eigene Formate, die als eigene Shows[1] produziert werden oder Elemente in Lifestylemagazinen wie taff!, red!, explosiv usw. sind. Distinktion und Ironie spielen bei der Modernisierung von Lebensweisen eine zentrale Rolle: Ganze Gruppen von Menschen werden als unzeitgemäß, unangemessen oder »unbearbeitet« definiert; gesellschaftliche Anforderungen werden zu individuellen Veränderungsaufgaben.

Geschmack ist nicht einfach Ausdruck von Vorlieben, sondern eine soziale Praxis, in der sich die Verallgemeinerung der Lebensweise der bürgerlichen Klassen als kulturell Führende etabliert, verändert und festigt. Besonders ist





daran, dass selbst in Zeiten sich verstärkender sozialer Polarisierung ökonomische Unsicherheit durch kulturelle Distinktion lebbar gemacht werden kann. Eine von Prekarisierung bedrohte oder betroffene Mittelklasse versucht, sich auf dem Feld der Kultur als Führungspersonal zu etablieren bzw. zu halten. Die hochqualifizierten Prekären können so symbolischen Profit erwirtschaften. Damit fühlen sie sich nicht veranlasst, sich mit anderen Prekarisierten zu solidarisieren, sondern am Paradigma der flexiblen Selbstführung und -verantwortung festzuhalten.

Klassenkämpfe werden medial vermittelt und – unter anderem – in den Formen symbolischer Gewalt und feiner Unterscheidungen geführt. Transformationsprozesse von Produktions- und Lebensweisen sind zwar miteinander vermittelt, finden aber z.T. in sehr unterschiedlichen und widersprüchlichen Formen und Zeitlichkeiten statt. In den Auseinandersetzungen um eine neue Lebensweise stehen Gewohnheiten, Geschmack, Stil, Lebensentwürfe sowie die Erneuerung von Denkweisen und Emotionalität im Fokus.

So bildet sich eine »alltagskulturelle Konformität« heraus, »die der hochtechnologischen Produktionsweise entspricht« (Kaindl 2005, 347). Kämpfe um Lebensweisen werden in der Zivilgesellschaft geführt und entschieden, aber ihre Wirkungen und Verbindungen entfalten sich auch darüber hinaus.

Wie wird nun das Mischungsverhältnis von Zwang und Konsens produziert? Wie bildet sich darin eine Rationalität heraus, die zu Handlungsprämissen großer Teile der Gesellschaft wird und sich als verallgemeinerbare Lebensweise »auf der Höhe der Zeit« verstetigt? Die »Umformung der individuellen Handlungen und Gebräuche der Arbeitenden und die selbsttätige Veränderung ihrer Lebensweise« ist »sowohl ein Moment verschärfter Unterwerfung als auch [...] Ansatzpunkt für Befreiung« (Nowak 2007, 61).

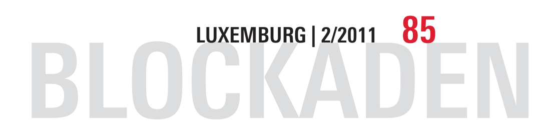
Die Frage, ob alltägliche Verhaltens- und Denkweisen veraltet sind, und die Art und Weise, wie Menschen sich emotional auf sich selbst beziehen, sind entscheidend für die Ausarbeitung von Konformität. Sie ist in diesem Sinn sowohl das Ergebnis unterschiedlicher sozialer Praxen als auch ein Rahmen ihrer Beurteilung und Verortung, also der Aushandlung ihrer konkreten Formen. Je nachdem, wie stark welche Interessen in der Zivilgesellschaft bereits artikuliert sind, verändert sich der Charakter des Konsenses.

Die Umarbeitung von Lebensweisen ist Teil der Produktion des Konsenses: Eine verallgemeinerte Form neuer Lebensweise wird nahegelegt. Menschen sollen ihr Leben so führen, dass sie in Aussehen, Gewohnheiten, Gesten, Stil usw. den zeitgenössischen Anforderungen gerecht werden bzw. nahe kommen. Das ist auch eine Auseinandersetzung darum, was als »normal« gilt. Makeover-Shows sind ein prominenter Ort dieser Umarbeitungen.

DAS PRIVATE WIRD ÖFFENTLICH POLITISCH

Ausgangspunkt der Interventionen in das Leben der Kandidaten ist immer eine Art Bestandsaufnahme, die mit der symbolischen Delegitimation eines als unerträglich und veraltet beschriebenen Zustands einhergeht.

So wird eine kompetent vertretene Stil- und Lebensberatung zur notwendigen Bedingung einer Verwandlung der Kandidaten.



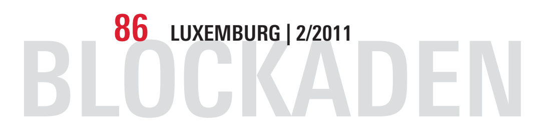


Die gewünschte Art der Veränderung wird mit den Kandidaten zusammen definiert und im Anschluss an ihr Interesse, ihre Wünsche formuliert. Das Spektrum reicht vom konkreteren Wunsch nach einer neuen Einrichtung der Wohnung bis zum Bedürfnis, die eigene Person in ihrer Gesamtheit neu auszurichten, sich zu verändern, mit Gewohnheiten zu brechen oder »nicht ständig die gleichen Fehler zu machen« – wie zwischen zwei Diäten in alte Essgewohnheiten zurückzufallen, immer wieder neue Kredite aufzunehmen, um die noch offenen zu bezahlen usw. Nicht selten wird Begehren erst produziert, indem verfügbare Waren ins Blickfeld rücken. Der Weg dorthin wird von verschiedenen Experten oder den als solche auftretenden Moderatoren geplant und festgelegt, die über entsprechende Sachkompetenz und Geschmack verfügen:

»Schöne Babys bekommen mehr Zuwendung, schöne Erwachsene haben mehr Erfolg. Doch was ist mit denen, die von der Natur nicht mit einem attraktiven Äußeren bedacht wurden? Ein kompetentes Expertenteam aus Ärzten, Psychologen, Fitnesstrainern und Ernährungsberatern verhilft den Kandidaten zu ihrem Traumaussehen und zu einem neuen Selbstwertgefühl. Der Preis ist hart: mindestens acht Wochen Trennung von der Familie, ... Entbehrungen und Schmerzen.« (Extrem schön, www.rtl2.de/27127.html)

Manche der Shows sind stärker eingreifend – »The Swan« bietet eine »Rundumerneuerung«: Schönheits-Chirurgie, Coaching, Fitness, Ernährungsberatung, »Wohnen nach Wunsch« scheint mit der Renovierung eines Zimmers fast zurückhaltend. Gemeinsam ist ihnen, dass sie als Bearbeitungsmodi verschiedenster Aspekte des alltäglichen Lebens auf die Herausbildung einer neuen Lebensweise hin orientiert sind. Moderatoren schaffen Situationen, in denen der je aktuelle »Zustand« einer Person, ihrer Wohnung oder die Schulleistungen ihrer Kinder zum Problem werden. Je nach Art und Umfang der gewünschten Veränderung reicht die Intervention der Moderatoren von Kommentaren und Beratung über das Hinzuziehen von Experten und/oder medizinischem, künstlerischem, technischem, pädagogischem und psychologischem Fachpersonal. Die Moderatoren und/oder Experten erfüllen eine erzieherische Funktion, bewegen sich im Veränderungsprozess als legitimes Führungspersonal durch die Innen- und Umwelt der Kandidaten und nehmen diese dabei an die Hand, sie ermahnen oder beglückwünschen, sie erinnern an Fortschritte, wenn jemand droht, nicht mehr mitmachen zu wollen. Mit der Aneignung bestimmter Formen kulturellen Kapitals und sozialer Kompetenzen ist die Erwartung auf eine deutliche Verbesserung von Status und Lebenschancen verbunden. »Führung« und Anleitung ist zentral, weil die erwünschten Ziele oft mit enormen Anstrengungen verbunden sind, Kandidaten es sich »anders überlegen«, schlicht am Ende ihrer Kräfte sind oder abbrechen wollen. Häufig entscheiden sich Kandidaten »falsch« im Sinne des gewünschten Endergebnisses, wenn sie ihren alten gewohnten Präferenzen folgen.

Mit einer Mischung aus Nötigung, Bestechung und Konsens, die sie wiederum mithilfe von Ironie und Autorität regulieren, wird Legitimation für die gewählten Eingriffe und Übergriffe geschaffen. Wenn die Kandidaten nicht einsehen wollen, dass es »Veränderungs-



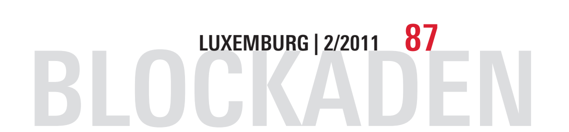


bedarf« an ihnen gibt, greifen die Moderatoren u.a. auf »Straßenbefragung« zurück: Hier werden »Durchschnittsbürger« zu ihrer Meinung bezüglich des verhandelten Problems befragt und äußern sich daraufhin negativ oder ambivalent. So wird der »stumme Zwang« in das konkrete Urteil der anderen umgearbeitet. Daraus entsteht ein Bedrohungsszenario, dass den Rahmen des pädagogischen Verhältnisses zwischen Moderatoren und Kandidaten strukturiert: »Du bekommst in dieser Show die Möglichkeit zu erkennen, dass du dich verändern musst, und wir sagen und zeigen dir auch, wie das geht.« Darüber hinaus werden Begleitpersonen der Kandidaten eingebunden, die nach der Wandlung die eindeutige Verbesserung feststellen und bestätigen und auch bei den nicht immer überzeugten Kandidaten für Zustimmung, Einsicht, Versicherung und Rückhalt sorgen. Dem Druck ökonomischer Konkurrenz wird die Notwendigkeit kultureller Distinktion und der Arbeit an einer adäquaten Lebensweise zur Seite gestellt. Die Menschen sollen sich nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell, in der Art ihrer Lebensführung um ihren Standort sorgen, sich einzigartig machen und im Kampf um symbolische Profite, Anerkennung und Respekt genauso weit vorn mit dabei sein.

In der kulturellen Vermittlung von bestimmten Denkweisen und Handlungsoptionen stecken Anforderungen, sich selbst (seinen Stil, Geschmack, Körper, Lebenswandel) als Ressource oder Pool von Potenzialen zu verstehen, der auf unterschiedlichen Ebenen mobilisiert werden soll. In deren Zentrum steht die Anforderung an die Einzelnen, als Träger der Ware Arbeitskraft die selbständige Arbeit an der Vermarkt- und Verwertbarkeit ihrer Persönlichkeit in all ihren Facetten voranzutreiben[2]. Mit der Sichtbarmachung vormals privater Prozesse wird in Stilberatungs-Shows öffentlich wahrnehmbar und kontrollierbar, ob die Leute es zu einer vorzeigbaren Gesamtheit ihrer Erscheinung bringen. Für die Kandidaten wiederum ist die Aneignung bestimmter Formen kulturellen Kapitals und sozialer Kompetenzen mit der Erwartung auf eine deutliche Verbesserung von Status und Lebenschancen verbunden. Für die alltägliche Reproduktion von Herrschaft braucht es also ein großes Maß an politisch-kultureller Mobilisierung. Soziale Kräfteverhältnisse sind »kollektive Lebensformen« (Vgl. Demirović) – das Problem der verallgemeinerten Durchsetzung einer Lebensweise ist ein *Hegemonieproblem*: Auch wenn es der herrschenden Klasse gelingt, ein dynamisches und relatives Kräftegleichgewicht in Form einer für fast alle verbindlichen Lebensweise über einen längeren Zeitraum zu organisieren, gibt es für die Dauer und Stabilität dieser Konstellation keine Garantie. Fehleinschätzungen und Irrtümer der anderen, wie der eigenen Politik, sind nicht vorhersehbar und bedürfen der permanenten Selbstreflexion.

»GIVE ME A REASON TO BE … A WOMAN«

Angela McRobbie zeigt, dass Stilberatungsprogramme eine Schlüsselfunktion dabei haben, Frauen aus der Arbeiterklasse und unteren Mittelklasse von einem als unakzeptabel betrachteten Zustand des Aussehens und Wohlbefindens in einen stark verbesserten Zustand zu versetzen. Zugleich werden alle bestehenden solidarischen Formen zwischen Frauen zugunsten kultureller Distinktion in Frage gestellt.





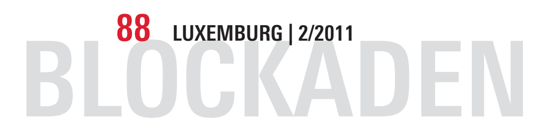
McRobbie fasst diese Bearbeitung von Subjektivierungs- und Konsummustern als »Frauenbewegung«: verstanden im Sinne einer in den Veränderungen nachvollzielbaren Bewegung der sozialen Position von Frauen. Diese »weißen Frauen unter 50«, so McRobbie, haben einen potenziellen Wert für den Arbeitsmarkt und sollen als aktive »Teilnehmerinnen auf diesem Markt sowie in der Konsumgesellschaft auftreten bzw. sich daran orientieren« (169), weil das verfügbare Einkommen neue Bereiche des Konsumierens erschließt.

Makeover-Shows ermöglichen diesen Frauen, sich im Konsum zurechtzufinden, sie leiten sie an, die richtige Auswahl zu treffen. McRobbie betont, dass es um Frauen geht, die im Fordismus größtenteils unsichtbar waren oder übersehen wurden.[3] Die implizite Perspektive ist, eine »glamouröse Individualität« anzustreben. Diese grenzt sie ab von der Respektabilität, die im Fordismus der vorrangige Modus der Bezugnahme war, und von der schmuddeligen Alleinerziehenden mit der Zigarette im Mundwinkel (die Kehrseite der glamourösen Individualität). Die Frauen (müssen) wissen, wie sie die aktuellen Transformationsprozesse für sich zu nutzen haben, und das nicht jeweils einzeln, sondern im Durchschnitt.

Die hierin verhandelten Klassengegensätze zwischen den größtenteils aus Mittelklasse-Frauen bestehenden Moderatorinnen und den aus der Arbeiterklasse und unteren Mittelklasse kommenden Kandidatinnen äußern sich in der Abwertung und Geringschätzung durch die Stilexpertinnen. Beleidigungen und Demütigungen richten sich auf (scheinbare) körperliche und psychische »Mängel«. »Dieser neue Stil der Verunglimpfung wird mit einer bestimmten selbstbewussten Ironie und in der Annahme betrieben, Moderatorinnen und Zuschauerinnen wüssten, dass das alles nicht böse gemeint und in Post-political-correctness-Zeiten einfach nur ein großer Spaß ist. Heute darf, Gott sei Dank, über die vom Glück weniger Begünstigten wieder herzlich gelacht werden. Und die Botschaft lautet, dass die arme Frau gut daran täte, den ihr sozial Höhergestellten nachzueifern.« (175)

Ironie und ein ironischer Umgangston lassen das, was in den Shows passiert, als Bagatelle erscheinen. Im Zweifelsfall stehen die schmuddeligen Kandidatinnen als spaßlose Spielverderber da. Hass und Feindseligkeit, die sich auf die symbolische Besetzung der Körper richtet, kann so ungestraft gegen Schwächere gerichtet werden. Und: die Kandidatin präsentiert den Expertinnen ihren Klassenhabitus (einschließlich ihrem Zuhause, Familie, Freundinnen, Nachbarn und sozialem Milieu) zwecks Analyse und Kritik. Die Kandidatin wird als Verkörperung einer sozialen Kategorie sichtbar, auch wenn sie in den Shows individuell adressiert wird.

Die Videotagebücher, in denen die Kandidatinnen, wenn sie »allein« sind, ihre Ängste, ihre Bedenken und ihren Status im Prozess reflektieren und festhalten, haben, wie auch die versteckten Kameras, die Funktion, die Kritikpunkte der Kandidatin mitzubekommen und die nächsten Schritte der Expertin entsprechend vorzubereiten. Außerdem dokumentieren sie Momente des Aufbegehrens gegen die wiederholte symbolische Erniedrigung. Dieses Aufbegehren und die Kritik werden integrierbar, und alle Bedenken werden bei erfolgreicher Verwandlung entsorgt: »Es hat sich doch gelohnt, auch wenn es nicht so leicht war.«



ENDLICH EIN NEUES LEBEN?

Am Ende einer Sendung bleiben die Klassengegensätze erhalten bzw. sind als Gegensätze neu formiert und gefestigt. Der Geschmack der Experten wird in und nach der Sendung weiterhin unerreichbar bleiben. Sie behalten das Monopol über technisches und professionelles Vokabular, eine Vertrautheit mit einer ganz anderen Welt. Unter sich mutmaßen sie, wer von den Kandidaten die Veränderung überhaupt wird aufrechterhalten können. Die individuelle Arbeit an sich selbst, unter Leitung und Führung einer als Teil des hegemonialen Blocks agierenden Mittelklasse, soll die Kandidaten trotz geringer materieller Chancen zu selbstverantwortlichem Handeln im Sinne neoliberaler Anforderungen bringen und mit den bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien versöhnen. Durch ihre eigene Arbeit beteiligen sich die Kandidaten an ihrer Unterwerfung und suchen nach individuellen Lösungen für gesellschaftliche Konflikte. Darin sind verallgemeinerbare Perspektiven auf solidarisches Handeln und politisches Engagement suspendiert. Die Lebensweise wird modernisiert bei gleichzeitiger grundlegender Akzeptanz bestehender Ungleichheitsverhältnisse, als praktisch gelebter Konsens. Krisen, wie die seit 2007/08, verwandeln sich nicht automatisch in politische Krisen. Sie werden auch nicht unmittelbar als Bedrohung für den Alltag empfunden. Makeover-Shows sind ein Moment der praktischen Stabilisierung von gesellschaftlichem Konsens.

Die Menschen wollen oder können sich ein Stück weit verändern, weil zu diesen Veränderungen soziale Bedingungen gehören, die oft nicht gegeben sind. Sie können zwar die in den Shows verhandelten Anforderungen und die darin liegenden Prämissen aufnehmen, aber ob sie real Bedingungen vorfinden, die sie nach diesen handeln lassen, ist offen. Vielleicht kann diese Dialektik von Flexibilisierungsforderungen und der gleichzeitigen Verunmöglichung wirklicher sozialer Mobilität auch dazu führen, dass der passive Konsens in Frage gestellt wird. Dann wäre es Zeit für eine gesamtgesellschaftliche *Makeover-Show*. Denn so wie es ist, bleibt es nicht.

LITERATUR

Demirović, Alex, 2001: Hegemoniale Projekte und die Rolle der Intellektuellen, in: Das Argument Nr. 231, 43. Jg., Heft 1, 59–65

Kaindl, Christina, 2005: »Du musst ihn fühlen, den Scheiß!«. Neoliberale Mobilisierungen im Imaginären und der Kampf um neue Lebensweisen am Beispiel von *Big Brother* und *Popstars*, in: *Das Argument* 261, 47. Jg., 347–360

McRobbie, Angela, 2008: Make-over-TV und postfeministische symbolische Gewalt, in: R. Schmidt und V. Woltersdorff (Hg.): *Symbolische Gewalt. Herrschaftsanalyse nach Pierre Bourdieu*, Konstanz, 169–194

Nowak, Iris, 2007: Von mutigen Männern und erfolgreichen Frauen. Work-Life-Balance in prekarisierten Verhältnissen, in: Christina Kaindl (Hg.): *Subjekte im Neoliberalismus*, Marburg, 59–74

---

1 In »The biggest loser« soll in Gruppen- und individueller Konkurrenz abgenommen werden. Bei »The Swan« oder »Extrem schön! – Endlich ein neues Leben!« gibt es ein Komplettprogramm von körperlicher, psychischer und geistiger Umarbeitung; In »Celebrity Rehaby lassen sich Ex-VIPs vom Drogenwrack wieder fit machen. »Die Kochprofis« sorgen für die Umarbeitung von Kochklitschen zu konkurrenzfähigen und qualitativ höherwertigen Imbissen, »Wohnen nach Wunsch« steht für das Ersetzen der Eichenschrankwand durch stylische Katalogmöbel usw…

2 Beispielsweise empfinden Menschen in hochgebildeten und prekären Lebenszusammenhängen die Prämisse der Selbsttätigkeit als Freiheit, im Fall einer Verkäuferin im Einzelhandel, die ihre Emotionen auf Kundenfreundlichkeit hin regulieren soll, wird das nicht unbedingt als Zuwachs an Selbstbestimmung gesehen.

3 »Der Körper der Arbeiterfrau kannte seinen Platz in der Welt, er ist und war auf Basis dieser begrenzten Kapazität sichtbar, er wusste, wie man es schafft, sich an das zu halten, was Bourdieu die Regeln des (Klassen-)Spiels genannt hätte. Er weiß, was zu erwarten ist und wie weit er gehen kann; größtenteils ist er ein respektvoller Körper.« (McRobbie 2008, 181)





DER HEILER (AUSZÜGE)

OLIVER BUKOWSKI






Den sogenannten Menschen also – er bleibt ja ein Ganzes, da mag er ramponiert sein, wie er will. Eine Organik, der sie eben nicht mit Teilaspekten beikommen. Soziobiologie, Evolutionspsychologie, die hippe Neuropsychiatrie, kognitiv, verhaltens- oder tiefenpsychologisch orientierte, dialektisch behaviorale und sonstwelche Stilblüten am Baum psychologischer Erkenntnis – mag ja alles im Einzelnen sehr definiert und herrlich durchtrainiert sein. Es ist und bleibt aber nur Streit der Schulen, Aufteilung der Buchmärkte. Vor dem Patienten stehen Sie weiterhin blind. Keine Philosophie im Hinterland, also strukturell blind. Oder günstigstenfalls halbblind, einäugig. Eindimensional statt 3D. Lacht.
Vier D! Sechzehn D! Wenn man aber etwas Kaputtes ganz machen will, sollte man doch eine halbwegs schlüssige Vorstellung davon haben, wie es aussieht, das Ganze, finden Sie nicht? Aber wir stochern mal hier, blättern panisch mal da, probieren, was das Zeug hält. Trial and error oder entlang der Hitlisten der Fachpresse. Kleben unsere diagnostischen Begriffsmarken, beruhigen unser, jawohl, *beruhigen* unser Gewissen mit Methodenname, Statistik oder randomisierten Kontrollstudien – denn eigentlich weht uns doch stets ein gar garstig grausiges Ahnen an: Zu wenig. Zu halbwahr.
Zu früh. Zu spät. **FALSCH!!!**
FALSCH, GANZ UND GAR DANEBEN!

Beruhigt sich nur schwer.

Und auch das ist erst die halbe Miete. Wir hatten bisher nur den Patienten im Fadenkreuz, die eine Seite. Und wir setzten einen idealen Therapeuten voraus: »objektiv« bis in den Zwickel, rundum gebildet und auf dem neuesten Stand.
Mit allen Dreckwassern gewaschen, beste Tagesform und nichts anderes im Kopf als den Patienten und nur den Patienten. Aber selbst wenn es Superman oder Supergirl gäbe, gilt doch immer noch: Der Untersuchende verändert das zu Untersuchende – dazu muss man nicht erst Heisenberg oder die Intersubjektivisten lesen. Stecken sie ihre Hand in die Badewanne, und sie fühlen nicht die Temperatur des Badewassers, sondern die des Wassers *mit* einer



Hand darin. Ganz davon zu schweigen, wenn ihre Hand noch eine Quietschente hält. Da gerinnt ihnen das Denken vor einem Gebirge an Komplexität. Fliegenbeinzählerei? Zu vernachlässigen? Ach ja? Nehmen Sie nur mal den Alltag in jeder Praxis, die ganz gewöhnliche Depression. Schon heute gilt sie als »Mutter« aller Zivilisationskrankheiten, im Jahr 2020 wird sie nach Schätzungen der WHO die zweithäufigste Erkrankung weltweit sein. Nicht *psychische* Erkrankungen, nein, Erkrankungen *überhaupt*. Platz 2, Vizeweltmeister, nur noch übertroffen von den pofigen Herz-Kreislaufstörungen.
Und das heißt?
Das heißt, dass so ziemlich *jeder* mal mit uns zu tun haben wird. Wurscht, ob Manager, Kanzler oder Penner – wir kriegen sie alle. Mag diese Gesellschaft sich noch so differenzieren, sich noch so viele Millionen und Abermillionen Spielarten erfinden – irgendwann gleichen die hoch individuellen Herrschaften sich wenigstens ein Mal: nämlich bei uns, auf unserer Couch. Lacht knapp. Einer für alle!, hoho, der Psychotherapeut als kleinster gemeinsamer Nenner spätmodernen menschlichen Lebens! Ja wäre es denn da mal nicht an der Zeit, peinlich nachzufragen, was für Vögel das eigentlich sind, die Therapeuten?

[...] Was wissen wir denn schon, was da draußen, in der Praxis *vor* unserer Praxis, so vorgeht? Genau mal! Der quietschvergnügte Niedergang der sogenannten postindustriellen westlichen Gesellschaft mit Säkularisierung, Individualisierung, egalitärem Pathos, Familien- und Generativitätsverfall, ökonomischer Blindheit, Promiskuität, exhibitionistisch-voyeuristischer Medienkultur, Feminismus, androgyner Gleichheitsvorstellung, der Irrwitz des Sozial-Mobilen, das verwirrte Individuum in der Konturlosigkeit von Berufs- und Tätigkeitsbeschreibungen, das Sterben biografischer Zusammenhänge und Zukunftsgewissheiten, projektbasierte Bewegungsformen des Kapitals – haben Sie davon einen Plan? Irgendein Wissen, was über eine gemütliche Hobby-Meinung hinausgeht?

ZU FRUH, ZU S

ZU WENIG, ZU

Hoho, **DAS INDIVIDUUM!, DIE SUBJEKTIVITÄT!**, der Altar, vor dem wir knien und opfern! Das stabile **ICH** als letzte Festung gegen jeden und alles. Die **INDIVIDUALITÄT**, unser Hoheitsgebiet – wussten Sie, dass das böse, böse Kapital die liebe, liebe Individualität längst zu seinem eigenen, kör-per-ei-gen-en!, Schmiermittel gemacht hat?



Ich nicht so genau, ich bin da wohl fossil. Nur mal ganz banal, nehmen wir doch mal die viel umraunte »Soziale Mobilität«: Ich, Professor Professor Doktor Grebenhoeve, bin tatsächlich noch immer putzmunter imstande, eine Patientin für eine Paar- oder Liebesbeziehung zu stabilisieren – und dann kommt 'ne simple Zumutbarkeitsklausel eines Arbeitsamtes und jagt das Pärchen für die Jobs tausende Kilometer auseinander.

Von der ganz normalen, der berufsbedingten Mobilität mal ganz zu schweigen. Heute Kalkutta, morgen Simbabwe – Scheiße was mit Liebe, strukturell Scheiße, makrosoziale Scheiße. Und ich Nasenbär blinkere verwirrt mit den Äuglein. Und auch sonst, nicht mal beruflich:

Wir schrauben daran, dass unsere Patienten ihre Sublimierungen, ihre »transformierten Leidenschaften« in den Griff und ins Maß bekommen, während draußen alles nach jeder Spielart des *Maßlosen* schreit! Wirft man einen Blick auf die zig-millionen Lifestyle-Gruppen, Partnerbörsen und das Swingerwesen, dann sollte unsere hübsche Sublimierung doch wohl nicht »transformierte Leidenschaft« sein, sondern eher »Leidenschaft zur Transformation« heißen, finden Sie nicht?

Ist Ihnen das wirklich alles so sonnenklar? Gut, Ihnen ja, mir wieder nicht.

Ihnen und Sophie

Springt auf, wird fast theatralisch,
aus Hilflosigkeit zynisch.
Das Kursive jetzt bitte wie Behauptung,
Postulat, Politik.

[…] *Arbeiten Sie! Don't cry, work!*
Wer arbeitet, kann nicht depressiv werden.
Arbeit ist die Chance auf Selbstwert, auf Gefühle der Erfüllung und Genugtuung.
Der Zuwachs an Kompetenz gibt Ihrem



ICH Zusammenhang, eine auktoriale Geschichte, eine Biographie.
Dreck! Nicht einmal die Jobbeschreibungen, ja nicht einmal die Verantwortlichkeiten haben noch Struktur und Kontur. Ich habe mit denen geredet: Nur wirres Gequatsche von Team und Creativ. Die blanke Leere, gegossen in lässiges Geschwätz. Die wissen nicht, was sie tun, und das ist hier nicht Filmtitel, sondern knarzende Realität. Kognitive Verwahrlosung bei Tsunamis an Information. Und weil sie nichts genau wissen, sind sie auch nie verantwortlich. Und wer nie verlieren kann, nie am Arsch ist, kann auch nicht gewinnen. Er weiß es ja nicht mal! No-Win-Situationen allüberall. War immer nur die ungünstige Teamzusammenstellung, das falsche Briefing, Marketingdissonanzen, irgendwas. Morgen woanders, tausende Kilometer weg: neues Team, neues Loft oder neue Firmenvilla, neues Nichts. Jungfräulich, ganz so, als ob sie nie zuvor gelebt hätten. »Key account manager«?, das sind Sie?
Was aber, zum Deibl, was soll das sein???



[…] *Burnout*, klar, alle Finger zeigten darauf.
Dachte ich zuerst auch. Ich meine, diese Reaktion: torpediert plötzlich eine Bundespressekonferenz! Beißt mit allen Zähnen in die fütternde Hand! Aber haben Sie sich die Videomitschnitte angesehen?
Sie stand auf, ging zum Mikro, entschuldigte sich artig und dann… »Angemessen« – immer nur dieses eine Wort. Angemessen. Angemessen. Angemessen. Bis man sie wegzerrte. Ernst und ruhig, fast freundlich: »Angemessen«. Nirgends ein irres Leuchten, kein Anzeichen eines persönlichen Ausnahmezustandes oder eines Aussetzers. Schon mehr als nur eigenwillig, sicher: penetrant immer und immer wieder dieses eine Wort. Aber irre? Wissen Sie, warum sie diese Vokabel so beharrlich ins Mikro spuckte?
Ging ja damals in den Tumulten etwas unter. Ich hab das Band nochmal zurückgespult: Frau Ministerin formulierte fünf Sätze vorher, ich zitiere sinngemäß: Rhabarbar, Rhabarba Rhabarba, dann »[…] diese Art Gewalt, unschuldige Zivilisten,



KANN NICHT DEP

DON'T CRY, WORK

Kranke, Frauen und Kinder mit Splitterbomben zu bombardieren, ist einfach nicht angemessen.« Politikergequatsche. Lapsus, blöde Formulierung, denn sicher fragt sich jeder auch nur halbwegs Gesunde, welche Art von Gewalt oder Bombe denn nun die »angemessene« wäre. Aber meine Sophie Brettschneider?
»Irgendwann ist Schluss, Professor«, sagte Sophie dazu.
Mit einem Achselzucken »Irgendwann weiß man es.«

[…] Das Opfer isolieren, es gleichlautenden oder – wenn **ANGEMESSEN!!!!** – widersprüchlichen Botschaften aussetzen, für Schlafentzug sorgen. Man füge noch eine beliebige Form von Misshandlung hinzu, bringe die Person dazu, an allem zu zweifeln, was sie weiß und fühlt, halte sie in Habachtstellung, erschöpfe sie und rühre das ganze Gebräu dann um. Wohlgemerkt: Ich zitiere die Gebrauchsanweisung einer Folter. Und? So verschieden von unserem sturznormalen Alltag? Wirklich? Muss ich Sie jetzt wohl kaum so rhetorisch fragen, Sie sind sicher Zeitungsleser. Aber haben Sie schon mal darüber nachgedacht, was das für unseren Job heißt?
Das Elend ist strukturell und makrosozial, und wir tun im Mikrobereich noch immer so weiter, als wäre das nicht so. Das Paradoxon: Jeder, den wir heil und gesund machen, *muss* vor die Hunde gehen! Wir richten sie mit Werten auf, für die man ihnen draußen das Kreuz bricht. Wir therapieren in Richtung eines Menschenbildes. Eines wie auch immer liebes-, genuss-, empathiefähigen, relativ selbstbestimmten Menschen. Bullshit! Das Schlimmste, was unserem Patienten passieren kann, ist, dass wir damit Erfolg haben. Wir stabilisieren und verstärken an ihm »gaanz gaanz tolle« Eigenschaften, die ihn draußen, vor der Praxis, sofort zum Nerd machen, zu einem, der nicht mehr alle Tassen im Schrank hat.

Auszüge mit freundlicher Genehmigung des Verlages Matthes & Seitz in Berlin



HANDLUNGSRÄUME ERÖFFNEN

OSKAR NEGT

Zum ersten Mal seit vielen Jahren scheint es eine aufgerissene Situation bei vielen Menschen zu geben. Die Erwartung an eine Orientierung, wie man heute diese verrückte Welt interpretiert, ist so grundlegend und so groß wie in den letzten 20 Jahren nicht. Und ich glaube, das bezieht sich nicht auf linke Gruppierungen.

Kürzlich wurde ich von einer Berufsgruppe eingeladen, die ich gar nicht kannte, nämlich den staatlich bestellten Vermessungsingenieuren Sachsens. Sie baten mich um das Eröffnungsreferat für ihren Verbandstag. Menschen, die früher einen festen Bestand an Werten, an Institutionen hatten, mit denen sie zurecht gekommen sind und die ihnen die Schritte des Alltags strukturiert haben – sie wussten wohin sie gehen, wen sie ablehnen, wen sie wählen –, suchen jetzt neue Orientierung. Wie schnell diese Dinge in Erosion geraten sind, ist geschichtlich spektakulär und vielleicht einzigartig. An sich ist das, nach unseren geschichtlichen





Erfahrungen, eine vorrevolutionäre Situation, d.h. eine Situation, in der alte Blöcke zerbrechen. Baden-Württemberg ist eines von vielen Beispielen, in denen das Verlassen auf eine bestimmte Klientel nicht mehr funktioniert und Institutionen, die vorher als selbstverständlich legitimiert galten, plötzlich ihre Legitimation verlieren. Es ist etwas in Bewegung – was natürlich die erhöhte Gefahr enthält, dass was nicht von links beantwortet wird, rechts versucht wird.

Was können wir aus dieser Krise machen? Meines Erachtens entspricht ein nur pessimistischer Blick auf die Verhältnisse nicht der Wirklichkeit. Wohl aber die Frage: Was ist zu tun, wie kommt man da raus? Ich habe die Frage so gestellt: Warum sind Krisenzeiten so selten Erkenntniszeiten (vgl. *Sozialismus* 4/2011)? Es ist nicht so, dass man nach dem Brecht'schen Motto sagen könnte, »wer seine Situation erkannt hat, wie ist der aufzuhalten«. Selbst wenn sie erkannt wird, ist nicht zu erwarten, dass sofort gehandelt wird. Aber diese Krisensituation in Zusammenhängen zu berechnen, die mit der gesellschaftlichen Struktur zu tun haben, wäre eine wesentliche Aufgabe auch der Linken, linker Gruppierungen und Intellektueller. Es sind ja nicht die Utopisten, die uns an den Rand des Abgrunds gebracht haben, sondern es sind die Realpolitiker, auf allen Ebenen. Also ist für uns die Frage, was eigentlich Realität ist? Sind 750 Milliarden Euro Schutzschild eine Fiktion, oder ist das die Realität, ist das unser doppelter Staatshaushalt, der hier verpfändet wird? Und der möglicherweise auch kassiert werden kann, wenn es in einer zweiten Runde schief geht. Das heißt, die Frage, was unter diesen Bedingungen Realität ist, ist für mich ein wesentlicher Punkt. Ich betrachte meine Aufgabe nicht so sehr darin, Ratschläge zu erteilen, sondern auf bestimmte Dinge hinzuweisen, von denen ich glaube, dass sie zu einer unterschlagenen Wirklichkeit gehören. Es wird Tag und Nacht *getalkt*. Man braucht nur das Fernsehen anzuschalten und hat eine Talkrunde im Auge. Es wird viel geredet in dieser Öffentlichkeit, aber nicht strukturiert auf Probleme, von denen ich meine, dass sie von uns ins Zentrum gerückt werden müssten. Der Kapitalismus hat nie ohne Bremsen, ohne Gegenkräfte, ohne *countervailing powers* existiert. Die bürgerliche Öffentlichkeit ist nicht einfach eine kapitalistische Öffentlichkeit, sondern hier werden Grundrechte und Öffentlichkeitsrechte formuliert. Die Arbeiterbewegung übernimmt gewissermaßen dieses emanzipatorische Erbe des Bürgertums und baut Barrieren gegen die Logik des Kapitals. Wo der Sozialstaat, der eine solche Barriere ist, wie gegenwärtig geplündert wird, wird das, was kapitalistische Logik ist, immer stärker freigesetzt von entgegenwirkenden Kräften. Das macht für mich die neue Globalisierung aus. Diese gegenwärtige Krise verdeckt im Grunde eine strukturelle Problemsituation der Arbeitsgesellschaft. Die Sozialutopisten, die Arbeitsutopisten der ersten Stunde wie Campanella und Bacon haben davon geträumt, dass die technologische Entwicklung dazu dienen kann, den Menschen von schwerer Arbeit zu entlasten. Arbeitszeitverkürzung ist das emanzipatiorische Minimum, an dem sie arbeiten, der eine zehn Stunden, der andere acht Stunden, um Lebenszeit





zu gewinnen. Wenn diese Utopisten sehen würden, was in unserer Gesellschaft abläuft, dass wir das Tausendfache von dem produzieren könnten, was sie erträumt haben (was auch Marx erträumt hat), und wir uns trotzdem Tag und Nacht mit ökonomischen Standortproblemen befassen! Was für eine kranke Gesellschaft! Auf verschiedenen Ebenen vollzieht sich, dass im Grunde die Überproduktion, die Reichtumsproduktion das Problem geworden ist und nicht eine Ökonomie des Mangels. Was ist ökonomisch und was ist nicht ökonomisch? Es handelt sich um einen Kampfplatz zweier Ökonomien. Eine Veränderung des Begriffshorizontes wäre notwendig, die ermöglicht zu sagen, dass im Augenblick eine ökonomische Verschwendung auf allen Ebenen abläuft. Eine Ökonomie des ganzen Hauses, also eine Ökonomie, die auch zukunftsfähig wäre, müsste auch von der Linken formuliert werden. Wir müssen den Begriff des Ökonomischen und darin den Begriff des verengten ökonomischen Versuchs, Krisenlösungen betriebswirtschaftlich zustande zu bringen, an den Anfang unserer Kritik der bestehenden Arbeitsgesellschaft stellen. Denn die Rationalisierung der Warenproduktion ist ein Prozess, der nicht aufzuhalten ist. Wenn die Warenproduktion immer stärker das hervorbringt, was den gesellschaftlichen Reichtum ausmacht, und wir nicht damit rechnen können, dass es ein Drittes gibt, das die Kompensation der verlorengegangenen Arbeitsplätze zustande bringt, verengt sich der Boden, auf dem die Gesellschaft existiert, beständig. Es ist ja nicht so, dass die tertiäre Gesellschaft zu Arbeitsplätzen führt – Banken, Handelsgesellschaften, Warenhäuser unterliegen demselben Rationalisierungsprozess. Wir müssen dagegen die Idee einer Gemeinwesenarbeit als Alternative auffassen. Finanziert durch das Gemeinwesen oder staatlich gelenkt, muss die Entkoppelung von Gemeinwesenarbeit und Warenproduktion sichtbar werden. Betriebswirtschaftliche Rationalität hat den Begriff der Wohlstandsökonomie so aufgezehrt wie nie zuvor.

Was bedeutet das für die Handlungszusammenhänge? Die Frage »wo sind eigentlich unsere Handlungsbereiche?« stellt sich nicht mehr im Sinne eines erwarteten Gesamtsubjekts. Es reicht auch nicht zu fordern, die Gewerkschaften müssen ihre Mandate erweitern – was ich immer fordere. Es scheint, als wäre die Diskussion der Krise auch in den Gewerkschaften sehr aufgerissen. Es war eine neue Erfahrung, von der IG Metall eingeladen zu werden, einen Vortrag zu Utopie zu halten. Eine zweitägige Diskussion mit Betriebsräten, die brisant gewesen ist.

Der Appell an die vorhandenen Institutionen reicht nicht mehr. Eine Rückwendung zu übersichtlichen Handlungsbereichen ist die einzige Alternative, die wir gegenwärtig haben. Dass Lehrer, wenn sie einen Schnaps getrunken haben (und bei Hochschullehrern ist das nicht anders), über die Bologna-Reform herziehen und sich gleichzeitig als willfährige Vollzugsbeamte des gleichen Prozesses verstehen, ist skandalös auf allen Ebenen. Diejenigen, die mit einer offenen Kritik an diesem Bolognaprozess gewonnen werden könnten, können kein Vertrauen in diese Leute fassen.





In einer Gesamtschule waren 500 Abiturienten versammelt, die in einer Reihe Vorträge hörten (ich sprach dort über Bologna). Sie waren dankbar, kritische Punkte zu hören, die auch umsetzbar sind. In den Schulen und Universitäten, in den Betrieben, in allen Bereichen sind die Handlungszusammenhänge wichtig, die für den Einzelnen überschaubar sind. Das ist nicht die Auffassung von Margaret Thatcher (»Ich sehe nur Einzelmenschen, ich sehe keine Kollektive«). Dort, wo wir handeln und stehen und reden, müssen wir die Funktion erfüllen, dass sich andere daran orientieren können. Es spielt eine Rolle, ob in einer Schule fünf oder sechs Lehrer aus einem großen Kollegium von 200 da sind, die sagen, »wir machen das nicht mit, das ist eine Zerstörung von Bildung, das ist ein verständnisschwaches Lernen, was hier angeblich im Sinne der Vergleichbarkeit durchgesetzt wird«. Das gilt ganz ähnlich für die Familie. Fast 50 Prozent der Kinder in den Vereinigten Staaten wachsen bei einem Elternteil auf, die europäische Situation ist nicht viel anders. Trotzdem behält die Familie eine Art utopischen Gehalt. In der Shell-Studie spielen Familienverhältnisse eine große Rolle. Die befragten Jugendlichen sagen, die Erziehung, die sie durch ihre Eltern genossen haben, war ganz in Ordnung, und sie würden ihre Kinder genauso erziehen. In der pädagogischen Diskussion ist mit der Rückkehr der autoritären Entwicklung gleichzeitig etwas anderes aufgebrochen. Das wahrzunehmen, also die Krisenherde zu Handlungsfeldern zu machen, ist meines Erachtens ein wichtiger strategischer Punkt. Die Krisenherde sind verschieden: Die Bankenkrise, die Schulkrise oder die Familienkrise als Krisenherde sind nicht einfach auf einen Nenner zu bringen. Sich auf derartige Analysen der Krisenherde einzulassen, bedeutet auch, für jeden Krisenherd ein spezifisches Handlungsfeld zu entwickeln. Das klingt ein wenig spontaneistisch, und es ist ein altes Problem der Verknüpfung von Allgemeinem und Besonderem in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, weil die Frage ist, wie sich aus diesen partikularen Zusammenhängen ein Ganzes entwickelt. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, die Marx'sche Theorie einfach in unsere Zeit zu übersetzen. Aber sie muss einen zentralen Stellenwert in der Wiederbelebung theoretischer Reflexion haben, genauso wie, wenn man über Bürokra-



Protest in Spanien
© flickr/TzazuZuri



tien reden will, die Max Weber'schen Grundlagentexte zu Rate gezogen werden müssen. Wir sollten wieder anfangen, Theorie als zur Orientierung neigendes Wissen zu nehmen und nicht versuchen, sie umzusetzen. Theorie hat die Funktion der Orientierung der Praxis und nicht des Umsetzens in die Praxis. Theoriebildung ist zunächst einmal, auch unabhängig von der Möglichkeit der praktischen Umsetzung, ein Element des »optimistischen Zugangs« zu den Verhältnissen im Sinne Gramscis. Die Theorie und die Analyse haben die Aufgabe, die schlechtesten Möglichkeiten nicht auszuschließen. Es ist unsere Aufgabe als Intellektuelle, die Risse und die Brüche in der Gesellschaft sichtbar zu machen und darauf Handlungszusammenhänge anzusetzen.

Diese Feinarbeit im Politischen ist wiederzugewinnen. Die Aufgabe ist, anzuregen, sich weiterzuentwickeln, nicht im Konzept des ökonomischen Selbst, sondern den Marx'schen Entfremdungsbegriff wieder in die Diskussion bringen. Denn natürlich sind Entfremdung und Selbstentfremdung wichtig. Marx' Analysen aus dem *Kapital* sind hier wichtig: Die Subjekt-Objekt-Dialektik, dass über das Subjekt nicht gesprochen werden kann, ohne über die Objekte zu sprechen und umgekehrt. Wir haben es immer mit subjektiv-objektiven Verhältnissen zu tun. Vielleicht ist das ein Hinweis darauf, dass wir es mit einer gesellschaftlichen Situation zu tun haben, in der die kapitalistische Wirtschaftsmacht auch Teilrealitäten von uns selbst ausdrückt. Wir könnten nicht einfach sagen, »das wollen wir so nicht«, sondern die Trennungsprozesse laufen auf ganz anderen Linien. Einhalten, innehalten, die Reflexionsebene vergrößern und nicht zu schnell sagen »wir müssen etwas tun«, sondern die Reflexion selber als eine Form der Praxis begreifen. Die Utopien und ihren Wahrheitsgehalt zu bestärken, überhaupt viel stärker überschreitendes Denken zu üben, halte ich gegenwärtig für notwendig. Ich weiß, dass sind Pastoralreden, und im Augenblick verstehe ich mich auch ein wenig als Reiseprediger, weil wir im Augenblick eher in der Minderheit sind: Eine idiotische Situation wie die von Guttenberg z.B. führt nicht dazu, die kulturelle Hegemonie der Linken zu erweitern, sondern die Ursachenverbindung wird Germanisten, Sprachforschern und Medienleuten überlassen. Es ist unglaublich, das Bueb mit seinem Blödsinn einer Gehorsamspädagogik in kürzester Zeit 15 oder 16 Auflagen hat oder dass Sarrazin über eine Million Bücher verkaufen kann. Und dass dieser Baring in allen Fernsehdebatten sagt, das sei ein seriöser Essay. Das Verständnis dafür, was Vorurteile sind, ist verloren gegangen. Das sind auch selbstverschuldete Rückbildungsprozesse der Intellektuellen. Das wird nicht nur von außen angetan, es ist auch selbstverschuldet. Intellektuelle Elemente zu erhalten und zu stärken – dagegenhalten ist entscheidend. Es ist nämlich nicht völlig auszuschließen, dass einmal hegemoniale Situationen für uns entstehen.

Redaktionell bearbeitete Fassung des Vortrages zur Jahrestagung der Loccumer Initiative »Auf der Suche nach dem politischen Subjekt« vom 1.4.2011





ETHISCHER WIDERSTAND:

GEGEN PRIVATISIERUNG DER POST IN FRANKREICH

ÉLISABETH WEISSMAN

Wie gehen wir mit diesem Umbruch hin zu marktwirtschaftlichen Praktiken um, die uns aufgezwungen werden und die wir ablehnen, weil er den Interessen der Nutzer widerspricht? Die Gewerkschaften, in erster Linie die Postgewerkschaft SUD PTT und der Gewerkschaftsbund CGT, haben erfolgreich gegen Privatisierung mobilisiert, doch sie haben nicht wirklich begriffen, wie der Wandel erlebt wird: im Fall der Post die Erfahrungen der Schalterbeamten, die die Arbeit nicht mehr als »eigene« empfinden, sondern als die eines »Privaten«, der nicht ganz saubere Verkaufsmethoden anwendet. Müssten die Gewerkschaften nicht auf diese Veränderungen der Arbeitswelt reagieren, die so sehr die psychologische und ethische Identität der Mitarbeiter beeinträchtigen?

Marc ist Postler. Und will es auch bleiben, sagt er. Er will kein »Privater« sein, wie man bei der Firma »La Poste« sagt, kein Verkäufer von Waren. Er widersetzt sich mit einigen Kollegen der aufgezwungenen Vermarktlichung





seiner Arbeit – wohl wissend, dass das Problem nicht hinter seinem Schalter, sondern im Regierungspalast bzw. in Brüssel entsteht. Er will nicht mit Postprodukten hausieren und kein »Knete-Raffer« werden, um »Kunden zu zerpflücken«. »Wenn du ein guter Verkäufer sein willst, musst du den Leuten was aufdrängen.« Sein Widerstand beginnt bereits mit der Sprache: »Der Nutzer, ich nenne ihn nie ›Kunden‹«.

Im Namen der »Modernisierung« ist die Post zum Markt geworden, wo es »versandfertige« Umschläge gibt, Bücher, Telefonkarten, Kugelschreiber, Schlüsselanhänger und sogar Plüschtiere; alles Produkte mit hoher Wertschöpfung. An Stelle von Schaltern gibt es Automaten – die streiken nie und ersetzen versetzte, entlassene Arbeitnehmer. Nach Berechnungen von SUD PTT hat die Post im Jahr 2009 fast 11 500 Arbeitsplätze gestrichen.[1] Um die Nutzer (ach nein, die Kunden) in den länger werdenden Warteschlangen ruhigzustellen, hat man Fernseher aufgestellt.

[...] Wenn Marc gut verkauft, wird er als tüchtiger Verkäufer ausgezeichnet und mit einer Reise an die Sonne oder einem Geschenkkorb belohnt. »Am Morgen, wenn wir unseren Platz einnehmen, liegen unsere Umsatzziele für den Tag bereit [...], man muss dem Kunden so viel Geld aus der Tasche ziehen wie möglich. Zum Beispiel, die Nachsendung: Wenn einer kommt, um einen Nachsendeantrag zu stellen oder um seine Anschrift zu ändern, musst du das Paket für 34 Euro verkaufen, obwohl die klassische Nachsendung nur 23 Euro kostet. [...] Ich weigere mich, den Menschen den teuersten Preis anzudrehen.« Marc erträgt es nicht, aus der Kultur des Öffentlichen Dienstes gerissen zu werden, die er als seinen Auftrag versteht.

Ein Kampf der Ewiggestrigen gegen die Moderne oder des Öffentlichen gegen den privaten Sektor? [...] Marc wird vorgeworfen, er habe zu viel Empathie für die »Kunden«. »Können Sie sich das vorstellen? Es ist wohl der Gipfel, dass ich zu viel lächele, dass ich zu bekannt bin, zu nett zu den Leuten! Es stimmt, dass seit ich dort bin, mich die Leute kennen, es gibt ein Vertrauensverhältnis zwischen uns. In der Tat, soll ich Ihnen was sagen? Die werfen mir vor, meinen Job gut zu machen, gewissenhaft, nahe bei den Menschen, ohne die scharfen Kanten. Den Chefs sind die Leute scheißegal!«

[...] Wie bringt man Kernfragen des Berufs, der Berufspraxis auf den Tisch – in gemeinsamer Auseinandersetzung –, damit diese Praktiken nicht mehr dem Gewissen und der Verantwortung des Einzelnen unterliegen, sondern von allen unterstützt werden? »Im Bereich der Dienstleistungen, wie z.B. bei *La Poste*, ist der Gegenstand der Arbeit schwer zu definieren, das ruft Konflikte um Kriterien und Werte auf den Plan: Was ist richtig oder nicht, gut oder schlecht, muss man mitmachen oder sich dagegenstellen – das muss ›das Kollektiv‹ diskutieren«, sagt Yves Clot.

So sieht es auch Marc: Es mangele an einem Kollektiv, um dieses Problem zu verfolgen, das alle angehe. So verlässt er sich auf sich selbst und führt seinen kleinen Widerstand allein. Für die Einzelnen besteht der Alltag aus Fragen und Zweifel, aus Kraft an einem Tag und Schwäche am anderen. Das birgt Risiken der Spaltung und der Stigmatisierung derer, die »kollaborieren«: »Ich bin sauer auf





Protest in Spanien
© flickr/TzazuZuri

die Unterwürfigen«, sagt Marc, sie wollten eine gute Figur beim Chef machen. »Das ist geradezu Mittäterschaft beim Diebstahl. Das will der Betrieb aus uns machen.«

[…] Die Franzosen lieben ihre Post. Als Beweis dient der Erfolg der Volksabstimmung, initiiert von den Gewerkschaften SUD und CGT, die von den Bürgern begeistert unterstützt wurde. Marc ist begeistert und hat einen Abstimmungsstand vor seinem Postamt eingerichtet, sehr zum Leidwesen seiner Chefs! […] Mehr als zwei Millionen Wähler stimmten gegen die Privatisierung.

Unterdessen verkauft Marc wieder, auch einzelne Umschläge. Er hilft den eingewanderten Arbeitern und lächelt den Opa an. Wie viel Zeit bleibt ihm als Einzelkämpfer? Bis zur Rückkehr der Linken an die Macht – eine echte Linke, europäisch und anti-neoliberal, die sich endlich in Brüssel Gehör verschaffen kann?

Auszüge aus dem Buch La Désobéissance éthique (»Ethischer Widerstand«, © *Édition Stock* 2010). *Aus dem Französischen von Phil Hill.* Der Text wurde gekürzt und leicht redaktionell bearbeitet.

1 Und die SUD PTT stellt einen Anstieg von 23,38 Prozent bei den Eigenkündigungen von 2007 auf 2008, sowie von 38 Prozent bei den Entlassungen fest, Zahlen, die von einer tiefen Missstimmung innerhalb des Betriebes zeugen.



DIE LINKE: UNGENUTZTE POTENZIALE

CORNELIA HILDEBRANDT

Die ersten Wahlergebnisse im Jahr 2011 deuten darauf hin, dass die Aufstiegsphase der Partei Die Linke vorbei ist. Die Konsolidierung in der Krisenzeit seit 2008/9 hat sich in keine neue Dynamik umgesetzt. Wie ist das zu erklären?

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts – verstärkt seit der Agenda 2010 – steigt die Arbeitslosigkeit, Prekarität, Leiharbeit und Umverteilung nach oben nehmen zu. Gleichzeitig steigen die Kosten: seit 2005 in Form von Mehrwertsteuer- und anderen Steuererhöhungen, Praxisgebühren und Medikamentenzuzahlungen, Erhöhung von Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherungen, für Strom, Gas und Benzin, für Lebensmittel. In der Krise wurde eine Explosion von Arbeitslosigkeit durch die massive Ausweitung der Kurzarbeit verhindert: Die Zahl der Leiharbeiter stieg von 321 000 im Jahr 2003 auf über 700 000 2007. Sie sank zwischen 2008 und 2009 und stieg im November 2010 auf über 900 000. Die Reallohnentwicklung ging zwischen 2000 und 2010, v.a. zwischen 2004 bis 2009, um vier Prozent zurück. Seit





2005 liegt die Armutsgefährdungsquote aber stabil bei ca. 14 Prozent[1]. Die Einkommensungleichheit setzte sich ungebrochen fort, doch die Tariflöhne stiegen 2010 erstmals wieder um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, ebenso der Reallohnindex auf 1,5 Prozent – Zahlen, die offenbar beruhigen. 66 Prozent der Bevölkerung betrachten 2011 die allgemeine wirtschaftliche Lage und 75 Prozent die persönliche Situation als gut oder sehr gut. Nur noch 53 Prozent der Deutschen meinen, dass es im Lande ungerecht zuginge – 2009 waren es noch 62 Prozent[2]. Es erscheint paradox: Die dramatischen Einbrüche vollziehen sich in den Zeiten der »Nichtkrise«, während in den finanzmarktgetriebenen Krisenzeiten 2008 und 2009 soziale Stabilisierung möglich scheint und die Verhinderung sozialer Zuspitzungen erfahrbar wird.

Die beschlossenen Sparprogramme und die Auswirkungen der Schuldenbremse wirken in Deutschland nicht unmittelbar, sondern zeitverzögert zwischen 2011 und 2014. Anders als in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland usw. wurde hier 2010 gegen Rechtsextremismus, die Atompolitik der Bundesregierung, Castortransporte und Großprojekte protestiert. Proteste entzündeten sich kaum an der sozialen Frage. Sie richteten sich gegen den konservativ-liberalen Machtblock und orientierten auf moderate Alternativen als Weg aus der Krise. Die Grünen und ihr Projekt eines ökologisch modernisierten Kapitalismus kamen dem am nächsten (verstärkt durch Fukushima). Ihr Green New Deal stützt sich auf grünes Klientel (15 bis 30 Prozent) und ihr libertäres Potenzial. Den Richtungswechsel zu einer ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft und eine nachhaltigen Energiewende traut man am ehesten den Grünen zu, trotz des rot-grünen »Atomkompromisses«. Der Machtverlust des marktradikalen Flügels des schwarz-gelben Machtblocks (vor allem der FDP) drohte in einen nachhaltigen Zerfall der Hegemonie des bürgerlichen Lagers überzugehen. Dagegen versuchte die Regierung mit der »Wende zur Energiewende« die Option für ein schwarz-grünes Bündnis zu erschließen und sich damit eine dominante Position auf dem Kampffeld des Übergangs zu einem post-nuklearfossilen Akkumulationsmodell zu sichern. Ein solcher Entwicklungspfad ist keineswegs identisch mit einem postneoliberalen Krisenausweg oder einer »große Transformation« (*FAZ* vom 3. Mai 2011) und einem stofflich revolutionierten Akkumulationsmodell, das nicht mehr von den Finanzmärkten getrieben würde. Ob ein Green New Deal mit einer postneoliberalen Variante des Kapitalismus verbunden wird – oder mit einer liberalen oder autoritären –, ist offen. Das umreißt zugleich das Kampffeld von Linken: zu ihrem Kernprojekt eines sozialökologischen Umbaus müssen gleiche und freie Zugänge zu grundlegenden Ressourcen gehören: selbstbestimmte Lebenszeit, Arbeit, soziale Sicherheit, Bildung und gesunde Umwelt.

KONSEQUENZEN FÜR DIE LINKE?

Funktion und Image einer Partei sind nicht beliebig austauschbar. Die Linke verstand sich von Anbeginn als Partei sozialer Gerechtigkeit. Das muss sie bleiben – und ihre Profilierung einer ökologisch-sozialistischen Transformationspolitik entwickeln. Bereits in den »programmatischen Eckpunkten« 2007 forderte sie den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Lebensweisen, eine Wirtschaftsdemokratie, die sich an wirtschaftlichen und





ökologischen Kriterien misst. Soziale und ökologische Fragen wurden verbunden. Aber dieser Ansatz ist noch schwach. Er wurde zwar im Bundestagswahlprogramm 2009 mit der »Vielfachkrise« aufgegriffen. Im innerparteilichen Diskurs jedoch ist weitgehend von der Finanz- und Wirtschaftskrise die Rede. Klima-, Umwelt- und Energiekrise (und andere) werden mitunter genannt, insbesondere in den Strategiepapieren der Parteiführung von 2010 jedoch kaum bearbeitet. Wirtschaftsdemokratische Vorschläge sind ohne sozialökologischer Dimension aber nicht zukunftstauglich.

Die Wiederaneignung von Lebenszeit, von gesellschaftlichem Reichtum, öffentlichen Gütern wie auch Bildung, Kultur, Umwelt und des globalen öffentlichen Raumes werden kaum diskutiert. Die Debatten in Die Linke spiegeln nicht die Vielfalt von Alltagskulturen und Lebensweisen ihrer Mitglieder.

In den Wahlprogrammen einiger Landesparteien wird die Mehrdimensionalität der Krise stärker reflektiert. Das Bremer Wahlprogramm übersetzt die Krisendiskurse 2009 in landespolitische Fragestellungen eines radikal ökologischen Umbaus. Die Berliner verbinden Stadt- und klimapolitische Fragen und diskutieren den Aufbau kommunaler Stadtwerke, in Rheinland Pfalz fragt man nach den Zugängen zu grundlegenden Ressourcen wie Bildung und Umwelt. Die Linke Baden-Württemberg bearbeitet neben wirtschafts- und bildungspolitischen Fragen eine ganze Palette von Umweltfragen als Frage von Grundrechten, dem Auftrag öffentlicher Dienste, Gesundheit, Bildung. Die Energiefrage wird mit Eigentumsfragen verbunden. Doch nur ein Teil dieser Fragen kann landespolisch untersetzt werden.

In Diskussionen auf Bundesebene scheinen soziale Gerechtigkeit und ökologische Fragen oftmals gegeneinander zu stehen. Verbunden mit dem Ausbleiben einer strategischen Diskussionen führt das Die Linke in eine Krise. Diese wird eher als machtpolitische Strömungsdiskurse bearbeitet – das erinnert an die Krise der PDS 2002/2003. Damals hatte die PDS den Einzug in den Bundestag verpasst, sie war programmatisch, strategisch und in Bezug auf ihr Führungspersonal in der Krise. In den Bundestagswahlkampf zog sie zerstritten, mit zwei konträren Strategien, und verlor. Handlungsfähig wurde sie erst, mit der Verabschiedung ihres Parteiprogramms Ende 2003 und dem Versuch, alternative Politik, Widerstands- und Gestaltungsansprüche der Partei in einem strategischen Dreieck zusammenzubringen. Sie war Teil der Hartz-IV-Proteste, gewann gesellschaftliche Akzeptanz und Stärke.

Aktuell liegt Die Linke in Umfragen deutlich unter den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl. Von der der Schwäche der Sozialdemokratie profitiert sie kaum noch. Das hängt auch mit ihren Schwächen im Bereich der politischen Kultur, der Nutzung ihrer Potenziale zusammen, die sich in den Studien zu Wählerentscheidungen abzeichnen.

DIE UNGENUTZTEN POTENZIALE DER PARTEI

Die Linke erreicht mit ihren Forderungen vor allem Arbeiter, Arbeitslose, auch Angestellte, Rentner, zunehmend Selbständige. In den sozialen Selbstverortungen ihrer Mitglieder zählen sich 74 Prozent zu den unteren oder mittleren sozialen Schichten, lediglich sechs Prozent zu den oberen. 19 Prozent der Mitglieder sind Arbeiter, acht Prozent Arbeitslose; Die Linke ist die einzige Partei, in welcher der Anteil



beider Gruppen steigt. Und doch wählten bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2011 doppelt so viele Erwerbslose die Grünen wie Die Linke.[3]

Die Linke ist stark, wo der Anteil an Arbeitslosen hoch ist und soziale Spannungen zum Alltag gehören. Sie erfährt Zuspruch in Innenstadtbezirken der Großstädte. Doch in den Bundestagswahlen nahm sie in ihren früheren »Hochburgen« der alten Bundesländer, den Universitätsstädten (z.B. Marburg) nur unterproportional zu.

Potenziale der Mitglieder, die im öffentlichen Dienst tätig sind, spielen kaum eine Rolle – im Unterschied zu anderen Linksparteien in Europa wie der SP in den Niederlanden oder der Sozialistischen Linkspartie Norwegens. Dies ist *eine* zentrale, unterbewertete strategische Ressource der Linken: eine Basis im öffentlichen Dienst zu verknüpfen mit einer offensiven und transformatorischen Politik der Stärkung des Öffentlichen.

Eine *zweite* liegt in ihrer Chance, libertäre und v.a. sich über kulturelle Selbstverständnisse positionierende Gruppen zu gewinnen, die für eine Verbindung der libertären und sozialen Linken stehen. Bei der Asylfrage, der Forderung nach einer im Grundgesetz verankerten Volksabstimmung oder die Forderung einer weniger strengen Regelung bei Schwangerschaftsabbrüchen z.B. beschreiben die Mitglieder von Die Linke sich in stärkerem Maße libertär als die Mitglieder der SPD. Dieses Potenzial wird in der Selbst- und Außenwahrnehmung der Partei oftmals übersehen und konnte bisher kaum Wirkungsmacht entfalten. Ähnliches gilt auch für die Wähler der Linken. Bei keiner anderen Partei gehört die Hilfe gegenüber sozial Benachteiligten in gleicher Weise zum Selbstverständnis. Gleichzeitig tolerieren ihre Wähler stärker als die anderer Parteien – mit Ausnahme der Grünen – Meinungen, denen sie nicht zustimmen können. Darüber hinaus sind den potenziellen Wählern der Partei die Entwicklung eigener Phantasie und Kreativität wichtig. Mit diesem Wählerpotenzial kann Die Linke kaum umgehen.

Die Mitglieder der Linken sind weniger in zivilgesellschaftlichen Organisationen verankert als ihre Wählerschaft. Sie sind kaum vertreten in Umweltverbänden, bei der freiwilligen Feuerwehr, Wohlfahrtsverbänden, Frauengruppen oder Jugendorganisationen. Auch ihre Mitwirkung in Bürgerinitiativen ist im Vergleich zu den Grünen schwächer. Stärker ist ihre Mitwirkung in sozialen Bewegungen. Die gewerkschaftliche Bindung ihrer Mitglieder ist ähnlich stark wie bei der SPD.

Eine dritte Ressource Der Linken ist, dass die Erwartungen der Mitglieder stärker als bei anderen Parteien mit der Verbesserung ihrer eigenen Lebenssituation verbunden sind. Es gilt also neben ihren klassischen Milieus auch linkslibertäre Wählerschaften anzusprechen, eine Politik des Öffentlichen und den Kurs einer innovativen Gestaltung der Parteiform zu verfolgen, der für die Anfangsphase der PDS charakteristisch war. Dann hat ein Mitte-unten-Bündnis eine Chance.

1 www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleA12.html, 20.4.2011

2 www.infratest-dimap.de/de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2011/april/

3 Zu diesen und folgenden Zahlen vgl. Klein, Markus und Tim Spier: Die Linke und ihre Mitglieder im Vergleich. Ergebnisse der deutschen Parteimitgliederstudie 2009, bisher unveröffentlichtes Vortragsmanuskript



GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND KLIMASCHUTZ

SEAN SWEENEY

WIE KÖNNEN GEWERKSCHAFTEN EIN VERBINDLICHES KLIMAABKOMMEN SICHERN?

Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat ihren beachtlichen Einfluss auf die Klimaverhandlungen in Cancún im Dezember 2010 nur in kleinem Kreis gefeiert. In der Abschlusserklärung wurde der Grundsatz eines »gerechten Übergangs für die Arbeiterschaft« festgehalten. Mehrere hundert Gewerkschafter, die im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) organisiert sind, werden 2011 daran arbeiten, den im Dezember in Durban stattfindenden Entscheidungskampf um das Klimaabkommen vorzubereiten. Sie wollen sicherstellen, dass Durban keine Wiederholung des 2009 gescheiterten Kopenhagener Treffens wird. Während in Cancún einige Fortschritte in Schlüsselfragen wie Finanzierung des Klimafonds, Technologietransfers und Wiederaufforstung erzielt werden konnten, bleibt der wichtigste Dissens die Verringerung des CO_2-Ausstoßes.





Ein Sieg in Durban könnte davon abhängen, ob Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen das Treffen zu einem Sammlungspunkt der Bewegungen machen. Eine gezielte Innenstrategie könnte durch eine Außenstrategie ergänzt werden, die Tausende in Durban selbst oder in ihren Heimatstädten einbezieht. Dafür wiederum müssten Gewerkschaften Finanzkrise und Klimakrise stärker in einen Zusammenhang stellen. Dass die aktuelle Wirtschaftsweise Mensch und Umwelt auf gleiche Weise missbraucht und deshalb verändert werden muss, muss zur einenden Devise werden. Die Arbeit an Lösungen für die Klimakrise bietet die Möglichkeit, nach vorne gerichtet über die Wirtschaftskrise zu sprechen. Je ehrgeiziger die Ziele der Emissionsminderung sind, desto mehr »Klimajobs« werden wahrscheinlich geschaffen.

GEWERKSCHAFTEN UND DIE UN-KLIMA-RAHMENKONVENTION

In den letzten Jahren haben zunehmend mehr Gewerkschafter an der alljährlichen Vertragsstaatenkonferenz (COP) der UN-Klimarahmenkonvention teilgenommen. Bald 200 Gewerkschaftsvertreter aus der ganzen Welt waren Teil der IGB-Delegation in Cancún. Der IGB vertritt 176 Millionen Beschäftigte in 151 Ländern. Die Teilnahme der Gewerkschaften an den letzten Klimatreffen hat dazu beigetragen, dass sich mehr progressive Organisationen und soziale Bewegungen für ein faires, weitreichendes und verbindliches Weltklimaabkommen nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 einsetzen. Gewerkschaften haben verstanden, wie groß die Bedrohung der Erderwärmung für die vorhandenen Arbeitsplätze und die Menschen ist. Sie haben auch verstanden, dass die Beschäftigung mit der Klimakrise ein Weg sein kann, den Kurs der ökonomischen Entwicklung grundlegend zu verändern. Die Klimakrise hat die Zukunft auf einzigartige und völlig unerwartete Art und Weise politisiert.

Die Intervention des IGB war nach zwei Seiten erfolgreich. Zum einen hat sie zur Rehabilitierung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) als anerkannter Rahmen für die Einführung eines effektiven neuen Weltklimaabkommens beigetragen. Zum anderen hat der IGB sichergestellt, dass in der Abschlusserklärung die Forderung nach einem »gerechten Übergang« (*just transition*) anerkannt wird. Während einige Gewerkschaften darauf zählen können, dass ihre Mitglieder vom Klimaschutz profitieren, ist es notwendig, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen, die ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen im Zuge des Umbaus zu einer Niedrigenergiewirtschaft verlieren.

Angesichts der Unternehmensfreundlichkeit der beteiligten Regierungen und des unbegründeten Vertrauens in »Marktlösungen« bei Fragen der Erderwärmung ist die Aufnahme dieser Formulierungen keine Kleinigkeit: die »Förderung eines gerechten Übergangs für die Arbeiterschaft, der Schaffung anständiger Arbeitsbedingungen und qualifizierter Arbeitsplätze im Einklang mit den nationalen Wachstumsgrundsätzen und -zielen und der Unterstützung des Aufbaus neuer Arbeitsplatzkapazitäten sowohl in produktions- wie in serviceorientierten Branchen, der Förderung von Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung«.





Sie ins endgültige Abkommen zu retten, wird 2011 das Hauptziel des IGB sein.

Für Gewerkschaften ist die Fortsetzung des UN-Prozesses aus zwei Gründen wichtig. Zum einen bedeuten die Gleichheitsgrundsätze, die in der Klimarahmenkonvention und im Kyoto-Protokoll festgelegt sind, dass jedes zukünftige Abkommen für Arbeiterinnen und Arbeiter und ärmere Länder positiv ausfallen könnte. Zum anderen sind erstmals soziale Bewegungen und eine breite Zivilgesellschaft zu Input und Mitarbeit eingeladen. Die globalen Verhandlungen standen kurz vor dem Kollaps, nachdem die USA und einige andere Länder 2009 die »Kopenhagener Vereinbarung« vorlegten. Diese Vereinbarung sollte die rechtlich verbindlichen Emissionsminderungen des Kyoto-Protokolls zugunsten freiwilliger Verpflichtungserklärungen ablösen. Gewerkschaften haben in Cancún einen Beitrag zu ihrer Wiederbelebung geleistet.

WISSENSCHAFT UND SOLIDARITÄT

Mit Unterstützung der internationalen Gewerkschaften verabschiedete die 13. Vertragsstaatenkonferenz 2007 den Bali-Aktionsplan, der auf Grundlage der Befunde des Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderung (IPCC) eine erhebliche Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes fordert. Laut IPCC ist es notwendig, dass die entwickelten Länder bis 2020 ihre Emissionen auf 25 bis 40 Prozent des Niveaus von 1990 senken. Das Cancún-Abkommen hat es den reichen Ländern leichter gemacht, sich vom Kyoto-Protokoll und wissenschaftlich fundierten und bindenden Senkungsverpflichtungen zu entfernen und ein freiwilliges System einzurichten, in dem jedes Land die angestrebten Emissionsminderungen selber angibt – dies entspricht dem Kopenhagener Abkommen. Die Abschlusserklärung von Cancún nimmt die Verpflichtungserklärungen der entwickelten Länder »zur Kenntnis« und ruft sie dazu auf, die Werte an die des IPCC anzupassen. Damit wurde das Modell der Selbstverpflichtung – trotz allem – als Ausgangspunkt für die Diskussionen über Emissionsminderungen anerkannt und wird die Treffen im Vorfeld der Durban-Konferenz bestimmen.

Gegen Ende des Treffens in Cancún forderte die IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow die Regierungen auf, »bis zum nächsten Treffen ihre Margen zu erhöhen« – wissend, dass die Verpflichtungserklärungen der entwickelten Länder bis 2020 bestenfalls eine Reduzierung von 16 Prozent des Niveaus von 1990 anpeilen und damit in Richtung einer Erderwärmung von drei bis fünf Grad Celsius im Jahr 2100 steuern. Die Folgen einer solchen Erwärmung sind kaum vorstellbar. Der IGB hat sich für verbindliche wissenschaftlich fundierte Ziele der Emissionsminderung bis 2020 und 2050 eingesetzt. Er hat internem Druck Stand gehalten(hauptsächlich von Seiten einiger US-Gewerkschaften), diese Ziele über Bord zu werfen. Der IGB hält diesen Ansatz aus drei Gründen für richtig: 1| Mit der Natur kann man nicht verhandeln. 2| Ehrgeizige Ziele können einen »Green New Deal« stützen, unter dem viele gute und qualifizierte Arbeitsverhältnisse geschaffen werden und das Wirtschaftsleben um die Bedürfnisse der Menschen wie auch der Umwelt herum neu strukturiert wird. 3| Der IGB ist so mit den Menschen solidarisch, die die Auswirkungen der Erderwärmung bereits spüren.





Die internationalen Gewerkschaften unterstützen den in der Rahmenkonvention verankerten Grundsatz, dass Regierungen »auf Grundlage und im Einklang mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und gemäß ihrer Möglichkeiten« handeln sollten, um das Klima zu schützen. Die reichen Länder verursachen derzeit mehr als 60 Prozent des jährlichen Treibhausgas-Ausstoßes, obwohl nur 20 Prozent der Weltbevölkerung dort lebt. Seit 1950 haben die USA ein Gesamtvolumen von knapp 50,7 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre geblasen, während China und Indien (4,6 bzw. 3,5-mal so bevölkerungsreich wie die USA) bisher nur 15,7 bzw. 4,2 Milliarden Tonnen produziert haben. Doch in den schnell wachsenden Ländern nehmen die Emissionen schnell zu, dort werden zukünftig die meisten Emissionen verursacht.

Der solidarische, internationalistische Standpunkt des IGB hat einen Handlungsrahmen geschaffen, der die Unterstützung von nationalen Gewerkschaftsverbänden und Einzelgewerkschaften verdient. Gewerkschaften in den USA kommt hier eine besonders wichtige Rolle zu. Der Ansatz der »freiwilligen Verpflichtung«, wie er im Kopenhagener Abkommen vorgeschlagen wurde, fand Unterstützung durch den Dachverband AFL-CIO und durch die Blue Green Alliance (BGA), ein Bündnis von Gewerkschaften und Umweltorganisationen für die Schaffung »grüner« Jobs. Darin kommt die Sorge zum Ausdruck, dass in den USA Arbeitsplätze im Energiesektor und in der Industrie durch ein globales Klimaabkommen bedroht wären, das den Druck der Emissionsreduzierung auf Arbeitgeber abwälzt. Doch einige Gewerkschaften in der BGA aus den Bereichen Bau (LiUNA), Transport (TWU), Dienstleistungen (SEIU) und öffentliche Versorgung (UWUA), die 2,9 Millionen Beschäftigte vertreten, haben sich in Cancún in einer eigenen Erklärung für die Position des IGB und für die verbindlichen Klimaziele des IPCC ausgesprochen.

WO IST DER GREEN NEW DEAL GEBLIEBEN?

Die starke Haltung der internationalen Gewerkschaften zum Klimawandel muss nun mit Leben gefüllt werden – und das wird schwierig. In bemerkenswertem Tempo sind sozialdemokratische Antworten auf die ökonomische Krise verläppert. Gelder aus dem »Konjunkturpaket« haben geholfen, eine schreckliche Situation in eine schlechte zu verwandeln, aber die Maßnahmen veränderten nicht den weiteren Gesamtverlauf. In den USA wurden acht Millionen Arbeitsplätze vernichtet; ohne das Konjunkturpaket wären es wohl 16 bis 17 Millionen gewesen. Kommunen und Bundesstaaten streichen die öffentlichen Ausgaben drastisch, viele stehen kurz vor dem Bankrott, und weitere Arbeitsplätze werden vernichtet werden. Als der australische Premierminister Kevin Rudd 2008 von einem »Systemwechsel« sprach, verkündete er das Ende des Neoliberalismus und den Beginn einer neuen Phase sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Nach einer kurzen Auszeit auf Kosten der Steuerzahler ist der radikale Kapitalismus jedoch wieder am Steuer.

In den letzten Jahren hat die internationale Gewerkschaftsbewegung auf Grundlage der Einschätzung agiert, dass es letztlich nur zwei gangbare Optionen gibt: Entweder





geht die Menschheit den Weg des »grünen Kapitalismus«, in dem Wirtschaftswachstum von Emissionen und Umweltzerstörung entkoppelt ist, oder wir stehen dem Szenario eines Selbstmord-Kapitalismus gegenüber, in dem Ölfirmen und große Industrie-, Agrar-, Verkehrs- und Handelsunternehmen ungestört ihre Interessen verfolgen. Die Hauptverfechter eines grünen Kapitalismus vertreten die Auffassung, dass die Entwicklung eines klimafreundlichen Kapitalismus hauptsächlich von einer politisch verordneten CO_2-Steuer abhängt, die mit Emissionszertifikaten beginnt und in einen Weltmarkt für CO_2-Handel mündet. Der IGB und seine Mitgliedsorganisationen bewegen sich links von dieser Diskussion. Umweltverschmutzern gegenüber verteidigen sie den grünen Kapitalismus, und zugleich werben sie für einen »Green New Deal«, dessen Grundlage Rechte von Beschäftigten, Investitionen in Infrastruktur und ein starker öffentlicher Sektor sind. Gewerkschaften sind nicht grundsätzlich gegen Märkte für Emissionshandel, aber genauso wenig halten sie sie für ein magisches Gegenmittel, das das System von seinem Schmutz befreit. Die aggressiven neoliberalen Reaktionen vieler Regierungen auf die große Rezession versetzten der Aussicht auf einen grünen Kapitalismus – egal ob marktgetrieben oder Green New Deal – einen schweren Schlag.

EINS, ZWEI, VIELE DURBAN

Diese düsteren Aussichten werfen für Gewerkschaften wichtige strategische, taktische und programmatische Fragen auf. Ohne nennenswerten Druck von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wird es kaum zu einem Green New Deal kommen. Und selbst dann könnte er sich nicht ohne entschlossenes staatliches Eingreifen halten, das langfristige öffentliche Investitionen und einen Ausbau des öffentlichen Sektors zum Kern hat. Dies könnte die Grundlage für ein politisches Programm sein, mit dem Gewerkschaften die Jobkrise und die Klimakrise zugleich thematisieren können und zwar auf eine Weise, die Gewerkschaften und Bündnisse stärkt. Ein solches Programm muss den Mitgliedern nahe gebracht und mit anderen Bewegungen mit Blick auf die Entwicklung von sichtbaren Aktionen und Massenprotesten diskutiert werden. Es ist ermutigend, dass Gewerkschaften in vielen Ländern gegen die Sparpolitik ihrer Regierungen mobilisiert haben. Hier einen starken Klima- und Umweltakzent zu setzen, könnte für Gewerkschaften eine Möglichkeit sein, enger mit Klima- und Umweltschutzbewegungen zusammen zu arbeiten.

Ein Green New Deal, in dessen Zentrum Arbeitsplätze, ein starker öffentlicher Sektor und demokratische Kontrolle stehen, kann ein Weg sein, Gewerkschaften und soziale Bewegungen mit einer gemeinsamen Veränderungsperspektive zu mobilisieren. Gewerkschaften können überall die Innenstrategie in Durban durch eine Strategie »von außen« stützen, denn die Verbindung von Klima- und Umweltschutzfragen mit Gewerkschaftsforderungen zur Verteidigung von öffentlichen Diensten und der Sozialversicherungen ist genau das. Durban bietet den perfekten Rahmen für eine Demonstration von Dringlichkeit, wie sie in Seattle stattgefunden hat. Das von Kohle







Protest in Granada
flickr/agm92

abhängige Südafrika ist weltweit das Land mit der größten Ungleichheit. 43 Prozent der Bevölkerung lebt von weniger als zwei Dollar am Tag, die Arbeitslosigkeit sinkt selten unter 35 Prozent, und mehr als 60 Prozent der Erwerbslosen hatten noch nie eine Arbeitsstelle. Trotzdem sind Südafrikas Gewerkschaften in der Lage, Proteste zu initiieren. Im August 2009 beteiligten sich 1,3 Millionen Angestellte des öffentlichen Dienstes an einem bundesweiten Streik. Die Bewegung für Klimagerechtigkeit wurde in Durban gegründet, Fragen von Klima, Umwelt, wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit auf neue und innovative Weise in den Mittelpunkt von Organisierung stellt. Es gibt erste Pläne für eine Vertragsstaatenkonferenz »von unten« (*People's COP*), aber es muss noch viel getan werden, wenn Durban ein Sammlungspunkt für Gewerkschaften und ihre Verbündeten werden soll. In Kopenhagen skandierten 100 000 Menschen »Systemwechsel statt Klimawandel« – aber die Stimme der Gewerkschaften konnte man eher in Hunderten als in Tausenden messen. In Durban geht es nicht um die Größe der Demonstration, sondern darum, die Möglichkeit zu nutzen, die diskutierten (oder ignorierten) Themen von Durban in Gewerkschaften, Gruppen, Gemeinden und Treffen auf der ganzen Welt zu tragen.

Aus dem Englischen von Catharina Schmalstieg



FRAGEN AN EIN KAPITALISMUSKRITISCHES FEMINISTISCHES PROJEKT

IRENE DÖLLING

Unser Kopf ist rund,
damit das Denken
die Richtung ändern kann
Francis Picabia

Die kapitalistisch-bürgerlich-demokratische Gesellschaft befindet sich in einer Krise, die alle Teilsysteme erfasst, wenn auch ungleichzeitig. Krisen sind »historische Momente höchster Unsicherheit«, ihr Ausgang ist nicht vorhersehbar, auf sie kann »reaktionär, konservativ, progressiv oder transformatorisch reagiert werden« (IfG 2009, 9). Krisen sind also auch günstige Zeiten für kapitalismuskritische Gesellschaftsanalysen, die im Gegebenen, in den Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen der aktuellen Gesellschaft objektive Bedingungen und subjektive Potenziale für Transformationen auffinden, die über den *Status quo* hinausweisen. Die Suche nach einer alternativ-transformatorischen Antwort kann nur ein kollektiver Prozess vielfältiger Akteure sein, der nicht in *einen*





Gesellschaftsentwurf mündet, sondern sich durch eine Vielzahl von pfadabhängigen, lokal und historisch gerahmten Varianten auszeichnet. Insofern geht es aus meiner Sicht auch nicht um *das* feministische alternative Gesellschaftskonzept oder *das* kapitalismuskritische feministische Projekt, das sich von anderen Konzepten abhebt und abgrenzt, nicht zuletzt dadurch, dass es primär Geschlechterverhältnisse – oder noch eingegrenzter: Frauen – ins Zentrum rückt. Vielmehr geht es darum, in die Debatten um eine alternativ-transformatorische Antwort spezifische Erkenntnisse bzw. Fragestellungen des Feminismus einzubringen, durch die die Konzepte einer anderen, gerechteren, solidarischen Gesellschaft bzw. eines guten, würdigen Lebens eine von der Geschichte und den Kämpfen des Feminismus beeinflusste Färbung erhalten. Diese Mitarbeit an alternativen Entwicklungspfaden schließt aus meiner Sicht auch die Festlegung auf ein vorab bestimmtes theoretisches Konzept zur Analyse von Geschlechterverhältnissen aus. Sie muss vielmehr vom *state of the art* der Frauen- und Geschlechterforschung ausgehen und möglichst offen sein für das, was sich real vollzieht, und komplexe Erkenntnismittel für die Konstruktion und Analyse ihrer Erkenntnisgegenstände einsetzen.

Seit Längerem ist eine »Landnahme« (auch) feministischer Ideen und Ziele in neoliberalen Gesellschaftsentwürfen und politischen Strategien zu beobachten (vgl. Fraser 2009). Diese Vereinnahmung und Uminterpretation in veränderten ökonomischen, politischen und kulturellen Kontexten dient »der Legitimation eines strukturellen Umbaus der kapitalistischen Gesellschaft, welcher feministischen Visionen einer gerechten Gesellschaft diametral zuwiderläuft« (44). Forderungen und Erkenntnisse der Neuen Frauenbewegung bzw. der Frauen- und Geschlechterforschung erweisen sich »als integraler Bestandteil einer anderen gesellschaftlichen Transformation […], welche die Feministinnen weder erstrebt noch vorhergesehen haben – einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation des Nachkriegskapitalismus« (ebd.). Um die Kritikfähigkeit und den emanzipatorischen Anspruch des Feminismus wieder zu erlangen, die in den letzten Jahrzehnten eine ziemliche Schwächung erfahren haben, ist es m. E. sinnvoll, sich an gesellschaftlichen Problemfeldern anzuschauen, wie diese »Landnahme« erfolgt ist, und Erkenntnisse und Ziele des Feminismus zu aktivieren und in veränderten Kontexten als Beitrag zu einer kapitalismuskritischen Gesellschaftsanalyse zu positionieren.

Seit geraumer Zeit lassen sich – vorangetrieben auch durch die EU-Politik – Verschiebungen in der institutionellen Trias von Arbeitsmarkt, Sozialstaat (auch seinem Rechtskomplex) und Familie beobachten. Diese Verschiebungen werden von den aktuell hegemonialen politischen Kräften mit rhetorischen Formeln und Klassifikationen benannt und gedeutet, die scheinbar den emanzipatorischen Ansprüchen und Zielen der Frauenbewegung der 1970er und 80er Jahre entsprechen. So wird die Erwerbstätigkeit von Frauen als Grundlage ihrer ökonomischen, politischen und konsumtiven Unabhängigkeit betont, es werden bessere





Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefordert und entsprechende politische Programme aufgelegt. Das Ernährermodell gerät sogar in CDU/CSU-Kreisen als unzeitgemäß in Verruf. In der Rechtssprechung schlägt sich dies als Forderung nach gesetzlich verankerter Frauen-Quote in Führungspositionen nieder. Was auf den ersten Blick wie die Realisierung der Forderungen der Frauenbewegung aussieht, erweist sich bei genauerem Hinsehen als »Landnahme« – all die gleichstellungspolitischen Maßnahmen *von oben* erweisen ihren Sinn im Kontext einer Neuordnung der kapitalistischen Moderne, in der sich bisherige Anrufungen der vergeschlechtlichten Subjekte (z.B. als Normalarbeiter und Ernährer der Familie bzw. als dazuverdienende Hausfrau), bisherige Formen geschlechtlicher Arbeitsteilungen und praktizierter Geschlechterarrangements als zunehmend »veraltet« und dysfunktional erweisen. Einbeziehung möglichst aller Frauen in Erwerbstätigkeit meint hier nicht in erster Linie die ökonomische Unabhängigkeit von einem Ernährer, sondern zielt auf die effektive wirtschaftliche Nutzung des (mehr oder weniger qualifizierten) Humankapitals und die Entlastung des Sozialstaats von bestimmten Leistungen. Die rechtlichen Änderungen sollen vor allem die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen für die individuelle Existenzsicherung als individuelle Norm der Lebensführung stimulieren bzw. erzwingen. Bei der Frauenquote geht es in erster Linie darum, die mittlerweile hohen Qualifikationen bestimmter Gruppen von Frauen nicht ökonomisch-ineffizient brach liegen zu lassen. Allerdings zeitigt das angestrebte *adult-worker-model* durchaus ambivalente Wirkungen und stellt deshalb eine Herausforderung an den politischen wie wissenschaftlichen Feminismus dar. Wie können die emanzipatorischen Potenziale, die die Frauenbewegung in einer gesellschaftlichen Umbewertung und Anerkennung von Für- und Vorsorgetätigkeiten gesehen hat, erneut und in neuen Formaten in die Debatte gebracht werden? Das kann meines Erachtens nicht gelingen, wenn sich die konzeptionellen Anstrengungen auf einen erweiterten Arbeitsbegriff reduzieren, der neben der Erwerbs- auch die so genannte Care-Arbeit einbezieht und anerkennt. Notwendig ist vielmehr ein Paradigmenwechsel, der die gedankliche Überschreitung und die praktische Überwindung der normativen und institutionellen Regulierungen der Arbeitsgesellschaft ermöglicht. Es geht nicht allein darum, den Androzentrismus in den bisher gängigen Vorstellungen von (Erwerbs-)Arbeit zu kritisieren und zu betonen, dass die so genannte reproduktive Arbeit gesellschaftlich wie individuell genauso wichtig und unverzichtbar ist und deshalb in einer Care-Ökonomie Anerkennung finden muss. Es geht darum, die Arbeitsgesellschaft mit ihrer Dominanz von Erwerbsarbeit als einen grundlegenden, umfassenden Integrations- und Vergesellschaftungsmodus zu begreifen und ernst zu nehmen, dass er die Menschen nicht nur als Arbeitskraft betrifft, sondern ihren Status bestimmt und bis in ihre alltäglichen Lebensformen mit ihren vergeschlechtlichten Arbeitsteilungen sowie in ihre (Geschlechts-) Identitäten hinein konstituierend wirkt. Es ist das historische Verdienst des Feminismus, auf die strukturelle Trennung und Hierarchi-





Protest in Spanien
© flickr/TzazuZuri







Protest in Madrid
© Javier
Rodríguez Alonso,
www.javir.es

sierung von so genannten produktiven und reproduktiven Tätigkeiten, von (bezahlter und gesellschaftlich anerkannter) Erwerbsarbeit und »privat«, vor allem in der Familie geleisteten, minder bewerteten und anerkannten Tätigkeiten der Fürsorge, der individuellen und generativen Reproduktion aufmerksam zu machen und die Ursachen dafür in Strukturen kapitalistischer Vergesellschaftung zu sehen. Feministische Kritik richtete sich ja nicht allein auf Geschlechterungleichheiten des *Status quo*, die abzubauen wären. Sie richtete sich auch und keineswegs nachrangig auf die Ursachen für eine solche Trennung und Vergeschlechtlichung, die ganz entscheidend in der Dominanz kapitalistischen Wirtschaftens und seiner spezifischen Logik von Wachstum, Rationalität, Effektivität liegen. Die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsarbeit, das Erlangen von sozialer Anerkennung in kooperativen Beziehungen und durch Lohn war zwar für den Feminismus ein Schritt vorwärts in der Emanzipation, aber nicht die Lösung des Geschlechterproblems. Dieses wurde letztlich in der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, insbesondere der kapitalistisch-ökonomischen, gesehen. Diese gesellschaftskritische Dimension des Feminismus gilt es m. E. zu beleben und in die Debatten um linke Gesellschaftsentwürfe einzubringen – und zwar in einem Ansatz jenseits »der Hegemonie der Erwerbsarbeit« (Hirsch 2010, 72). Der Feminismus hat – bei aller Zustimmung, dass kapitalistische Lohnarbeit nicht nur Entfremdung und Ausbeutung ist, sondern auch, wenn auch in verzerrter Form, soziale Anerkennung – darauf hingewiesen, dass die in der »Privatform« geleisteten Tätigkeiten und die Zeitstrukturen der individuellen Für- und Selbstsorge Potenziale enthalten, die auf ein freundliches, ökologisch sensibles und solidarisches Miteinander und auf gute Bedingungen für ein würdevolles Leben aller zielen. Er hat das Argument stark gemacht, dass diese Tätigkeiten daher nicht der Logik kapitalistischen, also profitorientierten Wirtschaftens unterworfen werden sollten. Und genau dies müsste m.E. im Zentrum eines alternativ-transformatorischen Gesellschaftsentwurfs stehen: den Fokus auf Tätigkeiten und Zeitstrukturen zu richten, die den Menschen Souveränität über ihre Zeit und Entscheidungsraum über die Bedingungen und Formen ihrer





Lebensführung ermöglichen, auf Aktivitäten, die dem Miteinander, der Sorge um sich und um andere Priorität einräumen, und diese als allgemeine und allen zugängliche sinnvolle soziale Praxis anzuerkennen. Es geht dabei, wie Hardt und Negri formulieren, um die »Abschaffung ›des Arbeiters‹« (2010, 340), d.h. der Arbeiter-Identität. Denn diese zeichnet sich – als Resultat der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft und unbeschadet sozialer Reformen – dadurch aus, dass die Subjektivität der Menschen den Reproduktionszwängen der Arbeitskraft unterworfen und individuelle sowie familiäre Zeit Unternehmensinteressen untergeordnet bleiben. Der symbolische und praktisch-politische Kampf um Tätigkeiten und Zeitvolumen, die dem Diktat ökonomischer Effizienz und kapitalistischer Wirtschaftslogik entzogen werden, und das Aufbrechen der bis in die (vergeschlechtlichte) Arbeiter-Identität verfestigten »Überbewertung der Lohnarbeit« (Fraser 2009, 52) sind zwei Seiten einer Medaille. Die alte feministische Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung der bis dahin mehrheitlich von Frauen geleisteten Für- und Versorgetätigkeiten wäre sowohl zu aktivieren als auch über eine Umverteilung von verschiedenen Formen von Arbeit zwischen den Geschlechtern hinaus zu verallgemeinern: im Sinne einer Neubewertung von Tätigkeiten, die für die gesellschaftliche wie individuelle bzw. generative Reproduktion notwendig sind.

Eine Auseinandersetzung mit dem Arbeitsbegriff bzw. dem Erwerbsarbeitsparadigma wäre aber auch notwendig, um die kapitalismuskritische Perspektive des Feminismus selbst (wieder) zu stärken. Bisher dominiert die Tendenz, den Arbeitsbegriff über Erwerbsarbeit hinaus zu erweitern, also tendenziell alle menschlichen Tätigkeiten als eine Form von Arbeit zu fassen. Dabei steht Care Arbeit bzw. Care Ökonomie im Vordergrund. Ausgehend von der Prognose, dass (personenbezogene) Dienstleistungen wirtschaftlich an Bedeutung gewinnen bzw. die Industrieproduktion vom ersten Platz verdrängen, wird Care Arbeit, zu der individuell geleistete Fürsorgetätigkeiten (im Haushalt) und professionalisierte Fürsorgearbeit im Dienstleistungsbereich gleichermaßen gezählt werden (vgl. Madörin 2006; 2007; Haidinger 2008), als Arbeit der Zukunft, als Grundlage einer »Wohlfahrtsökonomie« (Madörin) konzipiert. In diesen Vorschlägen bleibt undiskutiert, wo es unter den gegebenen ökonomischen Machtverhältnissen Ansätze gibt, die Logik kapitalistischer Profitorientierung durch eine Wohlfahrtslogik abzulösen – und offen bleibt, wie mit diesen Vorstellungen konzeptionell und praktisch-politisch der aktuell starken Tendenz einer Ökonomisierung des Sozialen entgegengewirkt werden kann. Ich sehe die Gefahr, dass die nicht-ökonomische Logik dieser Tätigkeiten, die es politisch auf die Agenda zu setzen und praktisch in den individuellen Habitus zu verankern gilt, verfehlt wird und damit das alternativ-transformatorische Potenzial verschenkt wird, das in der Fokussierung auf die Begrenzung und Einschränkung der ökonomischen Logik steckt. Wenn der Feminismus sich darauf besinnt, dass die sozialen Bereiche, die nicht der Logik kapitalistischen Wirtschaftens und Effizienzdenkens unterliegen, ausgeweitet



werden müssen, kann er die Suche nach alternativen Gesellschaftsentwürfen bereichern.

Die Verabschiedung des Erwerbsarbeitsparadigmas kann in einem alternativ-transformatorischen Gesellschaftsentwurf konzipiert werden – das Aufbrechen der »Arbeiter-Identität«, die Ausbildung einer veränderten Sicht auf die Welt, ist nur möglich in einem Prozess des *praktischen Erfahrungen-Machens* und habituellen »Trainings«. Arbeitszeitverkürzungen, ein (bedingungsloses) Grundeinkommen, allgemein zugängliche Bildungsangebote usw. sind notwendige Bedingungen dafür, dass Menschen es für sich als sinnvoll ansehen, sich von den Wirkungen des Erwerbsarbeitspradigmas praktisch zu lösen. Dabei spielen Tätigkeitsbereiche, die bisher nicht oder weniger stark als die Erwerbssphäre der ökonomischen Logik unterworfen sind, eine zentrale Rolle. Das Erproben neuer Formen der Lebensführung, die weniger oder gar nicht mehr von den Zwängen kapitalistischer Lohnarbeit bestimmt sind, ist deshalb untrennbar mit Formen direkter Demokratie, mit Engagement in lokalen Projekten, mit der Einflussnahme auf die unmittelbaren Lebensbedingungen verbunden. Nicht nur zeigen z.B. Internetplattformen, Wikipedia oder Stuttgart 21, dass es ein großes Interesse gibt an demokratischen Formen der Vernetzung, des Zugangs zu Wissen und der Einflussnahme auf Entscheidungen, die das Leben aller betreffen. Aus der Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation sind es auch solche Aktivitäten, Projekte und Bereiche, in denen die Menschen wieder ein größeres Stück an Souveränität über das eigene Leben und die Fähigkeit zur Wahrnehmung ihrer Rechte als BürgerInnen entwickeln können. Auch hier muss der Feminismus sich auf die Erfahrungen des *consciousness-raising* und selbstorganisierter Projekte besinnen, die auf die Erweiterung des Wissens in unmittelbar-praktischen Bezügen und auf die Eigenverantwortung in konkreten Projekten zielen – und so dazu beitragen, diese in einen größeren Kontext einzubinden und zu neuen Organisationsformen führen, die auf die Stärkung der Zivilgesellschaft gegenüber staatlichen Institutionen gerichtet sind. Das erfordert auch ein Neudenken, was unter »Öffentlichkeit« zu verstehen bzw. politisch durchzusetzen ist. Feminismus sollte sich also theoretisch und politisch daran beteiligen, Formen direkter Demokratie gegenüber einer »von oben« gelenkten Gleichstellungspolitik zu stärken, allerdings ohne daraus – wie es in den Anfängen der Frauenbewegung ja durchaus der Fall war – abstrakte Gegenüberstellungen zu machen bzw. den Staat als Institution generell abzulehnen. Vielmehr ginge es darum, mittels Formen direkter Demokratie Druck zu erzeugen, um die Logik staatlichen Handelns den Interessen der BürgerInnen zu unterwerfen, also auch bisherige Formen von Herrschaft, die immer auch eine Geschlechterdimension haben, zu unterminieren.

Alternative Gesellschaftsentwürfe haben nur dann eine Chance auf Resonanz, wenn sie an widersprüchliche Erfahrungen und Bedürfnisse von Menschen anknüpfen, aus denen Interessen für praktische Veränderungen resultieren (können). Eine symbolische Revolution in den Köpfen – also ein Aufbrechen der »Arbeiter-Identität« – setzt voraus, dass Verhältnisse und Lebensbedingungen »selbst





schon in einen Zustand der Fragwürdigkeit und der Krisenhaftigkeit übergegangen sind« (Bourdieu 2001, 304). Aktuell besteht die paradoxe Situation, dass Erwerbsarbeit nach wie vor – sogar verstärkt – über Existenzsicherung und soziale Position entscheidet und gleichzeitig prekär wird, also genau diese Funktionen und die an sie geknüpften Erwartungen für immer weniger Menschen erfüllt. Erwerbsarbeit wird verallgemeinert und verspricht in Gestalt der »neuen Arbeitskraft« eine größere Anerkennung von Kreativität und sozialen Kompetenzen im Arbeitsprozess, gleichzeitig werden mit den Übergriffen auf die individuelle freie bzw. familiär verfügbare Zeit Ansprüche auf Selbstverwirklichung und ein selbstbestimmtes Leben eher eingeschränkt. Dies sind Konflikte, die einen Nährboden für eine symbolische Revolution bilden (können). Eine stärkere Wahrnehmung dieser Konfliktpotenziale aus der Perspektive des skizzierten Paradigmenwechsels hätte unmittelbare Folgen für linke bzw. feministische Positionen in aktuellen Diskursen. Dies würde zum einen die Gefahr mindern, sich an der Reproduktion von Herrschaftszusammenhängen mit den Mitteln »rationaler Kommunikation« (Bourdieu 2001, 106 f) (ungewollt) zu beteiligen. Etwa, indem Ansätze von Lebensformen jenseits des Paradigmas der Erwerbsarbeit gar nicht als für ein emanzipatorisches Projekt wichtig wahrgenommen werden (können) und diejenigen, die längerfristig oder endgültig aus dem Erwerbsystem herausfallen, als bloße Opfer eines grausamen Systems gesehen werden, denen die Potenzialität abgesprochen wird, etwas Neues in die Welt bringen zu können. Oder indem mit einem erweiterten Arbeitsbegriff bzw. einer Fokussierung auf Care Ökonomie die ansonsten kritisierte Ökonomisierung des Sozialen unter der Hand reproduziert oder mit der Forderung nach einer *work-life-balance* der Rahmen des *Status quo* nicht überschritten wird. Das würde zum anderen – positiv, über die bloße Kritik hinausgehend – befördern, dass in den Diskussionen um eine alternative Gesellschaft diese Konflikte so wahrgenommen und begrifflich reflektiert werden, dass deutlich wird, wie attraktiv ihr Potenzial für eine Transformation der Arbeitsgesellschaft für verschiedene Akteursgruppen ist.

LITERATUR

Bourdieu, Pierre, 2001: *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt/M

Fraser, Nancy, 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8/2009, 43–57

Haidinger, Bettina, 2008: Prekarität mit Geschichte. Die Care-Ökonomie der Privathaushalte, in: *Kurswechsel*, H. 1, 34–45

Hardt, Michael, und Antonio Negri, 2010: *Common Wealth. Das Ende des Eigentums*. Frankfurt, New York

Hirsch, Michael, 2010: Die Restauration der Arbeitsgesellschaft. Hartz IV und die Hegemonie der Erwerbsarbeit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 11/2010, 67–74

Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2009: *Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke*. Kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung 01/2009; zit: IfG

Madörin, Mascha, 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Torsten Niechoj und Marco Tullney (Hg.), *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*. Marburg, 277–97

Dies., 2007: *Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze*. In: Denknetz. Jahrbuch, 141–62





VIER-IN-EINEM-PERSPEKTIVE

KOMPASS FÜR DIE POLITISCHE PRAXIS

GESPRÄCH MIT FRIGGA HAUG

Die Vier-in-einem-Perspektive (4in1) von Frigga Haug orientiert auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Zeitregimes: Eine radikale Verkürzung der im Erwerbsleben verbrachten Zeit soll Räume öffnen für die Beteiligung aller nicht nur an den Erfordernissen der menschlichen Reproduktion – dem »Mensch-Mensch-Bereich« –, sondern auch am Bereich politisch-gesellschaftlicher Teilhabe und der »Arbeit an sich selbst«. Haug will oft auf Teilbereiche beschränkte Bewegungen verknüpfen: »diejenigen, die der Lohnarbeit als fremd verfügter Arbeit entspringen; diejenigen, die aus der Verfügung der Männer über die Frauen herrühren; diejenigen, welche die Abtrennung des Politischen von den unmündigen Subalternen durchbrechen; und schließlich diejenigen, die dagegen protestieren, dass den meisten Menschen die konkret-mögliche Entwicklung ihrer Anlagen vorenthalten wird«[1]. Seit 2008 ist 4in1 Gegenstand vielfältiger Debatten. In den folgenden Ausgaben werden wir diese Diskussionen in loser Folge fortsetzen.

Wie wird 4in1 in der Linken diskutiert?

4in1 orientiert auf ein »Fernziel«, wie Rosa Luxemburg das nennt, das zu seiner Realisierung die Überwindung des Kapitalismus voraussetzt. Das hat ihr den Vorwurf eingebracht, sie sei bloße Utopie und tauge nichts für die politische Praxis. Meiner Ansicht nach orientiert sie auch die Schritte, die hier und heute politisch »als Nahziel« zu gehen sind. Sie hat aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts gelernt und versucht eine ungewöhnliche Reformulierung sozialistisch-demokratischer Ziele. Zentral ist die politische Einmischung aller als demokratisches Erfordernis, gleichzeitig geht es um die Erkenntnis, dass »die Entwicklung eines jeden Voraussetzung der Entwicklung aller ist« (Marx). Schließlich geht 4in1 davon aus, dass der Grad der menschlichen Emanzipation ablesbar ist an der Frauenbefreiung, weil hier die Überwindung eines brutalen Verhältnisses eines jeden gegen jede am sichtbarsten wird. Sie hat zum Ziel, das Verhältnis zu Kindern, Alten, Kranken, Behinderten nicht als weibliche Hausarbeit abzuschieben, sondern als menschliche Tätigkeit an Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. An ihre Seite rücken die notwendigen Tätigkeiten zur Bewahrung der Natur. Die Verknüpfung und Verallgemeinerung dieser Bereiche, ihre Installierung in ein jedes Leben verlangen die radikale Verkürzung der Zeit, die in die Lebensmittelproduktion und Verwaltung eingebracht wird. Dies bringt eine andere Balance für ein gutes Leben.[2]

Die Herauslösung des Arbeitsbegriffs aus der in der Form der Lohnarbeit verbrachten Tätigkeit und seine Verallgemeinerung auf die anderen Tätigkeiten des menschlichen Lebens ist ebenfalls Gegenstand kritischer Auseinandersetzung. Der in diesem Zusammenhang formulierte Vorwurf zielt darauf, dass der Gegensatz von Kapital und Arbeit verwischt und die Position des Klassenkampfes und damit auch die Organisationen, die die Lohnarbeiterschaft vertreten, geschwächt würden. Hier schwingt mit, die 4in1-Forderung nach einer radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit könne als Angriff auf die Versuche gewertet werden, Arbeitsplätze und Beschäftigung in den strukturellen Krisen zu erhalten. Doch ist die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit – von Elmar Altvater kürzlich als notwendige »Kulturrevolution« bezeichnet – gerade jetzt an der Zeit. Ebenso an der Zeit ist die Herausbildung einer Gegenwehr der »Überflüssigen«, die den Sockel der prekär Beschäftigten und der Armut bilden und durch demütigende und bis in die Intimsphäre verfügende Maßnahmen mitgeschleift werden. Dass die »sozialen Garantien des Lebens« unbedingte Voraussetzung dafür sind, dass politische Beteiligung möglich wird, diese Einsicht Rosa Luxemburgs hat sich verhärtet zu einer Position, die als Spaltungsmaterial in den politischen Kämpfen nutzbar wird. Zur Zerreißprobe wird, ob man das »bedingungslose Grundeinkommen« fordert oder den »Vollzeiterwerbsarbeitsplatz«. Die Positionen gegeneinander zu stellen, als seien es unveränderbare Wesenheiten und nicht jeweils Produkte zeitgemäßer Kämpfe um Arbeitsplätze bzw. um die bloße Existenz und Menschenwürde, die beide in der jetzigen kapitalistischen Krise bedroht sind, ist jedoch politisch fatal.





4in1 ist keineswegs identisch damit, ein bedingungsloses Grundeinkommen zu fordern. Sie geht aus von der Arbeit, nicht vom Einkommen[3], um den Schäden, die die kapitalistische Entwicklung schlug, Paroli zu bieten. Gleichzeitig ist 4in1 ein Versuch, beiden Positionen ihr Recht und eine Sprache zu geben. Ich bevorzuge den Begriff der »sozialen Garantien des Lebens«, da er das menschliche Existenzrecht einfordert, statt auf staatliche Bevormundung zu fixieren. Doch wir müssen auch beantworten, wie viel Zeit bei der derzeitigen Produktivkraftentwicklung notwendig in der industriellen Produktion und im Dienstleistungs- und Verwaltungssektor verbracht werden muss, um die Gesellschaft zu reproduzieren. Marx stellt die Frage in den Rahmen einer Ökonomie der Zeit. Der Reichtum von Gesellschaften ist mit daran zu messen, wie viel frei verfügbare Zeit die Einzelnen bei Sicherung ihres Lebensunterhalts haben. Oder anders: Die notwendige Arbeit sollte auf alle verteilt, in ihren Anforderungen »humanisiert« und immer weiter reduziert werden, um den Freiheitsraum zu vergrößern, in dem die Einzelnen sich entfalten können. Insofern verstehe ich die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit als unbedingte Voraussetzung für die Perspektive eines »guten Lebens«. Die Teilhabe aller an den gesellschaftlich nötigen Arbeiten in und außerhalb der Lohnarbeit bleibt Bedingung. Ihre Anmessung an menschliche Würde desgleichen.

Als Politik von Frauen bezeichnet, scheint 4in1 Männer auszuschließen. Sie ist aber umgekehrt die Anstrengung, auf eine wirklich allgemeine Politik für alle zu zielen, gerade, indem sie vom Standpunkt der Frauenarbeit in der Gesellschaft formuliert ist. Es ist notwendig, die auf die unmittelbaren Lebensfragen der Menschen und ihrer Umwelt verwandte Arbeit auf eine gleichrangige Position zu ziehen, eben um sie nicht dem Lohnsystem und seiner Zeitlogik des »schneller, rationeller, effektiver« zu unterwerfen. Eine solche Gleichrangigkeit setzt voraus, dass alle einen Erwerbsarbeitsplatz mit stark verkürzter Zeit haben, von dem sie gut leben können. Es ist wichtig, dies nicht wie gewohnt als »vollen Lohnausgleich« zu benennen, weil die Löhne höchst ungleich und ungerecht sind und die Bedürfnisse sich ändern. Was zu einem guten Leben gehört, muss selbst in demokratischer Teilhabe ausgehandelt werden. Erst wenn die Einzelnen nicht mehr acht Stunden oder mehr in der Erwerbsarbeit verbringen müssen, werden sie frei, alle im Mensch-Mensch-Bereich tätig sein zu können. Zugleich haben besonders Frauen einen umfassenden Nachholbedarf, sich künstlerisch, kulturell, lernend – auch politisch gestaltend – zu entfalten, weil diese Bereiche in der herkömmlichen »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« als erstes geopfert werden müssen. An diesen Stellen wird darauf gesetzt, dass ein Nachholbedarf neue Kräfte freisetzen kann.

Das Projekt orientiert auf unsere Lebensweise, auf Arbeitsteilung, auf unser Zeitregime und die darin eingebettete eigene Entwicklung, auf politische Einmischung. Indem es dies tut, konfrontiert es die Einzelnen mit ihrer Weise, das Leben zu leben. Zugleich greift es die gesellschaftliche Arbeitsteilung an, die eine zunehmende Ungerechtigkeit hervorbringt. Der durch die Produktivkraftentwicklung enorm gewachsene Reichtum der Arbeit schlägt auf die Arbei-



tenden als Arbeitslosigkeit zurück, statt dass die Einzelnen freigelassen werden, aus dem Zwang des Acht-Stunden-Tags auszusteigen und die anderen liegen gelassenen oder meist Frauen unentgeltlich übergebenen Bereiche des Lebens zu ergreifen. 4in1 ist damit zugleich ein kulturelles Projekt, weil es einen Umbruch in der Lebensweise anzielt, und ein kapitalismuskritisches, weil es die spaltenden Teilungen der Arbeit (in Männer- und Frauenarbeit, Stadt und Land, Kopf und Hand, Arbeit und Nichtarbeit) aufgreift. Anders organisieren und bewusst planen müssen wir auch die Teilung der Produktion in die Sphäre der Güterproduktion, in der die Produktivkräfte entwickelt werden und also Profit gemacht werden kann, und eine zweite Sphäre, in der das Leben selbst ebenso wie die natürlichen Bedingungen nach einer anderen Zeitlogik reproduziert werden, und die nach kapitalistischen Kriterien wenig gilt, weil in ihr nicht so viel Profit gemacht werden kann. Diese Veränderung muss von allen getragen werden. Um die Verantwortlichkeiten neu zu ordnen und also die Mentalitäten zu ändern, braucht es jedoch Zeit. 4in1 schaut auf gewordene Strukturen, an denen die Menschen mit ihren Persönlichkeiten beteiligt sind. In diesem Projekt fallen die Veränderung der Umstände und die Selbstveränderung in eins.

Inwiefern verfehlen gegenwärtige Wachstumsstrategien die Integration unterschiedlicher Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit und menschlicher Bedürfnisse?

Wenn man sich die Fragen vom Standpunkt des Wachstums stellt, setzt man voraus, dass Kapitalismus ewig währt. Geht man stattdessen von einer Bedarfs- oder bedürfnisorientierten Wirtschaftsweise aus, erscheint Wachstum an sich als eine äußerlich aufgesetzte Größe, als Produktion um der Produktion willen. Nicht um dieses Wachstum kann es gehen, sondern um vorsorgendes Wirtschaften. Kein Produktionsprozess kann so organisiert werden, dass alles, was produziert wird, verbraucht werden kann. Immer müssen zusätzlich zum unmittelbaren Bedarf Ersatz, Vorsorge, Nachhaltigkeit erwirtschaftet werden. Weltweit steigt das Bewusstsein von der Unmöglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise: Ressourcen wie Öl sind endlich, der CO_2-Ausstoß erschüttert das Klima der Erde, die Arbeitenden leiden unter Überarbeit, viele unter dem Gegenteil. Zerstörerisch sind auch die menschlichen Beziehungen: Gewinn, Leistung, Aufstieg, Konsum sind barbarische Ziele, die die gesellschaftlichen Menschen gegeneinander richten. Die Frage kann keinesfalls lauten, wie können wir Wachstum anfeuern, sondern umgekehrt: Was müssen wir tun, damit die Menschen ihre Verhältnisse mit nüchternen Augen sehen und erkennen, dass alles umgewälzt werden muss – auch die eigene Lebensweise. Dies ist im Übrigen zugleich ein großes Hindernis wie eine Hoffnung, dass Änderung überhaupt möglich ist.

Was muss wachsen, was schrumpfen, wenn wir aus wertförmig bemessenem Wachstum ausbrechen wollen?

»Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf« – dieses Diktum von Marx tritt immer deutlicher ins Bewusstsein. Eine linke Politik um Zeit und ihre Aneignung wird heute wesentlicher als je zuvor. Die vorhandenen Arbeiten müssen umverteilt





werden auf alle, verbunden mit der Möglichkeit, sich der sorgenden Verantwortung für alle Menschen, die dies brauchen – Kinder, Alte, Kranke, Behinderte –, anzunehmen. In diesem Bereich wird das Fundament gelegt für solidarisches Miteinander statt Konkurrenz und Kampf der Einzelnen um das größte Stück vom Kuchen. Dass dieser Bereich in gesellschaftlichen Verruf kam, minderwertig und also unwichtig zu sein, ist eine welthistorische Niederlage, der wir bewusst die Wertschätzung unserer selbst entgegen halten müssen. Alle haben das Recht, ihre Fähigkeiten nach Möglichkeit zu entwickeln, statt sich auf Konsumenten reduzieren zu lassen. Der Weg solcher Zeitaneignung, das ganze Leben zu ergreifen, ist notwendig verbunden mit politischer Einmischung.

Kann 4in1 auch auf die Überschreitung ökologischer Grenzen eine Antwort sein?

4in1 setzt als Projekt der Gesellschaftsveränderung Hegemonie voraus. Gesellschaftsveränderung wird möglich, wenn die Vielen beim Verändern politische Gestaltungsfähigkeit erlangen und ihre Bedürfnisse verändern. Sowie die Erwerbszeit verkürzt ist, ändert sich auch ihr Gewicht für das Leben und die Identität der Einzelnen. Hierzu gehört das Verhältnis zu den natürlichen Bedingungen unseres Lebens. Von oben den Einzelnen zu befehlen, ab sofort den eigenen Energieverbrauch zu halbieren, nur Produkte aus schonendem Anbau zu verwenden, das Auto abzuschaffen und stattdessen Fahrrad zu fahren, ist unmöglich. Die Menschen müssen sich selbst überzeugen. Die Erkenntnis, dass die Abschiebung in den Konsumbereich keine Perspektive ist, sondern die politische Gestaltung ersetzen soll, wird das Verlangen nach Waren und noch mehr Waren wenden in das Verlangen nach Einmischung, was ja bereits in Ansätzen bei den Bürgerprotesten wie Stuttgart 21 oder den Atomprotesten sichtbar wird. Es wachsen aus der Zivilgesellschaft Projekte mit einer nachhaltigeren Orientierung des Lebens. Die 4in1-Perspektive gehört dazu.

Wie kann der Übergang organisiert werden? Was wären Einstiegsprojekte, wer sind die konkreten Akteure oder Bündnispartner?

Einstiegsprojekte und Losungen sind nicht einfach ableitbar aus den vier Bereichen, sondern müssen die Menschen experimentell verwickeln. Solche Laboratorien für die Zukunft sind selbst positive Aktionsprogramme und können in allen Bereichen des Lebens und der Tätigkeiten eröffnet werden. Ich denke etwa an Gruppen zur Erinnerungsarbeit oder eine Ausschreibung, in der die Einzelnen aufgefordert werden, sich die 4in1-Lebensweise anzupassen und zu schreiben, welche Blockierungen sie sehen, welche Hindernisse dem entgegenstehen. In den Antworten sind einzelne Barrieren auffindbar und können verallgemeinert zu neuen Projekten führen; es sind aber auch die institutionellen Hindernisse für alle sichtbar gegen ein Projekt, das sie sich beim Schreiben aneignen wie die Zeit, um die es geht, kurz: Der Anspruch nach einem Leben in dieser vierfältigen Perspektive wächst ebenso wie die Empörung gegen die Vorenthaltung. Wichtig wäre es darüber hinaus, eine Forschung anzuregen, wie viel Zeit die notwendige Arbeit beim heutigen Produktivkraftstand tatsächlich in Anspruch nimmt, und dies zugleich zu verbinden mit der Ausfüllung der möglichen freien Zeit in





den anderen drei Bereichen. Zentral ist bei allen Vorschlägen, die Bereiche in gesellschaftliche Verknüpfung zur Diskussion zu stellen, nicht einen allein. Die aktuelle Aufregung um die Rentenreform könnte zudem genutzt werden für den Vorschlag, dass alle Menschen ab sechzig das vierfältige Leben als selbst gewähltes alternatives Mosaik ausfüllen, also ihr Leben ändern durch Entfaltung am alten Arbeitsplatz oder in einem anderen Beruf, in der Politik, im Gemeinwesen, im Mensch-Mensch-Bereich, ohne dass dies ihren Rentenanspruch mindern würde. Die Gesellschaft ist seit langem reich genug dafür. Die Einzelnen, üblicherweise ins Politische bestenfalls als Zuschauer von Talkrunden passiv involviert, müssen vielfältig und experimentell in die Gestaltung von Gesellschaft einbezogen werden – so, als säßen sie selbst an der Regierung. Politische Bildungswerkstätten sind nötig, in denen Zukunftsträume ebenso erfragt und bearbeitet werden können wie die Verwandlung von Konsumenten in bewusste Gestalter ihres Lebens und ihrer Lebensbedingungen.

4in1 greift ein bei den Vorstellungen von Arbeit, von anständigem Leben, von Geschlechterverhältnissen, von der Verantwortung für sich selbst und bei der Gestaltung der Gesellschaft. Entsprechend gibt es ebenso begeisterte Zustimmung bei denjenigen, die arbeitsteilig die vier Bereiche bewohnen, und zornige Abwehr durch jene, die in den alten Teilungen Vorteile hatten und Privilegien behalten möchten. In allen Gruppierungen und Organisationen, die verändernd eingreifen wollen, finden sich viele Bündnispartner: Attac, Grüne, NGOs, Sozialforen, Seniorengruppen, bildungspolitisch Engagierte, Gewerkschaften, Lehrerverbände, kirchliche Bildungsarbeit und Die Linke. Je näher sich diese Zusammenschlüsse den Gewerkschaften fühlen, desto schwerer fällt ihnen der Abschied von einem starren Arbeitsbegriff, der auf Vollbeschäftigung und Sicherung von immer weniger Arbeitsplätzen für immer weniger Menschen orientiert ist. Dabei wäre gerade für diese Organisationen eine Welt zu gewinnen, wenn das Recht auf einen vierstündigen Erwerbsarbeitsplatz für alle als Menschenrecht gälte.

Starke Unterstützung hat das Projekt bei Frauen. Sie haben im Durchschnitt am meisten zu gewinnen. Von ihrem Standpunkt her ist klarer sichtbar, dass die Aufwertung und Gleichverteilung des Reproduktionssektors nicht nur mehr Menschlichkeit ins Leben aller bringt, sondern ihnen selbst überhaupt erst ermöglicht, das Leben mit beiden Händen zu ergreifen.

4in1 als Projekt bezieht Position im »Stellungskrieg« (Gramsci) und setzt an beim zentralen Herrschaftsknoten, der unsere kapitalistischen Gesellschaften zusammenhält: der Klassenfrage, der Geschlechterfrage, der politischen Regelung und der Entwicklung der Einzelnen. Es geht um den Umbau der Zivilgesellschaft. Das ist nicht ohne Beteiligung vieler machbar.

1 www.vier-in-einem.de

2 Vgl. zur Frage der »Übergänge« *Das Argument 291* (2/2011).

3 Die Bewegung ums bedingungslose Grundeinkommen ist heterogen: Die einen wollen das Einkommen wie eine Steuerreform handhaben. Andere negieren die Teilhabe an der Erwerbsarbeit als Pflicht und setzen auf die Eigenverantwortlichkeit.





NACH DEM ZIVILDIENST

GISELA NOTZ

Die Wehrpflicht wird in diesem Jahr ausgesetzt und mit ihr der Zivildienst. Vor 50 Jahren, am 10. April 1961, traten die ersten jungen Männer den zivilen Ersatzdienst, wie er bis 1972 hieß, an. Seitdem dienten mehr als 2,5 Millionen in mehr als 37 000 Institutionen, darunter die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz und Arbeiterwohlfahrt. Aus humanitären Gründen zogen sie es vor, Behinderten, Kranken, Kindern oder alten Menschen zu helfen, anstatt sich darauf vorzubereiten, mit der Waffe in der Hand das »Vaterland« zu verteidigen. Zunächst galten sie als »Drückeberger«, denn mit Beginn des Kalten Krieges und mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 1956 war der Konsens beendet, dass Deutschland keine Wehrmacht mehr brauche. Trotz der schikanösen »Gewissensprüfung«, die erst 1984 abgeschafft wurde, entschieden sich zahlreiche junge Männer bewusst für den Ersatzdienst; darunter waren viele Sozialisten,



Freidenker und Freireligiöse. Mit der Verabschiedung des Wehrrechtsänderungsgesetzes am 24. März 2011 durch den Deutschen Bundestag ist die Aussetzung der Wehrpflicht beschlossen worden. »Gleichzeitig mit der Aussetzung der Pflichtdienste im Wehrpflichtgesetz wird der gleichfalls im Wehrpflichtgesetz angelegte freiwillige Wehrdienst fortentwickelt. Auf diese Weise sollen Freiheit und Verantwortung neu austariert werden«, heißt es im Gesetz. Auch der Zivildienst ist damit ein Auslaufmodell, ab dem 1. Juli 2011 wird es ihn nicht mehr geben. Die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder erwartet mit dem Wegfall der Zivildienststellen eine soziale Katastrophe. Bedingt durch den »demografischen Wandel« wird die Katastrophe vor allem den Bereich der Altenpflege treffen. Knapp zwei Drittel der »Zivis« arbeiteten in der Pflege – und damit in Berufen, die früher als »unmännlich« galten.

Nur wenige Haushalte gehören zu den »Bessergestellten«, die Dank Arbeitnehmerfreizügigkeit demnächst billig osteuropäische Pflegekräfte beschäftigen können. Das ist ein zweifelhaftes Dienstbotinnenmodell, wie bereits Vertreterinnen der »alten« Frauenbewegung monierten. Und nicht alle werden es sich leisten können oder wollen, (Pflege-) Urlaub zu nehmen, um Angehörige zu pflegen; Männer schon gar nicht.

»WER PFLEGT UNS, WENN WIR ALT SIND?«

Das scheint die große Zukunftsfrage zu sein. Stellen für ausgebildete Pflegekräfte werden abgebaut, wer bleibt, ist überlastet. Versicherungspflichtige werden durch »Mini-Jobs« mit Niedriglöhnen ersetzt. Zusätzliche ehrenamtliche Gratisarbeiterinnen sind schwer zu finden. Die zu ihrer Mobilisierung initiierten Kampagnen hatten bis jetzt nicht den gewünschten Erfolg. Staat, Wohlfahrtsverbände und -konzerne suchen nach Lösungen, um Kosten zu sparen, vor allem Personalkosten. Arbeitsdienste im Sinne von sozialen Pflichtjahren (nicht nur) für junge Frauen und Männer werden immer wieder diskutiert, sind aber wegen des einschränkenden Grundgesetzes ohne Verfassungsänderungen nicht so leicht durchzusetzen.

BUNDESFREIWILLIGENDIENST (BFD) ALS NEUES MODELL?

Neben den freiwilligen Wehrdienst, für den die Bundeswehr bis April 2011 etwa 3 000 Freiwillige braucht, bis Ende Februar 2011 jedoch weniger als 500 einwerben konnte, tritt nun der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Ganz neu ist die Idee nicht, auch wenn das Konzept für den BFD im Herbst 2010 als Innovation vorgelegt wurde: Jugendfreiwilligendienste – dazu zählen das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr sowie entwicklungspolitische Freiwilligendienste für junge Männer und Frauen – gibt es schon lange. Sie unterscheiden sich vom klassischen Ehrenamt, indem die »Freiwilligen« sich für einen bestimmten Zeitraum verpflichten, ein bestimmtes Stundenkontingent pro Woche ableisten und das in einem Vertrag festhalten lassen. Schon lange wird diskutiert, wie die übrigen »Freiwilligendienste« in verbindliche und verlässliche Strukturen gebracht, engagierte BürgerInnen stärker in vertragliche Vereinbarungen eingebunden und in personell unterversorgte





Bereiche kanalisiert werden können, ohne dem Vorwurf eines Pflichtdienstes ausgesetzt zu sein. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom November 2005 hieß es: »Deshalb werden wir neben der Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements die generationsübergreifenden Freiwilligendienste als Programm ausbauen, das Einsatzfelder für die Freiwilligen aller Generationen unter anderem in Schulen, Familien, Stadtteilzentren, stationären Einrichtungen und Hospizen eröffnet.«

Die Krise des Sozialstaates wird von PolitikerInnen aller Couleur beklagt. Leere öffentliche Kassen, hohe Erwerbslosigkeit, zunehmende Armut und prekäre Erwerbsarbeitsverhältnisse sowie der Einsatz des Rotstiftes vor allem im Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich führen dazu, dass vermehrt an das Engagement der »Freiwilligen« appelliert wird. Die gesellschaftliche Arbeit wird in den Sozial- und Gesundheitsbereichen und ganz besonders in der Altenhilfe und -pflege nicht weniger. Viele soziale Projekte und Einrichtungen im Gesundheits- und Kulturbereich, in der Altenhilfe und der Arbeit mit MigrantInnen bestünden nicht mehr, wenn »freiwillige« GratisarbeiterInnen nicht für ihr Fortbestehen sorgen würden.

Ehrenamtliche Arbeit als unbezahlte Sozial-, Gesundheits- und Altenarbeit hatte historisch immer eine doppelte Funktion: Befriedung der nach gesellschaftlich nützlicher Arbeit suchenden Frauen und Auffangen der sozialen Versorgung von hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen, für die Markt und Staat nicht regulär bezahlen wollen. Heute sind nicht nur die »ehrenwerten Damen«, sondern viele andere mit dieser »freiwilligen« Arbeit beschäftigt.

Ursprünglich bezeichnet »freiwillige« Arbeit unbezahlte, nicht über den Markt vermittelte, scheinbar unbezahlbare Arbeit. »Was ich kann, ist unbezahlbar: tun was ich will, und nicht was ich muss« – das war 2001 der Slogan zum »Jahr der Freiwilligen«. Die weitaus meisten der im Sozial-, Gesundheits- und Altenbereich Arbeitenden sind noch immer Frauen. Der Bereich der Altenpflege ist fast in Gänze Frauensache, egal ob die Arbeit in bezahlter Form, in der Familie oder in der Gratisarbeit geleistet wird. Wer sich freiwillig und uneigennützig engagiert, verdient Anerkennung und Respekt. »Freiwillige« umsonst geleistete Arbeit darf aber nicht als kostenneutrale Antwort auf jedes gesellschaftliche Krisensymptom betrachtet werden. Die Arbeit ist nicht unentgeltlich: Sie kostet die »Freiwilligen« Geld und Zeit, und nicht selten geht sie auf Kosten ihrer eigenständiger Existenzsicherung. Die neuerdings mögliche Bezahlung durch einen Niedrigstlohn wird das kaum ändern.

DAS AUSMASS »FREIWILLIGER« ARBEIT

Nach dem dritten Freiwilligensurvey des BMFSFJ von 2009, der freiwilliges, bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement misst, engagieren sich 36 Prozent aller bundesdeutschen Menschen über 14 Jahre, also mehr als jede dritte BürgerIn. 40 Prozent sind Männer, sie engagieren sich vor allem als Pfadfinder, Feuerwehrleute, Ärzte ohne Grenzen, als Gemeinderäte oder Übungsleiter im Sport. 32 Prozent sind Frauen, sie leisten zwei Drittel der mit Sorge und Pflege verbun-







Protest in Madrid
flickr/
pasotraspaso

denen Arbeiten im Sozial-, Gesundheits- und Altenbereich, das sind die Engagementbereiche, in denen es aktuell und in der Zukunft die meisten »vakanten Plätze« gibt und geben wird. Der akute Personalmangel ist Ausdruck einer kontinuierlichen Entwicklung: Folge des anhaltenden Sozialabbaus, des gewandelten Frauenbildes, mit dem die Hausfrauen, die traditionell für den sozialen, Gesundheits- und Altenbereich zuständig waren, nicht mehr im gewünschten Ausmaß zur Verfügung stehen. Und schließlich sind Menschen, die in der Familie alte und andere pflegebedürftigen Menschen betreuen, spätestens wenn sie selbst alt werden, zur Armut verurteilt.

Auf der Suche nach »verlässlichen Ehrenamtlichen« wurden durch das BMFSFJ schon früher Programme entwickelt. Mit dem Modellprogramm generationsübergreifende Freiwilligendienste (GÜF) 2005 wurden Personen angesprochen, die in ihrer aktuellen Lebenssituation Zeit zur Verfügung haben und sie »sinnvoll nutzen« wollen. Die »neuen« Freiwilligen können den Dienst neben Beruf, Ausbildung und Studium leisten, müssen sich aber für mindestens acht Stunden pro Woche über die Dauer von mindestens einem halben Jahr verpflichten. Fahrgeld, Materialbeschaffung und »sonstige Auslagen« werden in Form von Aufwandsentschädigungen erstattet. Daneben erhalten



sie Qualifizierung durch Fort- und Weiterbildung von 60 Stunden pro Jahr, Begleitung durch Fachpersonal des Trägers, Versicherungsschutz, eine schriftliche Vereinbarung und in einigen Bundesländern ein Zertifikat. Zur Weiterentwicklung startete 2009 das Modellprogramm »Freiwilligendienst für alle Generationen« (FDaG). Er ist im Sozialgesetzbuch geregelt (Absatz 1a des § 2 SGB VII). Im April 2011 engagierten sich 5100 Menschen an rund 1 200 Standorten in Deutschland. Für rund 44 Prozent dieser Freiwilligen war es nach Angaben der Bundesregierung das erste Mal, dass sie einer Umsonst-Arbeit nachgingen. 64 Prozent waren älter als 50 Jahre. Die meisten (68 Prozent) waren zwischen acht und zwölf Wochenstunden in gemeinnützigen, kirchlichen und öffentlichen Einrichtungen freiwillig tätig, zwölf Prozent zwischen 12 und 16 Stunden und 20 Prozent sogar über 16 Stunden. Besonders die Älteren sind bereit, sich länger als ein halbes Jahr zu engagieren. Auf sie wird gehofft, um Löcher im Bereich der Pflege zu stopfen: »Freizeitbeschäftigungen mit Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen und Unterstützung im Alltag« lautet die Stellenbeschreibung. Was darunter zu verstehen ist, bleibt offen. Am 31. Dezember 2011 läuft der FDaG aus. Seine Strukturen sollen in das Folgeprogramm »Mehrgenerationenhäuser« überführt werden: »Knotenpunkte bürgerschaftlichen Engagements« für Menschen verschiedener Altersgruppen, die sich dort »ungezwungen« begegnen und gegenseitig helfen sollen. Aber auch dieses Programm mit 500 Häusern läuft Ende des Jahres 2011 »planmäßig« aus, obwohl die Häuser zu einer generationsübergreifenden »Dienstleistungsdrehscheibe« geworden sind. Für die Finanzierungslücke bis zum Beginn des Folgeprogramms sind Länder und Kommunen gefragt, die bekanntlich an akutem Geldmangel leiden.

In Mehrgenerationenhäusern stellen »Freiwillige« zwei Drittel der dort Tätigen; sie arbeiten täglich, »auf gleicher Augenhöhe« ohne zeitliche Verpflichtung mit den Festangestellten. Mit der Überführung des FdaG werden auch die »Mehrgenerationenhäuser« über »neue Ehrenamtliche« verfügen, die sich für acht Stunden wöchentlich verpflichten. Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) soll »ein hohes Maß an Flexibilität in einem klaren Rahmen« ermöglichen. Er wird durch das Bundesfreiwilligendienstgesetz geregelt, die Verwaltung geschieht durch Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (ehemals Bundesamt für Zivildienst). Die »freiwillige« Verpflichtung, die für Männer und Frauen aller Altersklassen gelten soll, dauert mindestens sechs und höchstens 18 Monate, umfasst eine 40-Stunden-Woche für unter 27-Jährige und mindestens 20 Wochenstunden für Ältere, bringt ca. 330 Euro monatliches Taschengeld und wird in soziale und ökologische Bereiche, Sport, Integration und Kultur vermittelt. Schwerpunkte bilden die Kinder- und Jugendbetreuung und die Altenbetreuung und -pflege. 35 000 Menschen hofft man ab Sommer 2011 dafür zu gewinnen. ExpertInnen sind skeptisch, ob das gelingen kann. Vor allem zweifeln sie, dass junge Männer den Dienst im Pflege- und Sorgebereich freiwillig antreten wollen. Bislang melden sich hauptsächlich Frauen.





Madrid
flickr/Erzsèbet

DIE NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT

Geringfügige Vergütungen im Sinne von Aufwandspauschalen werden von Freiwilligenverbänden kritisiert, weil sie zu einer neuen Unübersichtlichkeit in den ohnehin heterogenen Beschäftigungsverhältnissen sorgen: von der gut bezahlten GeschäftsführerIn über Angestellte, Aushilfs- und Honorartätigkeiten, freie MitarbeiterInnen, im Nebenberuf Tätige, Mini- oder Midi-JobberInnen und andere prekär Beschäftigte, Zivildienstleistende und SchwarzarbeiterInnen bis hin zu den GratisarbeiterInnen. Seit der Erfindung des 1-Euro-Jobs und mit der Einführung des Programms »Bürgerarbeit« für Erwerbslose mit Pflichtarbeit wird die Abgrenzung zwischen bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten ohnehin kaum möglich und der Niedriglohnsektor um eine neue Dimensionen »bereichert«. Die Monetarisierung der ehrenamtlichen Arbeit steht nicht nur in Konkurrenz zu den ehrenamtlichen Gratisarbeiterinnen, sondern auch zu bezahlten Arbeitsplätzen, zumal sie nicht sozialversicherungsverträglich ist. Durch die neuen Programme werden diese Tendenzen verstärkt. Der gerade beschlossene Mindestlohn für die Pflegebranche in Höhe von 8,50 Euro wird damit ausgehöhlt. Stattdessen gälte es, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Sozialbereich und der Altenpflege zu schaffen und damit die Qualität der Versorgung wie die Interessen der Beschäftigten an eigener Alterssicherung zu sichern.







CHRISTINE LOHR
PRODUKTION UND REPRODUKTION

Lohrs Collagen betrachten Alltägliches: Phrasen, in denen Liebesbeziehungen, Wohnen, Kindererziehung gedacht und gelebt werden. Formen der Selbstinszenierung und der Distinktion kommen zusammen: in der Designer-Vase, im Einrichten in der Beziehung und dem neuen Sofa. Hinter den Sätzen ist die Zerbrechlichkeit der Konstruktionen zu spüren. Formen von *Class and Care* zeigen sich unaufgeregt: »Alles wird besser, wenn erst die Putzfrau da ist.«

Bilder: Zeichnungen und Collagen, je 20 x 30 cm, 2008–2011







Es wird alles besser, wenn erstmal die Putzfrau da ist.





Ich habe erarbeitet, was ich habe.





In meinem neuen Freundeskreis sind alle gesellschaftlich ein bisschen besser gestellt.

Es wird Zeit, den Statuswechsel nach außen zu markieren.



ROSA LUXEMBURG, BÜFFELHAUT, HOSENHAUT UND ELFRIEDE JELINEK

KLAUS WEBER





ES ENTZÜNDET SICH EINER SELBER UND DARAUFHIN ENTZÜNDET SICH EINE DISKUSSION, WIE VIEL MAN ZUM LEBEN BRAUCHE und dann zündeln die eingeborenen Österreicher, weil sie in Leserbriefen schreiben, dass es auch den Österreichern schlecht geht und weil der Pakistani doch einfach nur hätte heimfahren müssen, dass es ihm besser geht und dass er für 180 Euro sicher ein Zugticket bekommen hätte bis zur Grenze nach Pakistan. Er hat seine Hose angezündet, der pakistanische Flüchtling, die sich ihm dann brennend in die Haut hineinsengte, und Elfriede Jelinek, die ebenso verhasst ist in Österreich und Deutschland wie Rosa Luxemburg damals, hat das alles aufgeschrieben unter dem Titel *Die Brennende Hosenhaut* und schreit leise weil nur mit Buchstaben, die Wörter bilden die Sätze bilden, dass sie die Gutmenschen nicht mehr ertragen kann und sie doch ertragen muss und weil sie daran verrückt wird, muss sie schreiben, damit sie es nicht wird.





Ganz unvermittelt in ihrer Klage nein Anklage gegen die Gutmenschen schreibt sie dann, dass ihr aus grauer Vorzeit der Brief von Rosa an Sophie Liebknecht eingefallen ist, in dem die Luxemburg – im Breslauer Gefängnis sitzend – in Buchstaben, die Wörter bilden die Sätze bilden die Tränen einfängt, die sie weint, weil sie aus ihrem Gefängnisfenster zusehen muss, wie rumänische Büffel von brutalen Soldaten geschunden werden, weil sie keine Kraft mehr haben, das zu ziehen, was sie ziehen sollen – es ist immer zuviel, was die Geschundenen ziehen sollen – und dann aber blickt der Büffel auf und blickt der Rosa in die Augen und diese sieht **DAS TIER, DAS NICHT WEISS, WESHALB ES SO BESTRAFT WIRD, STEHT DA WIE EIN MENSCH, BLUTEND, VERWEINT, MIT SEINEN SANFTEN SCHWARZEN AUGEN BLICKEND WIE EIN VERWEINTES KIND** und die Rosa schreibt O mein armer Büffel, mein armer geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eines im Schmerz, in Ohnmacht in Sehnsucht.

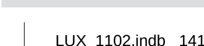






Was sind das für Verhältnisse, in denen *Büffelhaut und Kreatur* ineins gedacht werden in denen die einen Menschen die anderen quälen und sich dann noch lustig machen und die Menschensoldaten, die selber gequält werden, die Tiere quälen für einen Krieg und sich dann noch lustig machen darüber und was sind das für Verhältnisse in denen man Menschen so leicht auslöschen kann wie Kreide an einer Tür? Die Rosa und die Elfriede und nur wenige mehr sehen das so klar, was das für Verhältnisse sind und sie schreiben in Buchstaben, die Wörter bilden die Sätze bilden gegen diese Verhältnisse an und sie schreiben sich rein und sie schreiben und andere machen sich noch lustig über sie und hetzen auch heute noch gegen die polnische kommunistische Hexe und die depressive verrückte Literatin, die aus Versehen den Nobelpreis bekommen hat und die Elfriede schreibt noch weiter weil die Rosa ja schon tot ist und sie schreibt über ALLES in der Welt welches nur das EINE ist dass der Kapitalismus das Glück und die reellen Sinnesfreuden nämlich im Rausch leben und über eine bunte Wiese gehen wie es die Rosa der Sophie wünscht und uns allen, dass das endlich aufhören soll.
ICH KANN MICH HIER NICHT LÄNGER AUFHALTEN, KANN NICHT WEILEN, WEIL DER TOD MICH SONST BEENDIGEN wird und deshalb gehe ich auf meine WINTERREISE und schreibe in Buchstaben, die Wörter bilden die Sätze bilden weiter und ziehe ein und aus und bleibe fremd…

Für den Text sind Fragmente aus folgenden Schriften entnommen:
Jelinek, Elfriede, 2009: Die brennende Hosenhaut, in: *Das Argument* 282, 553–8
Dies., 2010: Winterreise. Ein Theaterstück. Reinbek
Pfäfflin, Friedrich (Hg.), 2009: Karl Kraus – Rosa Luxemburg. Büffelhaut und Kreatur. Die Zerstörung der Natur und das Mitleiden des Satirikers. Berlin





»VIELFACHKRISE«?

THESEN UND DISKUSSION ZUM VERSTÄNDNIS DER KRISE

PAULINE BADER, FLORIAN BECKER, ULRICH BRAND, MARIO CANDEIAS, ALEX DEMIROVIĆ, JULIA DÜCK, THOMAS SABLOWSKI

THESEN

PAULINE BADER, FLORIAN BECKER, ALEX DEMIROVIĆ, JULIA DÜCK

1 | Krisen sind Störungen innerhalb von Reproduktionskreisläufen gesellschaftlicher Verhältnisse und gesellschaftlicher Naturverhältnisse und tragen dazu bei, dass die normalen, erwartbaren Anschlüsse von Handlungen nicht mehr gewährleistet sind. Zur Krise gehören die zahlreichen Anstrengungen, sie zu bekämpfen. In dem Maße, wie solche Bemühungen sich in der Krise erschöpfen, dehnt diese sich immer weiter aus und treibt auf einen Moment der »Katastrophe« zu. Demnach gehört zu einem Krisenprozess immer auch ein Bewusstsein der Krise; Krisenprozesse sollten nicht objektivistisch missverstanden werden. Allerdings sind Krise und Krisenbewusstsein nicht gleichförmig über die Gesellschaft verteilt. Vielmehr gibt es diskursive Auseinandersetzungen um den



Charakter der Krise, ihre Tiefe, ihre Ursachen und die Folgen. Die Herrschenden können mindestens drei Gründe haben, offiziell die Rede von der Krise zu vermeiden: um sich selbst nicht zu demoralisieren und handlungsfähig zu bleiben; um Panikprozesse zu vermeiden, die die Krise aus sich heraus beschleunigen und vertiefen würden; um den Resonanzraum für Kapitalismuskritiker klein zu halten. Es bleibt also in der Krise umstritten, wie tief die Krise reicht, welche Maßnahmen zu ihrer Bewältigung noch zu ergreifen sind und für wen die Krise eine Krise ist.

2 | Die Krise 2008 war und ist nicht nur eine des Immobiliensektors, des Finanzmarktes oder der Realwirtschaft. Mit der Rettung der Banken wurden die öffentlichen Haushalte verschuldet, so dass nun mit der Fortsetzung des finanzmarktdominierten Akkumulationsmodells die Krise von den Finanzmärkten verschoben werden konnte hin zu einer Staatsschuldenkrise und es sich – im Fall der EU – um eine Krise des Euro und der europäischen Integration handelt. Darüber hinaus sind für Deutschland zahlreiche weitere Krisen zu diagnostizieren: die Krise des Normalarbeitsverhältnisses und des Arbeitsmarktes, der beruflichen Ausbildung und der Bildungsinstitutionen insgesamt, der Energie, des Klimas, der Umwelt und der Lebensweise, der Städte und des Landes, eine Krise im Geschlechterverhältnis, eine Krise der Demokratie. Alle diese Krisen weisen eine spezifische Autonomie auf, sie sind nicht aufeinander reduzierbar, sondern müssen als artikulierter, komplexer Zusammenhang verstanden werden, der in seiner Gesamtheit den gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Produktionsweise markiert.

3 | Mit der Autonomie der Krisen sind auch verschiedene zeitliche Rhythmen, also eine spezifische Zeitlichkeit verbunden. Bis sich eine Überproduktionskrise aufbaut, kann es einige Jahre dauern, bis zahlungsfähige Nachfrage saturiert ist, diese Nachfrage kann selbst wiederum ausgedehnt werden durch höhere Löhne und Massenkaufkraft oder durch die Entwicklung neuer Märkte. Im Fall der CO_2-Emissionen kann der Prozess viele Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Schließlich können auch kontingente Situationen eine erwartete Krise auslösen wie im Fall des Atomkraftwerks Fukushima das Erdbeben und der Tsunami. Warnungen sind sinnvoll und richtig, doch kann es sein, dass sie über Jahre und Jahrzehnte als sachlich unberechtigt erscheinen und niemand sie mehr hören mag. Die Krisen stehen nicht additiv nebeneinander, sie sind keine lose verbundene Pluralität von Krisen. Vielmehr bilden sie einen ungleichzeitigen, aber inneren Zusammenhang: zum einen, weil sie aus einer einzigen umfassenden Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgehen; zum anderen, weil die Krisendynamiken aufeinander einwirken. Der innere Zusammenhang kann also ein lang- oder kurzfristiger Entstehungszusammenhang sein, der schneller oder nur sehr langsam Rückwirkungen auf den Gesamtkreislauf zeitigt. Zu den Phänomenen des inneren Zusammenhangs kommen kontingente Ereignisse hinzu, die aufgrund ihrer Wahrscheinlichkeit ein Moment des Reproduktionsmusters sind (also der Zusammenbruch des Kühlkreis-





laufs im AKW Fukushima). Davon kann die Kontingenz des Erdbebens unterschieden werden, das nicht gesellschaftlich verursacht ist und deswegen keine Krise darstellt, jedoch in seinen Folgen gesellschaftlich relevant wird und zu einer Krise beitragen kann, weil die gesellschaftlichen Kreisläufe nicht um eine solche Kontingenz herum organisiert sind.

4 | Krisenprozesse verlaufen relativ autonom und nach einem eigenen Rhythmus. Das jeweilige Krisenmanagement versucht, von der Krise zur Normalität zurückzukehren, die Krise als einen externen Ursachenzusammenhang verständlich zu machen, so dass an den Reproduktionsbedingungen nichts geändert wird. Dies kann gelingen. Angela Merkel scheint für eine solche Form der Politik zu stehen: In akuten Krisensituationen spricht sie betont krisenbewusst und verspricht Nachdenklichkeit und Maßnahmen, um dann schon nach kurzer Zeit auf die Bahn der vorherigen Normalität zurückzuschwenken. Aber es gibt auch alternative Szenarien.

A | Im Prozess der Krisenbewältigung kommt es zu einer nicht-intendierten Veränderung des Reproduktionsprozesses. Um die Dot-com-Krise von 2000/2001 zu lösen, wurde in den USA der Hausbau mit dem Mittel niedriger Zinsen angeregt. Das war in vielen Hinsichten folgenreich. Die Kreditnehmer wurden nicht streng geprüft, es wurde auch Haushalten mit niedrigen Arbeitseinkommen mit teilweise betrügerischen Mitteln eine Verschuldung angesonnen. Die Kredite wurden verbrieft und das Risiko verteilt mit den bekannten Wirkungen der Finanzmarktkrise. Steuerlich begünstigt, wurden die Häuser teilweise weit außerhalb der Städte gebaut. Um die Mobilität zu sichern, waren und sind Autos und niedrige Spritpreise notwendig. Durch den Preisanstieg aufgrund von Ölknappheit entsteht enormer Druck auf die Haushalte, die einen großen Teil ihrer Einkommen für Mobilität aufwenden müssen. Das Krisenmanagement erzeugt also weitere Krisendynamiken und Krisenzyklen.

B | Das Krisenmanagement kann selbst in die Krise geraten. Indem die Politik die großen Investmentbanken und ihre Geschäftsmodelle gerettet hat, indem sie, um CO_2-Emissionen zu vermeiden, wieder verstärkt auf Atomkraft setzt, übersetzen sich die Krisen der Energie oder des Finanzmarktes in eine Krise der Politik und des politischen Krisenmanagements. Krisen können also verschoben werden. Es handelt sich darum, Zeit zu gewinnen und Formen der Bearbeitung zu entwickeln: Diese können politischer Art sein, im Fall des Emissionshandels sind sie marktförmige, im Fall der AKWs technische oder – im Zusammenhang der Radioaktivität oder des Dioxins in Lebensmitteln – symbolische eines Streits über Grenzwerte.

Die kapitalistische Formation kann also so begriffen werden, dass sie sich als eine Stufenfolge von spezifischen Spannungen, Widersprüchen und ungelösten Problemen darstellt, die in eine Krise münden. Auf einem jeweils höheren Niveau werden diese Krisenprozesse regiert, indem sie reguliert, normalisiert und verschoben werden. Dabei soll auch verhindert werden, dass die Krise aus dem einen Bereich in andere gesellschaftliche Bereiche übergreift oder Krisenprozesse in einem Zusammenhang gesehen werden. Zwischen den Krisen darf keine Äquivalenz-



kette entstehen, die es erlauben würde, die Krisenphänomene alle dem Antagonisten »Kapitalismus« zuzuordnen, so dass es zu einer Infragestellung der kapitalistischen Formation als ganzer kommt. Doch zu einer solchen Verdichtung kann es immer kommen. Für einen Moment stand mit der Finanzkrise die Frage des Kapitalismus im Raum; und die Bourgeoisie hat sich wenigstens für kurze Zeit auf den Keynesianismus zurückbesonnen als eine der ihr zur Verfügung stehenden Regierungstechnologien. Die Atomenergie konnte in den 1970er Jahren kapitalismuskritisch kodiert werden. Bevor dies vor dem Hintergrund der japanischen Situation wieder geschieht, wird die Atomenergiepolitik nach Gesichtspunkten der technischen Sicherheit sistiert und kritisch geprüft.

5 | Wir vertreten die These, dass die multiple Krise die historisch spezifische Form der neoliberalen Krise ist, also eine Häufung von Krisendynamiken: wirtschaftliche Ungleichgewichte durch exportgetriebenen Aufschwung einiger Länder wie Deutschland, Zerstörung der landwirtschaftlichen und industriellen Grundlagen in vielen Regionen, Arbeitslosigkeit, steigende Öl- und Rohstoffpreise, Ungleichgewichte im Immobilienbereich, Schuldenkrise der Staaten, Konflikte um Verfügungsrechte über Rohstoffe und Land, Überausbeutung und Erschöpfung der Subjekte, Krise der Ernährung, Krise der Bevölkerungsproportionen, Krise im Geschlechterverhältnis und im Umgang mit Gefühlen, Krise im Stoffwechsel mit der Natur: Klimawandel und Zunahme treibhausrelevanter Spurengase, Desertifikation, Wassermangel, Überfischung, Verlust von Regenwald, Landschaftszersiedelung usw. Dennoch hat die Vielfachkrise im kapitalistischen Zentrum weder zu einer Systemkrise noch zu einer Hegemoniekrise geführt:
a) keine Systemkrise, weil die kapitalistische Produktionsweise als solche nicht in Frage steht und die konkrete Form der Kapitalakkumulation erhalten wird. b) Das Theorem der Hegemoniekrise erscheint uns ungeeignet, weil der Neoliberalismus eine Strategie des Bruchs mit dem fordistischen wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss ist und versucht, sich von Konzessionen und vom Konsens weiter Teile der Bevölkerung unabhängig zu machen durch Techniken der »Alternativlosigkeit«. Dies erklärt, warum das Parlament als Arena der Interessenaushandlung geschwächt ist, warum die vielen Proteste gegen Privatisierung, Verschlechterung der sozialen Sicherheit, warum die Generalstreiks in Frankreich oder Griechenland so wenig ausrichten.

Es könnte gegen die These von der Vielfachkrise behauptet werden, dass diese nichts Neues sei und alle großen Krisen, die die kapitalistische Formation durchlaufen musste – also 1857, 1873, 1929, 1973 –, multiple waren. Ohne Zweifel ist das so. Doch wurde der kreislauftheoretische Zusammenhang, die komplexe Zeitlichkeit der Krisen in vielen Analysen nicht in den Blick genommen, vielmehr wurden die Krisen ökonomistisch gedeutet und von ihnen der Zusammenbruch des Kapitalismus erwartet. Tatsächlich waren Armut, Ernährung, Gesundheit, Umwelt oder Ausbildung und Bildung wichtige Gesichtspunkte der sozialistischen Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, doch wurden sie nicht als Momente einer Krise gesehen,





sondern als dauerhafte Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise. Die ökonomische Krise von 1929 wurde von Zeitgenossen wie Varga, Lukács, Horkheimer oder Reich in den Zusammenhang mit einer Krise der Politik, der sozialen Verhältnisse, Landwirtschaft, der bürgerlichen Moral und Vernunft, der Sexualität und der Männlichkeit gestellt. Allerdings galten die Krisenmomente kausal zumeist nur als mehr oder weniger vermittelte Folgen der ökonomischen Krise. Kein Thema war, wieweit von diesen Bereichen selbst eine Krisendynamik ausgehen oder sie verstärken konnte. Dort, wo die spezifische Autonomie der Faktoren gesehen wurde, wurde ihr krisenhafter Zusammenhang oftmals nur metaphorisch hergestellt.

6 | Die Bearbeitung der Krise mit den Mitteln des Marktes oder machtvolle Prozesse der Subsumtion unter das Kapitalverhältnis – also Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, Emissionshandel, Inwertsetzung von Geninformationen oder Körperstoffen, Strategien wie Cleantech, Green New Deal oder Geo-Engineering, Nutzung neuer Technologie wie Nano-, Bio- und Informationstechnologien und ihre Zusammenführung in neuen Hybrid-Produkten – lösen die Probleme nur, indem sie unübersehbare neue Risiken schaffen.

Ein ähnliches Problem lässt sich auch bei dem Druck der EU und insbesondere Deutschlands auf den Abbau der Staatsschulden beobachten. Mit dem Hinweis auf Staatsschulden wird gedrängt, die öffentlichen Dienstleistungen zu verringern und soziale Kompromisse aufzulösen, die ihre Grundlage in einer ausgedehnten öffentlichen Beschäftigung hatten. Doch wenn die Löhne sinken und staatliche Nachfrage ausfällt, wird dies wiederum auch die exportorientierten Länder wie Deutschland treffen. Erneut kann es also zum Konflikt zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen kommen.

7 | Die Krisen führen zu Demoralisierung und zum Wunsch nach Veränderung. Von den Parteien wird dieser Wunsch parlamentarisch kanalisiert, programmatisch allenfalls ergänzt um den Volksentscheid als Form direkter Demokratie. Allerdings kann und wird diese Form wenig an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen ändern. Die Proteste, die es zahlreich gibt, konzentrieren den Wunsch nach Veränderung auf partikulare Momente des Krisenzusammenhangs, also Finanzkrise, Atomkraftwerke oder S21. Die Argumente gegen Atomenergie und für erneuerbare Energien werden vielfach aus dem Kontext der Kapitalismuskritik herausgenommen und verschoben. Dies ermöglicht dann affirmative Verknüpfungen: Die Vermeidung von CO_2-Emissionen oder der Energiebedarf für E-Mobilität geben der Nuklearenergie Plausibilität. Mit den Mitteln des Marktes und der Technik sollen sich die Probleme dann lösen lassen. An die Gesamtdynamik des gesellschaftlichen Krisenzusammenhangs wird nicht herangegangen. Dies führt zu einem Rückstau des Veränderungswunsches, Erkenntnis wird blockiert. Dies stärkt regressive, populistische und autoritäre Versuche, aus der Krise herauszufinden.

Von den VerfasserInnen ist kürzlich herausgegeben worden: VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, VSA: Verlag Hamburg, 2011



VIELE KRISEN ODER EINE VIELFACHKRISE?

THOMAS SABLOWSKI

Marxisten hätten von den letzten drei Krisen zehn vorhergesagt, so lautet ein gerne kolportierter Witz. Er verweist auf die Allgegenwart der Krisenrhetorik in gesellschaftskritischen Diskursen. Das politische Anliegen, lieber einmal zu viel den Finger in die Wunde zu legen als die von der kapitalistischen Produktionsweise bestimmten Verhältnisse zu verharmlosen, ist berechtigt. Jedoch droht der Krisenbegriff seine Trennschärfe zu verlieren, wenn nicht mehr zwischen Krisen und einer mehr oder minder »normalen« Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse unterschieden werden kann. Dies gilt z.B. für Eugen Vargas Begriff der »allgemeinen Krise des Kapitalismus«, der im Anschluss an Lenins Charakterisierung des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in dem dieser in »Fäulnis« übergehe, kapitalistische Reproduktion und Krise in eins setzte. Auf dieser Basis wurde es unmöglich, den langen Aufschwung der Kapitalakkumulation nach dem Zweiten Weltkrieg zu begreifen, der später im Kontext des Regulationsansatzes mit dem Begriff des Fordismus analysiert wurde. Es gibt zwar »große« Krisen, die mitunter jahrzehntelang dauern, bevor überkommene, nicht mehr reproduktionsfähige Verhältnisse einer neuen Ordnung Platz machen. In diesem Sinne war die Krise zwischen den Weltkriegen eine große Krise, ebenso die Krise des Fordismus seit Ende der 1960er Jahre. Doch es gibt keine permanente Krise. Mir scheint es wichtig, zwischen den permanent vorhandenen Widersprüchen und Krisen*tendenzen* sozialer Verhältnisse einerseits und manifesten Krisen andererseits zu unterscheiden. Ansonsten geht der spezifische Gehalt des Krisenbegriffs im Sinne einer Entscheidungssituation, eines Wendepunkts in der gesellschaftlichen Entwicklung verloren.

Anders als Vargas Begriff der »allgemeinen Krise« ist der Begriff »Vielfachkrise« eher geeignet, der Ungleichzeitigkeit der Krisenprozesse gerecht zu werden, die aus der Vielfalt der gesellschaftlichen Widersprüche resultieren. Allerdings könnte auch dieser Begriff in eine Sackgasse führen, wenn vorschnell die Verdichtung unterschiedlicher Krisenprozesse unterstellt wird. Es ist zwar richtig und politisch wichtig, ihren Zusammenhang herauszuarbeiten – gegenüber einem staatlichen Krisenmanagement, das gerade durch die getrennte Bearbeitung der Krisen darauf abzielt, genau jene Verdichtung zu verhindern. Andererseits verweisen die Verf. in ihren Thesen zu Recht darauf, dass verschiedene gegenwärtige Krisenprozesse nicht aufeinander reduzierbar sind und ihre je spezifische Zeitlichkeit haben. Dies kann nur unterstrichen werden. Die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Krisenerscheinungen sind auch unterschiedlicher Natur. So besteht ein *unmittelbarer* kausaler Zusammenhang zwischen der im Jahr 2007 einsetzenden Krise des amerikanischen Hypothekenmarktes, der globalen Finanzkrise im Herbst 2008, der darauf folgenden Rezession der Weltwirtschaft bis zum Frühjahr 2009, den verschiedenen staatlichen Schuldenkrisen seit 2009 und





den durch die Rückkehr zur Sparpolitik neuerlich verstärkten Krisen in einer Reihe von Ländern, insbesondere in der Europäischen Union. Der Zusammenhang dieser Krisenprozesse mit den »Krisen« des Normalarbeitsverhältnisses, der beruflichen Ausbildung, der Energieversorgung, des Klimas, der Umwelt, der Geschlechterverhältnisse und der Demokratie ist von ganz anderer Art. Bei den letzteren handelt es sich teils um langfristige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Entwicklung, teils um Momente ihrer strukturellen Transformation.

Nehmen wir z.B. die »Krise der Demokratie«: Bereits Marx vertrat in seiner Analyse der Klassenkämpfe in Frankreich Mitte des 19. Jahrhunderts die These, dass die Bourgeoisie dazu tendiert, die parlamentarisch-demokratische Form des Staates zur Disposition zu stellen, nachdem sich ihre Herrschaft konsolidiert hat und das Proletariat sich aus einem Bündnispartner zur Beseitigung der feudalen Ordnung in den Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft verwandelt. Ende der 1960er Jahre sprach Johannes Agnoli von der Involution der Demokratie. Einige Jahre später thematisierte Nicos Poulantzas den autoritären Etatismus. Wir sollten nicht von einer linearen Entwicklung ausgehen: Phasen der Demokratisierung wie in Europa unmittelbar nach den beiden Weltkriegen oder Anfang bis Mitte der 1970er Jahre scheinen sich mit Phasen der Entdemokratisierung abzuwechseln, je nach der Konjunktur der Klassenkämpfe, der Offensive oder Defensive der subalternen Klassen. Ich würde in Europa im Moment (noch?) nicht von einer akuten Krise der Demokratie sprechen, auch wenn die gegenwärtige Stärkung autoritär-populistischer und rassistischer Kräfte besorgniserregend ist. Phänomene wie die sinkende Wahlbeteiligung oder der Umbau der Staatsapparate im Namen der »Sicherheit« und des »Kriegs gegen den Terror« könnten auch als strukturelle Momente der politischen Reproduktion in der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Entwicklung interpretiert werden.

Ein anderes Beispiel: Die globale Erwärmung ist ein langfristiger, mit der kapitalistischen Entwicklung verbundener Prozess. Zu unterscheiden ist zwischen diesem Prozess als solchem und akuten gesellschaftlichen Krisen, die daraus resultieren, aber – trotz des globalen Charakters der globalen Erwärmung – durchaus einen sozial und räumlich begrenzten Charakter haben können. Zwischen der globalen Erwärmung und der Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre besteht nur insoweit ein Zusammenhang, als sie gemeinsame Wurzeln in der kapitalistischen Produktionsweise haben.

Die Verf. kritisieren, dass Armut, Ernährung, Gesundheit, Umwelt und Ausbildung in der Vergangenheit zwar Gegenstand der sozialistischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft waren, dass die Probleme aber nicht als Momente einer Krise, sondern als dauerhafte Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise gesehen wurden. Doch es muss im Einzelnen aufgezeigt werden, was eine dauerhafte Begleiterscheinung und was ein Moment der Krise des Kapitalismus ist. Diesen Nachweis bleiben die Verf. in den kurzen, programmatischen Thesen notwendigerweise schuldig.

STRATEGIEN UND KONTINUITÄTEN IN DER VIELFACHKRISE

ULRICH BRAND

Kapitalismus- und modernisierungskritische Ansätze sind anderen Gesellschaftsdiagnosen darin überlegen, dass sie sich um ein gesellschaftstheoretisch gehaltvolles Verständnis gelingender oder eben nicht-gelingender Reproduktion sozialer Verhältnisse bemühen. Sie insistieren zudem darauf, dass eben diese Verhältnisse historisch geworden und damit veränderbar sind, dass die Dynamiken historischer Entwicklungen an Interessen und Werthaltungen, an Macht und Herrschaft gebunden sind. Es geht also nicht um »die« Menschheit und ihr zu rasches Wachstum oder – hinsichtlich ökologischer Probleme – um »den« Planeten und seine Übernutzung, es geht nicht um den Markt als mehr oder weniger funktionierender Allokationsmechanismus oder den Staat als versagender oder erfolgreicher Regulierer *per se*, sondern um herrschaftliche soziale Verhältnisse im gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang, um Markt und Staat als solche sozialen Verhältnisse, um Natur*verhältnisse*, die untrennbar mit ethnisierten, Klassen- und Geschlechterverhältnissen verbunden sind.

Diese Herangehensweise – bei allen Unterschieden und heftigen Debatten – muss stark gemacht werden in Auseinandersetzungen um angemessene, d.h. plausible Krisendiagnosen. Hier liegt das Verdienst des Buches.

Ich möchte nur einige Aspekte benennen, die mir für die weiteren Diskussionen wichtig scheinen.

1 | Der Begriff der multiplen oder Vielfachkrise soll aus meiner Sicht nicht *per se* eine Verdichtung unterschiedlicher, in sich relativ autonomer, räumlich und zeitlich ungleichzeitiger Krisenprozesse suggerieren. Markus Wissen und ich zeigen in unserem Beitrag zum Buch anhand des Begriffs der imperialen Lebensweise (andernorts soll der Begriff »Post-Neoliberalismus« diesen Sachverhalt in den Blick nehmen), dass wir es durchaus mit Persistenzen und Kontinuitäten, in unserem Fall der globalisierten kapitalistischen industrialistischen und fossilistischen Naturverhältnisse als Produktions- und Lebensweise zu tun haben. Diese recht stabilen Verhältnisse stehen nicht »neben« anderen Krisenphänomenen, sondern artikulieren sich mit ihnen. Die gegenwärtig beobachtbare Tatsache, dass überakkumuliertes Kapital verstärkt in Boden und Infrastrukturen investiert wird, deutet darauf hin.

2 | Ich teile Thomas Sablowskis Unterscheidung zwischen manifesten und latenten Krisen. Allerdings ist gerade hinsichtlich der sozial-ökologischen Krise darauf zu bestehen, dass es angesichts der enormen zeitlichen Wirkungsverschiebungen (beim Klimawandel werden Auswirkungen von Emissionen mitunter erst nach 50 Jahren spürbar) noch nicht oder nur an wenigen Orten zu manifesten Krisen wie Trockenheiten und Starkregen kommt und damit das Krisenkriterium »Störungen innerhalb von Reproduktionskreisläufen« oder »Wendepunkt in einer gesellschaftlichen Entwicklung« nicht ausreicht. Wir haben es mit einer Kontinuität herrschaftlicher und zerstörerischer Naturaneignung zu tun *und* – insbesondere in den kapitalistischen Metropo-

len und ausgehend von diesen mit enormen Implikationen für andere Weltregionen – mit relativ stabilen Naturverhältnissen.

Auf der Ebene des gesellschaftlichen Bewusstseins könnte man hinsichtlich der ökologischen Krise bzw. der krisenhaften gesellschaftlichen Naturverhältnisse – zumindest bis Fukushima, aber es ist nicht absehbar, was das Unglück in Japan für mittelfristige Konsequenzen hat – weiterhin von einem »postkatastrophischen Bewusstsein« (Egon Becker) sprechen. Die Mobilisierung der westeuropäischen Anti-AKW-Bewegung war seit den 1970er Jahren stark an der potenziellen Katastrophe im Falle eines GAU ausgerichtet. Als vor 25 Jahren das Kernkraftwerk in Tschernobyl explodierte, ging das Leben weiter. Auch die alljährlichen UNO- und staatsoffiziellen Appelle vor den Klimakonferenzen, jetzt sei es aber fünf nach zwölf und Zeit zum Handeln, werden kaum ernst genommen. Kurz: Wir sollten auch bei latenten Krisen wie der ökologischen von »Krise« sprechen, und die komplexen und herrschaftlichen Ursachen in der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatte verdeutlichen.

3 | Die Verf. konzentrieren sich auf Deutschland als kapitalistisches Kernland. Das ist zwar als analytische und politische Intervention plausibel, aber unterkomplex, wenn die Mechanismen der Krisenexternalisierung etwa an die europäische Peripherie oder im Bereich der Lebensmittel- und Energieerzeugung in afrikanische Länder aus dem Blick geraten. Wir leben unter den Bedingungen einer sich globalisierenden kapitalistischen Produktionsweise und müssen das in unseren Analysen berücksichtigen. Die relative Normalisierung hierzulande hat ja eine Kehrseite und wir wissen politisch nicht genau, wie damit jenseits von Solidaritätsappellen umgegangen werden kann.

4 | Schließlich halte ich für wichtig, die gesellschaftlichen Kräfte, ihre Interessen und Werthaltungen, ihre Optionen und Strategien sowie ihre Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess stärker in den Blick zu nehmen. Allzu oft ist eher unpräzise von »den Herrschenden« und ihren Strategien die Rede. Das bringt uns für genauere politisch-strategische Überlegungen aber nicht weiter. Eine genauere Analyse der – sich teilweise transnationalisierenden – Kräfte und Kräftekonstellationen, der Handlungsspielräume unterschiedlicher Akteure sowie der sich unterschiedlich verdichtenden Staatsapparate steht also an. Das führt uns zu einer Debatte über die Rolle der Gewerkschaften und ihre inneren Widersprüche (vgl. Candeias in *Luxemburg* 1-11). Welche Widersprüche gibt es innerhalb dieser Bereiche zwischen den mächtigen Gruppen, und stellen sie für die Linken eine Möglichkeit von Koalitionen dar? Wie ist das Verhältnis zu den Subalternen, wie werden deren Bedürfnisse aufgegriffen, wie werden sie gespalten? Welche Dynamik ist von der rassistischen und rechtspopulistischen Politik zu erwarten, die in vielen Ländern der EU erheblichen Einfluss gewonnen hat? Wie können die Dynamiken jener Prozesse eingeschätzt werden, die sich derzeit unter den Labels Green New Deal oder Green Economy sortieren? Es finden also vielfache Bemühungen um Normalisierung statt, z.T. in der Form des subtilen oder offen gewaltförmigen Ausschlusses; andere in der Form des liberalen, bürgerrechtlichen Green New Deals.

DEN ZUSAMMENHANG DENKEN. VIELFACH- ODER ORGANISCHE KRISE?

MARIO CANDEIAS

1 | Es ist schwierig zu bestimmen, wann Krise ist und wann nicht – und für wen. Die Verf. weisen darauf hin, Krisen seien nicht objektivistisch misszuverstehen. Und doch fehlt es an einer Unterscheidung. Nicht jede Störung der Regelmäßigkeit ist eine Krise: Kaum sichtbare, allmähliche *molekulare Veränderungen* sind die Bewegungsformen gesellschaftlicher Widersprüche, können jedoch mit der Zeit zu so weitreichenden Verschiebungen im Gewebe gesellschaftlicher Verhältnisse führen, dass deren Zusammenhang zu reißen beginnt. Die Verf. sprechen von der »spezifischen Zeitlichkeit« etwa beim Klimawandel, verwechseln jedoch lang andauernde und sich akkumulierende molekulare Veränderungen mit einer Krise. Bei einer solchen Akkumulation ist zu unterscheiden zwischen »konjunkturellen oder gelegenheitsbedingten« und »organischen« oder strukturellen Bewegungen (Gramsci, 1557). Erstere erfordern Modifikationen der Regulationsweise, ohne strukturelle Veränderungen nach sich zu ziehen. Die zweite lässt sich innerhalb der gegebenen Regulationsweise nicht ausreichend bearbeiten.

Molekulare Veränderungen sind »generische« Krisenelemente (Poulantzas) und als vereinzelte Phänomene beherrschbar, auch die Klimakrise. Sie gehören also organisch zur Reproduktion kapitalistischer Produktionsweise, verleihen ihr ihre Dynamik, indem Kapital vernichtet und/oder neue Akkumulationsfelder erschlossen werden, z.B. im Bereich Green-Tech. Da die generischen Krisenelemente ständig wirksam sind (Demirović 1987, 118), sind sie nicht selbst als Krise zu verstehen, sie führen auch nicht quasi automatisch zur »wirklichen« Krise – auch wenn sie sich zu solchen verdichten können. Zyklische Krisen sind nicht bestandsgefährdend für die bestehende Produktionsweise, produzieren aber gesellschaftliche Konflikte und sind aufgrund der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse in letzter Konsequenz unkalkulierbar, ihre Überwindung ist nicht selbstverständlich – dies begründet den krisenhaften Charakter solcher Bewegungen –, insbesondere wenn sich unterschiedliche Krisenelemente verschränken und in einem Ereignis verdichtet werden und eine *Transformation* erzwingen. Es gilt also Bewegungsformen von Widersprüchen und unterschiedliche Typen von Krise zu unterscheiden.

2 | Der Begriff *multiple Krise* verweist – richtig – auf die vielfältigen Krisenprozesse, die »nicht aufeinander reduzierbar« sind. Die Verf. fragen: Wie lässt sich der Zusammenhang denken? An einigen Stellen werden Berührungspunkte und einzelne Zusammenhänge angedeutet. Doch die Krisen werden weiter als Einzelphänomene betrachtet. Begrifflich ist das konsistent: »Multiple« bedeutet vielfältig, mehrfach. Doch die Verf. gehen von der Verwobenheit der Krisenmomente aus, sie bildeten einen »inneren Zusammenhang«. Hier beginnen die Inkonsistenzen, denn dann geht es mit Gramsci um »organische Krisen«, »unheilbare Widersprüche« (1557) in der Struktur der Gesellschaft, der spezifisch geschichtlichen





Artikulation (also Verkopplung) der unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Reproduktion.

Diese Reartikulation beinhaltet eine *Folge von Brüchen* in einem längeren krisenhaften Transformationsprozess. Solche Folgen von Brüchen ereigneten sich beispielsweise 1929, 1933 ff und 1945, in der Entstehungszeit des Fordismus sowie mit seiner Krise im Übergang zum Neoliberalismus 1968, 1973/75 und 1980. In jedem Fall handelt es sich *auch,* aber keineswegs *nur* um ökonomische Widersprüche: sondern um politische Krisen und Ereignisse (New Deal, Faschismus, Weltkrieg bzw. 68er-Bewegung, Pinochets neoliberaler Putsch, Thatcherismus und »geistig-moralische Wende«). Die Annahme, nach einer »großen« Krise wie 2007 ff könne alles im neoliberalen Rahmen mit nur leichten Modifikationen weitergehen, ist geschichtsvergessen – ebenso wie die Annahme, nun würde sich alles ändern. Der Übergang von imperialistischer Globalisierung und Konkurrenz zum Fordismus dauerte in den USA mindestens 13 Jahre, in Europa bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Von der Krise am Ende der 1960er Jahre bis zur Durchsetzung des Neoliberalismus dauerte es bis 1980. Die Transformation ist umkämpft, von Widersprüchen im Machtblock durchzogen, Beharrungs- und Erneuerungskräfte sind kompliziert miteinander verwoben. Der Keynesianismus kam in Europa erst zu voller Blüte, als der Klassenkompromiss schon einseitig aufgekündigt und von neoliberaler Seite an der Beseitigung des Bretton-Woods-Systems gearbeitet wurde. In der Krise des Neoliberalismus werden autoritäre Sparpolitiken radikalisiert, während parallel um eine Reregulierung der Märkte gerungen und an neuen Projekten wie dem Green New Deal gearbeitet wird, der das Potenzial zu einer »passiven Revolution« (Gramsci) hat. Die Analyse großer Krisen muss also nicht nur die Zeitlichkeit einzelner Krisenmomente, sondern auch *längerfristige* Transformationen und Zusammenhänge, Haarrisse und Brüche, Widersprüche im Machtblock und Verschiebungen der Kräfteverhältnisse, *Konjunkturen* der Krise in den Blick nehmen, um zu umfassenden Einschätzungen zu kommen.

3 | Zur Hegemoniekrise. Dass sich der Neoliberalismus »von Konzessionen und vom Konsens weiter Teile der Bevölkerung unabhängig« mache, würde bedeuten, er war nie hegemonial – hat es auch gar nicht versucht, da er auf eine »Herrschaft durch Kontingenz« (Demirović 2009) setzte, durch permanente, krisenhafte Verunsicherung seine Macht sicherte, die Krisen absorbierte, indem er sie organisiert. Ich teile die These nur eingeschränkt, weil auf vielfache Weise auch ein aktiver Konsens produziert wurde – »gepanzert mit Zwang«. Hier mangelt es an einer Unterscheidung von Herrschaft und Hegemonie. Hegemonie ist mehr als bloßer Zwang, bedarf der aktiven Zustimmung. Herrschaft ist, wenn man so will, »Hegemonie minus Konsens« oder allenfalls ein passiver Konsens (mangels Alternativlosigkeit), der den unverhüllten Zwang ummantelt. Wenn die krisenhafte Verunsicherung einer Herrschaft durch Kontingenz das Normale war, so kann die Krise seit 2007 nicht als qualitativ anders begriffen werden. So gerät Hegemonie als das Umkämpfte und





Internationaler Frauentag, Ägypten, Al Jazeera English

das Medium des Kampfes zugleich aus dem Blick – und das Neue kann nicht als etwas andersartiges gefasst werden.

Die Verf. gehen von einer widersprüchlichen Konstellation zwischen Normalisierung und Zuspitzung der Krisendynamiken aus. Wenn die Krise sich aber auf immer mehr Feldern gleichzeitig entwickelt, in kurzen Abständen sich neu entzündet, der »Rückstau des Wunsches nach Veränderung« sich international immer wieder Bahn bricht – was bedeutet dies für neoliberales Krisenmanagement oder gar die vermeintlich hegemoniale Stabilität der Situation? Kann die vermeintliche Kontinuität aufrecht erhalten werden? Die Verf. ziehen keine Schlüsse aus ihrer Analyse. Das ist aber notwendig, um entsprechende strategische Schlussfolgerungen für politische Interventionen ziehen zu können. Sonst »könnte es sein, dass wir noch immer versuchen, eine Alternative im Rahmen der absterbenden Ordnung zu finden« (W.F.Haug 1996, 196).

LITERATUR

Candeias, Mario, 2004: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Berlin-Hamburg

Demirović, Alex, 2009: Krise und Kontinuität. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus, in: M. Candeias u. R. Rilling (Hg.), Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, Berlin, 38–52

Gramsci, Antonio, 199ff: Gefängnishefte, Hamburg-Berlin

Haug, Wolfgang Fritz, 1996: Was kommt nach dem fordistischen Marxismus?, in: *Das Argument* 214, 38.Jg., 183–99



VERFASSERINNEN UND VERFASSER

PAULINE BADER Studentin der Politikwissenschaft an der FU Berlin. V: Vielfachkrise: Ursachen, Zusammenhänge und Strategien von Krisen im Kapitalismus (Mithg., 2011)

ANASTASIA BALEZDROVA Journalistin u.a. für GRReporter

NILS BARATELLA M.A. Philosophie, Doktorand und Stipendiat am DFG-Graduiertenkolleg »Selbstbildungen. Praktiken der Subjektivierung« an der Universität Oldenburg

FLORIAN BECKER Student der Sozialwissenschaften. V: Vielfachkrise: Ursachen, Zusammenhänge und Strategien von Krisen im Kapitalismus (Mithg., 2011)

DANIEL BEHRUZI Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Journalist u.a für die *Junge Welt* und *LunaPark 21*

PETER BESCHERER Soziologe, Doktorand am Institut für Soziologie der FSU Jena. V: Die »Überzähligen« – Ausschluss aus dem Erwerbssystem, Entstehung von »Subgesellschaften«, in: R. Castel, K. Dörre: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung (2009)

ULRICH BRAND Prof. für Internat. Politik an der Universität Wien, Mitarb. im Graduiertenkolleg »Kapitalismus und Demokratie« der RLS; Mitglied im Wiss. Beirat von Attac und im BUKO. V: Globalisierung, Macht und Ökonomie (Mithg., 2009)

OLIVER BUKOWSKI Autor, vor allem Theaterstücke und Hörspiele, ständiger Gastdozent an der Universität der Künste Berlin für Szenisches Schreiben/Textarbeit. V: Der Heiler und andere Monologe (2011)

MARIO CANDEIAS Ref. für Kapitalismuskritik, Politologe und Ökonom, Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, Redakteur von *Luxemburg*. V: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise (2004/2009)

ALEX DEMIROVIĆ Politologe und Soziologe, Redakteur von *Luxemburg* und *Prokla*, Vorstandsmitglied der RLS. V: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven (2007)

RICHARD DETJE Soziologe, Geschäftsführer von Wissenstransfer, Redakteur des *Sozialismus* und Beiratsmitglied des Forums Gewerkschaften. V: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb (Mitverf., 2011)

IRENE DÖLLING Prof. em. für Frauenforschung/Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Universität Potsdam, Mitglied des Wiss. Beirats der RLS. Schwerpunkte: Persönlichkeitstheorie, Soziologie der Geschlechterverhältnisse. V: Transformationen von Wissen, Mensch und Geschlecht: Transdisziplinäre Interventionen (Hg., 2007)

JULIA DÜCK Studentin der Politikwissenschaft an der FU Berlin, Mitglied im Bundesvorstand SDS. Die Linke. V: Vielfachkrise: Ursachen, Zusammenhänge und Strategien von Krisen im Kapitalismus (Mithg., 2011)

DANIEL FASTNER MA Philosophie, Übersetzer, Redakteur von *Das Argument*, Mitglied der Gruppe [pæris]

FRIGGA HAUG Soziologin, Vorsitzende des Berliner Instituts für kritische Theorie, Mitgründerin von *Das Argument*, Redakteurin des HKWM und von *Forum Kritische Psychologie*, Mitglied im Wiss. Beirat von Attac. V: Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke (2008)

CORNELIA HILDEBRANDT Referentin für Parteien und soziale Bewegungen der RLS, Redakteurin von *Luxemburg*. V: Look Left. Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa (Mithg., 2010); Der Herbst der Wutbürger? Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise (Mithg., 2011)

PHIL HILL freier Übersetzer, Vorstandsmitglied der Gruppe American Voices Abroad

CHRISTINA KAINDL Psychologin, leitende Redakteurin von *Luxemburg*. Doktorandin am FB Politikwissenschaften der FU Berlin. V: Das »Subjekt« zwischen Krise und Emanzipation (Mithg., Verf., 2010), Subjekte im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2007); Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus (Hg., Verf., 2005)

CHRISTINE LOHR Künstlerin in den Bereichen Video, Fotografie, Zeichnung und Objekt. Ausstellungen: u.a. Bundeskunsthalle Bonn, Halle für Kunst Lüneburg, *Werkleitz*-Biennale. Filmfestivals: u.a. EMARE in Osnabrück, Kasseler Dokumentarfilm- und Videofest, www.christine-lohr.de





UELI MÄDER Prof. für Soziologie an der Universität Basel, Professur an der Hochschule für Soziale Arbeit. Schwerpunkte: soziale Ungleichheit und Konfliktforschung. V: Reichtum in der Schweiz. (mit E. Streuli, 2002)

FIROZE MANJI Aktivist in Kenia und Chefredakteur von *Pambazuka News*. V: African Perspectives on China in Africa (Hg. mit S. Marks, 2007)

WOLFGANG MENZ Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. – ISF München.V: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb (Mitverf., 2011)

OSKAR NEGT Sozialphilosoph, Prof. em. Univ. Hannover. V: Der politische Mensch: Demokratie als Lebensform (2010)

SARAH NIES Sozialforscherin am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. – ISF München und Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. V: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb (Mitverf., 2011)

JAN NIGGEMANN M.A. Erziehungswiss., aktiv bei Gruppe Soziale Kämpfe Berlin, Assoziation Kritische Psychologie, im Vorstand der Helle Panke e.V. V: Macht Herrschaft überflüssig – Anregungen Antonio Gramscis für kritische Bildung und Erziehung (mit A. Merkens, im Erscheinen)

GISELA NOTZ Soziologin, wiss. Referentin für Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung. V: Feminismus (2011); Theorien alternativen Wirtschaftens: Fenster in eine andere Welt (2010)

JOÃO ALEXANDRE PESCHANSKI Soziologe, Doktorand an der University of Wisconsin-Madison, Mitglied der UW-Madison Teaching Assistants Association (TAA), Redakteur von *Margem Esquerda*

STEFFI RICHTER Prof. für Japanologie an der Universität Leipzig. V: Contested Views of a Common Past. Revisions of History in Contemporary East Asia (Hg., 2008)

KARL HEINZ ROTH Sozialhistoriker und Arzt, Mitgründer und Redakteur der *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhundert*. V: Die globale Krise. Globale Krise-Globale Proletarisierung-Gegenperspektiven (2010)

THOMAS SABLOWSKI Soziologe, Redakteur von *Prokla*. V: Die neue Krise des Kapitalismus: Ursachen, Folgen und Perspektiven (2011)

DIETER SAUER Sozialforscher am ISF München und Honorarprofessor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. V: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb (Mitverf., 2011)

CAHTARINA SCHMALSTIEG Psychologin und Promovendin im FB Soziologie an der FSU Jena, Redakteurin von *Luxemburg*

SEAN SWEENEY Direktor und Gründer des Global Labor Institute an der Cornell School of Industrial and Labor Relations (ILR) in New York, Co-Autor des UN-Umweltprogramm-Berichts Green Jobs: Towards Decent Work in a Sustainable, Low-Carbon World (2008)

OLIVER WALKENHORST Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Redakteur von *Das Argument* und beim HKWM. Arbeitsgebiete: Klimawandel; Ökologie; Wissenschaftsgeschichte. V: Klimapolitik, in: HKWM Band 7/I (2008)

KLAUS WEBER Sozialpsychologe, Prof. an der Hochschule München und Vertrauensdozent der RLS. Schwerpunkte: Sozialpsychologie, Soziale Arbeit und Faschismus, Subjekt und Gesellschaft, Gesellschaftskritik. V: Ideologie und Faschismus Projekt Ideologie-Theorie (Hg. der Neuauflage, 2007)

ÉLISABETH WEISSMAN Journalististin und Autorin. V: La désobéissance éthique: Enquête sur la résistance dans les services publics (2010); La nouvelle guerre du sexe: L'emprise du libéralisme économique sur notre sexualité (2008)

ERIK OLIN WRIGHT Prof. für Soziologie an der University of Wisconsin-Madison; Schwerpunkte: Kapitalismusanalyse und Transformationsforschung. V: Envisioning Real Utopias (2010); Approaches to Class Analysis (2005)

AU LOONG YU Aktivist, Mitarbeiter von Globalization Monitor, einer NGO in Hong Kong



VSA: Rückkehr der Kämpfe?

Bücher über Bewegung & Bewusstsein, Marx & Mindestlöhne: www.vsa-verlag.de



René Rudolf/
Ringo Bischoff/
Eric Leiderer (Hrsg.)
Protest | Bewegung | Umbruch
Von der Stellvertreter- zur Beteiligungsdemokratie
184 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-448-6



Günter Wallraff/
Frank Bsirske/Franz-Josef Möllenberg (Hrsg.)
Leben ohne Mindestlohn
Arm wegen Arbeit
Niedriglöhner, Leiharbeiter und »Aufstocker« erzählen
176 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-447-9



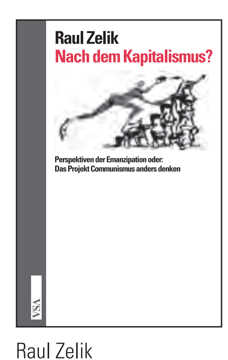
Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/
Dieter Sauer
Krise ohne Konflikt?
Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen
152 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-453-0



Alex Callinicos
Die revolutionären Ideen von Karl Marx
Aus dem Englischen
von David Paenson
280 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-476-9
Biografisches, Theoretisches, Politisches – mit vielen Originalzitaten.



David Harvey
Marx' »Kapital« lesen
Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger
Aus dem Amerikanischen
von Christian Frings
416 Seiten | € 24.80
ISBN 978-3-89965-415-8
Ein Glücksfall für die Marx-Rezeption.



Raul Zelik
Nach dem Kapitalismus?
Perspektiven der Emanzipation oder:
Das Projekt Communismus anders denken
144 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-449-3



B. Wiebel u.a. (Hrsg.)
Mechanismen psycho-sozialer Zerstörung
Neoliberales Herrschaftsdenken, Stressfaktoren der Prekarität, Widerstand
192 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-89965-427-1



Boris Kanzleiter
Die »Rote Universität«
Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad
1964-1975
488 Seiten | Hardcover |
€ 29.80
ISBN 978-3-89965-461-5

Vier linke Zeitschriftenprojekte:





monatlich 64 Seiten + jeden 2. Monat ein Supplement. Abo: 62,- € (erm.: 44,- €) 3 Hefte als Probeabo: 10,- €. Und: brandaktuelle Kommentare & Analysen auf der Website:
www.sozialismus.de

WISSEN Transfer

Eine linke Denkwerkstatt:

Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaftliche Studien organisiert die **WISSEN**schaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und politischen Linken fördern: **www.wissentransfer.info**

Außerdem:

4x jährlich: **LUXEMBURG**, das aktuelle Heft haben Sie in der Hand, mehr: **www.zeitschrift-LUXEMBURG.de**

3x jährlich: **prager frühling**, Magazin für Freiheit & Sozialismus: **www.prager-fruehling-magazin.de**

2x jährlich: **transform!**, eine Zeitschrift der europäischen Linken: **www.transform-network.org**

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de



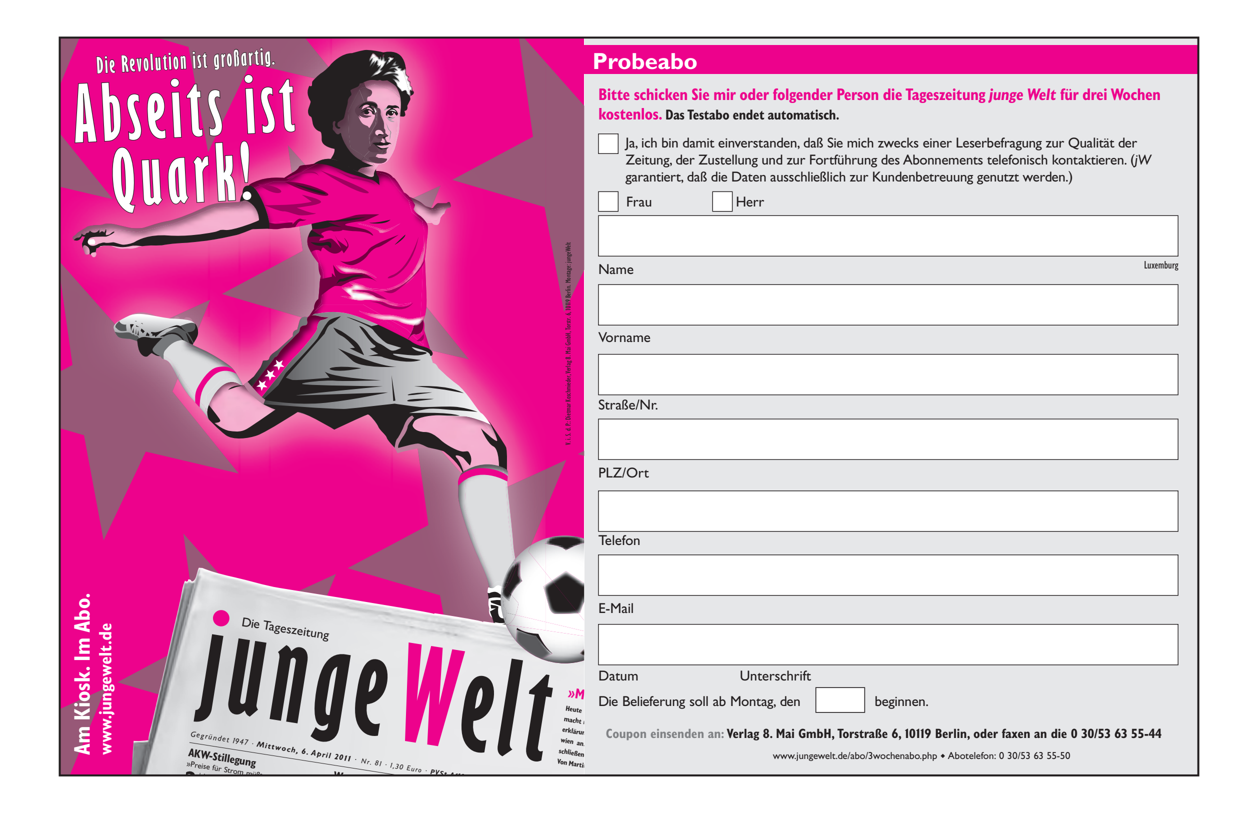






nachrichten aus dem prekären leben
analyse & kritik
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis testen:
3 Ausgaben für 5 Euro
Infos und Bestellungen: www.akweb.de



Die Revolution ist großartig.
Abseits ist Quark!
Am Kiosk. Im Abo.
www.jungewelt.de
Die Tageszeitung
junge Welt
Probeabo
Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung junge Welt für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. (jW garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.)
Frau
Herr
Name
Luxemburg
Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Datum
Unterschrift
Die Belieferung soll ab Montag, den
beginnen.
Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44
www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php • Abotelefon: 0 30/53 63 55-50









IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-857-6
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310 404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Cornelia Hildebrandt, Bernd Hüttner,
Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für die Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Lutz Brangsch, Michael Brie, Vanessa Lux, Silke Veth,
Katharina Zeiher.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres.

Kontoverbindung für Abonnements: VSA: Verlag Hamburg GmbH,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: Plaza del Sol/Madrid, Sergio Rozas

Graphik und Satz: Studio Kaiser Matthies – Ausstellungs- und
Kommunikationsdesign, www.kaisermatthies.com
Druck: Druckerei Conrad GmbH, Berlin